

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw - 17



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Konstanz), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Gerald Mackenthun, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Andreas Westphal.

Sekretariat: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 3429

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Leonhardtstr. 8/9, D-1000 Berlin (West) 19, Tel.: 030/323 7461

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1982.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1982

Die spw erscheint 1982 in 4 Heften mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemo-kratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt ein-gesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig be-schrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)
Postcheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält Beilagen der Vorwärts Verlags GmbH, Bonn; des VSA-Ver-lags, Hamburg; eine Bestellkarte sowie — in Teilaufgabe — eine Abo-Rechnung für 1983 und eine Zahlkarte des spw-Verlags, Berlin/West.

Inhalt

Editorial	361
-----------------	-----

Aktuelle Kommentare

Heinz Hawreliuk

Der »Fall Genschers« und der Niedergang der SPD	363
---	-----

Arno Brandt

Keine Wende in der Wirtschaftspolitik!	365
--	-----

Olaf Scholz

Frankfurter Kreisverkehr	367
--------------------------------	-----

Diskussionsschwerpunkt: Aktualität des Marxismus!?

Otto Bauer

Marx als Mahnung — Zu Marxens vierzigstem Todestag	369
--	-----

Ulrich Schöler

Marxismus und Anti-Marxismus in der SPD	377
---	-----

Kurt Neumann

Am Ende einer Ära. Sozialdemokratische Perspektiven jenseits des Sozial-Liberalismus!	385
---	-----

Josef Hindels

Austromarxismus und Sozialdemokratie heute	395
--	-----

Detlev Albers

Bauer und Gramsci. Neun Thesen	401
--------------------------------------	-----

Außerhalb des Schwerpunktes

Michael Krätke

Dieser Sozialstaat ist der unsre nicht!? Einige Bemerkungen zum linken Unbehagen am Sozialstaat in der Krise (I)	407
---	-----

Thorsten Beck

NATO-Expansionsstrategie im Mittelmeerraum — das Beispiel Comiso	423
--	-----

Norbert Konegen und Uwe Roßbach

Theorie und Praxis — ein schwieriges Verhältnis?	429
--	-----

Günter Beling und Kurt Wand

Zum Scheitern der Gespräche SPD-GAL in Hamburg	435
--	-----

Dokumentation

Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten

Antrag zur 3. ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz Eine neue Mehrheit erfordert eine neue Politik	441
---	-----

Berichte

Wolfgang Zellner

Bundesdelegiertenversammlung des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) 451

Jürgen Wasem

Kongreß »Zukunft der Arbeit« 444

Petra Schondey

Probleme des technischen Fortschritts in BRD und DDR.

Bericht vom 2. *spw*-Leserseminar vom 25.-27.6.1982 in Dümmlöhausen 456

Jürgen Blume und Dieter Scholz

Arbeitstagung »Frieden ist machbar« vom 30. bis 31.10.1982 in Westberlin 460

Briefe an Redaktion und Autoren

Betr.: Traditionalistische Fehlschlüsse in der Einschätzung der Grün-Alternativen durch Beling/Scholz/Schulze in *spw 16 (Michael Hanke)* 465

Betr.: Bild der Frau in der Matriarchatsforschung von Beate Wagner in *spw 14 (Katharina Gröning)* 467

Betr.: Konsumierung und Verdauung von *spw 16 (Ulrich Lünstroth)* 468

Besprechungen

Jürgen Baumgarten (Hrsg.): Linkssozialisten in Europa (*M. Krätke*) 472

Josef Hindels: Marxismus und Gegenwart (*Patrik Baab*) 474

Edward P. Thompson: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie (*R. Hillgärtner*) 475

August Bebel: Schriften 1862-1913 (*H. Glaser*) 477

Über die Autoren 479

Jahresinhaltsverzeichnis 1982 I

Editorial

Am 14. März 1983 ist der 100. Todestag von Karl Marx. Dieser Tag wird Anlaß sein für widerstreitende Stellungnahmen über sein Leben und Werk. Führende Genossen der Sozialdemokratie werden ihn voraussichtlich als »großen Deutschen in *seiner Zeit*« würdigen, um dann gegebenenfalls nach einer Feierstunde in Trier insbesondere den Marxismus weiter in Frieden ruhen zu lassen. Im Gegensatz dazu ist das vor uns liegende Datum für linke Sozialdemokraten Anlaß, auf die Aktualität marxistischen Denkens für sozialdemokratische Politik *heute* einzugehen. Das vorliegende Heft will hier einen Beitrag leisten und damit zur kritischen Auseinandersetzung mit musealen Marx-Würdigungen aufrufen.

Mit der Behauptung der Aktualität marxistischen Denkens ist gleichzeitig ein hoher politischer Anspruch formuliert, um dessen Schwierigkeiten alle wissen, die ihn zu realisieren versuchen. Von marxistischen Sozialdemokraten erfordert dieser Anspruch — entsprechend ihrem Selbstverständnis — ein Bewußtsein über ihre eigene Geschichte in der sozialdemokratischen Bewegung. Seit dem Sieg des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung Ende der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts ist die Geschichte des Marxismus in der SPD eine Geschichte von Niederlagen, die immer mit Niederlagen der Gesamtpartei verbunden waren. Dies gilt auch für die jüngste Entwicklung. Mit der Durchsetzung des Godesberger Programms in der SPD wurde der wissenschaftliche Sozialismus als Theorie politischen Handelns vollständig ausgegrenzt. Es ist daher kein Zufall, wenn sich die SPD heute immer tiefer und hilfloser in die Widersprüche kapitalistischer Krisenentwicklung verstrickt, da jeder analytische Zugriff auf die bürgerliche Gesellschaft fehlt. Gegenüber den sich überlagernden und potenzierenden Krisenerscheinungen wie z.B. in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Frieden bestehen lediglich isolierte Eindämmungsversuche. Eine gesamtgesellschaftliche Krisenlösungsstrategie, die die Zusammenhänge erfaßt und auf eine Beherrschung sozialökonomischer Entwicklungen zielt, gibt es nicht.

Dennoch wäre es ein schwerer Fehler zu glauben, die Krise sozialdemokratischer Politik würde notwendig zur Renaissance marxistischen Gedankenguts führen. Die jüngste Geschichte der Jungsozialisten gibt einen Geschmack davon, mit welchen Schwierigkeiten die Aneignung des Marxismus für sozialdemokratische Politik verbunden ist. In der gesamten Ära der sozialliberalen Koalition konnten marxistische Sozialdemokraten keinen relevanten Einfluß auf die Politik ihrer Partei gewinnen. Die Hypothek des Antikommunismus, der Wissenschafts- und Theoriefeindlichkeit wiegen nach wie vor schwer. Dennoch ist die skizzierte Situation keine unveränderliche Größe. Die Dialektik der Krise erzwingt auch innerhalb der Sozialdemokratie eine Öffnung verkrusteter Denkstrukturen.

In dieser Entwicklung sind marxistische Sozialdemokraten gefordert, ihre politischen Vorstellungen im »Interesse der Gesamtbewegung« (Kommunistisches Manifest) zur Diskussion zu stellen und zu überzeugen. Dabei muß sich die »lebendige Seele des Marxismus in der konkreten Analyse der konkreten Situation« erweisen, wie es Lenin einmal formuliert hat. Diese Anforderung hat aber zwei schwierige Voraussetzungen: 1. Sie erfordert die Aneignung der Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus, d.h. das systematische Studium der Kritik der politischen Ökonomie, und zwar nicht — um wieder mit Lenin zu reden — »als bloße buchstabenmäßige Aneignung« von Losungen und Schlußfolgerungen, sondern als Summe des Wissens, aus dem der Marxismus selbst hervorgegangen ist (vgl.: Die Aufgaben der Jugendverbände, Lenin Werke, Band 31, Berlin 1978, S.272ff.). 2. Nach der Aneignung marxistischen Grundlagenwissens ist »Marx mit Marxschen Arbeits-

mitteln« über ihn selbst weiterzuführen, wie es Bauer bereits 1923 anlässlich des 40. Todestages formuliert hat (vgl. S.369ff. in diesem Heft), um die oben geforderte Konkretetheit der Analyse leisten zu können. Diese Notwendigkeit ergibt sich zwingend aus dem Wesen des Marxismus als Entwicklungstheorie der bürgerlichen Gesellschaft, d.h. die Fortentwicklung des Kritikgegenstandes »bürgerliche Gesellschaft« erfordert auch die Weiterentwicklung des Marxismus. Für marxistische Sozialdemokraten ist diese Erkenntnis und ihre Umsetzung von existenzieller Bedeutung, da sie sich in ihrer Organisation gegen eine Übermacht politischer Strömungen behaupten müssen, die den Marxismus als veraltete und untaugliche Theorie für politisches Handeln verworfen haben.

Die beiden hier genannten Anforderungen an die Arbeit von Marxisten in der SPD stehen aber in Widerspruch zu den politischen Sozialisationsbedingungen, die Parteimitglieder in unserer Organisation vorfinden. Die alleinige Ausrichtung der Parteiarbeit und -struktur auf Verwaltung, Parlamente und Regierungen des bürgerlichen Staates grenzt die breite Mehrheit der Parteimitglieder aus der »praktischen« Arbeit aus und führt zu ihrer Passivität. Die Konsequenz ist, daß eine breite Qualifizierung von Parteimitgliedern zum politischen Handeln über Parteiarbeit kaum stattfindet. Theoriebedarf (einmal unabhängig von seinem konkreten Inhalt) besteht daher gegenwärtig in der Sozialdemokratie in doppelter Hinsicht nicht: Eine zur Passivität verurteilte Mitgliedschaft bedarf keiner Theorie politischen Handelns. Diejenigen, die in den vorgefundenen Partei- und Staatsstrukturen arbeiten, werden in ihrer Politik weitgehend von tagespolitischen Opportunitäten getrieben und Bedarf an Theorie besteht höchstens zur Legitimierung dieser Politik.

Die Aufforderung nach systematischer Aneignung und Weiterentwicklung des Marxismus ist daher mit der Aufgabe verbunden, die herrschenden Partei- und Politikstrukturen zu verändern, die einer generellen Aneignung von Wissen über Politik im Weg stehen. Marxisten in der SPD ist es bisher kaum gelungen, in diesem Sinn eine »alternative« Parteikultur zu entwickeln. Allerdings ist dieses Thema im Zusammenhang ihrer bisherigen Arbeit auch nicht genügend problematisiert worden. Dabei stoßen wichtige Impulse wie die *Herforder Thesen*, die ein Stück »lebendige Seele« des Marxismus im oben genannten Sinn darstellen, oder auch dieses Zeitschriftenprojekt immer wieder auf diese Schwierigkeit. Ein Schritt zur Überwindung wäre der Aufbau systematischer Diskussionszusammenhänge über aktuelle Fragen sozialdemokratischer Politik aus marxistischer Sicht, die für alle Interessierten offen sind. Die Friedenstagung der Berliner Jungsozialisten und dieser Zeitschrift am letzten Oktoberwochenende in Berlin könnte dafür ein Anfang gewesen sein. Die Probleme »vor Ort« sind damit natürlich noch nicht gelöst.

Wir sollten aber keinen Themenschwerpunkt »Aktualität des Marxismus!?!« veröffentlichen, ohne die eigenen Probleme in diesem Spannungsfeld zu nennen. Das vorliegende Heft ist damit auch Aufforderung an alle, die für die Aktualität des Marxismus in der Sozialdemokratie eintreten, über Lösungsmöglichkeiten der eigenen Schwierigkeiten nachzudenken. Es wäre kein unwichtiger Beitrag anlässlich des 100. Todestages des Meisters!

Dieter Scholz

Aktuelle Kommentare

Heinz Hawreliuk

Der »Fall Genschers« und der Niedergang der SPD

»Ein Großer geht, ein Langer kommt«, so wird mitunter schlagwortartig der Regierungswechsel in Bonn charakterisiert. Zu verführerisch ist der Versuch, den Regierungswechsel zu personifizieren. Untersucht und beurteilt werden dann nicht mehr gesellschaftliche Hintergründe. Der Schlüssel wird also oft gesehen in dem »Wackelpudding-Genschers«, der die eigene Koalitionsaussage der Bundestagswahl 1980 verraten hat. Schnell heißt dann eine der verständlichen Konsequenzen, die FDP muß weg. Die Schadenfreude über die schallende Ohrfeige des Wählers in Hessen und Bayern ist nicht nur klammheimlich. Doch reicht dies alles aus, um den Wechsel in Bonn zu verstehen und um Konsequenzen zu ziehen?

Es mag unter Sozialdemokraten verpönt sein, bei der Frage »Wie konnte es dazu kommen?« auch die Schwachstellen der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung zu erörtern. Nun war es nie die Neigung der Sozialdemokratie, erst einmal alles unter den Teppich zu kehren. Offene Debatten entwickeln neue Stärken. Insofern ist die Erinnerung an die letzten 13 Jahre unvermeidbar.

Die SPD hatte um die Wende der 70er Jahre eine ungeheure Sympathie und Zustimmung zu verzeichnen. Nicht nur eine realistische Ostpolitik war hierfür ausschlaggebend, auch die Formel »Mehr Demokratie wagen« schöpfte Hoffnung bei Studenten, Intellektuellen, aber auch bei Millionen Arbeitnehmern. Reformwerke, wie z.B. das Betriebsverfassungsgesetz, haben bei aller Kritik der einzelnen Regelungen diese Erwartungshaltung bestätigt. Und dennoch, bereits zu diesem Zeitpunkt gab es heftige Debatten über das Verhältnis von Regierung und Partei.

Unter dem Kanzler Schmidt verstärkte sich die Haltung, daß hier Gleichklang das Gebot der Zeit sei. Die Partei sicherte die Regierung, die Koalitionskompromisse mit der FDP ab. Während die FDP ihre Eigenständigkeit als Partei immer wieder betonte, gab die SPD zunehmend die Möglichkeit auf, unabhängig von pragmatisch notwendiger Regierungsarbeit die Zielsetzungen der sozialdemokratischen Partei darzulegen und zu vermitteln. Die ersten Koalitionsvereinbarungen mit der FDP zur Mitbestimmung wurden so, obwohl diese erheblich von Parteitagsbeschlüssen der SPD abwichen, von dieser als »Jahrhundertgesetzeswerk« gefeiert.

Die Orientierung an die SPD fiel den Arbeitnehmern zunehmend schwerer, in einer Zeit der wirtschaftlichen Entwicklung, die Hundertausenden von Arbeitnehmern ihre Arbeitsplätze kostete. Das Handeln der Regierung in der Wirtschaftspolitik, vertreten von FDP-Ministern, verhaftete in der vergeblichen Suche der Regierung, unter der gegebenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung Lösungen zu finden. Die SPD war nicht in der Lage, den politisch nicht präzise beschriebenen ägenden Unmut der Arbeitnehmer und der hierdurch herausgeforderten Gewerkschaften aufzunehmen und in handelnde Politik umzusetzen. Der Genosse Trend stahl sich davon. Der »unpolitische« Unmut suchte Lösung und Hilfe bei den Konservativen. Aber auch der »politische« Unmut wandte sich von der SPD ab. Berufsverbote, Kernkraftwerke und Friedensfragen z.B. waren immer stärker Anlaß für wachsende Kampagnen und Bewegungen. Weil in den etablierten Organisationen und Parteien für sie kein oder zuwenig Platz war, gab es zunehmend eigene Organisa-

tionsformen, die dann zu Parteigründungen führten. Die SPD bekam Konkurrenz in Politikbereichen, die ihre Domäne waren. Der »blaue Himmel über der Ruhr« wurde nicht mehr mit der SPD gesucht und ihn mit der SPD zu realisieren, wurde oft nach vielen Bemühungen mit ihr aufgegeben.

Die drängenden Fragen der Ökologie waren, so war der überwiegende Eindruck, nicht mehr in der SPD zuhause. Und der Friede, so auch hier die durch Massen dokumentierte Haltung, bedurfte zumindest auch der Herausforderung der SPD durch weite Teile der Bevölkerung. Daß sich das Wählerpotential der SPD nicht vergrößert hat bzw. daß das vorhandene Potential links von der CDU/CSU und FDP nun gesplittet ist in SPD und Grüne, ist also auch ein Ergebnis der Politik der letzten 13 Jahre. Es ist ohne das politische Handeln von Sozialdemokraten nicht erklärbar. Die von den »Grünen« in Angriff genommenen Fragen dürften ein Schlüssel für die zukünftige Arbeit der SPD sein. Dabei geht es nicht um billiges Anbieten an die »Grünen«. Es geht auch nicht um ein Hätscheln und Tätscheln dieser Partei als möglichem Koalitionspartner. Die SPD steht mit ihrer Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern und ihren Interessen in einem anderen Spannungsverhältnis.

Lebensqualität für alle Arbeitnehmer zu erkämpfen, bedeutet eben auch, den Produktionssektor einer Gesellschaft zentraler in den Mittelpunkt auch als Ausgangsbasis für das Schaffen gesellschaftlicher Werte zu stellen, bei allen Herausforderungen, die sich damit für die Ökologie ergeben. Sich aber ausschließlich auf Wirtschaft und Wachstum zu konzentrieren, wird den politischen Tod herbeiführen. Notwendig ist vielmehr eine grundlegende Änderung des Wirtschaftssystems. Eine demokratische Wirtschaftsordnung liegt im Interesse der Arbeitnehmer und im Interesse aller, die sich für eine ökologisch vernünftige Gesellschaft einsetzen. Dies gilt auch für die Gewerkschaften.

Die »Qualität des Lebens« stand zu Beginn der 70er Jahre im Mittelpunkt vieler gewerkschaftlicher Veranstaltungen. Die »Qualität des Lebens« darf aber nicht dem Totschlagargument Sicherheit und Schaffung von Arbeitsplätzen geopfert werden.

Sinnvolle Arbeit dient den Menschen, zerstört sie und ihre Lebensbedingungen nicht. Für die SPD und die Gewerkschaften ist es notwendig, das politische Ziel »Lebensqualität« in umfassendem Sinne in die Arbeiterbewegung zurückzuholen.

Es lohnt sich also, den Aufstieg und Fall der SPD zu hinterfragen. Hier darf man nicht bei Genschers Eiertanz um seine Machterhaltung stehen bleiben. Er brauchte hierzu in der Vergangenheit die SPD und meint nun, für die Zukunft diene ihm hierfür die CDU/CSU. Der berechenbare Opportunismus, wie F.J. Strauß meint. Ausschlaggebend war für Genschers die bei Wahlen schwächer werdende SPD. Dieses Problem darf und kann alle in der SPD nicht in Ruhe lassen. Daß hier die Sozialdemokraten, die die Regierung in kritischer Solidarität bis zum bitteren Ende begleitet haben, eine besondere Aufgabe haben, versteht sich von selbst.

Arno Brandt

Keine Wende in der Wirtschaftspolitik!

Die im Vorfeld des Koalitionsbruchs verkündete »Wende« in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hat, gemessen an den vorliegenden Koalitionsvereinbarungen, nicht stattgefunden. Allem Anschein nach bewegt sich das neue »christlich«-nationalliberale Regierungsbündnis vorerst auf einem Pfad, der spätestens seit der 'Haushaltsoperation '82' vorgezeichnet ist und neuerdings allenthalben begründet wird. Noch einmal wird damit offenkundig, in welchem Maß die SPD einer konservativen Politik den Weg geebnet und die Übergabe der politischen Macht an die Rechtskräfte selbst aktiv betrieben hat.

Der bereits mit der Haushaltsoperation '82 vollzogene Kurswechsel, an den die neue Koalition lediglich anzuknüpfen brauchte, beinhaltete eine an den Kapitalverwertungsinteressen ausgerichtete Austeritätspolitik, die auf eine massive Umverteilungspolitik zu Lasten der von Lohn Einkommen abhängigen Bevölkerung und einer Machtverschiebung zugunsten der Freisetzung neuer Kapitalstrategien (z.B. Weltmarktexpansion) abgestellt war. Schon die 'Operation '82' hätte die Arbeitnehmer bis 1985 mit 60 Mrd. DM belastet, das Kapital aber mit 6 Mrd. DM entlastet. Diese Politik setzte sich auch in den Haushaltsbeschlüssen der sozialliberalen Koalition vom Juli 1982 fort: Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Sozialrentner, geringere Rentenansprüche für Arbeitslose etc.

Im wesentlichen wurden diese Elemente von der »christlich«-nationalliberalen Koalition im Rahmen ihrer 'Haushaltsoperation '83' übernommen. Neben weiteren erheblichen Verschlechterungen im Bereich der Sozialleistungen wurden darüber hinaus mit der Einführung einer begrenzten Zwangsanleihe für mittlere und höhere Einkommensbezieher, der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1% und einer Ausweitung der Neuverschuldung des Bundes mit rund 40 Mrd. DM Maßnahmen ergriffen, die vordem sowohl von FDP als auch CDU/CSU als »sozialistische Marterwerkzeuge« verteuft und in den parlamentarischen Gremien bzw. im Bundesrat blockiert worden waren. Augenfällig ist dabei, daß auch die neue Rechtsregierung nicht auf eine Reduzierung der Staatsausgaben setzt, sondern vielmehr eine Umstrukturierung zugunsten investiver Ausgaben zu Lasten des Sozial Etats bewirken will. Damit scheint insgesamt noch nicht die ideologische und politische Gesamtkonzeption des Lambsdorff-Papiers vollständig Eingang in die offizielle Wirtschafts- und Sozialpolitik des Bundes gefunden zu haben. Offensichtlich versucht die neue Bundesregierung, eine unmittelbare Konfrontation mit den Gewerkschaften zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu vermeiden. Darüber hinaus würde die mit der Umsetzung des Lambsdorff-Konzeptes verbundene Polarisierung in der sozialen Auseinandersetzung auch die Hegemonie des sich herausbildenden Bürgerblocks gefährden, auf die angesichts der Unsicherheit im politisch-parlamentarischen Bereich durch Grüne und Alternative nicht verzichtet werden kann.

Wie bereits die »Haushaltsoperation '82« wird auch die Haushaltsoperation '83 nicht aus dem gegenwärtigen Krisenzusammenhang herausführen, geschweige denn, die aktuell herrschende Massenarbeitslosigkeit abbauen. Die mit der massiven Umverteilungspolitik bezweckte Kostendämpfung bei den privaten Unternehmen führt andererseits zu einem erheblichen Kaufkraftverlust bei den privaten Haushalten, und damit zu einer Verschlechterung der Absatzchancen der Unternehmen. Von einer durch Kostendämpfungsmaßnahmen veranlaßten Investitionssteigerung, die den Anstoß für einen wirtschaftlichen

Aufschwung geben könnte, ist aufgrund dieser negativen Absatzerwartungen auf dem Binnenmarkt nicht auszugehen. Profitieren werden daher im wesentlichen nur jene Kapitalgruppen, die entweder die Exportindustrie repräsentieren und damit von binnenwirtschaftlichen Absatzentwicklungen kaum abhängig sind, oder die von den Umstrukturierungen im Staatshaushalt positiv betroffenen Kapitale, also jene, die sich einer für ihren Bereich expandierenden Staatsnachfrage gegenübersehen (z.B. Rüstungsindustrien).

Insgesamt sind aber auch von diesen Industrien keine entscheidenden Impulse für eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität zu erwarten: Sind die letzteren schon hinsichtlich ihres relativ geringen Anteils an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von geringerer Bedeutung, so sieht sich die Exportindustrie angesichts des Krisenverlaufs in allen kapitalistischen Industrieländern, den »Schwellenländern« und einer massiven Verschuldung der Länder der 3. Welt mit stagnierenden Expansionsmöglichkeiten konfrontiert. Aber selbst wenn sich im Gefolge jener »Verbesserungen der Rahmenbedingungen« günstigere Wachstumsraten einstellen sollten, eine Reduzierung der herrschenden Massenarbeitslosigkeit ist von ihnen ohne weiteres nicht zu erwarten. Da das Erwerbspersonenpotential jährlich um 200.000 zunimmt, wäre ein Wirtschaftswachstum von 4-4,5% notwendig, um allein für diesen neu auf den Arbeitsmarkt tretenden Personenkreis Arbeitsplätze anzubieten — einmal ganz abgesehen von der bestehenden Arbeitslosigkeit. Selbst bei einem jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum um 2,8% zwischen 1980 und 1990 wird nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) die Zahl der tatsächlich Arbeitslosen (Registrierte und »stille Reserve«) auf 3,7 Mio. ansteigen.

Die binnenwirtschaftlich verursachte »Profit-Nachfrage-Klemme« des Kapitals bei gleichzeitiger Internationalisierung des Krisenzusammenhangs macht demnach den Erfolg systemimmanenter Krisenlösungsstrategien immer unwahrscheinlicher. Trotz der zu erwartenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist eine Kurskorrektur von der neuen Rechtsregierung nicht zu erwarten. Im Gegenteil, mit der deutlicher werdenden Erfolglosigkeit des derzeit beschrittenen Wirtschaftspfades stellt sich die Frage eines hegemonialen Konsenses des Bürgerblocks nicht mehr, so daß sich innerhalb der Koalition jene Kräfte vollends durchsetzen dürften, die getreu dem Lambsdorff-Papier unter Inkaufnahme einer Zerstörung binnenwirtschaftlicher Kreislaufzusammenhänge auf ein wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept setzen, das nicht mehr nur Parallelen mit Reaganscher Wirtschaftspolitik aufweist, sondern mit ihr in wesentlichen Punkten identisch wäre.

Frankfurter Kreisverkehr

Anfang Oktober tagte der »Frankfurter Kreis«, um über den Bruch der sozialliberalen Koalition in Bonn und die Machtübernahme der Regierungsgewalt durch die Rechtskoalition von CDU/CSU/FDP zu diskutieren. Der um den ehemaligen Kanzler gruppierte rechte Parteiflügel hat mit dem Spiegel-Artikel von Klaus Bölling »Die letzten 30 Tage des Kanzlers Schmidt« seinen Standpunkt formuliert: Schuld am Regierungswechsel sind der untreue Genscher und die Linken in der SPD.

Grund genug für die Parteilinke, eine intensive innerparteiliche Diskussion über die Ursachen des Scheiterns der alten Koalition und die Perspektiven sozialdemokratischer Politik einzuleiten. Die Parteilinke hätte sich also damit beschäftigen müssen, ob dieser Regierungswechsel vor allem auf eine veränderte Interessenlage des Großkapitals zurückzuführen ist, das seine Verwertungsbedingungen nicht mehr zureichend durch eine SPD in der Regierung gesichert fühlte, und daß im übrigen der Zerfall der Koalition ein Ergebnis der Politik der letzten Jahre ist. Resultat also einer Politik, die für den Frieden eintreten wollte und zugleich den NATO-Aufrüstungsbeschluß unterstützte, die die Interessen der Lohnabhängigen und ihrer Familien vertreten wollte und die »Sparoperationen« '82 und '83 zu verantworten hat, die »mehr Demokratie wagen« wollte und die Berufsverbotepolitik nicht bekämpfte. Eine Parteilinke müßte eine Korrektur der SPD-Politik in allen diesen Punkten verlangen (s. den Artikel von Neumann in diesem Heft, S.385ff.) und die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Lebensinteressen der Lohnabhängigen aufzeigen.

Von diesem Anspruch war die tatsächliche Diskussion des »Frankfurter Kreises« jedoch weit entfernt. Ein Ergebnis oder eine Orientierung vermittelte die Diskussion nicht. Das war wohl aber auch nicht beabsichtigt. Man könnte ja handeln müssen. Konsequenterweise wird deshalb eine vertiefte Diskussion über die Perspektiven der Linken in der SPD im April 1983 stattfinden. Die wichtigsten Entscheidungen für die nahe Zukunft werden dann anderswo gefallen sein. Frankfurter Kreisverkehr.

Die meiste Zeit wurde darauf verwendet, darüber zu diskutieren, wer Kanzler werden sollte. Fast einhellige Meinung: Schmidt-Bergedorf, Uneinigkeit bestand nur insoweit, als ein Teil der Anwesenden ohne Bedingungen dem Altbundeskanzler die erneute Kanzlerschaft andienen wollte, die übrigen Anwesenden an eine erneute Kanzlerkandidatur Bedingungen knüpfen wollten. Es ist ihnen nun ergangen, wie einst den Deputierten der Frankfurter Paulskirchenversammlung, die dem König von Preußen die Kaiserkrone antragen wollten. Aus solchen Händen wollte er sie nicht nehmen, die »Schweinskrone« ...

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildeten die von Helmut Schmidt im Bundestag verkündeten 12 Punkte. Alternativanträge oder Veränderungen hielten die meisten für nicht sinnvoll. Es wäre nämlich unglauwürdig, wenn die SPD ihre Positionen in der Opposition zu schnell änderte. Deshalb war die Mehrheit dafür, die Schmidt-Thesen »radikal« zu interpretieren. Die vereinzelt vorgetragenen inhaltlichen Bewertungen der gegenwärtigen Situation waren überaus konfus. In einigen Beiträgen wurden die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen als solche zwischen Strukturkonservativen und Wertkonservativen beschrieben. Motto: Wertkonservative aller Länder, vereinigt Euch!

Problematischer sind Positionen, die die von Peter Glotz und Johano Strasser entdeckte Krise des Sozialstaates rezipieren und als Perspektive für linke Politik eine »Verzichts-

ethik« verkünden. Hier herrschen große Übereinstimmungen mit bestimmten Konzepten der Grün/Alternativen; kleine dezentrale Netze und Subsidiarität als Alternative zur Interessenvertretung. Einer solchen ideologischen Untermauerung der vergangenen und zukünftigen Sparpolitik müssen marxistische Kräfte in der SPD entgegenreten. Sie sollten dabei die schon jetzt erkennbaren Differenzierungsprozesse zwischen den »Glottzisten« und der eher traditionellen Linken vorantreiben.

Der »Frankfurter Kreis« als Diskussionsforum der Parteilinken ist handlungsunfähig. Er repräsentiert mittlerweile (fast) das gesamte Spektrum der Partei. So treffen sich hier NATO-Doppelbeschlußbefürworter wie Karsten Voigt und Gegner des Aufrüstungsbeschlusses. Den Bezugspunkt zu linken Positionen stellt für viele Teilnehmer des »Frankfurter Kreises« offensichtlich bloß die eigene »wilde« Jugend dar. Diese Situation macht die Herausbildung eines wirklichen linken Parteiflügels notwendig, in dem sich Marxisten und linke Reformisten sammeln.

SOVEC Politische Bücher:



Unser Weg

Ansatzpunkte für eine gewerkschaftlich ausgerichtete JUSO-Praxis. Ein Leitfaden durch den Irrgarten von Theorie, Strategie und politischen Tagesforderungen

ISBN 3-923 147-98-8

144 Seiten DM 5,-



Krieg und Aufrüstung Frieden und Abrüstung

Weltmarkt und Imperialismus, Entwicklung von NATO und Warschauer Pakt, Rüstung und Ökonomie, alternative Sicherheitskonzepte, Kritik an Positionen in der Friedensbewegung, Rüstungskonversion, Dokumente

ISBN 3-923 147-99-6 52 Seiten DM 3,-

Jede Bestellung zuzüglich 2,- DM für Porto und Verpackung.

Bestellungen und weitere Information bei:



SOVEC-Versand
Auf dem Lohberge 23
3400 Göttingen

Diskussionsschwerpunkt

Otto Bauer

Marx als Mahnung

Zu Marxens vierzigstem Todestag*

Am 17. März 1883 wurde Karl Marx im Highgate-Friedhof in London begraben. Nur wenige hatten ihn zum Grabe begleitet. Ein paar alte Mitkämpfer aus der Zeit des Kommunistenbundes und der Achtundvierzigerrevolution: Engels, Leßner, Lochner, Liebknecht. Die beiden Schwiegersöhne des Toten: Lafargue und Longuet. Zwei Marx befreundete Gelehrte: der Chemiker Schorlemmer, der Zoologe Ray Lancaster. Kein Vertreter der Arbeiterklasse des Landes, in dem Marx gelebt hatte und gestorben war, hatte den Toten zum Grabe begleitet. Kein Vertreter der Wissenschaften, denen Marx neuen Inhalt, neue Arbeitsmittel gegeben hatte, der Geschichte und der politischen Ökonomie, stand an dem offenen Grabe. Es war einsam um dieses Grab.

Nicht im Siege ist Marx gestorben. Die weite Ausbreitung der Arbeiterbewegung, die Durchdringung der Arbeiterbewegung mit seinem Geiste hat er nicht erlebt.

Wohl hatten in England in den siebziger Jahren die Gewerkschaften mächtig Raum gewonnen. Aber der Geist der englischen Trade Unions von damals war von Marxens Geiste weltenweit entfernt. Längst vorbei war die Zeit, in der die Führer der englischen Gewerkschaften an Marxens Seite im Generalrat der Internationale gesessen waren. Nach der Eroberung der gesetzlichen Anerkennung der Trade Unions hatte sich die englische Gewerkschaftsbewegung in zahllose, voneinander unabhängige, miteinander nicht verknüpfte Berufsbewegungen aufgelöst, in denen, wie es die Historiker der britischen Gewerkschaften ausdrücken, »ein extremer und komplizierter Partikularismus« herrschte. Vom Kampfe der Arbeiterklasse als geschlossener Einheit wußte dies Nur-Gewerkschaftertum nichts mehr, den Kampf um die politische Macht lehnte es grundsätzlich ab. 1882 und 1883 hat der Trade Unions-Kongreß selbst Resolutionen, die das allgemeine Wahlrecht forderten, abgelehnt! Die Gewerkschaften wollten unpolitisch sein. Gerade dadurch verfielen sie wehrlos der politischen Ideologie der Bourgeoisie, dem damals herrschenden Liberalismus. »Das Prinzip des laissez faire«, erzählen die Webbs, »war das politische und soziale Glaubensbekenntnis der Gewerkschaftsführer jener Zeit.« Und wo es in England eine Opposition gegen diese liberale Arbeiterpolitik gab, dort knüpfte sie an John Stuart Mill und Henry George an; Marxens Namen wagte selbst Hyndmann, der einzige Propagandist des Marxismus in England, nicht zu nennen.

Auf dem Kontinent stand es anders, aber nicht besser. Langsam heilten erst die furchtbaren Wunden, die die blutige Niederwerfung der Commune der französischen Arbeiterklasse geschlagen hatte. Und in den Köpfen derer, die das französische Proletariat zu neuen Kämpfen zu wecken und zu vereinigen begonnen hatten, vermengten sich wirr jakobinische, blanquistische und proudhonistische Traditionen mit Marxschen Sätzen. Die deutsche Arbeiterklasse hatte der furchtbare Schlag des Sozialistengesetzes getroffen; die Arbeiterbewegung ging im opfervollen Kleinkrieg gegen Bismarcks Schergen auf. Schlimmer

* Der Artikel erschien erstmals in der theoretischen Monatsschrift der österreichischen Sozialdemokratie, *Der Kampf*, 16. Jahrgang, Nr. 3, Wien 1923, S.81ff.

noch stand es in Österreich. Es war die Zeit der »Propaganda der Tat«, die Zeit der Kamerer und Stellmacher; Parteistreit und Abenteuerium und Polizeispitzelei zerstörten die Arbeiterbewegung. In Rußland war die revolutionäre Bewegung der Narodnaja Wolja seit 1881 in offenkundigem Niedergang. Die Internationale war seit einem Jahrzehnt untergegangen; alle Versuche, sie zu erneuern, waren gescheitert.

So hat Marx die Saat, die er gesät hatte, nicht mehr aufgehen gesehen. Es ist die alte Tragödie des Geistes: auch dieses Gehirn hat zu arbeiten aufhören müssen, ehe seiner Arbeit Werk zur Macht in der Welt werden konnte. Erst nach Marxens Tode begann der schnelle Aufstieg der Arbeiterparteien auf dem ganzen Festlande. Und erst mit ihrem schnellen Aufstieg begann der große Prozeß der Durchdringung der Arbeiterbewegung mit Marxens Geiste, der Verdrängung aller anderen sozialistischen Ideologien durch den sieghaft vordringenden Marxismus.

Im Jahre 1883, zwei Monate vor Marxens Tod, war die »neue Zeit« gegründet worden. Sie erst schied in Deutschland aus dem herkömmlichen Allerweltssozialismus den Marxismus heraus. Engels', Kautskys, Bernsteins popularisierende Arbeit führte Marxens Gesellschaftsauffassung erst zu den Massen. Und diese Massen wuchsen schnell, als die zähe Widerstandskraft der deutschen Arbeiterklasse das Sozialistengesetz gesprengt hatte. Nun erst wurde der Marxismus zur lebendigen Kraft in dem Geistesleben der deutschen Nation. Der lebendige Klassenkampf in der Gesellschaft fand im Streite für und wider Karl Marx seinen Abglanz in der Wissenschaft. Der Streit für und wider Marx stellte der deutschen Nationalökonomie, der deutschen Geschichtsforschung, der deutschen Philosophie neue Probleme, er zwang sie zur Überprüfung ihrer Arbeitsmethoden, er trieb sie zu neuen Richtungen ihrer Arbeit.

In demselben Jahre 1883, in dem Marx starb, bildete sich in der russischen Emigration die Gruppe »Oswoboschdenje Truda«. Plechanow und Axelrod begannen innerhalb der russischen Intelligenz ihren Feldzug gegen das traditionelle Narodnitschestwo. Aus der kleinen Gruppe ward in den neunziger Jahren eine mächtige Geistesströmung. Der Marxismus gewann hier zwieschlächtige Bedeutung. Der Marxismus wurde einerseits zur Ideologie der revolutionären Intelligenz, die, nach dem Zusammenbruch der Narodnaja Wolja an dem russischen Bauern verzweifelnd, auf die beginnende Arbeiterbewegung ihre Hoffnung setzte, die russischen Arbeiter zu organisieren, ihre wirtschaftlichen Kämpfe zum politischen Kampf gegen die zaristische Autokratie weiterzutreiben begann. Der Marxismus wurde andererseits zur Ideologie der bürgerlichen Intelligenz, die, im Kampfe gegen den überlieferten Glauben an die vom Westen grundverschiedene Eigenart russischen Wesens und russischer Entwicklung, Marxens Gesellschaftslehre die Argumente für ihre Überzeugung entlehnte, daß auch Rußland den Weg des Westens, den Weg des Kapitalismus und des Liberalismus werde gehen müssen. Der Marxismus wurde so in Rußland einerseits zur herrschenden Ideologie des neuen proletarischen gegen den älteren, auf die bäuerliche Feldgemeinschaft und das handwerkerliche Artel gestützten Sozialismus, er wurde andererseits zu einer Durchgangsphase die die bürgerliche Intelligenz in ihrer Entwicklung zum bürgerlichen, den Kapitalismus bejahenden Liberalismus durchlief. Er war in den neunziger Jahren die gemeinsame Ideologie des neuen, sich industrialisierenden, proletarisch-kapitalistischen Rußland gegen das alte Rußland des Zaren, der Gutsherren, der Popen, der Bauern. Dank dieser besonderen Bedeutung wurde der Marxismus zur stärksten Macht im russischen Geistesleben.

Im Jahre 1882, auf dem Kongreß von Saint Etienne, hatte sich der französische Sozialismus gespalten. Die Guesdisten verfochten fortan den marxistischen Sozialismus gegen

den eklektischen Sozialismus der Possibilisten. In diesen Kämpfen drang allmählich der Marxismus in Frankreich gegen die Traditionen der älteren sozialistischen Schulen vor. In dem Maße, als die deutsche Sozialdemokratie zum Vorbild aller sozialistischen Parteien, zur Führerin der 1889 wiedererstandenen Internationale wurde, wurden auch innerhalb des französischen Sozialismus alle anderen sozialistischen Doktrinen von der marxistischen in den Hintergrund gedrängt.

So wurde der Marxismus innerhalb eines Jahrzehnts nach Marxens Tode zur herrschenden Ideologie der gesamten festländischen Arbeiterbewegung. Erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kam ein Rückschlag. Der Widerspruch zwischen der revolutionären Ideologie des Marxismus und der reformistischen Praxis der Arbeiterbewegung in den langen Jahren friedlicher Entwicklung kam im Revisionismus zum Bewußtsein seiner selbst. Aber sehr schnell überwand der Marxismus diese Krise. Als seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts die Teuerung die Lebenshaltung der Arbeitermassen in aller Welt senkte, seit 1905 eine neue revolutionäre Welle über die Welt ging, seit 1908 der Krieg sich vorbereitete, gewann die marxistische Auffassung der kapitalistischen Entwicklung wieder fast unbestrittene Geltung.

Freilich, nur auf dem Festlande ist der Marxismus zur herrschenden Ideologie aller Arbeiterparteien geworden, nicht in England. Nicht die marxistische Propaganda der Social Democratic Federation, sondern die an die ethischen, religiösen, demokratischen Traditionen des britischen Proletariats anknüpfende Agitation der Independent Labour Party führte die dem Liberalismus verfallenen britischen Arbeiter zu selbständigem Klassenkampf zurück. Als sich am Anfang des 20. Jahrhunderts die britischen Gewerkschaften mit den sozialistischen Propagandagruppen zu der großen britischen Arbeiterpartei zusammenschlossen, flößte die Independent Labour Party der neuen Partei ihren Geist ein. Dem festländischen Marxismus stand der britische Labourismus gegenüber. Aber selbst in England begann schließlich der Marxismus Raum zu gewinnen. Die große »Unrast der Arbeit« in den letzten Jahren vor dem Kriege, die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der traditionellen Methoden der englischen Arbeiterpolitik lenkten die Aufmerksamkeit der britischen Arbeiter auf den festländischen Sozialismus und Syndikalismus. Die revolutionäre Welle brachte eine Fülle marxistischer Schlagworte, marxistischer Auffassungen in die intellektuell regsamsten Schichten der englischen Arbeiterschaft. Aus dem Ruskin College, aus den Sommerschulen der Workers Educational Association ist eine junge Generation von Gewerkschaftsführern hervorgegangen, die dem Marxismus weit empfänglicher gegenübersteht als ihre Vorgänger.

Wuchs so im Verlauf von drei Jahrzehnten allmählich der Marxismus zu geistiger Weltmacht, so entfesselten doch erst die aus dem Weltkrieg geborenen Revolutionen die ganze Expansionsenergie des Marxschen Geistes. Erst in der russischen Revolution von 1917, erst in den mitteleuropäischen Revolutionen von 1918 wurden Marxens Gedanken zu Triebkräften, Marxens Worte zu Symbolen weltgeschichtlicher, weltumwälzender Ereignisse. Seit 1917 haben wohl mehr Menschen das »Kommunistische Manifest« gelesen als in den 70 Jahren vorher. Marxens Name wurde zum Symbol der Revolution schlechthin, Marxens Worte zu ihren Schlagworten weit über den Bereich des europäischen Kulturkreises hinaus. In Turkestan und Aseirbeidschan stehen Marx-Denkmäler den Moscheen gegenüber; und der Mollah in Persien mengt Marx-Zitate in Koranstellen, wenn er zum Heiligen Kriege gegen den europäischen Imperialismus ruft. Es ist eine Expansion ohnegleichen. Erst 40 Jahre nach seinem Tode ist Marx dem Kapitalismus, gegen den er ein Leben lang gekämpft, wahrhaft furchtbar geworden.

Aber freilich, gerade im Zuge dieser beispiellosen Masseneroberung hat der Marxismus selbst sein Wesen verändert. Als Kampfrufe leidenschaftlicher revolutionärer Kämpfer wurden Marxens Worte von den Massen aufgenommen. Aus ihrem geschichtlichen und systematischen Zusammenhang herausgerissen, wurden Marxens Sätze zu starren Formeln, zu erstarrten Schlagworten, die nun in ganz anderer geschichtlicher Situation, als Marx sie gekannt, in ganz anderem Zusammenhang als Marx sie gesprochen, den Streit der Parteien entscheiden sollten. Als die Revolution die Revolutionäre in feindliche Parteien schied, beriefen sie sich hüben wie drüben auf Marxens Worte als die höchste, allen unbestrittene Autorität; und der Streit um die Deutung von Marxens Sätzen endete in blutigem Straßenkampf, endete mit Todesurteilen der Revolutionsgerichte. Der Streit um den Sinn von Marx-Zitaten ward zur ideologischen Verhüllung der Klassen- und Parteikämpfe des 20. Jahrhunderts, wie der Streit um den Sinn von Bibelsprüchen, die ideologische Verhüllung der Klassen- und Parteikämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts war.

So ward Marxens Schule zerrissen. Gerade durch seine gewaltigste Expansion ist der Marxismus in eine viel tiefere, viel wesentlichere Krise gestürzt worden, als es die vielbesprochene »Krise des Marxismus« in der Zeit des Streites um den Revisionismus war.

Alle Wissenschaft ist nichts anderes, kann nichts anderes sein als Sammlung, Ordnung, Bearbeitung von Erfahrungen. Auch Marxens grandioses historisch-ökonomisches System ist nichts anderes. Es ist der Niederschlag des Studiums zweier großer Erfahrungen: seine politische Ökonomie der Niederschlag des Studiums der »industriellen Revolution« in England; seine Lehre von dem Klassenkampf, von der Revolution, vom Staat der Niederschlag des Studiums der großen Französischen Revolution. Das aus diesen Studien erwachsene System hat seinen Siegeszug erst vollenden können, als der Weltkrieg und die aus ihm entstandenen Revolutionen die Welt völlig umgewälzt hatten. Aber eben damit war eine Welt entstanden, von der, die Marx studiert und beschrieben hat, wesensverschieden. Der Kapitalismus von heute ist nach Ausdehnung und Struktur grundverschieden von dem Kapitalismus der Entstehungszeit des »Kapitals«. Die Arbeiterklasse selbst ist heute ganz anderer Struktur und ganz anderen Geistes als zu der Zeit, als Marx die Inauguraladresse der Internationale schrieb. Die Revolutionen der letzten Jahre haben uns unendlich reicheres Erfahrungsmaterial geliefert, als es Marx zur Verfügung stand; seine Bearbeitung wird unzweifelhaft zu ganz anderen Ergebnissen führen, als sie Marx aus der Bearbeitung der Revolutionen von 1789 und 1793, 1848 und 1871 gewinnen konnte. Das ist die Aufgabe, die nun Marxens Schule gestellt ist: mit den Arbeitsmitteln, die Marx uns gelehrt, mit den schöpferischen Methoden historischer und ökonomischer Forschung, die wir von Marx gelernt, die neuen Tatsachen zu erforschen, die neuen Erfahrungen zu verarbeiten: die neuen Tatsachen des kapitalistischen Wirtschaftslebens, die neuen Erscheinungen der Massenbewegungen des Proletariats, die neuen Erfahrungen der Revolution.

Kein Zweifel: solche Bearbeitung von Erfahrungen wird so manchen Satz Marxens, der aus ganz anderen Erfahrungen geschöpft war, berichtigen. Wer möchte heute aus einem Lehrbuch aus dem Jahre 1847 oder selbst 1867 Physik lernen? Und die Erscheinungen, die die Physik beschreibt, sind doch seit 1847 und 1867 dieselben geblieben. Wir aber sollten bei Erkenntnissen aus den Jahren 1847 und 1867 stehenbleiben können, obwohl sich doch die Erfahrungen, die die historisch-ökonomische Erkenntnis verarbeitet, seither wesentlich entwickelt und bereichert haben? Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts wird von dem Sozialismus des 19. Jahrhunderts verschieden sein; was heute als Krise des Marxismus erscheint, es ist nichts anderes als der schmerzhafteste Prozeß der Anpassung des Sozialismus an eine vom Grunde aus umgewälzte Welt. Diese Krise zu überwinden gibt es nur den ei-

nen Weg: uns, mit Marxens Denkmitteln und Forschungsmethoden ausgerüstet, auf die Fülle neuer Erfahrungen zu stürzen! Nicht wenn wir an Marxens Worten haften, sondern wenn wir Marxens Methoden anwenden, um die neue Welt zu begreifen, die neue Zeit zum Bewußtsein ihrer selbst zu bringen, erfüllen wir Marxens Vermächtnis. Und wenn, wie es schlechthin unvermeidlich ist, diese Arbeit in manchem Belange über Marxens eigene Erkenntnisse weit hinausführt, so manche von Marxens Vorstellungen ergänzt oder berichtigt, offenbart sich doch erst darin die schöpferische Energie Marxens Geistes: es ist Marxens Methode, die über Marxens Thesen hinweg weiterführt; es ist Marx, der Marx überwindet.

Wo ist, in das große System der Marxschen Ökonomie eingeordnet, die Bearbeitung der neuen ökonomischen Erscheinungen, die die Welt seit 1914 erlebt hat? Wo die marxistische Analyse der inneren Wandlungen der Arbeiterklasse selbst seit Marxens Tode? Die Revolutionen der letzten Jahre haben uns eine Fülle neuer Erfahrungen geliefert; welche Unzulänglichkeit, sie in Marxens aus den Erfahrungen der Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts abgeleitetes Schema zu zwängen, statt sie selbst mit den Methoden Marxscher Geschichtsauffassung zu bearbeiten, aus ihrer Bearbeitung neue, reifere Erkenntnisse über Wesen und Entwicklungsgang und Ziel proletarischer Revolutionen zu gewinnen! Wir haben im Sturme der Revolution das Wesen des Staates vor unseren Augen, in unseren Händen sich wandeln gesehen; und wir sollten glauben, durch Exegese von Marx-Zitaten und Apologie von Marxschen Sätzen aus dem vorigen Jahrhundert zu Erkenntnis des Staates zu gelangen, statt in Marxens Geiste, mit Marxens Forschungsmitteln diese Fülle neuer historischer Erfahrung zu verarbeiten! Hier, hier liegen die neuen Aufgaben der Marxschen Schule. Wenn auch zu einer neuen großen Synthese die Zeit noch nicht reif sein mag, zu monographischen Arbeiten, die die neue Synthese vorbereiten, ist das fruchtbarste Arbeitsfeld erschlossen!

Es ist an der Zeit, daß wir Marx, daß wir den Marxismus selbst im Lichte marxistischer Geschichtsauffassung sehen lernen. Die gewaltige Expansion des Marxismus in den letzten Jahren — sie war doch nur die ideologische Begleiterscheinung grundstürzender ökonomischer und sozialer Umwälzung. Diese Umwälzung selbst mit Marxschen Arbeitsmitteln zu begreifen und dadurch den Marxismus weiterzuentwickeln, ihn über Marx selbst hinauszuführen, das ist jetzt die Aufgabe der Marxschen Schule. Diese Aufgabe zu erfüllen mahne uns alle der vierzigste Todestag des Meisters!

Eine Nachbemerkung zu einem 60 Jahre alten Artikel und eine Notiz über die Entwicklung marxistischer Theorie

Erstmals erscheint in *spw* ein Text von Otto Bauer unter den Artikeln des Themenschwerpunkts. Die theoretische Bedeutung der Arbeiten Bauers für den Austromarxismus oder seine politisch führende Rolle in der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit sind dafür keine hinreichenden Gründe; zu Recht würde der Verdacht sich einstellen, eine problematische Nostalgie oder ein neuer Personenkult werde betrieben. Allein die Aktualität einer Position kann den Wiederabdruck an derart hervorgehobener Stelle rechtfertigen.

1.

Was an diesem fast 60 Jahre alten Artikel ist heute noch von Bedeutung und vorwärtsweisend? Bauer stellt uns Marx im ersten Absatz vor als einen »einsam« gewordenen, im Londoner Exil politisch weitgehend isolierten Mann. Das wissenschaftliche Werk von Marx ist in der Arbeiterbewegung um 1880 kaum bekannt (vgl. Mehring³1974, 513), der erste Band des »Kapital« auch von ihren Führern nicht gelesen. Den Tod des wichtigsten Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus

nehmen nur wenige überhaupt zur Kenntnis. Dieser Blick auf die Person von Karl Marx zeigt uns keinen Heroen, nicht den anerkannten theoretischen und politischen Führer des internationalen Proletariats; er widerspricht dem Mythos von der immerschon dagewesenen Verknüpfung von Marxismus und Arbeiterbewegung.

Die Entmystifizierung der Person Marx und die Zerstörung von Illusionen über seine zeitgenössische politische Wirksamkeit bilden für Bauer keinen Selbstzweck; sie erst ermöglichen, die Frage nach dem widersprüchlichen *Entwicklungsverhältnis* von marxistischer Theorie und sozialer Bewegung der Arbeiter zu stellen. Bauer geht es um die konkreten geschichtlichen — d.h. auch nationalen — Bedingungen für die Verankerung und die Aneignung des Marxismus als einer wissenschaftlichen Theorie politischen Handelns.

Bis hierhin betrachtet Bauer nur die Klassenkämpfe historisch, ihre Entwicklung ändert die Voraussetzungen für das Wirksamwerden *des* Marxismus. Die politische Spaltung der Arbeiterbewegung — national wie international — seit 1917 läßt ihn im folgenden den Marxismus selbst als ein geschichtliches, d.h. sich veränderndes Phänomen ins Auge fassen. Der Marxismus erscheint nicht länger als der ruhende Pol gegenüber sich entwickelnden sozialen Verhältnissen. Eine statische Auffassung vom Marxismus als Lehrgebäude, seine Interpretation als ein seit Marx gegebenes und fertiges System der Kritik der politischen Ökonomie oder seine Versteinering — unter Hinzunahme von Lenin — zu einer allgemeingültigen politischen Lehre erweist sich als unvereinbar mit der Wirklichkeit. Hier wird der Text ungewohnt für uns Leser, sein Sinn versteht sich auch heute noch nicht von selbst: Der Marxismus ist nicht nur Wissenschaft von der Geschichte, *er selbst hat eine Geschichte*. Wir können das erweitern auf die Entstehung des Marxschen Werks. Zwischen dem Gründungsdokument und dem »Forschungsprogramm« des wissenschaftlichen Sozialismus, den »Thesen über Feuerbach« (1845), und dem Hauptwerk »Das Kapital«, dessen erster Band 1867 erschien, liegt ein komplizierter, keineswegs gradliniger Forschungsprozeß der Verwissenschaftlichung theoretischer Hypothesen. Das Resultat ist die wissenschaftliche Ausarbeitung einiger — übrigens nicht aller — ursprünglich noch philosophischer Annahmen.

Aktuell geblieben ist Bauers Haltung, Veränderungen der marxistischen Theorie zu verlangen, wo immer sich die sozialen Realitäten ändern und neue Erfahrungen gemacht werden. Wenn Marx auf die Bedeutung der modernen Naturwissenschaften für die Begründung der Wissenschaft von der Gesellschaft hinwies (vgl. z.B. Vorwort zur ersten Auflage des »Kapital«, Bd. 1), müssen angesichts ihrer Fortschritte — Bauer nennt die Physik — erst recht Marxisten sich davor hüten, bei dem einmal gewonnenen Erkenntnisstand stehenzubleiben. Der Vergleich mit der Entwicklung der Naturwissenschaften (Verhältnis der Einsteinschen Relativitätstheorie zur Newtonschen Physik) bedeutet mehr noch, auch »Marxens Denkmittel« (Bauer) kritisch weiterzuentwickeln (vgl. W.F. Haug 1982, 104). Berichtigung und Erweiterung des Marxismus also, weil sich die Gesellschaft und die Wissenschaften weiterentwickeln — aber bedeutet *Weiterentwicklung* nicht doch letztlich *Preisgabe* marxistischen Denkens? — Diese Konsequenz ziehen oder fürchten wird nur, wer die Marxsche Theorie, etwa »Das Kapital«, nicht als *Theorie der Entwicklung* der kapitalistischen Gesellschaft auffaßt.

II.

Was hat sich in den 60 Jahren seit Bauers Text verändert, welche »neuen Tatsachen« (Bauer) müssen Berücksichtigung finden? — Die Verbreitung des Marxismus — theoretisch wie politisch — im Zuge der Revolutionen nach 1917 erfolgte um den Preis der politischen Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung. Fünfzehn Jahre später erkannten ihre fähigsten Führer, unter ihnen Otto Bauer, aber auch viele Arbeiter aus eigener Erfahrung, daß der Gegensatz von Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer der Bedingungen für den Erfolg des Faschismus geworden war. Verbot, Auflösung und Verfolgung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen markierten einen Tiefpunkt für die Massenwirksamkeit marxistischer Ideen. Die ungeheuren Schwierigkeiten und die Widersprüche des sozialistischen Aufbaus in der jungen Sowjetunion wurden unter Stalin zunehmend mit Terror und Repression — vor allem in der kommunistischen Partei selbst — beantwortet; in gleichem Maße verlor der Marxismus als Wissenschaft jede notwendi-

ge Autonomie gegenüber den politischen Entscheidungszentren. Die Theorien von Marx, Engels und Lenin wurden in eine Staatsideologie (»Marxismus-Leninismus«) transformiert, die fortan für die fraktionellen Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Internationale und für die Machtausübung in der Sowjetunion benutzt wurde. Entsprechend büßte der Marxismus seinen Charakter als *wissenschaftliche* Theorie weitgehend ein und verlor an Ausstrahlungskraft.

Der Intellektuellen-Bewegung Ende der 60er Jahre kommt das bleibende Verdienst zu, in den kapitalistischen Ländern eine Renaissance des theoretischen Marxismus eingeleitet zu haben. Politisch gewannen marxistische Positionen durch die eurokommunistischen Strömungen in der kommunistischen Weltbewegung und durch sozialistische Erneuerungsansätze in den sozialdemokratischen Parteien eine neue Attraktivität, ohne heute schon das Gewicht zu haben, um im internationalen Maßstab die zur Lösung der sozialen Widersprüche erforderlichen Veränderungen durchsetzen zu können. Andererseits wuchs seit der chinesischen und der kubanischen Revolution in den nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt das Interesse am marxistischen Sozialismus, insoweit er sich als produktive Kraft im Kampf gegen Imperialismus und Unterentwicklung bewähren konnte. Theoretiker aus diesen Ländern leisten seit Jahren bedeutende Beiträge zu einem nicht europäisch fixierten Marxismus (vgl. die Zeitschrift »socialism in the world«, welche die Beiträge der jährlich in Cavtat/Jugoslawien stattfindenden internationalen Konferenzen verzeichnet).

Welche Entwicklungen durchlief vor dem Hintergrund der weltweiten politisch-sozialen Veränderungen der Marxismus als *Wissenschaft*? — Klarer als Bauer erkennen wir heute die Widersprüche der marxistischen Antworten auf die Herausforderung des Revisionismus zu Anfang dieses Jahrhunderts. Die von Kautsky artikulierte marxistische Orthodoxie der II. Internationale, die auf den wirtschaftlichen Kollaps des Kapitalismus vertraute und in der SPD vom »Zentrum« vertreten wurde, erwies sich als unfähig zu konkretem revolutionärem Handeln und führte keineswegs zufällig in die Politik der Vaterlandsverteidigung und des »Burgfriedens« von 1914. Aber auch die revolutionäre Linke in Deutschland (Luxemburg, Mehring, Zetkin) argumentierte gegen Bernstein und seine Schule eher abstrakt, meist mit — rhetorisch brillanten — Hinweisen auf Klassiker-Worte. Konstruktivere Kritik am antimarxistischen Revisionismus wie auch am »mechanischen Determinismus« Kautskys leisteten im Wege der eigenen Ausarbeitungen Otto Bauer und andere Austromarxisten (vgl. etwa Adler ²1924). Theoretisch und politikpraktisch richtungweisend für die Sozialdemokratie Rußlands war Lenins Lösung der »Hegemonie der Arbeiterklasse« (Lenin, Werke, Bd.17, 63), um deren Erhalt und Ausbau es ihm seit der Revolution von 1905 ging. Die »konkrete Analyse der konkreten Situation« bildete für ihn die Voraussetzung dafür, den für die *Linie* des Marxismus unabdingbaren *ideologischen Klassenkampf* führen zu können.

Das Scheitern der Räterevolution im Westen veranlaßte Antonio Gramsci, neue Fragen der Staatstheorie im Marxismus (vgl. Buci-Glucksmann 1981) und der politischen Strategie für die entwickelten kapitalistischen Länder aufzuwerfen. Gramsci forderte von den Marxisten den Bruch mit allem Ökonomismus, d.h. mit einer Denkweise, die politische, ideologische und kulturelle Vorgänge einfach auf Ökonomisches *reduziert* — zurückführt —, statt die konkreten Zusammenhänge dieser Praxen gedanklich zu rekonstruieren — zu *entwickeln* — und die Determination durch das Ökonomische »in letzter Instanz« (Engels, in: MEW 37, 463) nachzuweisen. Die Marxisten müssen »den Ökonomismus ... vor allem in der politischen Theorie und Praxis bekämpfen. Auf diesem Gebiet kann und muß der Kampf geführt werden, indem man den Hegemoniebegriff entwickelt ...« (Gramsci 1967, 316) Gramsci erklärt aber auch die Stärke, die Funktion ökonomischen Denkens und seine besonderen Konjunkturen: »Wenn man im Kampf die Initiative nicht ergreifen kann und der Kampf selbst aus einer Reihe von Niederlagen besteht, wird der mechanische Determinismus zu einer erstaunlichen Kraft des moralischen Widerstands, des Zusammenhalts ... 'Ich bin im Augenblick besiegt, aber auf lange Sicht arbeitet die Macht der Dinge für mich.« (ebd., 140)

Die Erfahrungen dynamischer Massenbewegungen dagegen widersprechen in aller Regel monokausalen und reduktionistischen Erklärungen der sozialen Auseinandersetzungen. Feministische Theoretikerinnen, die sich auf den Marxismus beziehen, kritisieren ein Denken, »das Fragen der Geschlechterbeziehungen und der Herrschaft der Männer lange verleugnet oder an den Rand ge-

drängt hat.« (Barrett 1982, 179) Die Erkenntnisbarriere für den Marxismus besteht in der Reduktion der Frauenfrage auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit; die Theorie des »Kapitals« bietet scheinbar ein Argument für die Elimination der Frauenbewegung aus dem strategischen Denken von Marxisten, weil es Frauen nur zum Erkenntnisobjekt macht, insoweit sie (Lohn-)Arbeiterinnen sind. Entsprechend verlangen sozialistische Feministinnen nicht Preisgabe, sondern Weiterentwicklung des Marxismus: »Die Perspektive der Befreiung [der Frauen, d. Verf.] muß durch zusätzliche theoretische Anstrengung, durch andere Begrifflichkeit erarbeitet werden. Sie gilt es, in den Marxismus einzuschreiben ...« (F. Haug 1982, 171)

Nicht Anreicherung und Erweiterung verwickeln den wissenschaftlichen Sozialismus in gefährliche Widersprüche, sondern ein Denken in Haupt- und Nebenwidersprüchen, das die Probleme der Arbeiter-, Frauen- und Ökologiebewegung gegeneinander ausspielt.

Eine andere bedeutsame Erweiterung des Marxismus provozierte die Herausforderung durch die psychoanalytische Tradition. Sie zwang Marxisten seit den 60er Jahren, ausgehend vom »ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« (6. Feuerbach-These) eine materialistische Theorie der Persönlichkeit auszuarbeiten (vgl. u.a. Seve 1977; Holzkamp 1978). Die Monopoltheorie brachte neue ökonomie-theoretische Kenntnisse über den heutigen Kapitalismus, indem sie die Marxschen Theoreme der »Überakkumulation« und der »Entwertung« des Kapitals (vgl. MEW 25, 261ff.) aufgriff (vgl. Boccaro 1976, 30ff.).

Ein Programm der Erneuerung des Marxismus (vgl. auch Albers 1982, 61ff.) wird sich nicht auf das Ausgreifen in neue Wissensgebiete beschränken; praktisch notwendig ist heute auch die Wiederaneignung bestimmter, im Marxismus verdrängter Linien. Für das Denken von Marx, Engels und Lenin konstitutiv war die Perspektive des »Absterbens des Staates« im Sozialismus (Engels, in MEW 20, 262). Lenin notierte in »Staat und Revolution«: »Jeder Staat ist 'eine besondere Repressionsgewalt' gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist jeder Staat unfrei ...« (LW 25, 410) Er betonte die Notwendigkeit der »sozialistischen Kritik an jedwedem Staat überhaupt« (ebd.). Von der Rekonstruktion des Zusammenhangs von sozialistischer Perspektive mit dem Abbau jeglicher Fremdvergesellschaftung (vgl. PIT 1979, 178ff.) hängt praktisch die Überwindung von Konzepten ab, die linke Politik einseitig auf den Staat und auf stellvertretendes Handeln festnageln.

Den Bestand marxistischen Wissens zu überprüfen und zu verändern, setzt die Beschäftigung mit den Hauptwerken der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus voraus; andernfalls entgehen wir nicht der Gefahr, die unumgängliche *Revision* überholter Anschauungen als Preisgabe der marxistischen Tradition insgesamt zu betreiben. Wir werden die Anstrengung der Neubegründung marxistischer Politik gegen die Haltung des »Wegwerfens« und gegen die Dogmatisierung alter Erkenntnisse unternehmen müssen, wenn der Marxismus als Instrument der sozialen Emanzipation auch im 2. Jahrhundert nach Marx nicht nur tauglich bleiben, sondern an Wirksamkeit noch gewinnen soll.

Frank Heidenreich

Literaturhinweise

- Alder, Max, 1926: Neue Menschen, Berlin
 Albers, Deilev, 1982: Zentrale strategische Probleme des Bruchs mit Profitlogik in den kapitalistischen Metropolen. In: Albers/Cap, u.a., 1982, 59ff.
 Albers/Cap u.a. (Hg.), 1982: Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken, Berlin/West
 Barrett, Michèle, 1982: Begriffsprobleme marxistisch-feministischer Analyse. In: Das Argument 132, Berlin/West
 Boccaro, Paul, 1976: Studien über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine Krise und seine Überwindung, Frankfurt/Main
 Bucì-Glucksman, Christine, 1981: Gramsci und der Staat, Köln
 Gramsci, Antonio, 1967: Philosophie der Praxis, hg. v. Christian Riechers, Frankfurt/Main
 Haug, Frigga, 1982: Frauen und Theorie. In: Das Argument 132, Berlin/West
 Haug, Wolfgang F., 1982: Veränderungskultur und Neuzusammensetzung der sozialen Bewegungen. In: Albers/Cap u.a., 1982, 93ff.
 Holzkamp, Klaus, 1978: Gesellschaftlichkeit des Individuums. Aufsätze 1974-1977, Köln
 Mehring, Franz, 1974: Karl Marx. Geschichte seines Lebens, Berlin/DDR
 PIT 1979: Projekt Ideologie-Theorie, Theorien über Ideologie, Berlin/West
 Seve, Lucien, 1977: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt/Main

Ulrich Schöler

Marxismus und Anti-Marxismus in der SPD

Nach Kriegsende 1945 nahmen der rechte Flügel der Sozialdemokratie und in seiner Folge die SPD als Partei auch in ihrer *Programmatik* Abschied von der verbalen Bezugnahme auf den Marxismus. Schon mehr als 20 Jahre vorher fand allerdings die in Programmen noch vorhandene marxistische Analyse keine Entsprechung mehr in der *tagespolitischen* Praxis der offiziellen SPD.

Der Neubeginn der SPD nach 1945 war zugleich begleitet von einem starken Streben nach Einheit in der deutschen Arbeiterklasse. Wurde die traditionelle Spaltung in Sozialdemokraten und Kommunisten auch nicht überwunden — wobei den Gründen hier nicht nachgegangen werden soll —, so sammelte sich doch ein großer Teil der Mitglieder und Funktionäre der früher zwischen den großen Parteien angesiedelten Parteien und Gruppen (SAP, KPO, Rote Kämpfer, ISK, Neu Beginnen) unter dem Dach der SPD. Obwohl damit weitere Strömungen mit teilweise nichtmarxistischem Denken in die SPD Einzug hielten, fand die erste Parteikonferenz vom 5. bis 7.10.1945 in Hannover noch mit einer von roten Fahnen und einem Marx-Bild geschmückten Bühne statt. Dementsprechend enthielten auch die Äußerungen führender SPD-Politiker in diesen Jahren durchgängig positive Bezugnahmen auf den Marxismus. So bescheinigte Willi Eichler, der vormals dem antimarxistischen ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund) angehört hatte, 1947 einem Teil des Marxismus, er habe »... der kämpfenden Arbeiterschaft ein Rüstzeug der Tatsachenkenntnis geliefert, ohne die der Kampf um die Befreiung des Vierten Standes rettungslos im Dunkeln hätte tappen müssen.«¹ Allerdings wurde bereits an gleicher Stelle die Absage an jene Teile der Marxschen Vorstellungen vorgenommen, die Auswirkungen auf eine konkrete politische Praxis hatten. Für Eichler ließ sich das Entstehen von Klassenbewußtsein nicht anders begründen, »als durch die Berufung auf die Pflicht des einzelnen, sich für den *sittlich* (Hervorhebung d.d. Verf.) notwendigen Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker einzusetzen, auch wenn dies von ihm große Opfer verlangt.«² Ein Gedankengang, auf den wir später noch öfter stoßen werden.

Auch Kurt Schumacher, der sich selbst zuweilen als Marxist bezeichnete, formuliert auf dem ersten Nachkriegsparteitag am 10. Mai 1946 in Hannover, die Sozialdemokraten hätten »gar keine Veranlassung, den Marxismus in Bausch und Bogen zu verdammen und über Bord zu werfen.«³ Er sei nichts Überaltertes. Über Bord werfen wollte er nur den Ausdruck »Klassenkampf«. Ähnlich noch Eichler 1954; auf die oft erhobene Forderung, sich vom Marxismus loszusagen, antwortete er: »Diese Forderung unbesehen erfüllen, schien mir zu bedeuten, daß wir unsere Tradition, aber auch unser Wahrheitsgefühl und den Sinn wissenschaftlicher Grundlagen des Sozialismus verleugneten — und vor allem jedes Solidaritätsgefühl.«⁴

Weg zum Godesberger Programm als Abschied vom Marxismus

Die Zeiten einer positiven Bezugnahme auf den Marxismus sollten sich bald ändern. Die Periode, in der aufgrund des allgemeinen Bewußtseins vom Zusammenspiel von faschistischer Partei und Großkapital bis 1945 der Kapitalismus insgesamt diskreditiert war, so daß selbst die CDU in ihrem Ahlener Programm weitgehende Sozialisierungsforderungen aufstellte, währte nicht lange.

Zwei Entwicklungen setzten ein, die auf die Auseinandersetzung mit marxistischen Po-

sitionen innerhalb der SPD entscheidenden Einfluß hatten. Dies war zum einen die beginnende neue Prosperitätsperiode der wiederangekurbelten kapitalistischen Wirtschaft. Die durch die Weltwirtschaftskrise 1930 überwunden geglaubte Vorstellung vom krisenfreien Kapitalismus erlebte in der SPD neuen Auftrieb. Zum anderen war es der sich aus den Auseinandersetzungen der Besatzungsmächte entwickelnde Kalte Krieg. Die Verwendung marxistischer Terminologie in der Bundesrepublik geriet nun bereits in den Geruch der Bejahung der »Unrechtssysteme im Osten«. Diese Entwicklung fand innenpolitisch ihren ersten Höhepunkt durch das Verbot der KPD, mit dem weite Teile marxistischen Gedankenguts mit dem Verdikt des Verfassungswidrigen belegt wurden.

Dennoch erfolgte noch vereinzelt eine Auseinandersetzung führender SPD-Politiker mit marxistischen Positionen. Herbert Wehner beklagte 1957, daß in der Praxis

»... die demokratischen Sozialisten in der Regel so sehr von unmittelbaren Aufgaben des Tages in Anspruch genommen (sind), daß nur in seltenen Fällen Gelegenheit gesucht wird, sich selbst und anderen Rechenschaft darüber abzulegen, in welchem Maße die Gedanken von Marx und seine 'Methode der soziologischen und politischen Erkenntnis' eine Rolle in unserem Alltag und unserem Streben spielen.«⁵

Zugleich enthielt aber nun die Bezugnahme auf den Marxismus verstärkt die neue Funktion, anhand von Zitaten der Klassiker nachzuweisen, daß in den sozialistischen Staaten Osteuropas kein sozialistischer Aufbau im marxistischen Sinne zu erkennen sei. Zu diesem Schluß gelangte Wehner anhand des Satzes von Marx:

»Die beste Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen.«⁶

Diesem Argumentationsmuster führender rechtssozialdemokratischer Politiker begegnen wir bis in die jetzige Zeit sehr häufig. Die Berechtigung von Kritik an der inneren Verfaßtheit der sozialistischen Staaten unter Berufung auf Marx ist sicher für die Zeit des Stalinismus unbestritten und hat meines Erachtens für die Beurteilung der sozialistischen Länder auch heute ihre Bedeutung. Die Besonderheit liegt für Politiker des rechten Flügels der SPD nur gerade darin, daß sie an ihre eigene Politik den Maßstab marxistischer Kategorien gerade nicht anlegen.

Trotz eines leichten Rückgangs der Wachstumsraten hielt der rasante ökonomische Aufschwung auch Ende der fünfziger Jahre an. Die These von der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus schien endgültig widerlegt. Zugleich stagnierte die SPD bei Wahlen. Viele innerhalb der Partei machten dafür die Tatsache verantwortlich, daß die SPD auch weiterhin im öffentlichen Bewußtsein mit Klassenkampf und Marxismus identifiziert wurde. Das immer noch gültige Heidelberger Programm von 1925 hatte sich einer weitgehend marxistischen Terminologie bedient. Kurt Schumacher betonte dagegen schon kurz nach dem Kriege, daß es gleichgültig sei, ob jemand aufgrund marxistischer Analyse, ethischer Prinzipien oder des Bekenntnisses zur Bergpredigt zur SPD stoße. Diese Überlegung prägte bereits die Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951:

»Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.«⁷

Eine inhaltlich gleiche Passage wurde nun in das Godesberger Programm aufgenommen. Marxisten werden in diesem Programm wenig der vormals vertrauten Terminologie finden. Als Bezugspunkt für eine umfassende gesellschaftsverändernde Perspektive bleibt im allgemeinen Teil die Forderung nach einer »neuen Wirtschafts- und Sozialordnung.«⁸ An die Stelle einer wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus tritt in dem Programm nun seine Orientierung an ethischen Grundwerten. Und was man bestimmt nicht bei Marx oder Engels abgeschrieben hat:

- »Das private Eigentum an den Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.«⁹
- »freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative«¹⁰
- nur, »wo mit anderen Mitteln eine gesunde Orientierung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.«¹¹

Gegenstimmen gegen das Programm gab es auf dem Parteitag nur wenige. Schwere Auseinandersetzungen hatten allerdings in der Partei im Vorfeld des Parteitags stattgefunden.¹² Eine straffe und rigide durchgesetzte Parteitagsregie tat ihr übriges.¹³ Nach der Verabschiedung des Programms galt es, dies auch entsprechend in die Partei hinein umzusetzen. Kommentare, Reden und Artikel zeigten an, welchen Weg man mit diesem Programm beschreiten wollte. In dieser Phase wurde zumindest noch die Auseinandersetzung mit marxistischen Positionen geführt. So zog Wehner noch in der Debatte auf dem Parteitag aus der Passage des Programmtextes, die Partei sei für jeden offen, den Schluß, daß das Programm dann eben auch »keine marxistische Wirtschaftsanalyse« sein könne.¹⁴ Konsequenz zude gedacht, durfte es sich dann natürlich auch nicht an der Bergpredigt, an Kant oder Keynes orientieren. Diese Überlegung zeigt schon, wie banal und falsch zugleich der Gedankengang Wehners natürlich war; sie macht aber die Intentionen der Programmverfasser deutlich: Nicht die ideologische Beliebigkeit war das Ziel, sondern der Abschied gerade von marxistischem Denken.

Wie sehr man dies noch mit »marxistischen« Argumenten zu verkleistern versuchte, bewies Erich Ollenhauer in der Debatte: »Die Forderung, das politische Programm von Karl Marx und Friedrich Engels zum Inhalt des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms vom Jahre 1959 zu machen, ist doch im Grunde so unmarxistisch wie nur denkbar.« Es sei vielmehr notwendig, »unsere Vorstellungen und Vorschläge den veränderten Verhältnissen anzupassen.«¹⁵ Als hätte den Delegierten das Kommunistische Manifest von 1848 als Alternative vorgelegen und nicht der am Marxismus orientierte Alternativentwurf »Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie« eines Marburger Ortsvereins, verfaßt von Wolfgang Abendroth.¹⁶

Eichler spannte zwar in seinem Kommentar den Bogen vom Kommunistischen Manifest zum Godesberger Programm, ohne aber darauf hinzuweisen, daß in ersterem der Sozialismus noch nicht als ethisches Prinzip und idealistische Utopie aufgefaßt wurde. Nur so war er aber zu verstehen, wenn er den Inhalt des Manifestes dahingehend zusammenfaßte, daß es ihm »letztlich immer um die Gleichheit der Würde aller«¹⁷ ging. Auf dieses Fazit beschränkt, wäre es wohl nichts anderes gewesen als das »Godesberger Programm« für das Jahr 1848.

Unter Berufung auf eine mißverständliche Definition der Begriffe »Sozialisierung« und »Sozialismus« bei Kautsky¹⁸ wurde in den Kommentierungen nun ein Gegensatz zwischen beiden konstruiert; der — und da beriefe man sich dann zu Unrecht auf Kautsky — dahin »aufgelöst« wurde, daß man auf die Sozialisierung als Voraussetzung für den Sozialismus

durchaus verzichten könne.¹⁹ Sie galt für Eichler als ein Mittel zur Befreiung der Menschen nur noch für Verhältnisse, in denen die unkontrollierte Macht der Produktionsmittelbesitzer existiere. 1960 war für ihn aber eine solche Situation nicht mehr gegeben. Gewerkschaften als Gegenmacht, die Politik der Vollbeschäftigung, die Anerkennung und teilweise Verwirklichung der Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft, Arbeitsrecht und Sozialpolitik, Kartellkontrolle und regulative Wirtschaftseingriffe des Staates hätten zu einer Einschränkung der Unternehmermacht geführt. Demokratische Kontrolle statt Sozialisierung ist fortan die Devise. Oder: Soziale Marktwirtschaft statt Sozialismus, wie wir es heute formulieren würden.

Die Aufgabe der Perspektive der Vergesellschaftung begründete Eichler mit dem Hinweis, daß Krisen im Kapitalismus regulierbar seien: »Schließlich hat die Wissenschaft Mittel und Wege ausfindig gemacht, die früher scheinbar unvermeidlichen Krisen mit ihren fürchterlichen Folgen für die Arbeiterschaft weitgehend zu verhindern.«²⁰ Auch Wehner bemühte die Klassiker, um schließlich doch Abschied von der Sozialisierung zu nehmen. Er verwies darauf, daß Engels im Anti-Dühring Vorstellungen verhöhnt hatte, bloße Verstaatlichung sei schon Sozialisierung. Er stellte fest, daß auch in den Marx'schen Schriften kein Rezept für das »wie« der Sozialisierung enthalten sei.²¹ Unter Berufung auf Marx und Engels sollte die Schlußfolgerung »abgeleitet« werden, man könne auf Sozialisierungen insgesamt verzichten.

Neuaufnahme der Programmdiskussion in den 70er Jahren

Mit der Ende der 60er Jahre anwachsenden Studentenbewegung wurde das gesamtgesellschaftliche Klima für fortschrittliche und marxistische Politik offener. Anfang der 70er Jahre fanden viele junge Menschen mit unterschiedlichen linken Vorstellungen den Weg zur SPD. Die programmatische Diskussion wurde wieder aufgenommen, von Seiten offizieller Parteivertreter allerdings nur unter Verweis auf Positionen des Godesberger Programms, während die Auseinandersetzung mit marxistischem Gedankengut so gut wie nicht erfolgte. Im Gegenteil: Sprachen noch das Godesberger Programm selbst und auch alle damaligen Kommentatoren von der Offenheit für marxistische Positionen, so wurden diese nun verbal ausgegrenzt. Für Richard Löwenthal bildete das Godesberger Programm den Abschied vom Marxismus, der sich für die Sozialdemokratie schon in der Weimarer Republik nur »lähmend« ausgewirkt habe.²² Helmut Schmidt unterschob Marx eine Zusammenbruchstheorie²³, um dann feststellen zu können, daß im Godesberger Programm »nichts mehr enthalten (ist) von dem marxistischen Glauben an einen automatischen und gar vorhersehbaren Ablauf der Geschichte.«²⁴ Hans-Jochen Vogel mußte den Pappkameraden »Vollsozialisierung als Prinzip oder gar als Dogma« aufstellen, um ihn und schließlich alle Klassenkampf- und Konfliktstrategien ablehnen zu können.²⁵ Und schließlich verkündete Bruno Friedrich nicht nur die soziale Marktwirtschaft, sondern auch die Sozialpartnerschaft als Ziel der Sozialdemokratie: »Unser Ziel ist es, die Wirtschaft, das Kapital in einer kritischen Partnerschaft von Kapital und Arbeit wirksam demokratisch zu kontrollieren.«²⁶ Das Ziel des Godesberger Programms, der Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung, verwandelte sich in der Auffassung führender Sozialdemokraten in eine überholte oder aber bereits verwirklichte Perspektive. Für Horst Ehmke war nämlich dieser von Sozialdemokraten mit aufgebaute und regierte demokratische und soziale Rechtsstaat »ein unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Sozialismus, den die Sozialdemokraten als historische und zukunftsweisende Alternative dem

sowjetkommunistischen Gesellschaftsmodell entgegenstellen.«²⁷ Auch für Herbert Wehner ging es nicht mehr um einen »Zukunftsstaat«, sondern nur noch »um die Erfüllung dieses Staates, der auch unser Staat ist, mit sozialdemokratischem Inhalt.«²⁸ Da blieb kein Raum mehr für die Engelssche Auffassung vom »Staat als ideellem Gesamtkapitalisten«, für Marxens Staat als »Instrument der herrschenden Klasse« oder Bebels Begriff vom »Klassenkampf gegen die herrschenden Klassen und die Staatsgewalt«.

In den 70er Jahren nahm also die rechte und »offizielle« Sozialdemokratie Abschied auch von der Auseinandersetzung mit marxistischen Positionen. Bezugspunkte für eine solche Diskussion fanden sich außerhalb des marxistischen Flügels nur noch bei Vertretern der »mittleren« Wissenschaftlergeneration wie Peter von Oertzen, Horst Heimann oder Thomas Meyer, die aber zu Marx nur auf dem Umweg über Bernstein gelangten und mit dieser Neubelebung des Revisionismus innerparteilich noch dem linken Spektrum zuzurechnen sind.

Die Partei beschäftigt sich offiziell mit Marx und Engels nur noch in Form von Festreden. Hier findet das Aufstellen von — politisch ungefährlichen — Säulenheiligen statt, ein Akt, den man so den Marxisten heutzutage vorwirft. Geradezu synchron läßt es sich lesen: Nicht nur Marx²⁹, auch »Engels war ein großer Deutscher.«³⁰ Zu begreifen ist jeder von ihnen nur »als Sohn seiner Zeit«³¹ bzw. »vor dem Hintergrund seiner Zeit.«³² Sie haben wissenschaftlich eine Menge geleistet — damals natürlich:

»Was Marx und Engels konzipierten, war ein genialer Entwurf für die Vermenschlichung in einer Welt der Dampfmaschine, der feudalen Obrigkeit und eines erbarmungslosen Frühkapitalismus. Heute haben sich die Lebensverhältnisse der breiten Massen in den Industrieländern grundlegend verändert.... Die politischen Uhren gehen heute anders als vor hundert Jahren.«³³

So ist denn ihre wissenschaftliche Leistung »schließlich durch die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft in wichtigen Teilen überholt worden.«³⁴ Glaubwürdig wäre eine solche Beurteilung sicher dann, wenn man alle Denker als »Söhne ihrer Zeit« in die Antiquitätenkammer schickte. Stutzig wird man aber, wenn man liest, daß wir es gleich mit einer »in vieler Hinsicht bemerkenswerten Modernität des Bernsteinschen Werkes«³⁵ zu tun haben. In die Mottenkiste kommt also *Marx selbst* und sein *Werk* — etwa »Das Kapital« —, während die *Revision* Marxschen Denkens zeitlos bleibt. Denjenigen, die immer noch mit Marx Politik machen wollen, wird gesagt, daß Marx »im politisch ausschlaggebenden Teil seiner Theorie ... zwiespältig geblieben (ist)«.³⁶ Wer so zwiespältig ist, der läßt natürlich auch allerhand Auslegungen zu — schließlich kann er sich ja auch nicht dagegen wehren. Aus Marx' Äußerung, daß er in Staaten wie England und Amerika einen friedlichen Übergang zum Sozialismus für möglich halte,³⁷ leitet Willy Brandt ab, er habe »mit seinen Argumenten ... auch einen reformistischen Weg zur Verwirklichung sozialistischer Ziele freigelegt und begründet.«³⁸ Dieses Gleichsetzen von »revolutionär« und »mit Waffengewalt« bzw. »reformistisch« und »friedlich« wird man bei Marx vergeblich suchen.

Erneut stoßen wir auf einen Gedankengang, dem wir schon früher begegnet sind: »Heute (= 1970) wissen wir, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel die Probleme der Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft, die Ausweitung des Freiheitsbereichs des einzelnen nicht, jedenfalls nicht automatisch löst...«³⁹ 1976 fehlt die letzte Einschränkung,⁴⁰ die sechs Jahre haben wohl die endgültige Gewißheit gebracht. Nun soll hier nicht wieder auf Engels »Anti-Dühring« verwiesen werden, in dem er am Beispiel des preußischen Kompanieschneiders ironisch aufzeigt, daß Verstaatlichung noch nicht mit Sozialisierung gleichzusetzen ist. Nur: Indem man aus dem Marxschen Werk die Heraus-

arbeitung des Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital wegretouchiert, welche die Notwendigkeit der Expropriierung der Eigentümer der Produktionsmittel begründet, raubt man diesem Werk seinen eigentlichen Sinn. So läßt er sich — und auch Engels — geduldig reduzieren auf einen Denker, der als großes Thema die Freiheit hatte. Und da weiß sich die Sozialdemokratie noch heute mit ihm verbunden. »Sozialismus bedeutet für uns vielmehr einen Entwurf auf Freiheit hin, der offenbleibt, in Bewegung und damit menschlich.«⁴¹ Wer wäre wohl nicht gern ein Vertreter des Freiheitsgedankens? Aber der präzise Sinn des Marxschen Begriffs der Freiheit als »Freiheit von Ausbeutung« ist aufgelöst in unbestimmter Freiheitsliebe. Genau dafür war der in Teilen der SPD-Rechten ideologisch einflußreiche Sir Karl Popper schon 1958 eingetreten: »Der 'wissenschaftliche' Marxismus ist tot. Sein Gefühl für soziale Verantwortlichkeit und seine Liebe für die Freiheit müssen weiterleben.«⁴²

Möglichkeiten einer Rekonstruktion marxistischen Denkens in der SPD

Wir haben gesehen, daß in den Erklärungen und Programmbeiträgen führender Sozialdemokraten der letzten Jahre der Marxismus selbst bzw. die Auseinandersetzung damit so gut wie keine Rolle mehr spielt. Für marxistische Sozialdemokraten stellt sich deshalb um so mehr die Aufgabe, wie die Auseinandersetzung um Theorie und Praxis marxistischer Politik in breiterem Maße als bisher in der Partei geführt werden kann. Um vorab vor einer Illusion zu warnen: Dies wird sicherlich nicht mittelfristig dazu führen, daß Spitzenfunktionäre, wie die in diesem Aufsatz zitierten, nun plötzlich zu einer Debatte über marxistische Inhalte gezwungen werden könnten. Es kann nur darum gehen, eine solche Diskussion von unten her in Gang zu setzen. Die Ansatzpunkte dafür möchte ich anhand von drei Punkten skizzieren:

1. Das bereits vor dem zweiten Weltkrieg sichtbare Abrücken großer Teile der Sozialdemokratie auch von theoretischen Bezügen auf den Marxismus hängt eng mit einer bestimmten Marx-Rezeption der 2. Internationale zusammen. Vor allem Kautsky bietet Ansatzpunkte für »revolutionären Attentismus«, also das Warten auf den prognostizierten Zusammenbruch des Kapitalismus, bei gleichzeitiger revolutionärer Propaganda. Der Kapitalismus tat der Arbeiterbewegung diesen Gefallen aber nicht. So entwickelten sich theoretisch Ansätze, die die Marxsche Analyse der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in Frage stellten. Trotz der augenfälligen Widerlegung solcher Annahmen ab Ende der 20er Jahre fanden diese Ansätze erneute Verbreitung nach 1945. Der bereits angeführte Willi Eichler ist nur ein Beispiel für viele. Die Nachkriegsperiode schien diesen Erwartungen erneut Recht zu geben. Seit der ersten Krise 1966/67 ist solchen Positionen aber real der Boden entzogen. Bis heute sind die Krisenzyklen in immer kürzeren Abständen erfolgt. Mit der Hinfalligkeit des Arguments von der krisenfreien sozialen Marktwirtschaft entfällt auch der Begründungszusammenhang für den Verzicht auf Sozialisierungsmaßnahmen.

2. Die SPD hat über die Jahrzehnte hinweg ein Staatsverständnis entwickelt, das diesen Staat neutral, d.h. losgelöst von bestehenden Klassengegensätzen und ökonomisch begründeter politischer Macht betrachtete. Er wird zu »unserem Staat« erklärt. Wir stehen aber jetzt am Ende einer bedeutsamen Periode der Nachkriegsgeschichte. 13 Jahre lang hat die SPD die Möglichkeit gehabt, diesen Staat »sozialdemokratisch zu erfüllen«. Daß dabei zahlreiche sozialpolitische Fortschritte erzielt wurden, ist unbestreitbar. Nur: Am Ende stand die Regierung Schmidt/Genscher vor einem Scherbenhaufen. Bei zunehmendem ökonomischen Druck sah sie sich gezwungen, selbst einen großen Teil der erzielten Errungenschaften wieder abzubauen. Die ökonomische Macht des Monopolkapitals bestimmte

auch weiterhin, auf wessen Kosten die Krise zu überwinden sei. Hier liegen Anknüpfungspunkte für eine Rekonstruktion des marxistischen Staatsverständnisses.

3. Die Zeit der gänzlichen Loslösung der offiziellen Sozialdemokratie vom Marxismus fällt zusammen mit der Zeit des Kalten Krieges. Für viele Genossinnen und Genossen besteht noch immer die gedankliche Verbindung zwischen Marxismus und den dogmatisch-verknöcherten Lehrgebäuden des »Marxismus-Leninismus« aus der Phase des Stalinismus. Sie sehen den Marxismus häufig als bloße Rechtfertigungsideologie für jedwede Politik der Staats- und Parteiführungen der sozialistischen Staaten. Aber hier sind Veränderungen sichtbar. Die Zeit des Stalinismus ist vorbei, der Kalte Krieg wurde durch eine Periode der Entspannungspolitik abgelöst. Die kommunistische Weltbewegung hat Auflockerungen erfahren, der Marxismus-Leninismus ist als Dogmengebäude umstritten. All diese Entwicklungen bieten Ansatzpunkte zu einer rationaleren Auseinandersetzung. Dabei soll nicht geleugnet werden, daß gerade in diesem Bereich die Barrieren noch besonders hoch sind. Der Antikommunismus hat als irrationale Variante des Antimarxismus zu lange die Funktion einer westdeutschen Staatsdoktrin gehabt.

Aber es darf nicht übersehen werden, daß es noch bestehende reale Ansatzpunkte für Antikommunismus gibt. Die sozialistischen Länder Osteuropas sind noch weit davon entfernt, als Musterbeispiele für sozialistische Demokratie dienen zu können. Wie der Marxismus als Legitimationswissenschaft für verfehlte Politik herzuhalten hat, haben die letzten Jahre in Polen eindringlich vor Augen geführt. Wer also innerparteilich mit marxistischen Positionen vorankommen will, darf zum einen die oft aus persönlichen Erfahrungen herrührenden antikommunistischen Barrieren nicht leichtfertig abtun. Zum anderen müssen wir in der Lage sein, von einem marxistischen Standpunkt aus die Defizite an sozialistischer Demokratie in den sozialistischen Staaten als solche zu analysieren und zu benennen. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich plädiere hier nicht für eine Abgrenzungsdiskussion, sondern für einen Standpunkt, der nicht darauf verzichtet, an den dortigen Herrschaftsformen Kritik zu üben und Demokratisierung und Wiederherstellung von Freiheitsrechten zu verlangen, wie es Wolfgang Abendroth einmal formuliert hat. Denn:

»Die Linke in der Bundesrepublik ... muß das auch in ihrem eigenen Interesse, weil sie sonst im eigenen Staate unglaublich würde und ihre entscheidende Aufgabe, die Wiederherstellung des politischen und sozialen Selbstbewußtseins der Arbeitnehmer, ihre Erziehung zum Kampf für Demokratie und Sozialismus nicht lösen könnte.«⁴³

Ich weiß, daß diese Auffassung nicht ungeteilte Zustimmung finden wird. Wer es sich allerdings so einfach macht, und auf das Überholtsein dieser Position Abendroths von 1963 vertraut, der sei darauf hingewiesen, daß er auch 1982 die Kommunisten in der BRD davor warnt, den Eindruck bestehen zu lassen, »daß man sie hier als bloße Verlängerung der Parteien der sozialistischen Länder ansieht«. Er fährt fort: »Aus der Gefahr dieser Identifikation müßten sich die Kommunisten lösen, wenn sie ihre Tradition glaubhaft vertreten wollen.«⁴⁴ Darf da für marxistische Sozialdemokraten etwas anderes gelten?

Anmerkungen

- 1 Willi Eichler: Revolutionierung der sozialistischen Theorie. In: ders.: Weltanschauung und Politik. Reden und Aufsätze, Frankfurt/M. 1967, S. 33/34 (zit. Eichler 1967)
- 2 ebd., S. 34
- 3 vgl. FR vom 27.3.73, S. 7
- 4 Willi Eichler: Sozialistische Gestaltung von Staat und Gesellschaft. Rede auf dem Parteitag der SPD 1954 in Berlin. In: Eichler 1967, S. 64

- 5 Herbert Wehner: Zur inneren Entwicklung des Marxismus. In: ders.: Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930/1980. 5. Aufl., Frankfurt/Berlin 1981, S. 167 (zit. Wehner 1981)
- 6 zit. nach Wehner 1981, a.a.O., S. 166/167
- 7 ebd., S. 167
- 8 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem a.o. Parteitag in Bad Godesberg vom 13.-15. November 1959, Bonn 1959, S. 8 (zit. GP)
- 9 GP S. 14
- 10 GP S. 13
- 11 GP S. 15
- 12 darauf weist Klaus Riebschläger hin, Berliner Stimme (BS) vom 16.3.74, S. 11
- 13 vgl. den Brief des Berliner Delegierten Stein in BS vom 6.4.74
- 14 Herbert Wehner: Glaubt einem Gebrannten. In: Wehner 1981, S. 213
- 15 vgl. Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.-15. November 1959, Hannover/Bonn o.J., S. 55, 64 (zit. Protokoll)
- 16 vgl. Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie. 2. Aufl., Neuwied und Berlin 1972, S. 407ff.
- 17 Willi Eichler: Grundwerte und Grundforderungen im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD. Beitrag zu einem Kommentar. Bonn/Bad Godesberg 1962, S. 9 (zit. Eichler-Kommentar)
- 18 Karl Kautsky: Die Diktatur des Proletariats. In: Peter Lübke (Hrsg.): Kautsky gegen Lenin, Berlin/Bonn 1981, S. 29/30
- 19 Eichler-Kommentar S. 14; so auch unter Berufung auf Kautsky: Hans-Jochen Vogel, Grundlagen des demokratischen Sozialismus, Bonn 1974, S. 3/4
- 20 Eichler-Kommentar S. 15
- 21 Herbert Wehner: Die Arbeiterfrage im Programm der SPD. In: Wehner 1981, S. 220/221
- 22 Richard Löwenthal: Die Erneuerung der Sozialdemokratie. In: BS vom 16.3.74, S. 11
- 23 zu dieser nicht haltbaren Unterstellung vgl. Lucio Coletti: Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale. Frankfurt 1971, S. 15ff.
- 24 zit. nach FR vom 27.3.73, S. 7
- 25 Vogel a.a.O., S. 9, 16
- 26 Bruno Friedrich: Godesberger Erneuerung — Überlegungen zum Standort der SPD. Beilage zur BS vom 6.4.74, S. 11
- 27 Horst Ehmke: Der demokratische Sozialismus als geistige und politische Kraft. Bonn/Bad Godesberg 1976, S. 5
- 28 Herbert Wehner: Anleitung zur Praxis — 15 Jahre Godesberger Grundsatzprogramm. In: BS vom 23.11.74, S. 11
- 29 Willy Brandt: Freiheit und Sozialismus. Rede zum 30. Jahrestag der Eröffnung des Karl-Marx-Hauses. Trier, 4. Mai 1977, S. 3 (zit. Marx-Rede)
- 30 Willy Brandt: Friedrich Engels und die soziale Demokratie. Rede zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels in Wuppertal, Bonn/Bad Godesberg 1970, S. 12 (zit. Engels-Rede)
- 31 Marx-Rede, S.3
- 32 Engels-Rede, S. 28/29
- 33 ebd., S.21
- 34 Marx-Rede, S.6
- 35 ebd., S.7
- 36 ebd.
- 37 MEW 18, 160
- 38 Marx-Rede, S.10
- 39 Engels-Rede, S.20
- 40 Marx-Rede, S.8
- 41 ebd., S.16
- 42 Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd.2, 5. Aufl., München 1977 (1958), S. 259
- 43 Wolfgang Abendroth: Aufgaben einer deutschen Linken. In: Horst Krüger (Hrsg.): Was ist heute links? München 1963, S. 156
- 44 Friedensbewegung und Arbeiterbewegung, Wolfgang Abendroth im Gespräch, Marburg 1982, S.100

Kurt Neumann

Am Ende einer Ära

Sozialdemokratische Perspektiven jenseits des Sozial-Liberalismus¹

Die Situation ist da: Seit dem 17. September 1982 gibt es — nach 13 Jahren — keine sozial-liberale Regierungskoalition mehr. Seit dem 1. Oktober ist Helmut Kohl Bundeskanzler einer Rechtskoalition aus CDU/CSU und FDP. Aber das ist nicht alles: Nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern zeichnet sich eine einschneidende Veränderung des politischen Parteiensystems insgesamt ab. In einem — wann auch immer zu wählenden — 10. Bundestag sitzen möglicherweise die »Grün/Alternativen«, nicht aber die FDP. Sollten in einem solchen Falle CDU und CSU nicht die absolute Mehrheit der Parlamentssitze erringen, wird dies Hamburger oder Hessische Verhältnisse zur Folge haben, droht eine gefährliche »Unregierbarkeit des Staates«, beschwören die Konservativen, winkt die Chance einer Mehrheit »diesseits von CDU und CSU«, hoffen Willy Brandt u.a.

Was tun?

In der Sozialdemokratie stellt jetzt mancher sein schnelles Rezept vor: Linke fordern umstandslos ein Zusammengehen mit den Grünen, Rechte sind dagegen und deuten schon die »staatspolitische Notwendigkeit« einer »Großen Koalition« aus CDU/CSU und SPD an. Die politischen Positionen sind in diesen Fällen unterschiedlich, ja gegensätzlich. Dennoch seien auch wichtige Gemeinsamkeiten der meist pressetüchtigen Rezeptverkünder festgehalten: Die Politik verengt sich ihnen auf das Bilden von Regierung durch Koalitionen oder Tolerierungskartelle, und zwar möglichst um die zeitlich nächste Ecke: Im Frühjahr 1983.

Die unbestrittenen und gern anerkannten taktischen Erfolge der SPD-Spitze in den letzten Stunden der sozial-liberalen Koalition können solch wenig nachdenkliche Betriebsamkeit erklären, zu rechtfertigen ist sie indes nicht. Um wirklich in die weitere politische Entwicklung handelnd eingreifen zu können, bedarf es schon einer grundlegenden Positionsbestimmung, die den tiefen Einschnitt wirklich zur Kenntnis nimmt, den das Ende des sozial-liberalen Bündnisses bedeutet. Marxistische Sozialdemokraten haben — auch in dieser Zeitschrift — mehrfach deutlich gemacht, daß die SPD-FDP-Regierung in Bonn bereits vor über einem Jahr inhaltlich an ihrem Ende angelangt war und daß durch das hinhaltende Kleben an den Regierungssitzen die Oppositionsfähigkeit der SPD beeinträchtigt wurde. Daran hat sich durch die Geschicklichkeit, mit der die Schuld am Scheitern der Koalition dem Herrn Genscher zugewiesen wurde, nichts geändert.

Nur wenn das Scheitern der Bundesregierung unter Führung von Helmut Schmidt als Scheitern an den wirtschaftlichen, sozialen und auch außenpolitischen Problemen begriffen wird, besteht überhaupt die Chance, eine Perspektive sozialdemokratischer Politik zur Lösung der aktuellen und der anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu entwickeln, gesellschaftliche Mehrheiten für eine solche Perspektive herzustellen und im Ergebnis dann auch die erforderlichen Parlamentssitze zu erreichen. Eine Mehrheitsbildung gerade auch mit und im Verhältnis zu den Grünen ist nicht zu haben, wenn ihnen einerseits nur opportunistisch nachgelaufen, andererseits aber gefordert wird, sie und nicht die SPD sollte die eigenen Positionen völlig verändern. Die Grünen selbst warten ja auch nicht gerade darauf, einen sozialdemokratischen Minderheitskanzler installieren zu helfen, damit dieser

die bisherige gescheiterte Politik fortsetzen kann. — Statt kurzatmiger Rezepte brauchen wir eine intensive Diskussion über die Perspektiven einer vorwärtsweisenden Politik in der gesamten SPD und darüber hinaus. In dieser Diskussion haben marxistische Sozialdemokraten neben anderen einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Von Marx lernen — auch und gerade nach 100 Jahren

In der heutigen Zeit des politischen Umbruchs in der Bundesrepublik tun wir gut daran, uns der methodischen Herangehensweise zu vergewissern, mit der Karl Marx die jeweiligen politischen Verhältnisse, Entwicklungstendenzen und Handlungsmöglichkeiten untersuchte. Diese Herangehensweise ist auch 100 Jahre nach dem Tode Marx' immer wieder aktuell. Sie kann und sie wird sich dann noch bewähren, wenn diejenigen, die heute von der »Krise des Marxismus« herumreden, sich längst eines anderen modischen Schlagwortes zur Bestimmung ihres eigenen unsicheren politischen Standorts bedienen: Wer heute die Marx'schen Schriften wie »Klassenkämpfe in Frankreich², der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«³ oder »Der Bürgerkrieg in Frankreich«⁴ liest, wird dabei heute noch mehr für die Untersuchung aktueller politischer Probleme lernen können, als bei der Lektüre etwa von Aufsätzen, die unter dem überaus bescheidenen Titel »Neue soziale Bewegungen und Marxismus«⁵ jüngst veröffentlicht wurden.

Gegen einen bornierten Ökonomismus ...

Die politischen Schriften von Karl Marx machen deutlich, wie wenig aber solche »Marxisten«⁶, die unmittelbar aus der ökonomischen Entwicklung alle möglichen Erscheinungen des politischen Kampfes, insbesondere auch das Bewußtsein der Menschen, »ableiten« wollen, sich auf Marx berufen können. Aus den marx'schen Darstellungen selbst ergibt sich, daß es einer besonderen politischen Analyse bedarf, die die politischen Kräfte und deren Handeln im politischen Raum als besonderen gesellschaftlichen Bereich begreift. Diese ganz wesentliche Erkenntnis ist — wie unvollkommen im einzelnen auch immer durchgeführt — Grundlage solcher theoretischen Ausarbeitungen wie des »Hamburger Strategiepapiers«⁷ oder der »Herforder Thesen«.⁸ Von dieser Erkenntnis ausgehend haben marxistische Sozialdemokraten auch frühzeitig den Fehler eines »bornierten Ökonomismus (kritisiert), da ohne Reflexion politischer Praxis aus der ökonomischen Analyse eine Strategie nicht abgeleitet werden kann«.⁹

... und auch gegen sein Gegenteil

Heute ist es teilweise modern geworden, sich selbst als »nicht-ökonomistischen« Marxisten zu definieren. Allerdings geht manchen Kritikern am »Ökonomismus« doch allzu oft und allzu leicht der Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Grundlagen einer Gesellschaft und den jeweiligen konkreten politischen Abläufen verloren. Insbesondere in den Diskussionen um die Zeitschrift »Argument«¹⁰ besteht eine Tendenz, die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche Wirtschaft, Politik und Ideologie auseinanderzureißen und letztlich dem Ideologischen einen Vorrang zu geben. Die Nähe zu einem »bürgerlichen Idealismus«, der in der Welt der Ideen und ihrer Artikulation verbleibt, unfähig, politisches Handeln zu orientieren, wird unverkennbar.

Ökonomie und Politik

Demgegenüber soll mit den politischen Schriften von Karl Marx an der Erkenntnis des Besonderen, aber auch des Zusammenhangs von Politik und Ökonomie und der grundlegenden

genden Bedeutung der Ökonomie festhalten werden, wie es etwa Friedrich Engels formuliert hat:

»Es ist Wechselwirkung zweier ungleicher Kräfte, der ökonomischen Bewegung auf der einen, der nach möglichster Selbständigkeit strebenden und, weil einmal gesetzten, auch mit einer Eigenbewegung begabten neuen politischen Macht; die ökonomische Bewegung setzt sich im ganzen und großen durch, aber sie muß auch Rückwirkung erleiden von der durch sie selbst eingesetzten und mit relativer Selbständigkeit begabten politischen Bewegung, der Bewegung einerseits der Staatsmacht, andererseits der mit ihr gleichzeitig erzeugten Opposition.«¹¹

In diesem Sinne brauchen wir für unsere Positions- und Perspektivbestimmung Analysen, der »besonderen Rolle, die die politischen Kämpfe und Ereignisse spielen, natürlich innerhalb ihrer *allgemeinen* Abhängigkeit von ökonomischen Bedingungen«.¹²

Thesen zur Vorgehensweise

Ausgehend von dem grundsätzlichen Zusammenhang von Ökonomie und Politik und der Verallgemeinerung der methodischen Erkenntnisse politischer Analysen soll versucht werden, in Thesen zu formulieren, welche Gesichtspunkte einer politischen Analyse grundsätzlich und im folgenden zugrunde gelegt werden sollen:

1. Eine zureichende politische Analyse setzt Kenntnisse der *Klassenstruktur* der konkreten Gesellschaft voraus. Es geht dabei zunächst um das Verhältnis der Klassen als gesellschaftlicher Personengruppen, die sich an ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit festmachen. Es geht aber auch um mögliche Differenzierungen innerhalb der Hauptklassen sowie um die Bestimmung von Zwischenschichten. Vor allem aber ist zu fragen, wie die Klassenverhältnisse ihre Entwicklungen und ihren Niederschlag im politischen System, insbesondere auch im politischen Parteiensystem, finden. (Dabei ist stets zu berücksichtigen, daß die politischen Verhältnisse komplizierter sind, als daß man in ergreifender Schlichtheit die Partei oder die Parteien des Kapitals, insbesondere des Monopolkapitals, auf der einen und die Partei der Arbeiterklasse auf der anderen Seite identifizieren könnte.)

2. Auf der Grundlage der ökonomischen Entwicklungstendenzen müssen die bestehenden und sich entwickelnden *wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme und Konflikte* im Verhältnis zu den unterschiedlichen Interessen in der Klassengesellschaft untersucht werden. Dabei bleibt festzuhalten, daß die jeweiligen Klasseninteressen nicht unmittelbar zusammenfallen mit ihren jeweils konkreten Äußerungsformen, denn

3. diese sind häufig geprägt durch die *konkrete Form ideologischer Klassenherrschaft*, die weitgehend durch eine Uminterpretation der bestehenden Probleme und Konflikte zu »Nicht-Klassen-Problemen« erfolgt und im politischen System auf eine Umgruppierung von Parteien und Wählern »quer« zu den Klassenverhältnissen und zu den gesellschaftlichen Problemen und Konflikten zielt.

4. Als Ausgangspunkt politischen Handelns sind die Möglichkeiten der »Gegen-Interpretation« und »Organisierung« zu bestimmen. Das bedeutet, daß die jeweiligen Probleme und Konflikte gerade auf diejenigen in sie eingeschlossenen Klasseninteressen und gegebenenfalls auch klassenübergreifenden Interessen zurückzuführen sind. Auf dieser Grundlage sind dann zugleich die Möglichkeiten herauszuarbeiten, wie gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren sind und welche Konsequenzen sich für den parlamentarisch-politischen Kampf ergeben.

Diese Thesen sind sicherlich unvollständig und höchst vorläufig. Sie zeigen aber auf, in welcher Richtung Marxisten heute in der politischen Analyse weiter arbeiten müssen, um

den bestehenden Zusammenhang zwischen ökonomischen Bewegungen und politischem Handeln konkret zu erfassen und die in dem jeweils bestehenden politischen Verhältnis eingeschlossenen politischen Handlungsmöglichkeiten zu bestimmen. Die nachstehenden Überlegungen orientieren sich an diesen methodischen Thesen, sie führen sie zwar nicht jeweils im einzelnen aus, setzen aber den Inhalt als Vorüberlegungen voraus.

Die bürgerlichen Parteien

Die Geschichte der Bundesrepublik, insbesondere ihres politischen Parteiensystems, ist dadurch gekennzeichnet, daß in keiner Phase der Entwicklung die kapitalistische Herrschaft gefährdet war. Dies gilt für alle Etappen der Entwicklung und für alle unterschiedlichen Formen der parlamentarischen Regierungsbildung bzw. Regierungskoalitionen.¹⁴ Ausgangspunkt und entscheidend für diese Situation ist die Herausbildung der Parteienkonstellation von CDU und CSU als stabiler »bürgerlicher Volkspartei«. Dieser Parteienkonstellation gelang es erstmals in Deutschland, die verschiedenen bürgerlichen Strömungen zusammenzufassen und bis auf die FDP alle anderen bürgerlichen Parteien aufzusaugen. Darüber hinaus erreichte diese Parteiengruppierung eine außerordentlich starke Verankerung auch innerhalb der Arbeiterklasse und bei den lohnabhängigen Zwischenschichten. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, daß das Stimmenpotential von CDU und CSU bei 50% derjenigen liegt, die sich an Wahlen zu beteiligen pflegen.

Die Breite der Mitgliedschaft und Anhängerschaft von CDU und CSU entspricht einem relativ breit gefächerten Angebot an ideologischen Interpretationsmustern für gesellschaftliche Konflikte. Es werden national-liberale wie katholisch-ständische Traditionen aufgenommen und fortgeführt und zugleich unter Berufung auf die christliche Soziallehre Teile der sozial-partnerschaftlich ausgerichteten Arbeiterklasse angesprochen. Verbindendes Element war und ist in erheblichem Umfang auch heute noch eine antikommunistische ideologische Ausrichtung.

In der gegenwärtigen ökonomischen Krisensituation wird unter dem Gesichtspunkt des Subsidiaritätsprinzips¹⁵ zugleich ein modisches anti-etatistisches Interpretationsmuster¹⁶ angeboten, das ein Weniger an Staat im Sinne von Abbau der Soziallasten den Unternehmern, im Sinne von Steuererleichterungen den Gutverdienenden und dem Vorrang der »kleinen Netze« vor der großen »Megamaschine«¹⁷ den Alternativbewegten zu versprechen vorgibt. Zugleich versuchen die Unionsparteien gegenüber der lohnarbeitenden Bevölkerung interpretatorisch die Krisenursachen aus dem kapitalistischen Funktionszusammenhang hinauszuinterprieren und politische Aggressionen auf andere zu lenken: auf Gewerkschaftsbonzen, Ölscheichs — vor allem aber auf die Ausländer.

Gegenüber der CDU/CSU spielte die FDP — von außenpolitischen Akzentsetzungen abgesehen — keine eigenständige Rolle bei der Formierung gesellschaftlicher Mehrheiten. Zur Herausbildung politisch-parlamentarischer Mehrheiten war sie bis heute jedoch unersetzlich. Sie gewährleistete, daß der bei einem möglichen, im parlamentarischen System angelegten Wechsel von Regierung und Opposition ohne eindeutig bürgerliches Element ausgeschlossen war. Die spannende aktuelle Frage ist, ob bei den nächsten Bundestagswahlen die FDP und damit ein entscheidender Faktor zur Stabilisierung bürgerlicher Vorherrschaft entfällt.

Sozialdemokratie und sozialliberales Bündnis

Die SPD ist in der Nachkriegsgeschichte nie eine Partei gewesen, die wirklich auf die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft orientiert war. Ihre Politik blieb immer in refor-

mistische Rahmen gefangen, auch wenn das Maß der anti-kapitalistischen Ansätze jeweils unterschiedlich war.¹⁸ Zukünftig wird es darauf ankommen, welche Entwicklung die SPD als Ganze angesichts des Scheiterns der Umsetzung der bisherigen Reformkonzepte in gesellschaftliche Realität nehmen wird. So offen diese Frage ist, eines erscheint jedenfalls für absehbare Zeit als sicher: Mehrheiten links von CDU und CSU kann es nur unter maßgeblicher, das heißt führender Beteiligung der SPD geben und keinesfalls an dieser Partei vorbei.

Bei einem Parteiensystem, bestehend aus CDU/CSU, FDP und SPD, hätte ein sozial-liberales Bündnis unter dem Gesichtspunkt der Absicherung kapitalistischer Klassenherrschaft schon weit im Vorfeld einer auch nur ansatzweisen Bedrohung dieser Herrschaft außerordentliche Vorzüge. Diese Parteienkonstellation erwies sich als flexibler gegenüber Anpassungsanforderungen des politischen Systems an veränderte ökonomische Verhältnisse. Die damalige Unbeweglichkeit von CDU/CSU und ihre Befangenheit in ihren konservativen Ideologien waren letztlich auch der Grund für das Scheitern des alten bürgerlichen Blocks im Jahre 1966 und für die Entwicklung über die »Große Koalition« hin zum sozial-liberalen Bündnis. Entscheidender Vorteil der sozial-liberalen Koalition vor anderen Regierungsmöglichkeiten war aber die Verankerung der SPD in breiten Teilen vor allem der organisierten Arbeitnehmerschaft, und damit deren Einbeziehung in den jeweils gefundenen Regierungskonsens. Diese Konstellation war es aber auch, die letztlich zur Auflösung des sozial-liberalen Bündnisses geführt hat: Angesichts der wirtschaftlichen Krise, der Arbeitslosigkeit, der Verschlechterung der Reallohnsituation und des Sozialabbaus war für die bürgerlichen Kräfte die Gefahr bedeutsam geworden, daß die SPD unter den Druck ihrer eigenen Anhängerschaft, insbesondere der Gewerkschaften geraten konnte. Ein nur leichtes Zunehmen anti-kapitalistischer Momente in der Programmatik der Partei — hochstilisiert insbesondere anhand der Beschlüsse des Münchener Parteitag — führte sicherlich auch neben politischen Existenzängsten der FDP dazu, daß ihr Vorsitzender Genscher im Sommer 1981 die politische Wende verkündete und zielgerichtet den Bruch der sozial-liberalen Koalition nach den Hessen-Wahlen — was ihm in dieser Form nicht gelang — anstrebte.

Die Bildung der neuen Koalition Kohl/Genscher kann aber nicht schlicht verwechselt werden mit der Rückkehr zum alten bürgerlichen Block, wie er vor 1966 bestanden hat. Zum einen ist zu erwarten, daß aufgrund der wirtschaftlichen Krise und der sich verschärfenden sozialen Lage sich zunehmend Klassenauseinandersetzungen ergeben, die das hohe Maß der Integration der Sozialdemokratie in das kapitalistische System nicht unberührt lassen werden. Zum anderen aber hat sich die Situation dadurch kompliziert und ist dadurch instabiler geworden, daß das politische Parteiensystem durch das Umsetzen der Grün/Alternativen-Bewegung in eine politisch-parlamentarische Partei eine Veränderung des politischen Parteiensystems bewirkt hat. In dieser Situation stellt sich für die Herrschenden die Frage, ob und wie es gelingen kann, die bestehenden und sich entwickelnden gesellschaftlichen Probleme und Konflikte politisch zu stabilisieren. Auf der anderen Seite müssen Sozialdemokraten klären, ob und wie Mehrheiten diesseits von CDU/CSU gesellschaftlich errungen und ins politische Parteiensystem transformiert werden können, wobei für marxistische Sozialdemokraten nicht nur die Frage der Abwehr besonders arbeitnehmerfeindlicher und unsozialer sowie freiheitseinschränkender Maßnahmen im Vordergrund steht, sondern auch die Frage der Eröffnung von Veränderungsmöglichkeiten hin zu einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft auf die Tagesordnung rücken muß.

Probleme und Konflikte

Im folgenden seien einige Probleme und Konfliktfelder angesprochen, an denen und an deren ideologischer Aufarbeitung und politischer Umsetzung sich die weitere Entwicklung des politischen Systems in der Bundesrepublik entscheiden kann:

1. Die gegenwärtige, sich verschärfende Wirtschaftskrise schlägt sich sozial als *Massenarbeitslosigkeit* mit steigender Tendenz nieder. Ursache hierfür ist zum einen die stets krisenhaft zyklische¹⁹ Entwicklung der Wirtschaft im Kapitalismus. Verschärfend kommt hinzu, daß bestimmte Krisensymptome deswegen dauerhaft werden, weil die ökonomische und politische Macht der Monopole die »reinigende« Funktion der Wirtschaftskrisen abschwächt. In den Vordergrund tritt aber auch zunehmend die die Konjunkturzyklen überlagernde Tendenz steigender Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Beschränkung des Massenkonsums, sei es nun aufgrund natürlicher oder aufgrund kaufkraftmäßiger Beschränkungen der Nachfrage. Die letztgenannte Erscheinung ist Ausdruck des grundlegenden, von Marx analysierten Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate. Hier zeigt sich ganz konkret, daß die zunehmende kapitalistische Rationalisierung als Mittel zur Erhöhung der Profite immer wieder in ihr Gegenteil umschlägt. — Die Arbeitslosigkeit ist tendenziell eine Systembedrohung, zugleich aber gibt die durch die Arbeitslosigkeit angelegte Spaltung der Arbeiterschaft wieder einen Ansatzpunkt für den Einsatz von herrschaftsstabilisierenden Gegenstrategien.

2. Die zunehmende Arbeitslosigkeit und auch die Beschränkung staatlicher Finanzierungsquellen — die finanziellen Mittel für Militärausgaben werden im Rahmen der Umverteilung zugunsten der Großkonzerne nicht geschmälert — bewirken einen zunehmenden *Abbau des sozialen Netzes*. Insbesondere längere Zeit arbeitslose Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, werden zu Randgruppen uminterpretiert, die aufgrund mangelnden guten Willens nicht arbeiten und dafür das soziale Netz mißbrauchen. Ihnen an die Seite gestellt werden die Ausländer, die von Opfern zu Schuldigen an den Auswirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems gemacht werden.

3. Zunehmende *Rohstoffvergeudung* und zunehmende *Belastung der Umwelt* wie Luft, Wasser und Boden bedrohen die menschliche Gesundheit und die natürliche Umwelt als Lebensgrundlage der Menschen. Diese zerstörerischen und selbstzerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Produktion sind nur ansatzweise von der sozial-liberalen Regierung als Aufgabe erkannt worden. Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, waren unzureichend. Die Probleme in diesem Bereich werden in nächster Zeit noch schneller als bisher zunehmen. Zugleich besteht die Gefahr, daß ein Gegensatz zwischen dem Interesse an Arbeitsplätzen und an besserer Umwelt aufgebaut wird.

4. Die zunehmende *Aufrüstung* und innere *Militarisierung* bedroht nicht nur den äußeren Frieden. Sie führt auch zur Verschwendung von ganz erheblichen materiellen Ressourcen und bedroht im Ergebnis im inneren die demokratischen Freiheitsrechte. Auch hier besteht die Gefahr, daß ein Gegensatz konstruiert wird zwischen der Abrüstung und dem Interesse an der Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen. Hinzu kommt, daß der bestehende, insbesondere auch im Bereich der Grün/Alternativen-Bewegung vorhandene Anti-Kommunismus eine wirksame, einheitliche Friedensbewegung gefährden könnte.

Angesichts dieser aktuellen Probleme und Konflikte steht objektiv und sicherlich auch im Bewußtsein der Führungskräfte des Kapitals und der bürgerlichen Parteien fest, daß die Bildung der Regierung Kohl/Genscher nicht einfach als eine Rückkehr aus dem Sündenpfehl sozialistischer Experimente in die heile Welt des alten bürgerlichen Blocks gese-

hen werden kann. Die Verhinderung der Herstellung gesellschaftlicher anti-kapitalistischer Mehrheiten ist schwieriger als in den Zeiten vor 1966. Auch sind die politisch-parlamentarischen Mehrheiten unsicherer als damals.

Politische Strategie der Herrschaftssicherung

Strategischer Ausgangspunkt für die Herrschenden bei der Verhinderung der Herausbildung anti-kapitalistischer gesellschaftlicher Mehrheiten wird es sein, übereinstimmende oder sich weitgehend berührende Interessen als gegensätzliche zu interpretieren und im Bewußtsein der jeweiligen Gruppen festzumachen. Ansatzpunkte sind die Differenzierung in der Lohn- bzw. Gehaltshöhe, die objektiven Unterschiede zwischen denjenigen, die Arbeit haben und denjenigen, die in die Arbeitslosigkeit geworfen sind, die Unterschiede zwischen denjenigen, die im Erwerbsleben stehen und denjenigen, die von Altersunterstützung leben. Es wird verstärkt angesetzt werden an scheinbaren prinzipiellen Gegensätzen zwischen dem Arbeiterinteresse an Vollbeschäftigung und ökologischen Forderungen nach mehr Umweltschutz. Es wird — und das hat sich in aller Deutlichkeit in der Regierungserklärung gezeigt — auf der emotionalen Klaviatur des Ausländerhasses gespielt, um von den gemeinsamen Interessen deutscher und ausländischer Arbeitnehmer abzulenken. Zusammenfassend besteht das Hauptcharakteristikum der Strategie der Herrschenden in der Aufteilung, der Parzellierung von verschiedenen gesellschaftlichen Interessen, die immer wieder gegeneinander gestellt werden, auch wenn im Grunde diese Interessenunterschiede allenfalls unter Teilgesichtspunkten und oberflächlich vorhanden sind. Diese Parzellierung soll die Herausbildung einer einheitlichen zusammenführenden Perspektive anti-kapitalistischer Gesellschaftsveränderung schon im Ansatz zerstören.

Wie wichtig nun die Parzellierung sozialer Interessen zur Herrschaftssicherung auch ist, so bedarf es doch zumindest im politischen Raum eines übergreifenden ideologischen Instrumentariums, das geeignet ist, die zunächst parzellierten Interessen unter der Perspektive der Bewahrung der bestehenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zusammenzufassen. Als Hauptmomente dieses Instrumentariums zeichnen sich schon jetzt der Anti-Kommunismus und ein weiter gesteigerter Nationalismus ab, so daß es nicht erstaunen darf, wenn eine Verschärfung des Ausländerhasses im Inneren und eine zunehmend stärkere Aggressivität in der Außenpolitik, insbesondere gegen sozialistische Länder und gegen die Länder der Dritten Welt, Momente der bürgerlichen Herrschaftssicherung sein werden.

Für die herrschenden Kräfte muß es aber fragwürdig sein, ob diese Strategie der Verhinderung anti-kapitalistischer gesellschaftlicher Mehrheiten im politischen Bereich durch eine Koalition von CDU/CSU und FDP dauerhaft abgesichert werden kann. Dem steht schon die Fragwürdigkeit der weiteren Existenz der FDP entgegen. Auch kann es jedenfalls nicht als sicher gelten, daß die bisher auf die CDU und CSU orientierten Teile der Bevölkerung für sich allein mehrheitsfähig sind. In der Perspektive muß deshalb versucht werden, den neuen Bürgerblock, die neue Rechtsregierung, um einen weiteren politischen Faktor anzureichern, der in seiner sozialen Verankerung über den bisherigen Bereich hinausreicht.

Betrachtet man nun auf der Grundlage der bestehenden gesellschaftlichen Probleme und Konflikte den Bereich, der sich als Mehrheit diesseits von CDU und CSU herausbilden könnte, so wird deutlich, wo der Hebel angesetzt werden müßte, um eine breitere Mehrheit zur Absicherung bürgerlicher Herrschaft zu finden. Nicht einmal eigene Analysen müßten die führenden Funktionäre von Unternehmerverbänden und bürgerlichen

Parteien anstellen. Sie bräuchten nur auf die »Löwenthal-Thesen« zurückzugreifen, um unter dem Gesichtspunkt des aufgebauten Gegensatzes der Interessen an Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum sowie an Ökologie und Umweltschutz aus der SPD einen Teil des rechten Flügels einschließlich der entsprechenden Anhängerschaft, insbesondere in der Arbeiterschaft, herauszubrechen. Auf welchem Wege, wenn überhaupt, sich eine solche Perspektive realisieren ließe, kann sicherlich von niemandem beantwortet werden. In Betracht käme einmal die Möglichkeit der Integration in die noch breitere »Volkspartei« CDU/CSU, wenn es gelingen könnte, die klerikalen Elemente in der CDU/CSU und die anti-klerikale Tradition auch im Bereich »rechter« sozialdemokratischer Arbeitnehmer abzubauen. Sonst bliebe die Möglichkeit der Herausbildung einer weiteren politischen Partei innerhalb des in Bewegung geratenen Parteiensystems: Einer »industriellen Arbeiterpartei«, die der CDU/CSU — ob mit oder ohne FDP — zusätzlich das Maß an gesellschaftlicher Verankerung verschafft, das zur politischen Mehrheitsbildung im parlamentarischen Raum erforderlich ist.

Sozialdemokratische Alternativen

Die Untersuchung der zukünftigen Entwicklung vom Standpunkt der herrschenden Kräfte gibt wichtige Hinweise für die Herausarbeitung der notwendigen sozialdemokratischen Perspektive jenseits des Sozial-Liberalismus.

1. In der Partei muß eine alternative *Wirtschaftspolitik* im Sinne etwa der Herforder Thesen oder der Memorandum-Gruppe diskutiert und durchgesetzt werden, die im Rahmen des Kapitalismus Alternativen zur Abwälzung aller Krisenlasten auf die Arbeitnehmer und auf die sozial besonders Schwachen bietet. Dabei wird zugleich das Ringen um die Notwendigkeit des Übergangs von einzelnen anti-kapitalistischen Maßnahmen zur Öffnung des Weges zur sozialistischen Gesellschaftsveränderung einsetzen müssen. Der Gewerkschaftsbewegung kommt zusätzlich die besondere Bedeutung zu, *in vollem Umfang auch die Interessen der Arbeitslosen zu vertreten*. Dabei wird die Gewerkschaftsbewegung nicht darum herumkommen, entsprechende organisatorische Konsequenzen zu ziehen. Sonst wird es einen Gegensatz geben können, zwischen Gewerkschaften und sich gesondert organisierenden Arbeitslosen, der letztlich nur geeignet wäre, den Aufsplittungs- und Beherrschungstendenzen der bürgerlichen Kräfte entgegenzukommen.

2. Die Sozialdemokratie darf nicht daran mitwirken, daß das »soziale Netz« weiter Schaden leidet. Das Gerede à la Peter Glotz, daß das soziale Netz dem krisenhaften kapitalistischen Mechanismus angepaßt werden müsse und stattdessen neue Formen der *Sozialpolitik* notwendig seien, etwa romantisierte »kleine Netze«, muß schnell beendet werden. Die Nähe zur Subsidiaritätstheorie der CDU wird nicht deswegen erträglicher, weil von Teilen der Grün/Alternativen-Bewegung Ähnliches vertreten wird. Erhebliche ideologische Arbeit zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit ist erforderlich. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe kann überhaupt nicht überschätzt werden. Eins steht jedoch fest, das Problem kann nicht bewältigt werden, wenn nicht endlich gesehen wird, daß es nicht nur die »anderen« betrifft. Ausländerfeindlichkeit gibt es schon in den Gewerkschaften und gibt es schon in der SPD, und hier muß mit dem Ziel der Veränderung angesetzt werden.

3. Hinsichtlich der *ökologischen Probleme* muß die prinzipielle Gemeinsamkeit zwischen den Zielen der Arbeiterbewegung und den Anliegen der Umweltschützer verdeutlicht werden: Die Lösung der ökologischen Probleme kann nicht auf dem Weg zurück in vorindustrielle Verhältnisse erfolgen. Nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Naturbeherrschung ist notwendig, damit die materielle Produktion als wesentliche Zielsetzung die

Gesunderhaltung der menschlichen Arbeitskraft, den Schutz der natürlichen Umweltmedien und eine sparsame — möglichst regenerative — Nutzung der Naturquellen einschließen kann. Die volle Einbeziehung dieser Ziele ist aber auf der Grundlage von kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht möglich. Die planende Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen und der natürlichen Bedingungen und Folgen der Produktion ist nur auf der Grundlage der Vergesellschaftung der wesentlichen Produktionsmittel durchsetzbar. Die Aufhebung der Ausbeutung von Menschen durch Menschen wie die Bewahrung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens sind Ziele, die in einer Strategie sozialistischer Gesellschaftsveränderung verknüpft werden können und verknüpft werden müssen. Aber bereits unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen ist nicht nur der Kampf um die wertmäßige Verteilung der Ergebnisse der Produktion möglich und notwendig. Gegen den Widerstand von Kapitalinteressen können und müssen auch Maßnahmen zum Schutz der Arbeitskraft, zur Verhinderung weiterer Belastungen der Umweltmedien und zur besseren Energie- und Rohstoffnutzung durchgesetzt werden. Dies kann auf unterschiedlichen Wegen geschehen: Tarifauseinandersetzungen, Außerparlamentarische Protestbewegung, aber auch gesetzliche Reformen können Verbesserungen bewirken oder doch in einzelnen Fällen jedenfalls Verschlechterungen verhindern. In diesem Zusammenhang muß dann sowohl im Bereich der Ökologiebewegung als auch im Bereich der organisierten Arbeitnehmerschaft deutlich gemacht werden, daß es bei Prioritäten zwischen unterschiedlichen Zielsetzungen nicht um Gegensätze geht. Nur wenn es hier gelingt, einheitsstiftend zu wirken, ist ein wesentlicher Ansatzpunkt für die bürgerlichen Parteien zur Verbreiterung ihrer sozialen Basis entzogen.

4. Auch für die Friedenspolitik gilt, daß einheitsstiftende Perspektiven wie die Verbindung von Abrüstung und Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte verdeutlicht werden müssen. So kann in diesem Bereich eine noch weitere Verankerung der Friedensbewegung in der Arbeiterschaft erfolgen. Weitere Voraussetzungen, Spaltungstendenzen entgegenzuwirken, ist der Abbau des Anti-Kommunismus, insbesondere bei den Grünen, ohne die kritische Diskussion über die Politik kommunistischer Parteien oder die Verhältnisse in den sozialistischen Ländern zu vernachlässigen.

Zusammenfassend ist es also Aufgabe, die angesichts der bestehenden Probleme und Konflikte unterschiedlichen, aber keinesfalls gegensätzlichen Interessen einander verständlicher zu machen, sie aneinander heranzuführen und in eine gemeinsame Strategie einzubringen. Nur wenn dieses gelingt, kann es auch gelingen, wirklich eine gesellschaftliche anti-kapitalistische Mehrheit herzustellen, die sich dann als Mehrheit links von CDU und CSU im Parlament niederschlagen kann. Konkret bedeutet das: Eine solche Mehrheit wird es nur geben, wenn die sozialdemokratische Partei und die Grün/Alternativen ihre Politik in Richtung auf die zuvor skizzierte einheitsstiftende Perspektive weiterentwickeln, und wenn zugleich verhindert wird, daß unter dem Gesichtspunkt der »industriellen Orientierung« ein Teil der Mitgliedschaft und/oder Anhängerschaft der Sozialdemokratie nach rechts abgespalten wird. Das zeigt, daß Überschwenglichkeit fehl am Platz ist. Die Aufgaben sind schwer genug. Um es abschließend mal ganz unreal und überspitzt zu personalisieren: Eine Regierung Erhard Eppler/Petra Kelly mag zwar unheimlich sympathisch sein, ohne etwa einen Franz Steinkühler wird es aber nicht gehen; und die IG Bergbau und die IG Bausteine-Erden müßten sich auch noch in einem solchen Bündnis wiederfinden können!

Anmerkungen

- 1 Mit Sozial-Liberalismus ist hier und im folgenden das Zusammengehen von Sozialdemokraten und bürgerlichen Liberalen gemeint. Es geht also nicht um die Position linker sozialer Liberaler.
- 2 Marx-Engels-Werke (= MEW) 7, S.9-107
- 3 MEW 8, S.111-207
- 4 MEW 17, S.313-362
- 5 Argument-Sonderband 78, Berlin/W. 1982
- 6 Derartige Positionen gibt es bei den Jungsozialisten im »Göttinger Kreis« und vor allem außerhalb um die Zeitschrift »sozialismus« bei den Sozialistischen Studiengruppen (SOST).
- 7 in: Thesenstreit um Stamokap. rororo-aktuell 1662, Hamburg 1973
- 8 spw-Sonderheft 2, Berlin/W. 1980
- 9 Kurt Neumann: Zur Position einer Marxistischen Linken in der Sozialdemokratie (1973). In: Krause/Wehr/Weinzen: Zwischen Anpassung und Sozialistischer Politik. dvk-Verlag, Berlin 1975
- 10 Am weitesten »fortgeschritten« ist diese Position bei Ernesto Laclau; vgl. etwa: Diskurs, Hegemonie und Politik. In: Neue Soziale Bewegungen und Marxismus. Argument-Sonderband 78, Berlin/W. 1982
- 11 Friedrich Engels: Brief an Conrad Schmidt. MEW 37, S.490
- 12 ebd., S.493
- 13 vgl. hierzu insbesondere: Herforder Thesen, S.43ff.
- 14 vgl. hierzu insbesondere: Herforder Thesen: These 44 und 46
- 15 Nach dem Subsidiaritätsprinzip, das der katholischen Soziallehre entstammt, soll die soziale Sicherung möglichst der jeweils kleinsten Gemeinschaft obliegen. Nur wenn diese dazu nicht in der Lage ist, soll die nächst größere eingreifen, wobei der Staat erst in letzter Instanz tätig werden darf. — Unter dem Schlagwort der Subsidiarität wird häufig die Privatisierung profitabel erscheinender staatlicher Bereiche betrieben.
- 16 gegen den Staat gerichtet
- 17 Die »ganz große Maschine« dient vielen Grünen zur bildhaften Umschreibung industrieller Produktion.
- 18 vgl. Herforder Thesen: These 47 und 48
- 19 in zeitlichen Abständen sich wiederholend

Josef Hindels

Austromarxismus und Sozialdemokratie heute*

Ich will mich hier darauf beschränken, einige der wichtigsten Grundgedanken des Austromarxismus darzustellen, und zwar jene Grundgedanken, von denen ich glaube, daß sie auch für die Arbeiterbewegung der Gegenwart, vor allem für die westliche Arbeiterbewegung der Gegenwart, von Bedeutung sind.

Ein Grundgedanke des Austromarxismus ist die Überzeugung von der Veränderbarkeit der Sozialdemokratie, von der Veränderbarkeit einer Sozialdemokratie, die aber niemals auf den Weg der revolutionären Tugend gebracht werden kann. Dieser Grundgedanke ist entstanden während der schwersten geistigen Krise des Austromarxismus 1914, beim Ausbruch des 1. Weltkrieges. Damals haben die europäische Sozialdemokratie und die Sozialistische Internationale versagt. Die deutsche Sozialdemokratie und die österreichische Sozialdemokratie haben sich im Gegensatz zu ihren Beschlüssen auf den Boden der Landesverteidigung gestellt. Sie haben einen Krieg, dessen imperialistischer Charakter nicht bestritten werden konnte, verteidigt. Da ist es in der austromarxistischen Schule zu einem Bruch gekommen, zu einem Bruch mit Karl Renner, der diese Politik des Parteivorstandes verteidigt hat. Damals gab es in der europäischen Arbeiterbewegung eine Opposition gegen diese Kriegspolitik. In Deutschland waren die hervorragendsten Vertreter dieser Opposition Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. In Österreich war es eine kleine schwache Gruppe und zwei hervorragende Theoretiker des Austromarxismus, gruppiert um Otto Bauer und Friedrich Adler. Diese Gruppe konnte sich zunächst nicht in der Partei durchsetzen. Sie war isoliert. Sie stieß auf eine dicke Mauer mißverständener Pateiloyalität. Allen Argumenten wurde entgegengehalten, der Parteivorstand wisse schon, was er macht. Friedrich Adler hat den Parteivorstand heftig kritisiert. Er hat damals einen Ausspruch getan, den man ihm lange nicht verziehen hat, von dem ich aber glaube, daß er bis zum heutigen Tage richtig ist: Er hat nämlich gesagt, *eine Revolution wird es nur geben gegen den Parteivorstand*. Friedrich Adler wollte die Partei nicht spalten. Vielmehr ist damals der Grundgedanke des Austromarxismus ausgearbeitet worden: Wenn eine sozialdemokratische Partei eine falsche Politik macht, wenn eine sozialdemokratische Partei mit den sozialistischen Grundsätzen in Konflikt kommt, und das geschieht sehr oft, dann ist es nicht Aufgabe, diese Partei zu verlassen. Das könnte, wie einmal Käthe Leichter, eine der bedeutendsten Frauen in der austromarxistischen Richtung, gesagt hat, den rechten Sozialdemokraten so passen, daß wir davonlaufen und ihnen die Partei überlassen. Die Auffassung der Austromarxisten war, man müsse für die sozialistischen Grundsätze in der Partei kämpfen, man müsse kämpfen für eine Veränderung der Sozialdemokratischen Partei.

Bereits auf dem Parteitag 1917, also noch während des Krieges, aber schon unter dem Eindruck der russischen Revolution, hat sich der Standpunkt der Linken durchgesetzt, und es ist kein Zufall, daß dann Otto Bauer an die Spitze der Partei kam. Er war zwar nie Parteivorsitzender. Diese Funktion hat er Karl Seitz überlassen. Aber Otto Bauer war der geistige Führer der österreichischen Sozialdemokratie.

Diese Überzeugung von der Veränderbarkeit der Sozialdemokratie hängt eng zusam-

* Referat, gehalten auf der Volksuni in Westberlin am 30.5.1982

men mit der Einschätzung des Reformismus. Hier haben sich bereits Meinungsverschiedenheiten gezeigt, mit der Zimmerwalder Linken und vor allem mit den russischen Bolschewiki Lenin und Sinowjew, die ja in der Zimmerwalder Linken eine wesentliche Rolle gespielt haben. Diese Gruppierung war fest davon überzeugt, daß der Reformismus, daß der Verzicht um den Kampf sozialistischer Ziele, daß sich das Begnügen mit Reformen, daß die Integration in die bestehende Gesellschaft, daß das alles ein Ausdruck des Verrates ist, des Verrates bestimmter Führer und zum Teil auch eine Folge der Privilegierung einer bestimmten Schicht innerhalb der Arbeiterklasse, die man Arbeiteraristokratie genannt hat. Demgegenüber waren die wichtigsten Denker des Austromarxismus der Auffassung, daß das, was man Reformismus nennt, sehr präzise definiert werden muß. Zunächst muß man klar aussprechen, daß der Kampf um Reformen unumgänglich notwendig ist, und daß in diesem Kampf um Reformen Großartiges für die Arbeiterklasse erreicht wurde. Das was man ablehnen muß, ist eine reformistische — in Deutschland hat man damals eher gesagt, eine revisionistische — Ideologie, die einfach davon ausgeht, daß man durch eine Addition von Reformen ohne grundlegende revolutionäre Veränderung sozusagen unbemerkt, still und leise in den Sozialismus hineinwächst. Aber woher kommt dieser Reformismus? Kommt dieser Reformismus nur von einer bestimmten Führerschicht? Kommt dieser Reformismus nur von einer relativ kleinen Arbeiteraristokratie? Otto Bauer sagte immer wieder, diejenigen, die das behaupten, mögen ehrliche Revolutionäre sein, aber Marx haben sie schlecht gelesen, und die marxistische Untersuchungsmethode wenden sie nicht an. Er vertrat die Auffassung, daß der Reformismus sehr stark in den Massen der Arbeiterklasse verankert ist, also, wie man heute sagt, in der Basis der Bewegung. Otto Bauer meinte, bis zu einem gewissen Grad sei eine solche reformistische Ideologie in relativ friedlichen Zeiten und Zeiten, in denen viele wirtschaftliche Vorteile und soziale Verbesserungen erreicht werden könnten, unvermeidlich. Aus dieser Unvermeidlichkeit hat Otto Bauer jedoch nicht die Folgerung gezogen, wir müßten uns damit abfinden, sondern seine Folgerung war, wir müßten immer wieder ein sozialistisches Gegengewicht in der Bewegung schaffen. Wir müssen immer wieder auf Irrtümer des Reformismus, wir müssen immer wieder auf die Grenzen reformerischer Arbeit in einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufmerksam machen. Otto Bauer glaubte nicht an die Möglichkeit, daß man eine große Sozialdemokratische Partei, die ja keine Kaderorganisation ist, in eine Organisation, die nur aus überzeugten Revolutionären besteht, umwandeln könne. Dazu kannte er die Sozialdemokratie viel zu gut, um sich solchen Illusionen hinzugeben. Er war vielmehr der Meinung, wir hätten es mit einer permanenten Auseinandersetzung zu tun. Wenn es zu schweren Krisen des kapitalistischen Systems kommt, und mit solchen Krisen und gesellschaftlichen Katastrophen hat er immer gerechnet, dann wird sich stets von neuem zeigen, daß die reformistischen Illusionen von der Wirklichkeit widerlegt werden. Sollte es aber dann wieder friedliche Perioden geben, und vor allem Perioden, die mit wirtschaftlichen Vorteilen für einen Großteil der Arbeiterschaft verbunden sind, dann werden reformistische Illusionen von neuem entstehen.

Otto Bauer hat zudem einen Gedanken sehr stark hervorgehoben, der zwar keineswegs in einem Gegensatz zum Marxismus steht, der aber, glaube ich, von anderen Richtungen und Strömungen des Marxismus nicht so stark betont wurde; das Moment der Moral, der Ethik und der sozialistischen Gesinnung. Der Grundgedanke war der: wir brauchen die marxistische Klassenanalyse, aber die marxistische Klassenanalyse kann niemals das moralische, das ethische Moment ersetzen. Otto Bauer hat in seiner Schrift »Ethik und Marxismus« ein Beispiel von einem hungernden Arbeitslosen gebraucht, den man als Streikbre-

cher gewinnen will. Otto Bauer sagte: »Wenn ich zu diesem Arbeitslosen gehe und ihm mit Marx' 'Kapital' in der Hand erkläre, warum es zyklische Krisen gibt, und warum er ein Opfer einer solchen zyklischen Krise des Kapitalismus ist, dann kann ich ihn vielleicht davon überzeugen. Aber bringe ich ihn mit dieser theoretischen Analyse, so richtig sie ist, davon ab, Streikbruch zu leisten, wenn das für ihn die einzige Möglichkeit ist, Arbeit zu finden, seine Familie ernähren zu können? Nein!« Da muß zur marxistischen Analyse etwas hinzukommen, was Bauer die sozialistische Moral nannte, aus der sich die sozialistische Gesinnung ergäbe. Gerade im Kampf gegen den Faschismus hat es Menschen gegeben, die das »Kapital« gelesen hatten, die es, wie ich glaube, zumindest verstanden hatten, die aber dann, als es darum ging, die Freiheit und auch eventuell das Leben zu riskieren, schwach wurden. Was ihnen fehlte, war nicht die theoretische Erkenntnis, sondern die geistige Haltung, die gesinnungsmäßige Stärke. Nur wenn man das weiß, kann man verstehen, was die sogenannte austromarxistische Gegenkultur bedeutet. Der wichtige Gedanke war, so etwas wie eine Gegengesellschaft in allen Bereichen aufzubauen. Wenn jetzt einer sagt — und ich habe das manchmal zu hören bekommen —, »was für ein Blödsinn, daß ein Sozialist nur in den Arbeiterturnverein gehen darf. Ja, turnt man denn sozialistisch?« Sicher nicht, aber es war im Arbeiterturnverein zum Beispiel üblich, daß, bevor mit den Turnübungen begonnen wurde, einer aufgestanden ist und um drei Minuten Gehör gebeten hat. Daraufhin brachte der den Turnern, die dort hingekommen waren, um zu turnen, die aktuellsten politischen Fragen nahe, erklärte ihnen die Situation der Partei, wies auf die wichtigsten Aufgaben hin. Es hat auch für viele komisch gewirkt, wenn zum Beispiel jemand in die Parteisektion gekommen ist und gesagt hat »Guten Tag«, oder, wie das in Österreich besonders üblich ist, »Grüß Gott«. Daraufhin wurde er entsetzt angeschaut, und man hat ihm gesagt, Genosse, bei uns grüßt man mit »Freundschaft«. Ja, ist es so schlimm? Man muß zwar nicht sehr religiös sein, um »Grüß Gott« sagen zu können, aber der Gruß »Freundschaft« war ein Stück Gegenkultur, ein Stück Gegengesellschaft.

Max Adler hat ein Buch geschrieben, das ganze Generationen von österreichischen Sozialisten beeinflusst hat, nämlich das Buch »Neue Menschen«. Seine These war, daß es natürlich neue Menschen erst in einer neuen, in einer sozialistischen Gesellschaft geben würde. Aber wenn wir diese Gesellschaft erkämpfen wollen, dann müssen wir schon in der bestehenden Gesellschaft für den neuen Menschen kämpfen und müssen zumindest versuchen, einige unserer Vertrauenspersonen dazu zu bringen, sich bereits wie Menschen einer neuen Gesellschaft zu verhalten.

Vor einiger Zeit gab es in Wien eine Ausstellung, die hieß: »Mit uns zieht die neue Zeit«. Dort wurden Dokumente aus der austromarxistischen Gegenkultur ausgestellt. Die Ausstellung ist sehr stark besucht worden, zum Teil von sehr Alten, die sich an diese Zeit erinnern wollten, und zu einem noch größeren Teil von Jungen, die diese Zeit nicht erlebt haben. Es hat dann oft Diskussionen gegeben, in denen von Seiten der Jungen immer wieder eine Frage an die Alten gestellt wurde: Ist das nicht eine Alternativbewegung gewesen, wie es sie heute wieder gibt? Die Antwort, die die meisten von uns gegeben haben, war, diese austromarxistische Gegenkultur hat sehr viele Elemente der heutigen Alternativbewegungen enthalten, nämlich die Entschlossenheit, anders zu leben, sich alternativ zu verhalten. Nur gab es einen, wie wir glauben, nicht unwesentlichen Unterschied: die Alternativbewegung, die vom Austromarxismus geprägt war, ist ganz eng verbunden gewesen mit der Arbeiterbewegung und hat sich immer empfunden als ein Teil der Arbeiterklasse, während das, soweit es mir bekannt ist, bei den Alternativbewegungen der Gegenwart oft anders ist.

Eine entscheidende Rolle im austromarxistischen Denken hat das Ringen um die Mehrheit gespielt. Im Linzer Parteiprogramm von 1926 wird gesagt, die Sozialisten (sie hießen damals in Österreich Sozialdemokraten, das sind so die komischen Namensentwicklungen, die niemand begreift, solange die österreichische Sozialdemokratie ziemlich links war, hat sie sich sozialdemokratisch genannt, seitdem sie nach 1945 nach rechts gegangen ist, heißt sie sozialistisch) müßten die Mehrheit im Land erobern. Es gab einen sehr braven Genossen, Robert Danneberg, der auch ein hervorragender Statistiker war. Wenn Robert Danneberg sich zu Wort gemeldet hat, dann hat's so geraunt unter den Zuhörern: »Paßt's auf, jetzt kommen die 350.000.« Genosse Danneberg hat nämlich immer wieder auf die Wählerzahl hingewiesen, die der Sozialdemokratie zur Mehrheit fehlten.

Der Austromarxismus hat hingegen einen Gedanken von Victor Adler, dem Begründer der österreichischen Sozialdemokratie, aufgegriffen, der besagt, Wähler gewinnen ist wichtig, Sozialisten erziehen ist noch wichtiger. Der Austromarxismus hat immer wieder darauf hingewiesen, daß das bloße Fixiertsein auf das Erreichen der Wählermehrheit mit der Gefahr der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie verbunden ist. Wir dürfen nämlich, so wurde gesagt, nicht für eine Mehrheit eintreten und gleichzeitig kleinbürgerlichen Schichten nach dem Munde reden, d.h. um der Mehrheit willen und der Gewinnung von Wählerschichten willen sozialistische Grundsätze aufgeben oder, was ja in der Sozialdemokratie besonders häufig geschieht, sie nicht aufzugeben, aber aufzubewahren. So gut, daß man sie schwer findet.

Eine wesentliche Rolle spielte die Position des Austromarxismus zur Frage der Koalition. In Österreich gab es zwei Jahrzehnte hindurch eine Koalition, bei der der bürgerliche Koalitionspartner sehr viel zu sagen hatte. Daß man in diesen zwei Jahrzehnten nicht daran erinnert werden wollte, was Otto Bauer über die Koalition, was Max Adler über die Koalition gesagt haben, das ist verständlich. Der Grundgedanke war: keine prinzipielle Ablehnung der Koalition. Die Kommunisten lehnten damals (inzwischen hat sich das geändert) die Koalition prinzipiell ab. Sie erklärten, in einem kapitalistischen Land könnten Menschen, die auf dem Boden der sozialistischen Idee stünden, weder eine Regierung bilden, noch an einer Regierung teilnehmen. Diese Auffassung haben die Austromarxisten nicht geteilt. Sie beteiligten sich von 1918-1920 an einer Koalitionsregierung. Aber der Grundgedanke zur Frage der Koalition war der: Koalition mit einer bürgerlichen Partei ist in einer ganz bestimmten Situation möglich, kann sogar notwendig sein, beim Vorhandensein eines Klassengleichgewichts, in einer Situation, in der wir noch nicht allein regieren können, in der die Bürgerlichen aber auch nicht mehr allein regieren können. Aber eine solche Koalition kann immer nur etwas Vorübergehendes sein. Wenn sie zu einer Dauer-einrichtung würde, vor allem eine Koalition in einem einigermaßen stabilisierten kapitalistischen System, würde das dazu führen, daß die Sozialdemokratie das kapitalistische System, das zu überwinden ihre Aufgabe ist, verwaltet und dann noch von dem Ehrgeiz besetzt ist, sie verwaltet es besser und wirkungsvoller als die Konservativen. Das hat der Austromarxismus immer befürchtet.

Es gibt ein Drama von Ernst Toller, »Hoppla, wir leben«. Es handelt in der Zeit nach dem Ende der Münchner Räterepublik. Es sind einige Revolutionäre zum Tode verurteilt worden. Diese sind dann der Hinrichtung entgangen. Einer von ihnen, Thomas, wird in eine psychiatrische Klinik eingeliefert, kommt nach 8 Jahren wieder heraus und sieht, was aus der Arbeiterbewegung, besonders aus der Sozialdemokratie, geworden ist. Er ist entsetzt. Aber das, was ihn am härtesten trifft, das ist, daß dort ein sozialdemokratischer Minister namens Gillmann, der gemeinsam mit ihm zum Tode verurteilt worden

war und mit ihm in der Todeszelle gegessen hatte, als ein glühender Revolutionär, nunmehr ein Minister war. Im Gespräch mit Thomas sagte er: »Hör doch auf mit dem Gerede von Sozialismus, von neuer Gesellschaft. Es kommt darauf an, daß man das macht, was machbar ist. Und machbar ist nur gemeinsam mit der bürgerlichen Seite verwalten.« Dann kommt es in diesem Drama zum Höhepunkt: Thomas versucht diesen Minister zu erschießen. Es gelingt ihm nicht, weil ein Völkischer ihm zuvorkommt, der den Minister aus anderen Gründen erschießt. Otto Bauer sagte in seiner Analyse des Dramas: Thomas hatte Unrecht. Denn man kann in einer nichtrevolutionären Situation von keiner Partei eine revolutionäre Politik verlangen. Eine Revolution kann nicht gemacht werden, wenn die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Aber das heißt nicht, daß der Minister Gillmann Recht hatte. Denn auch wenn eine revolutionäre Umwälzung aus objektiven Gründen nicht möglich ist, darf man nicht alle sozialistischen Grundsätze preisgeben und, wie Otto Bauer sich etwas unfreundlich ausgedrückt hat, sich begnügen mit einem warmen Plätzchen am Herd der Bourgeoisie. Der einzige, der im Recht war, war jener Vertrauensmann, der in diesem Theaterstück eine kleine Rolle spielt und zu Thomas sagt: »Ich bin ebenso unzufrieden wie du. Aber wir können jetzt keine revolutionäre Situation, wie sie 1918/19 bestanden hat, hervorzaubern. Wir müssen geduldig, aber prinzipiell treu in der Partei gegen die Minister wie Gillmann kämpfen.« Ich sage bei uns in Österreich immer: Vergleiche zwischen diesem Minister und lebenden Personen sind Zufall, auf jeden Fall nicht beabsichtigt.

Schließlich komme ich zu einem der wichtigsten Grundgedanken des Austromarxismus: seine Sozialisierungstheorie. Der Austromarxismus hat den Begriff Verstaatlichung, vor allem den Begriff Verstaatlichung der Produktionsmittel grundsätzlich abgelehnt. Wer sich das Linzer Programm von 1926, dessen Schöpfer Otto Bauer war, anschaut, wird sehen, daß Verstaatlichung nicht vorkommt. Es ist immer die Rede vom Vergesellschaften. Und Vergesellschaftung, das heißt, Produktionsmittel, die bisher im Eigentum und der Verfügungsgewalt von Kapitalisten und Kapitalgesellschaften waren, kommen jetzt in das Eigentum und in die Verfügungsgewalt der Gesellschaft, der neuen, der sozialistischen Gesellschaft. Dabei bleibt die Frage, in welchen Formen diese Vergesellschaftung erfolgt, offen. Bauer meinte, es sei möglich, zu verstaatlichen, es sei möglich zu vergenossenschaftlichen, es sei möglich Kommunaleigentum zu schaffen. Das müsse diskutiert werden, aber wir dürfen uns nicht auf die Verstaatlichung fixieren. Er persönlich hatte eine tief verwurzelte Aversion gegen die Verstaatlichung. In der kleinen Broschüre von Otto Bauer, »Der Weg zum Sozialismus«, gibt es einen Satz, der nach 1945 auf viele furchtbar schockierend gewirkt hat. Nach 1945 haben wir in Österreich die Verstaatlichungsgesetze gehabt. Ein wesentlicher Teil der Industrie, die Schwerindustrie wurde verstaatlicht, was bestimmt etwas sehr Positives gewesen ist, aber Otto Bauer sagte vielleicht etwas überspitzt: »Niemand verwaltet schlechter in der Wirtschaft als der Staat.« Er hatte diese Angstvorstellung, das hat er beispielsweise bei Gesprächen in der Arbeiterhochschule oft gesagt. Da braucht man einen neuen Bestandteil für die Maschine. Und da müssen so viele Formulare ausgefüllt werden, da müssen so viele Instanzwege beschritten werden. Bis das Teil da ist, ist die Maschine schon längst verschwunden, erledigt, in Schrott verwandelt. Das war die Angst vor der bürokratischen Schwerfälligkeit. In seiner Sozialisierungstheorie entwickelte er ein Modell, wie man große Wirtschaftsunternehmungen, er war überhaupt nur für die Vergesellschaftung kleinerer und mittlerer Betriebe, durch Organe verwalten kann, in denen die Arbeiter und Angestellten, die in diesen Wirtschaftszweigen arbeiten, die Konsumenten und dann Vertreter des Staates als Vertreter der Gesamtwirtschaft vertreten sein

müssen. Aber es muß sich um Organe handeln, die demokratisch zusammengesetzt sind und nicht einfach um eine Staatsbürokratie.

Ich möchte zum Schluß noch betonen, daß der Austromarxismus, und hier hat er der westlichen Arbeiterbewegung der Gegenwart besonders viel zu sagen, die Prinzipientreue immer sehr stark betont hat. Nicht immer hat er sie durchsetzen können. Er ist nicht müde geworden, zu warnen vor einer sektiererischen Haltung, die darin besteht, sich an bestimmte Thesen zu klammern und zu glauben, das Schicksal der Welt hänge jetzt davon ab, daß alle diese Thesen akzeptieren. Es kann in der Geschichte der Menschheit Situationen geben, wo ein Zusammenwirken auf breiter Front, ein Zusammenwirken auch mit Menschen und Gruppen, die andere Gesellschafts- und politische Vorstellungen haben, als wir, notwendig ist. In der konkreten Situation der 30er Jahre, war diese menscheitsbedrohende Gefahr der Hitlerfaschismus, der zum zweiten Weltkrieg rüstete. Otto Bauer hat damals mit aller Schärfe den bornierten vulgären Antikommunismus der rechtssozialdemokratischen Parteien abgelehnt. Otto Bauer, der sich von Anfang an mit der Entwicklung der russischen Revolution und mit der Entwicklung des sowjetischen Gesellschafts- und Staatsmodells beschäftigt hat, hat seine Kritik an sehr vielen Dingen die damals, in der Sowjetunion geschehen sind, aufrechterhalten. Aber er war dennoch der Meinung, es gäbe Situationen, in denen alle Teile der Arbeiterbewegung, und weit über die Arbeiterbewegung hinaus auch andere Gruppierungen der Gesellschaft Bündnisse schließen, um eine große Gefahr, damals der Hitlerfaschismus, abzuwehren.

Meiner Überzeugung nach sind wir in den 80er Jahren in einer ähnlichen, ja ich möchte sagen, in einer noch viel dramatischeren Situation. Und wenn heute eine immer stärker werdende Friedensbewegung entsteht, und wenn grundsatztreue Sozialisten, die nicht bereit sind, ihre Ziele aufzugeben, an einer solchen Friedensbewegung mitwirken, weil sie der Meinung sind, das sei die einzige Möglichkeit, die Menschheit vor ihrer Vernichtung zu retten, dann, glaube ich, handeln sie durchaus im Sinne des Austromarxismus.

Detlev Albers

Bauer und Gramsci*

— Neun Thesen —

I.

Es gehört zu den Geheimnissen marxistischer Theorieentwicklung und zugleich zu den Ursachen ihrer Verspätung, ja Krise, daß ein fundierter, systematisch angelegter Vergleich zwischen dem Beitrag Otto Bauers und Antonio Gramscis zur politischen Theorie des Marxismus bis heute aussteht. Das ist umso überraschender, als die Leitidee ihrer strategischen Ausarbeitungen — nämlich die Wege zur »Revolution im Westen«, d.h. in den kapitalistischen Industrieländern zu erkunden — trotz der Zugehörigkeit zu entgegengesetzten Familien der internationalen Arbeiterbewegung eine Vielzahl von verwandten Überlegungen aufgreift.

II.

Die Ursachen für eine solche Verspätung scheinen mir vor allem in zwei Gründen zu liegen, einem realhistorischen und einem aus der »Intimsphäre« der sozialdemokratischen und der kommunistischen Richtung der Arbeiterbewegung. Die »Revolution im Westen« die nach dem Oktober 1917 für viele zum Greifen nahe schien, fand damals nicht nur nicht statt, sondern geriet mit dem Sieg des Faschismus in Mitteleuropa für Jahrzehnte aus dem Blickfeld des politischen Handelns der Arbeiterklasse. Erst die zweite große, internationale Krise des Kapitalismus, die in den siebziger Jahren einsetzt, beginnt dies zu ändern und führt damit auch zur »Wiederentdeckung« ihrer lange Zeit vergessenen oder unbekanntem marxistischen Vordenker aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Zum anderen erscheint das Werk Bauers wie Gramscis lange Zeit als das von Außenseitern, ja Häretikern gegenüber den Zentren jener Richtung der Arbeiterbewegung, der sie sich Zeit ihres Lebens zuordneten. Den theoretischen Beitrag zweier Außenseiter miteinander in Bezug zu setzen, um daraus etwas für die Gegenwart zu lernen, mußte deshalb zunächst eher waghalsig, wenn nicht halbrecherisch anmuten. Sich gerade hiervon wichtige Anstöße zu versprechen, verlangt umgekehrt ein klares Bewußtsein der Überfälligkeit, in beiden traditionellen Hauptlagern der Arbeiterbewegung zu einschneidenden Erneuerungen von Theorie und Praxis zu gelangen.

III.

Methodisch erscheint es mir wichtig, zumindest drei Kriterien in die vergleichende Beschäftigung mit den theoretischen Aussagen Bauers und Gramscis eingehen zu lassen. Ihre selbstgewählte Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen bzw. kommunistischen Richtung der Linken sollte vorausgesetzt und nicht verwischt werden. Anderenfalls liefe man Gefahr, nicht nur einen zentralen Bezugsrahmen ihrer politischen Reflexion zu übersehen,

* Vorgelegt zum Colloquium »Austromarxismus-Nostalgie und/oder Renaissance?«, veranstaltet vom Centre d'Etudes et de Recherches Autrichiennes de l'Université de Haute Normandie (Rouen). Paris, 25.-27. Februar 1982. Den Hintergrund der Thesen bildet eine ausführliche Arbeit, die als Buch unter dem Titel »Otto Bauer und Antonio Gramsci. Über Parallelen und Divergenzen ihres Beitrags zu einer politischen Theorie des Marxismus« im Frühjahr 1983 beim Argument Verlag, Berlin/West, erscheinen wird.

sondern auch den Impuls zur Überwindung der Spaltung, wie er sich aus beider Arbeiten ergibt, seines eigentlichen Ausgangspunktes zu berauben. Zum zweiten wird es nötig sein, die Positionen des einen wie des anderen aus dem Kontext einer politisch-theoretischen Lektüre ihres Gesamtwerks zu gewinnen. Man wird sich also nicht mit der historisierend-erklärenden Betrachtungsweise einzelner Aussagen begnügen können, sondern ihren systematischen Erklärungswert für Analyse und Veränderung entwickelter kapitalistischer Gesellschaften in das Zentrum zu rücken haben. Ein solches Vorgehen kann jedoch für die Beschäftigung mit den Positionen Otto Bauers kaum auf Vorarbeiten zurückgreifen. Schließlich gilt es, sich Rechenschaft über das »Gemeinsame Dritte« abzulegen, ohne das kein Vergleich auskommt. Wir sehen es in der Aktualität ihrer Arbeiten für jede sozialistische Strategie »im Westen«. Oder um den gleichen Sachverhalt mit einer Formel Christine Buci-Glucksmanns auszudrücken: Die einzige »Orthodoxie«, die wir ihnen gegenüber an den Tag zu legen haben, »kann nur die Revolution sein«.

IV.

Das grundlegende Verdienst des Beitrags von Bauer und Gramsci zur politischen Theorie des Marxismus besteht darin, daß sie die Eigenständigkeit der Kampfbedingungen, unter denen die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Zentren allein erreicht werden kann, als erste umfassend untersucht haben. Bauer gelangt hierzu aufgrund seiner Analyse der Mechanismen, die zur »Kapitalsherrschaft in der Demokratie« geführt haben und diese immer neu befestigen; ihr stellt er den »demokratischen Weg zum Sozialismus« als strategische Leitvorstellung der Arbeiterbewegung gegenüber. Gramsci untersucht die unterschiedliche Widerstandsfähigkeit, die von den überkommenen staatlichen und gesellschaftlichen (Überbau-)Strukturen gegenüber krisenhaften Erschütterungen der ihnen zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse ausgehen. Für die Arbeiterbewegung entwickelt er daraus das strategische Begriffspaar des »Bewegungskriegs/Stellungskriegs«, wobei ihm die Taktik des ersteren für Gesellschaften mit kaum entwickelten Überbaustrukturen, die letztere für jene mit einer ausgeprägten Entwicklung »bürgerlicher Gesellschaft« als die erfolgversprechende erscheint. Für Bauer bildet die Unterscheidung zwischen der Strategie, wie sie beispielsweise im Linzer Programm (1926) formuliert wird, und dem Weg der Bolschewiki einerseits, dem reformistischen Verzicht auf jede Veränderung der Grundlagen des kapitalistischen Systems andererseits einen Fixpunkt seiner gesamten politischen Arbeit nach 1917. Gramsci gelangt zur Begründung einer prinzipiellen Differenz zwischen der Strategie »im Westen« und »im Osten« erst nach dem Sieg des Faschismus in Italien. Was sich für ihn nur als theoretische Einsicht formulieren läßt, versucht Bauer den entscheidenden Abschnitten seiner politischen Praxis zugrundezulegen.

V.

Bauer wie Gramsci entdecken im Bereich der Traditionen, der Denkgewohnheiten, der »geistigen Macht« sowie der gesellschaftlichen Institutionen und Schichten, die sie erzeugen, ein Element, dessen Bedeutung von den vorhergehenden theoretischen und praktisch-politischen Ausarbeitungen der Arbeiterbewegung nur unzulänglich erfaßt worden ist. Bauers Parole »Die Köpfe gewinnen, nicht sie einschlagen« drückt diese Einsicht ebenso aus wie der Satz Gramscis: »Der Stellungskrieg erfordert eine ungeheure Konzentration der Hegemonie« (des Proletariats). Beide beschäftigen sich deshalb ausführlich mit der Funktion der Intellektuellen im Ringen zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse und den Erfordernissen von Bündnissen, die über die eigenen Reihen der Arbeiterbewegung hin-

ausgreifen. Für Gramsci werden die Untersuchung der Ideologien und die Notwendigkeit, zu einer alle Partikularinteressen übergreifenden Formulierung des führungsfähigen Klassenstandpunktes der Arbeiterbewegung zu gelangen, auch zum Anstoß für die Entwicklung einer neuen Aufgabenbestimmung der Arbeiterpartei, des »modernen Fürsten«, wie er sie in Fortführung der von Machiavelli entlehnten Zielbeschreibung nennt. Bei Bauer finden wir dagegen wenig Ansätze zu einer Parteitheorie im eigentlichen Sinne; stattdessen beschäftigen ihn die Chancen eines erneuerten Marxismus, dem er in letzter Instanz die Fähigkeit zuspricht, die verfeindeten Flügel der Arbeiterbewegung unter der Leitidee eines »integralen Sozialismus« miteinander zu versöhnen.

VI.

Den Kern der theoretischen Lektion Bauers und Gramscis erreichen wir jedoch erst, wenn wir die Verknüpfungen untersuchen, die beide zwischen der von ihnen für notwendig gehaltenen Strategie »im Westen« und ihren Reflexionen über den Staat herstellen. Indem Gramsci seine Frage, wie die Arbeiterbewegung unter den Bedingungen des »Stellungskriegs« zur Hegemonie gelangen kann, noch jener nach dem Wesen des Staates vor- und überordnet, erfaßt er präziser als alle marxistischen Theoretiker vor ihm die beiden, untrennbar ineinander verwobenen Seiten sämtlicher Staatstätigkeit: Herrschaft oder Gewalt einerseits, Führung oder Konsens andererseits. Das zweite Moment aber ist Achillesferse noch des stärksten staatlichen Gewaltapparats und Einfallstor zugleich, um den herrschenden Block an der Macht von Seiten der Arbeiterklasse zu unterminieren. Zudem ist es danach nur folgerichtig, wenn er die politischen Herrschaftsorgane des Staates im engeren Sinne mit den ideologiestiftenden Institutionen der »bürgerlichen Gesellschaft« als einen ineinander gefügten Mechanismus, d.h. als Staat »im integralen Sinne« begreift. Auch Bauers strategische Reflexionen über den Staat kreisen um die Frage, »wie die Mittel des Geistes mit den Mitteln der Gewalt in Einklang zu bringen sind«. Konkreter als Gramsci beschäftigen ihn jedoch die einzelnen Etappen einer veränderten Funktion des Staates in bestimmten Umbruchsituationen. So entsteht seine Analyse von Gleichgewichtsmomenten zwischen antagonistischen Klassen, aus denen sich unter dem Druck der Arbeiterbewegung Übergänge zu einer »funktionellen Demokratie«, d.h. einer Bindung auch der ökonomischen Entscheidungsmechanismen an die Interessen der Bevölkerungsmehrheit ergeben können. Weitreichender noch ist seine Einsicht, daß es nicht genügt (wie in der traditionellen marxistischen Terminologie), jede Form der Klassenherrschaft, somit auch jene des Proletariats, als Diktatur zu begreifen. Demokratie und Diktatur des Proletariats sind für ihn nicht unvereinbar, aber auch nicht identisch; sie stehen in einem Spannungsverhältnis. Die eigene strategische Entscheidung muß sich unter den Bedingungen der Republik unzweideutig für die umfassende Nutzung der Demokratie aussprechen. Diese Einschätzung, von Bauer wieder und wieder an den verschiedensten Erfahrungen der internationalen Klassenauseinandersetzungen zwischen den beiden Weltkriegen erprobt, läßt sich fortan als ein archimedischer Punkt im politischen Denken der westlichen Linken bezeichnen.

VII.

Obwohl es keine Anhaltspunkte dafür gibt, daß Bauer oder Gramsci eine gründlichere Kenntnis der theoretischen Positionen des anderen besaßen, gelangen sie in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus/Nationalsozialismus zu einem nahezu identischen Erklärungsansatz. Beide interpretieren die Machtergreifung Mussolinis bzw. Hitlers als das Er-

gebnis eines »Kräftegleichgewichts mit katastrophischer Tendenz«, dessen paralysierende Auswirkungen es der Bourgeoisie erlauben, die zunächst außerhalb ihres unmittelbaren Einflßbereichs entstandene, kleinbürgerliche Massenbewegung des Faschismus zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung einzusetzen. Bauer konzentriert sich vor allem auf die Frage, wie die traditionellen Mechanismen der Kapitalherrschaft unter dem Faschismus zum uneingeschränkten ökonomischen Diktat des Großkapitals führen. Gleichzeitig wird analysiert, welche »Unbequemlichkeiten« und Risiken ihm die Abtretung der unmittelbaren politischen Machtausübung an die faschistische Elite aufnötigen. Insgesamt wird damit die faschistische Gewaltherrschaft als eine willkürliche, keineswegs naturwüchsige und deshalb auch verhinderbare Variante prokapitalistischer Krisenregulierung durchschaubar. Gramsci bemüht sich zum einen um eine genauere analytische Erfassung des modernen »Cäsarismus«, dessen polizeistaatlichen, repressiven Charakter er immer dann für unvermeidlich hält, wenn er in seiner »Ein-Mann-Herrschaft« antagonistische soziale Klasseninteressen aufzuheben oder zu unterdrücken sucht. Zum anderen beschäftigt ihn das Problem, ob der Faschismus trotz der ungeheuren Opfer, die er der Arbeiterklasse aufbürdet, zumindest eine Art »passiver Revolution« von oben im Sinne einer gewaltsamen Modernisierung der vorgefundenen Produktionsstrukturen herbeiführen könnte. Zwar vermag er darauf selbst keine Antwort mehr zu geben; sie ist zudem durch das Scheitern des italienischen und deutschen Faschismus für diese beiden Ausprägungen von Kapitalherrschaft historisch überflüssig geworden. Aber seine Frage schärft den Blick dafür, sich mit dem ganzen Potential und den Kriterien der Lebensfähigkeit autoritär-reaktionärer Herrschaftsformen des Kapitals vertraut zu machen. Eine verhältnismäßig geringe Beachtung erfahren dagegen bei Bauer wie Gramsci Überlegungen zur Entwicklung einer eigenständigen antifaschistischen Strategie im Kampf gegen die etablierte Diktatur Hitlers bzw. Mussolinis.

VIII.

Eine gegensätzliche Grundposition trennt unvermeidlich die Auffassungen Bauers und Gramscis über den Oktober 1917 und den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. Dennoch werden bei genauerem Hinsehen eine Reihe von Übereinstimmungen sichtbar. Beide halten für ihr Land einen anderen als den in der Sowjetunion verfolgten Weg für notwendig. Während sich Gramsci jedoch voll mit der Politik der Bolschewiki identifiziert, fühlt sich Bauer der Position der linken Menschewiki verpflichtet. Allerdings begnügt sich Bauer nicht mit einer solchen Zuordnung, sondern versucht Zeit seines Lebens, sich in eigenen Studien mit den Entwicklungsproblemen des ersten sozialistischen Staates in der Sowjetunion vertraut zu machen. Obwohl er den Kurs der Bolschewiki lange Jahre für aussichtslos erklärt und obwohl er die revolutionäre, später die stalinistische Diktatur in zahlreichen Fragen kritisiert, glaubt er zu keinem Zeitpunkt, eine prinzipiell andere sozialistische Strategie für Rußland umreißen zu können. An der Solidarität mit der Sowjetunion gegenüber der faschistischen Bedrohung hält er deshalb im Unterschied zu vielen zeitgenössischen Sozialdemokraten ebenso entschlossen fest, wie er gleichzeitig auf dem Erfordernis der inneren Demokratisierung ihrer gesellschaftlichen Strukturen beharrt. Gramsci entschließt sich selbst in den »Gefängnisheften« nie zu einer expliziten Kritik am sowjetischen Sozialismus-Modell. Doch unterstreicht er bei Schlüsselbegriffen der marxistisch-leninistischen Strategie, wie »Diktatur des Proletariats« oder »demokratischer Zentralismus«, wiederholt die Gefahren, die sich aus einer bürokratischen Anwendung dieser Zielvorstellungen entwickeln. Zudem ergeben sich beispielsweise aus dem Insistieren auf

der Führungsfähigkeit (Hegemonie) der Arbeiterklasse vor wie nach ihrem Machtantritt Kriterien, die sich dann auch als Orientierung für die Analyse und politische Praxis in den existierenden sozialistischen Ländern anbieten. Das Durchdenken einer eigenständigen Strategie der Arbeiterbewegung »im Westen« führt damit unversehens zu Maßstäben, die zumindest implizit auch für den Aufbau des Sozialismus »im Osten« Relevanz erhalten. So finden sich in der politischen Reflexion Gramscis immerhin Anknüpfungspunkte, die es später wichtigen Teilen der kommunistischen Bewegung erlaubten, zu einer kritischen und selbstkritischen Verarbeitung des sowjetischen Weges vorzudringen.

IX.

Das Marxismus-Verständnis Bauers wie Gramscis ist gekennzeichnet von einer gemeinsamen Ungeduld mit Verflachungen, daraus entstehenden Dogmatisierungen wie Abwehrliehungen gegenüber der revolutionären Theorie der Arbeiterbewegung. Bauer wendet sich gegen den »Vulgärmarxismus«, den er in der eigenen Partei, von bürgerlicher Seite und vielfach in den Vorstellungen der zeitgenössischen kommunistischen Parteien verbreitet sieht. Vehement hebt er die Notwendigkeit hervor, die Grundgedanken der marxistischen Theorie, die er vor allem in ihren methodischen Einsichten verkörpert sieht, unverfälscht zu erhalten, sie aber gerade darum nicht als ein abgeschlossenes Lehrgebäude, sondern als notwendigerweise durch neue historische Erfahrungen und Fragestellungen zu ergänzende Handlungsanleitung zu begreifen. Gramsci interpretiert den Marxismus als »Philosophie der Praxis«, die es vor allem gegenüber ökonomistischen und reduktionistischen Verzerrungen in Schutz zu nehmen gilt. Beiden Abweichungen tritt er nicht nur auf den Feldern von Ideologie und Philosophie entgegen; er sucht sie vor allem im Bereich der politischen Theorie und Praxis zu bekämpfen. Hier will er seine gesamte Reflexion über die Hegemonie der Arbeiterklasse als Beitrag zum Kampf gegen den Ökonomismus verstanden wissen. Zwar sind die Schwerpunkte von Bauers und Gramscis »Frontlinien« zur Erklärung ihres Marxismus-Verständnisses höchst unterschiedlich und im übrigen untrennbar mit den spezifischen Theorie-Traditionen der zweiten und der dritten Internationale verknüpft. Dennoch enthält die Matrix ihres Beitrags für die politische Theorie des Marxismus einen gemeinsamen, heute mehr denn je benötigten Impuls zur undogmatischen Weiterentwicklung des geistigen Rüstzeugs der Arbeiterbewegung.

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65



Die politische Theorie
Antonio Gramscis

Staat und Gesellschaft, Hegemonie,
Partei und Klasse
von Ulrich Schreiber
Argument-Studienheft SH 55
160 Seiten, 9,80 DM



Arbeiteralltag — Mode oder Methode?
Bäuerliches Gesinde: Lebensweise
und Lebensperspektiven. Erziehung in
der Fabrik. Arbeiter berichten über
ihren Ehealltag.
Argument-Sonderband AS 94
160 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM



Deutsche Arbeiterbewegung
vor dem Faschismus

Weltwirtschaftskrise u. Gewerkschaften.
RGO-Politik. Wirtschaftsdemokratie.
Arbeiterkulturbewegung.
Argument-Sonderband AS 74
194 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM

Außerhalb des Schwerpunktes

Michael Krätke

Dieser Sozialstaat ist der unsere nicht!?

Einige Bemerkungen zum linken Unbehagen am Sozialstaat in der Krise (I)*

*»Entre deux voleurs: le voleur capitaliste et le voleur Etat, nous préférons le voleur Etat.«
Paul Lafargue auf dem Kongreß der SFIO
in Nîmes, vom 6. bis 9. Februar 1910*

*»Quoi, la classe ouvrière,
... vous la jugez incapable de contrôler l'usage des
millions et des milliards qui seront accumulés dans
les caisses?«
Jean Jaurès, ebenda*

Gliederung

1. Die Linke in der Krise des Sozialstaats — ratlos
2. Der lange Marsch der Sozialdemokratie durch die Institutionen des Sozialstaats
3. Die normative Schwäche linker Sozialstaatskritik
4. Die programmatische Schwäche der sozialistischen Sozialpolitik
5. Sozialistische Sozialpolitik in kapitalistischen Gesellschaften
— wo gibt's denn so etwas?
- 5.1 Sozialistische Sozialpolitik im Roten Wien — ein vergessenes Lehrstück
- 5.2 Sozialistische Sozialpolitik im Roten Bologna
— läßt sich der Sozialstaat von links her abbauen?
6. Politische Optionen im Wohlfahrtsstaat
7. Einige Probleme beim Formulieren von Normen sozialistischer Sozialpolitik

1. Die Linke in der Krise des Sozialstaats — ratlos

Will man der Rhetorik der öffentlichen Auseinandersetzungen glauben, befindet sich der Sozialstaat in der Krise, seit es ihn gibt. Nichts scheint im Rückblick auf die Kassandrarufer der fünfziger und sechziger Jahre so rasch erreicht, nichts scheint so oft und so behende überschritten worden zu sein wie die vielbeschworenen »Grenzen des Sozialstaats«. Immerhin, die Krise, die ihm so lange vorhergesagt wurde, scheint den westlichen Sozialstaat nun endlich doch, wenn auch schleichend, überkommen zu haben. Was die Wahlniederlagen der englischen Labour Party 1951, der dänischen und schwedischen Sozialdemokratie 1973 und 1976 nicht bewirkt haben, nämlich das Zurückdrehen der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung der unmittelbaren Nachkriegsperiode, das scheint nun im Gang — und regierende wie mitregierende Sozialdemokratische Parteien tun daran mit. Für sozialdemokratische Regierungsmitglieder mag es ein »Sachzwang« sein, in den sie sich staatsmännisch schicken müssen, für die Sozialdemokratie als gesellschaftliche Reformbewegung wird der doppelte Abschied von der Vollbeschäftigungspolitik (bzw. vom lange unerschütterten Glauben daran) und von der staatlich organisierten und garantierten sozialen Sicherheit

* Der Teil II wird im nächsten Heft (spw 18) erscheinen und die Punkte 4 bis 7 der Gliederung umfassen.

und Wohlfahrt für alle zur Identitätskrise. Die Sozialdemokratie hat — außer in Schweden — den Sozialstaat nicht erfunden und nicht gemacht; sie war wohl an seinem Auf- und Ausbau beteiligt, selten konzipierend, meist in der Rolle der loyalen Opposition, die nichts prinzipiell anderes fordert, sondern nur verlangt, das ohnehin Gute möge besser, rationeller, schneller, umfassender usw. aufgebaut werden. Als antikapitalistische soziale Bewegung von Lohnabhängigen gründete sich die Sozialdemokratie geradezu auf die Überzeugung, daß es ihr gelingen könne — und zu einem guten Teil schon gelungen sei —, den monarchistischen Polizeistaat in die Sozialpolitik zu verwickeln, wo er sich zum väterlichen Helfer und Beschützer der Lohnarbeiter wandeln müsse, und den demokratischen Rechtsstaat nach und nach und mehr und mehr mit »sozialem Inhalt« zu erfüllen. Ein Inhalt, der nach der Ideologie vom »sozialen Staat« schließlich einen antikapitalistischen Sinn ergeben müsse. Und eine Wandlung des Staates, die ihm die Loyalität der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verschaffte und sicherte.¹ Der Glaube, daß eine ständige Vollbeschäftigung und stetig steigende individuelle Reallöhne in einer wachsenden kapitalistischen Wirtschaft erstens die Reduktion traditioneller sozialer Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung auf Rest- und Randprobleme nicht nur der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch der Arbeiterklasse und zweitens eine stets gründlichere und umfassendere Kompensation dieser Probleme durch organisierte Staatshilfe erlauben würde, bildete fast zwei Nachkriegsjahrzehnte lang die Geschäftsgrundlage sozialdemokratischer Politik.²

Diese Geschäftsgrundlage ist nun erschüttert. Wo der weitere Ausbau des Sozialstaats nicht mehr als regelrechte »Wachstumsdividende« abfällt, sitzt die Sozialdemokratie in der Falle: Sie kann nicht voran wie bisher und sie kann nicht zurück. Denn zu einer Nullsummen-Strategie des Klassenkampfes zurückzukehren und dabei ihr gesellschaftspolitisches Leitbild eines gebändigten, zivilisierten »Wohlfahrts-Kapitalismus« aufzugeben, kann sich die Sozialdemokratie als Staatspartei, die sie ist, nicht erlauben. Den Sozialstaat aber durch eine rücksichtslose Sparpolitik »gesund zu schrumpfen« kann sich die Sozialdemokratie als soziale Reformbewegung nicht erlauben, weil sie damit in Gegensatz zu den Wertvorstellungen ihrer eigenen sozialen Basis gerät. In diesem Dilemma versteift sich die Sozialdemokratie auf eine starre und perspektivlose Defensive; sie versucht, getreu der Logik des 'kleineren Übels', jeweils zu retten, was zu retten ist.

In einem vergleichbaren Dilemma steckt die nicht-sozialdemokratische Linke. An den »sozialen Staat« hat sie in der Regel nicht geglaubt, mit dem wohlfahrtsstaatlich humanisierten Kapitalismus konnte sie sich nicht identifizieren. Diese Linke fühlt sich einerseits zur Loyalität den Teilen der Arbeiterklasse gegenüber verpflichtet, denen der Sozialstaat eine soziale Existenzgarantie bietet. Der historische Prozeß, in dem der Lohnarbeiter vom »virtuellen Pauper« zum beitragszahlenden Mitglied und anspruchsberechtigten Klienten des Sozialstaats befördert wird, hat in der »moralischen Ökonomie« der Arbeiterklasse Spuren hinterlassen, an denen man links schwerlich vorbeikommt. Wenigstens in den Kreisen der »stabilen« Arbeiterklasse werden staatliche Sozialleistungen als wohlerworbene Rechte betrachtet; die staatlichen Sozialtransfers, mindestens aber die Transferzahlungen der Sozialversicherungen werden als Lohnbestandteile angesehen, die jedem zustehen, der Lohnarbeit leistet oder geleistet hat; die staatlichen Sozialdienste und die dafür nötigen öffentlichen Einrichtungen werden, wenigstens wo sie allgemein zugänglich sind und ihr Nutzen unzweifelhaft erscheint, als Teile eines gesellschaftlichen Besitzes wahrgenommen, die relative Armut dieser Einrichtungen wird auch als Teil der eigenen, relativ ärmlichen sozialen Lage erfahren; die relative soziale Sicherheit, die der Sozialstaat bietet, wird

selbstverständlich zur Voraussetzung der individuellen Lebensplanung gemacht, sie verwandelt den Proletarier, der im Augenblick und von der Hand in den Mund in permanenter Existenzunsicherheit lebt, in einen längerfristig rational planenden Bürger. Man muß sich auf der Linken nicht mit diesen Einstellungen identifizieren, um mit ihnen — wie respektlos auch immer — doch zu rechnen.

Stärker und weiter noch verbreitet ist links ein Gefühl, gerade den Opfern der bürgerlichen Gesellschaft Unterstützung schuldig zu sein, die über das Versprechen eines besseren Lebens jenseits des Kapitalismus hinausgeht. Jenen Erniedrigten, Unterdrückten, Beleidigten und Verletzten wird im Sozialstaat immerhin einige Hilfe zuteil — und diese staatliche Fürsorge scheint von links gesehen der kirchlichen Caritas oder privater, geschäftsmäßiger Wohltätigkeit noch allemal vorzuziehen. Darum fällt es auch der nichtsozialdemokratischen Linken schwer, den bürgerlichen Sozialstaat gegen seinen drohenden Abbau nicht zu verteidigen. Auf der anderen Seite ist sich diese Linke gerade der Integrationsleistungen des Sozialstaats sehr bewußt, die nicht nur das klassische Proletariat, sondern auch eine Reihe von Ersatzproletariaten ihrem »emanzipatorischen Beruf« nachhaltig entfremdet zu haben scheinen. Der Sozialstaat deckte einige der hauptsächlichsten Risiken proletarischer Existenz weitgehend ab. Er macht damit die Lohnarbeiterexistenz akzeptabler und schwächt eine ganze Reihe älterer Motive, gegen das Lohnsystem zu rebellieren, nachhaltig ab, indem er sie in prinzipiell verhandlungs- und kompromißfähige Erwartungen verwandelt. Er vertieft die innere soziale Differenzierung der Arbeiterklasse, schafft zusätzliche Status- und Einkommensunterschiede unter den Sozialstaatsklienten. Das erhöht die Aufstiegserwartungen, vertieft die Angst vor dem sozialen Abstieg, verschärft die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse und erlaubt es, subproletarische Gruppen auszugrenzen, Problemfälle in Massen in staatlich befürsorgte Randzonen der bürgerlichen Gesellschaft abzuschieben. Und er perfektioniert schließlich ein Instrumentarium sozialer Kontrolle über Abweichler und Außenseiter der bürgerlichen Gesellschaft, das mehr dazu dient, die stabile lohnabhängige Bevölkerung zu disziplinieren als ohnehin bereits hilfsbedürftige Randgruppen für die bürgerliche Ordnung unschädlich zu machen. Darum tut sich diese Linke schwer, den bestehenden Sozialstaat zu verteidigen; darum auch ist sie geneigt, der konservativen und reaktionären Sozialstaatskritik einen rationellen Kern zuzubilligen.

Heute den Sozialstaat gegen den Sozialabbau verteidigen, ist ein undankbares Geschäft für die Linke. Für die sozialdemokratische Linke droht der Verlust jeglicher Reformperspektive, für die nichtsozialdemokratische Linke der Verlust gerade der sozialistischen Perspektive ihrer Politik. Nicht von ungefähr kommt die Häme, mit der von rechts ein »linker Konservatismus« konstatiert wird, wo es um den Bestand des Sozialstaats geht. Um nicht mit gespaltenem Bewußtsein den Bestand von etwas zu verteidigen, das sie gerade in seinem heutigen Zustand nicht gutheißen kann, muß die Linke sich darüber klar zu werden suchen, was sie denn am heutigen Sozialstaat erhaltenswert, weil im Sinne eigener demokratischer und sozialistischer Ziel- und Wertvorstellungen entwicklungsfähig findet.³ Wie demokratisch und sozialistisch ist der heutige Sozialstaat? Was davon ist als Element eines anderen, entstaatlichten und von der kapitalistischen Ökonomie befreiten Systems sozialer Sicherung und Hilfeleistung brauchbar? Was bedarf einer gründlichen Veränderung, wie sähe die aus, und wie wäre sie — d.h. auch mit wem und gegen wen — zu werkstelligen? Eine sozialistische Position in der Sozialpolitik ist weder mit der Verteidigung des bestehenden Sozialstaats noch mit der Behauptung, daß eine andere, sozialistische Entwicklungsalternative zum Wohlfahrtskapitalismus offen stünde, zureichend be-

gründet. Auch die Aufzählung von beabsichtigten und nicht beabsichtigten Effekten des heutigen Sozialstaats, die man als demokratischer Sozialist nicht wollen kann, wie Stigmatisierungen, soziale Diskriminierungen, bürokratische Herrschaft, Vergeudung von Zeit, Geld und Arbeitskraft, Marginalisierung und Ghettoisierung, ist nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Eine Schwierigkeit bei den weiteren Schritten liegt darin, daß es kaum Vorbilder und historische oder aktuelle Anknüpfungspunkte gibt; die staatliche Sozialpolitik in den Ländern des »realen Sozialismus« ist dafür kaum geeignet, die wenigen Beispiele für sozialistische Sozialpolitik in europäischen Großstädten der Zwischenkriegszeit sind einem kollektiven Verdrängungsprozeß zum Opfer gefallen.⁴ Die auf den ersten Blick attraktiven Alternativen, die die Sozialbürokratien selbst hervorbringen, wie die Idee, soziale Dienste dem do-it-yourself der Bürger in selbstorganisierten »kleinen Netzen« von freiwilligen Helfern zu überlassen, entpuppen sich bei näherem Zusehen wenigstens zum Teil als Entlastungsstrategien eben dieser Bürokratien, die auf diese Weise etwa den Bedarf an ambulanten sozialen Diensten in dezentralisierten Sozialstationen von sich abzuweisen suchen.⁵

2. Der lange Marsch der Sozialdemokratie durch die Institutionen des Sozialstaats

Die organisierte Arbeiterbewegung stand der staatlichen Sozialpolitik lange mißtrauisch und ablehnend gegenüber. Ihr Widerstand gegen die Anfänge des Sozialstaats steht im scharfen Kontrast zum zeitgenössischen Lamento über das Stück »Sozialismus«, das angeblich mit den Sozialversicherungen und den Anfängen staatlicher Sozial- und Gesundheitsdienste der bürgerlichen Ordnung aufgezwungen würde; eine Einschätzung, die in der Überzeugung vieler Sozialisten, die Sozialversicherung, die staatliche Fürsorge und das Gesundheitswesen seien und blieben »Fremdkörper« im Kapitalismus, wiederkehrt.⁶ Im Blick auf die heutige Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern, die sich weitgehend mit dem Sozialstaat identifiziert hat und allenfalls seine Reform, meistens seinen Ausbau verlangt, erscheint dieser anfängliche Widerstand wie ein lange überwundener historischer Irrtum.

Vor allem die angelsächsische Arbeiterbewegung wehrte sich bis zur großen Depression der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts sehr selbstbewußt gegen jede Form staatlicher Hilfe oder staatlich organisierter sozialer Sicherung. Löwen, denen man gekochtes Fleisch gibt, werden nicht mehr brüllen — so argumentierten englische und amerikanische Gewerkschaftsvertreter noch 1932. Im Prinzip verlangten sie vom Staat nichts anderes als einen wirksamen Arbeitsschutz in den Betrieben. Gäbe es diesen, sei es ihre eigene Sache, sich ein Lohnniveau zu erkämpfen, das für den Lebensunterhalt der Lohnarbeiter und ihrer Familien ausreiche und ihre Unabhängigkeit von staatlichen Almosen im Alter bzw. im Krankheitsfall garantiere. Der Sozialstaat werde die Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen angreifen und den einzelnen Lohnarbeiter einer stets weitergehenden Kontrolle durch Staatsbeamte unterwerfen; es sei besser, auf eine staatliche Arbeitslosenunterstützung zu verzichten und sich auf die organisierte Selbsthilfe durch die gewerkschaftlichen Unterstützungskassen zu verlassen, als sich von staatlichen Behörden registrieren, kontrollieren und bevormunden zu lassen.⁷ In den Ländern mit einer starken syndikalischen Tradition in der Arbeiterbewegung wie Frankreich und Italien blieb der Einfluß der von den Arbeitern selbst auf Betriebs-, Branchen-, Berufs- oder Regionalniveau gebildeten Versicherungsgenossenschaften, der von den Zentralstaaten in beiden Ländern heftig bekämpften mutualités oder mutues — d.h. Vereinigungen zur gegenseitigen Hilfe — bis heute bestimmend für die Struktur des Sozialversicherungssystems.

Auch die als staatsfromm verschrieene deutsche Arbeiterbewegung hat sich anfänglich erbittert gegen die Verstaatlichung der sozialen Sicherung gewehrt. Der wilhelminische Staat versuchte mit dem Hilfskassengesetz von 1876 die Selbsthilfebewegung der Lohnarbeiter mit ihren tausenden von selbständigen Unterstützungskassen in eigener Regie und ihren hunderttausenden beitragszahlenden, freiwilligen Mitgliedern (ca. 5.300 Hilfskassen mit insgesamt ca. 900.000 Mitgliedern in ganz Deutschland um 1876) in den Griff zu bekommen und den Fabrik- bzw. Berufskassen der Unternehmer den Boden zu bereiten: Die Hilfskassen der Arbeitervereinigungen sollten nur noch als Kranken- und Sterbegeldkassen, auf keinen Fall aber mehr als Streik- oder politische Kampffonds gebraucht werden dürfen. Dagegen setzten Sozialdemokratie und Gewerkschaften, wohl wissend, daß die Unterstützungskassen nur eine beschränkte Notfallhilfe für einen kleinen, zumeist relativ besser gestellten Teil der Arbeiterbevölkerung boten, ihr Arbeiterschutzprogramm in der Form einer 1877 dem Reichstag vorgelegten Gesetzesinitiative. Der sozialdemokratische Gesetzesvorschlag enthielt als wichtigste Forderungen: Den Maximalarbeitstag von 10 Stunden, für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren 8 Stunden; das Verbot der Sonntagsarbeit; die Einführung einer Schonzeit für Schwangere von insgesamt 9 Wochen; das Verbot der Kinderarbeit für Kinder unter 14 Jahren; eine Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr; den Erlaß von Fabrik- und Werkstattordnungen; die Erweiterung des Koalitionsrechts. Stattdessen bekam die sozialdemokratische Arbeiterbewegung die polizeistaatliche Repression des Sozialistengesetzes, gefolgt von den 1881 angekündigten Sozialversicherungsgesetzen. Deren erstes, das am 15. Juni 1883 vom deutschen Reichstag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommene Gesetz über die Krankenversicherung, beseitigte — entgegen den Änderungsanträgen der Sozialdemokraten — die volle Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen und stellte die nur noch als »Ersatzkassen« unter bestimmten Voraussetzungen wie einer Mindestanzahl von Mitgliedern, Mindestsumme der Rücklagen, Mindestniveau der gezahlten Unterstützungen, anerkannten freien Hilfskassen faktisch unter Staatsaufsicht. Die Sozialdemokratie griff diese Versicherungsgesetzgebung schon im Wahlkampf 1881 heftig an und bekräftigte ihre prinzipielle Position. Die Arbeiterbewegung werde »ihr Anrecht auf eine ausgiebige Arbeiterschutzgesetzgebung (nicht) ... für das Linsengericht« der Sozialversicherungen aufgeben, wettete August Bebel.⁸ Die Lohnarbeiter selbst antworteten mit einer Abstimmung mit den Füßen: Sie strömten in Massen in die freien Hilfskassen, die so — trotz in der Regel schlechterer Leistungen und höherer Beiträge — zu Zentren der Arbeiterbewegung in der Illegalität, oft zu Ersatzgewerkschaften wurden. Der Obrigkeitsstaat bekämpfte die Hilfskassen weiter; mit dem Abänderungsgesetz über die Hilfskassen von 1892 wurde für alle Ersatzkassen Arzt- und Medizinhilfe zwingend vorgeschrieben. Sehr viele freie Hilfskassen konnten dies zusätzlich zu dem als Lohnersatz gedachten Krankengeld nicht aufbringen; ihre Mitglieder wanderten zwangsläufig zu den Pflichtkassen ab, und zwar vornehmlich zu den nicht an bestimmte Betriebe oder Berufsgenossenschaften gebundenen Ortskrankenkassen.⁹ Die Arbeiterbewegung gab dem staatlichen Druck nach, viele Hilfskassen wurden aufgelöst, ihre Mitglieder traten geschlossen zur Ortskrankenkasse über. Seit etwa 1895 begann die organisierte Arbeiterbewegung die Ortskrankenkassen zu »erobern«. Immerhin konnten sich die Arbeitnehmervertreter in den Selbstverwaltungsorganen der gesetzlichen Kassen noch einer gesetzlichen 2/3-Mehrheit erfreuen. Angesichts des Vordringens von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten in den Selbstverwaltungskörpern der Ortskrankenkassen erhob sich ein Sturm der Entrüstung über den »politischen Mißbrauch«, den die Arbeitervertreter angeblich dort trieben. Über dem spürbaren Machtzuwachs für

Gewerkschaften und Sozialdemokratie, über den Angriffen der Gegner und der Verteidigung dieser Machtposition — die mit der Reichsversicherungsordnung (RVO) von 1911 entscheidend geschwächt, 1919 bis 1933 heftig umkämpft wurde und 1933 bzw. 1951 durch staatliche Intervention verloren ging — vergaßen sehr viele Arbeitervertreter rasch, daß sie diese Bastion, eine vom Obrigkeitsstaat gewährte und beaufsichtigte Form der Selbstverwaltung, sehr gegen ihren Willen bezogen hatten.¹⁰

Daß die staatliche Sozialversicherung auf die Dauer von den organisierten Arbeitern akzeptiert wurde, ist in der Tat das Verdienst der Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die in den lokalen Arbeitersekretariaten bzw. in den lokalen Selbstverwaltungskörpern für die staatliche Sozialpolitik aktiv wurden. Attraktiv waren bzw. wurden die staatlichen Zwangsversicherungen für ihre proletarischen Zwangsmitglieder, da sie mehr und bessere Leistungen anbieten konnten als die meist kleinen, freiwilligen Hilfskassenvereinigungen. Sie erwiesen sich faktisch als sehr viel wirksamere Konkurrenz für die betrieblichen Pensions- und Unterstützungskassen, als es die freien Hilfskassen je sein konnten. Allerdings handelte sich die Masse der Lohnarbeiter nun anstelle des ohnehin nur in wenigen Großbetrieben effektiv möglichen Paternalismus der betrieblichen Sozialpolitik einzelner Unternehmer für »ihre« Arbeiter einen, wenn auch partiell mitverwalteten Paternalismus des Staates für »seine« Staatsbürger ein.¹¹

Die organisierte Arbeiterbewegung begann ihre Aufmerksamkeit auf die Reform der ihr aufgezwungenen staatlichen Sozialpolitik zu richten. Noch in den heutigen Reformforderungen sind Spuren des längst vergessenen, spontanen, vom gesunden Mißtrauen des Bürgers zweiter und dritter Klasse gegen den Obrigkeitsstaat getragenen Widerstands gegen die sozialstaatliche Entwicklung wiederzufinden: Die Überzeugung, daß der Arbeiterschutz Vorrang verdiene, d.h. daß es besser sei, die sozialen Übel einer proletarischen Existenz da zu bekämpfen, wo sie stets aufs neue entstehen, im privaten Gebrauch der Ware Arbeitskraft durch ihren Käufer, statt die eingetretenen Schäden zu versichern, steckt noch in der heutigen Forderung nach mehr präventiven Maßregeln bei den sozialen und Gesundheitsdiensten. Die einfache Überlegung, daß es für Lohnabhängige in der bürgerlichen Gesellschaft darauf ankommt, die materiellen Bedingungen für mögliches solidarisches Handeln selbst zu beherrschen, mündet in der alten und doch stets aktuellen Forderung nach voller Selbstverwaltung der Arbeiter in den Sozialversicherungsinstitutionen.

3. Die normative Schwäche linker Sozialstaatskritik

Linke Sozialstaatskritik hat im deutschen Sprachraum eine lange Tradition. Die international berühmteste sozialistische Theoriezeitschrift, die »Neue Zeit«, eröffnete ihren ersten Jahrgang 1882 mit einem Leitartikel zur Kritik der Sozialversicherung.¹² Der Marxismus hat mit seinem Anspruch, wissenschaftlicher Sozialismus zu sein, den relativ größten historischen Einfluß gegenüber konkurrierenden »wissenschaftlichen Sozialismen« auf die Arbeiterbewegung gewonnen. Es scheint daher gerechtfertigt, vor allem der marxistischen Tradition der Sozialstaatskritik nachzugehen und zu sehen, welchen Einfluß diese Kritik auf die Formulierung von Normen für eine eigenständige sozialistische Sozialpolitik nehmen konnte.

Die marxistische Kritik am Sozialstaat begann in der »Neuen Zeit« mit einer Breitseite gegen Bismarcks Sozialversicherungspläne. Eine Sozialversicherung, wie Bismarcks Pläne sie versprochen, sei völlig unzureichend, die ökonomische Unsicherheit und den in allen akuten Notfällen drohenden Pauperismus für die Masse der Lohnarbeiter aufzufangen. Die Sozialversicherung sei nicht mehr als ein Vorwand, um die Kosten der Armenfürsorge

von den Kommunen auf die Lohnarbeiter selbst abzuwälzen, die vorgesehenen Versicherungsleistungen reine »Bettel Groschen«. Prinzipiell sei es eine Illusion, die spezifisch proletarischen Existenzrisiken mit einer Zwangsversicherung der Lohnarbeiter abzudecken, solange nicht sämtliche Fälle von Unterbezahlung und Nicht-Verkäuflichkeit der Arbeitskraft mitversichert würden.¹³ Dies letzte, prinzipiell gemeinte Argument mündete konsequent in die Forderung nach weiteren, ergänzenden Sozialversicherungen; die Frage, ob denn ein »vervollständigtes« System von Sozialversicherungen in der Lage sein könne, sämtliche möglichen Lohnausfälle, plus den zusätzlichen Reparatur- und Instandhaltungskosten beschäftigter Arbeitskräfte zu kompensieren, blieb unbeantwortet. Was in dieser Diskussion deutlich fehlte, war »soziologische Phantasie«: Niemand konnte oder wollte sich vorstellen, welche Folgen eine einmal fest etablierte und nach und nach auf sämtliche Lohnarbeiter ausgedehnte Sozialversicherung für die Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus hätte. Was geschähe, wenn sich der bürgerliche Staat massiv in die Bestimmung des »Werts der Ware Arbeitskraft« einmischte, wenn ein großer und wachsender Teil der Reproduktion der Ware Arbeitskraft durch Staatseingriff von der Konsumtion kapitalistisch produzierter Waren abgelöst und ein bedeutender Teil der Einkommen der Arbeiterklasse die Lohnform verlöre, darüber wollte und konnte vor 100 Jahren noch kein marxistischer Intellektueller in der deutschen Sozialdemokratie zu spekulieren beginnen.

Wie gerade die orthodoxen Marxisten unermüdlich wiederholten, sollten die Arbeitslöhne nach dem 1. Marx'schen Lohngesetz durch eine Wertgröße, den »Wert der Ware Arbeitskraft« bestimmt werden; diese Größe sei durch zwei Komponenten bestimmt: durch die Menge derjenigen Waren, die als »notwendige Lebensmittel« für Lohnarbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft gesellschaftliche Anerkennung gefunden haben und durch die Wertgrößen eben dieser zu »Lohn Gütern« gemachten Waren. In die gesellschaftliche Bestimmung der als normal und notwendig anerkannten Lohn Güter geht ein »historisch-moralisches Element« ein, d.h. es spielen gesellschaftliche Werturteile aller am Kauf und Verkauf und Gebrauch der Ware Arbeitskraft Beteiligten über diejenigen Lebensmittel (also Nahrungs-, Genuß-, Erholungs-, Lern- und Heilmittel usw.), die Arbeitern »zukommen«, ihnen ein »anständiges Leben«, ein »gutes Auskommen« sichern, eine große Rolle. Soweit diese Werturteile übereinstimmen, bestimmen sie einen proletarischen »Lebensstandard«, der über dem Pauperismus und deutlich unterhalb eines bürgerlichen Lebensniveaus liegt, aber auf gleicher Höhe mit dem Lebensniveau einiger Abteilungen der Mittelklassen liegen kann. Solange sich der Staat darauf beschränkt, den Arbeitsmarkt bzw. die Organisierung von arbeitsmarktfähigen Interessen zu regulieren, wird dieser Lebensstandard in der Form eines Einkommensstandards festgesetzt. Die Zahlungsfähigkeit der Lohnarbeiter wird normiert, aber die Verwendung ihres Geldeinkommens auf oder außerhalb von Warenmärkten bleibt ungeregelt oder »frei«.¹⁴ Die bürgerliche Gesellschaft kommt ohne auf Klassen zugeschnittene Konsumnormen aus: Wo alles Privateigentum und fast alles zur Ware wird, ist auch jeder Teil des gesellschaftlichen Reichtums für jedermann in gleicher Weise käuflich, soweit er es bezahlen kann. Niemand wird vom Erwerb eines Gebrauchswerts gesellschaftlich ausgeschlossen außer durch das Maß, das der spezifische Tauschwert eines Guts seiner individuellen Zahlungsfähigkeit setzt. Die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft scheint sich so im Kreise zu bewegen: Die Höhe des Normallohns eines Arbeiters soll durch seine »notwendigen Lebensmittel« bestimmt werden, aber was das für ihn ist, wird dadurch bestimmt, was er bezahlen kann.

Mit der staatlichen Sozialversicherung wird dieser Zirkel durch eine formell außenstehende »moralische Instanz« unterbrochen. Denn damit beginnt der bürgerliche Staat sich

eine *Definitions-kompetenz* über den Lebensstandard der Arbeiterklasse anzueignen, die er gebraucht, um stets weitere Bereiche des Arbeiterlebens außerhalb des Betriebs zu normieren, zu reglementieren und, gemäß den Konsumnormen, die er aufstellt, zu kontrollieren. Durch die Sozialversicherung garantiert der Staat nicht nur das Überleben des Lohnarbeiters und seiner lohnabhängigen Familie in bestimmten Notfällen, er erhebt ihn auch über den offiziellen Pauperismus. Kraft staatlicher Definition ist der Lohnarbeiter kein »virtueller Pauper« mehr, als den ihn Marx noch bestimmt hatte; er wird »etwas Besseres«, selbst wenn er durch die Leistungen der Sozialversicherung materiell keineswegs besser gestellt wird als der Pauper durch die Armenpflege. Denn im gesetzlich definierten Notfall genießt er ein Recht und keine Gnade; die Sozialversicherung stigmatisiert nicht, sie macht nicht »unehrenhaft«. Mit der Sozialversicherung greift der Staat in die Bestimmung der Lohnhöhe ebenso wie der Verwendung des Lohneinkommens ein — er erhöht die Lohnkosten für die Unternehmer und er verordnet den Lohnarbeitern ein bestimmtes Maß von Zwangsparsnis für sich selbst und andere Lohnarbeiter. Und er bestimmt — im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung — was »Gesundheit« für den Arbeiter ist bzw. welche Mittel »notwendig« sind, um diese Gesundheit, d.h. weitere Arbeitsfähigkeit unter dem Kommando des Kapitals, wiederherzustellen. Er bestimmt, wann die »Altersruhe« des Arbeiters beginnt und auf welchem materiellen Lebensniveau sich diese Ruhe abspielen darf.

Dank des Staatseingriffs kehrt die Moral in die kapitalistische Ökonomie zurück, aus der sie mit der Herstellung freier Waren — und vor allem freier Arbeitsmärkte durch denselben Staat in den Untergrund verbannt worden war. Ein bedeutender Teil des Lebens der Lohnarbeiter wird nicht mehr durch scheinbar naturgesetzliche Marktbeziehungen geregelt, sondern durch Eingriffe der öffentlichen Hand gestaltet, die alles andere als unsichtbar zu Werke geht. Gegenüber einem bürgerlichen Staat, der sich anschickte, Lohnarbeiterbedürfnisse am Markt vorbei zu normieren, d.h. vor allem solche proletarischen Bedürfnisse offiziell anzuerkennen, die von den privaten Unternehmern nicht oder doch zumindest nicht allgemein anerkannt wurden, fehlten gerade der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung die Maßstäbe, um ihm auf die Finger zu schauen. Zwar stellte die Sozialdemokratie gerade die »Unzulänglichkeiten« der Bismarckschen Sozialgesetzgebung in den Mittelpunkt ihrer Wahlagitatio unter dem Sozialistengesetz. Zwar machte sie die »Lücken« und das »ungenügende« Niveau der Sozialleistungen zum Schwerpunkt ihrer Reformforderungen, seit sie 1899 und 1900 zum ersten Mal im Reichstag für Novellierungen der Sozialversicherungsgesetze gestimmt hatte. Aber ihre Kritik, daß die Bestimmungen über die Beiträge und Leistungen in den Sozialversicherungsgesetzen »nicht den Anforderungen (entsprächen), welche die Arbeiterklasse an ein solches Gesetz zu stellen berechtigt ist«, wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen den Entwurf des Krankenversicherungsgesetzes von 1883 formulierte¹⁵, beruhte auf durchaus unsicheren Evidenzen. In der Tat waren die Erleichterungen, die die Bismarckschen Sozialversicherungen für die Lage der Arbeiterklasse bot, schon infolge der äußerst niedrigen, absoluten Rentenbeträge, der 13-wöchigen Karenzzeit in der Unfall-, der Altersgrenze von 70 Jahren in der Alters- und der 5-jährigen Karenzzeit in der Invaliditätsversicherung, um nur die einfachsten der vielfältigen Zugangshindernisse zu nennen, minimal. Doch hatte die Sozialdemokratie keine Maßstäbe für das, was für alte, kranke und invalide Arbeiter und ihre Familien bzw. ihre Witwen und Waisen »historisch-moralisch« betrachtet »notwendig« sein sollte. Sie wich terminologisch auf scheinbar objektive, rein ökonomische Maßgrößen, wie den Wert oder die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft bzw. Bestandteile

davon, wie ihre Amortisations- oder ihre Reparaturkosten, aus.¹⁶ Nun hängt aber gerade das für eine staatliche Krankenversicherung maßgebende »Normalniveau« der Reparaturkosten einer Arbeitskraft nicht davon ab, was der einzelne Lohnarbeiter eventuell noch bezahlen kann, sondern davon, was sich die beitragspflichtigen Arbeiter und Unternehmer laut politischer Entscheidung eine solche Reparaturkosten lassen sollen, wie die Gesundheitsnorm für Lohnarbeiter definiert wird, welches Versorgungsniveau im Krankheitsfall ihnen zugestanden wird usw. Wie die Ironie der Geschichte so spielt, hat gerade die deutsche Sozialdemokratie in der Periode, in der sie am stärksten von »marxistischem« Denken geprägt war, darauf verzichtet, die »moralische Ökonomie« der Arbeiterklasse gegen die vom Obrigkeitsstaat gesetzten Normen für ein anständiges, ausreichendes Proletarierleben zu wenden. Der Glaube an die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus ließ die Sozialisten die gänzlich unwissenschaftliche, aber für die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft entscheidend wichtige moralische Ökonomie der unteren Volksklassen vergessen. Da die Arbeiterbewegung den Sozialstaat nicht moralisierend kritisieren wollte, gewann dieser Staat als moralische, Konsum- und Lebensnormen aufstellende Anstalt rasch die Oberhand. Der ausgewachsene bürgerliche Wohlfahrtsstaat schließlich, der nicht mehr bloß proletarische Lebensrisiken zwangsversichert, sondern Wohnungen baut und zuteilt, Mieten bestimmt, Gesundheitsdienste und soziale Dienstleistungen organisiert, ein öffentliches Erziehungswesen unterhält, hat daher diese moralische Ökonomie viel stärker geprägt, als die normativen Ideen der sozialistischen Arbeiterbewegung die Gestalt des Wohlfahrtsstaates beeinflusst haben. So sind die an sich anti-liberalen »sozialen Grundrechte« wie das Recht auf Wohnen, auf Arbeit, auf Bildung usw. inzwischen zum festen Bestandteil des politischen Volksglaubens geworden, während sie in der Rechtsordnung der »sozialen Rechtsstaaten« ein Schattendasein führen; inwieweit der bürgerliche Staat seinem globalen Auftrag nachkommt, diese nicht-normierten und nicht-sanktionierten Rechte zu garantieren, wird in der Arbeiterklasse nach liberalen und christlichen Wertvorstellungen von individueller »Menschenwürde« und ausgleichender »sozialer Gerechtigkeit« beurteilt.

Gründliche Untersuchungen der staatlichen Sozialversicherung, der Wirkungen der Institutionen des Sozialstaats und erst recht des ausgewachsenen Wohlfahrtsstaats, der sich dem Anspruch nach wenigstens überall um das Wohl und Wehe seiner Bürger kümmert und für ihr Wohlbefinden zu sorgen verspricht, auf die Lage und die Lebensweise der Arbeiterklasse gibt es in der marxistischen Tradition nicht.¹⁷ Auch von der globalen Sozialstaatskritik in dieser Tradition können Sozialisten heute wenig normative Orientierung für eine andere, sozialistische Sozialpolitik erwarten. In wenigstens fünf Varianten wird darin die normativ-analytische Hilfslosigkeit der orthodox-marxistischen deutschen Sozialdemokratie vor dem I. Weltkrieg bis heute reproduziert.

Die Institutionen des bürgerlichen Sozialstaats seien eine »Errungenschaft« der Arbeiterklasse bzw. der Arbeiterbewegung für die Arbeiterklasse, behaupten die Anhänger der ersten Variante. Für Sozialisten hat mithin am Sozialstaat als wertvoll zu gelten, was die Arbeiterbewegung selbst wollte und wofür sie mit Opfern gefochten hat, was die Lage der Arbeiterklasse verbessert und die Machtpositionen der Arbeiterbewegung verstärkt hat, und was die Arbeiterbewegung nicht kampfflos wieder aufgeben wird. Nun werden sozialpolitische Institutionen nicht schon dadurch, daß Arbeiterorganisationen sie gewollt und darum gekämpft haben, ein für allemal »antikapitalistisch« oder zum Aktivposten für eine sozialistische Politik. Zwar haben »Errungenschaften« einen beträchtlichen symbolischen Wert für Freund und Feind; durch sie lebt die Erinnerung an vergangene Kämpfe.

Aber weder militärisch noch erst recht politisch kann die Tatsache, daß etwas früher unter Opfern erreicht worden ist, einen vergleichbaren gegenwärtigen Einsatz dafür rechtfertigen. Daß Errungenschaften auch verteidigt zu werden verdienen, wird nur dem einleuchten, der den Klassenkampf als ein Nullsummenspiel denkt: Was die Arbeiterklasse erreicht, nützt stets ausschließlich ihr und schadet ihrem sozialen Widerpart, der Kapitalistenklasse, was immer sie davon wieder verliert, schwächt sie und stärkt die Kapitalisten im gleichen Maße. Da nach dieser Logik alles, was die Arbeiterklasse erreicht, per se schon gut und hinreichend dadurch gerechtfertigt ist, daß es der Kapitalistenklasse schadet, wird der Inhalt der errungenen sozialpolitischen Veränderungen recht unwichtig. Der Sieg ist wichtig; was dabei für die Arbeiter abfällt, gewinnt vor allem Bedeutung als Symbol des Sieges. Dazu paßt, daß die Rede von den sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung ein Mythos ist — mit Ausnahme weniger, zentraler Maßregeln des Arbeiterschutzes wie vor allem der gesetzlichen Regelung eines Normalarbeitstages. Gewalt aber hat die sozialistische Arbeiterbewegung den heutigen Sozialstaat nicht und gekämpft hat sie häufiger und härter gegen als für ihn. Dieser Mythos erfüllt legitimatorische Funktionen für die Arbeiterorganisationen bzw. ihre politisch-administrativen Eliten: Sie können etwas, das sie nicht gewollt und bekämpft haben, als eigenen Erfolg darstellen, sie können die Diskrepanz zwischen dem, was sie wollten, und dem, was sie erreicht haben, verschleiern, sie können das andere, was sie gewollt haben, verdrängen. Die Kritik an den »sozialpolitischen Errungenschaften« der Arbeiterklasse beschränkt sich konsequent auf das, was noch nicht erreicht wurde. Woraus die politische Lehre folgt, daß die vorhandenen »Errungenschaften« durch weitere Errungenschaften abgerundet werden müssen.¹⁸

Just entgegengesetzt argumentieren die Vertreter der zweiten Variante, denen die staatliche Sozialpolitik als eine von der Bourgeoisie bewußt inszenierte Bestechung oder Irreführung der Arbeiterklasse gilt. Auf den Inhalt der staatlichen Sozialpolitik kommt es hierbei nicht an. Die Motive der Bourgeoisie sind entscheidend. Ihren Absichten entsprechend können sozialpolitische Interventionen des Klassenstaats nichts als »Palliativmittel« sein, die Schmerzen lindern, ohne zu heilen. Normativ ist diese Verschwörungstheorie hilflos: Dieselbe Sozialpolitik müßten ihre Anhänger gutheißen, sobald sie von der Arbeiterbewegung der Bourgeoisie abgerungen würde. Für eine andere, sozialistische Sozialpolitik haben sie nicht mehr zu bieten als die Gewißheit, daß Vertreter der Arbeiterklasse, einmal an der Macht, schon ihrer lauterer Absichten wegen selbstredend eine bessere Sozialpolitik zuwege bringen würden.¹⁹

Eine mittlere Stellung nimmt die alte Lösegeld-These ein, deren journalistischer, tagespolitischer Ursprung sich kaum verleugnen läßt. Danach haben es die Bourgeoisien der westlichen Wohlfahrtsstaaten verstanden, durch rechtzeitiges und flexibles Nachgeben der Arbeiterbewegung ihre revolutionäre Spitze zu nehmen und ihre eigene soziale Existenz um den Preis materieller Zugeständnisse an die Lohnarbeiter zu sichern. In dieser Lesart des Dramas vom bürgerlichen Sozialstaat sind immerhin wieder Bourgeoisie und Proletariat, beide als handelnde Subjekte, beteiligt, wenn auch ihr perfektes Zusammenspiel — die Arbeiterbewegung übt Druck aus und droht mit revolutionären Konsequenzen und die Bourgeoisie gibt jeweils so rechtzeitig und so weit nach, daß diese Konsequenzen ausbleiben — ein schöner Mythos ist. Schon zur Kritik des bürgerlichen Sozialstaats taugt diese Erpressergeschichte nicht viel. Der implizite Vorwurf an die Adresse der sozialistischen Arbeiterbewegung, daß sie sich die gewollte sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft habe abkaufen lassen, läßt sich verschärfen oder abschwächen je nachdem, ob man das »Lösegeld«, die materiellen Vorteile, die die staatliche Sozialpolitik der Arbeiterklasse

brachte, als zu hoch oder als zu niedrig ansieht — etwa im Blick auf den Schaden, den der Gegner, den man mit sozialpolitischen Zugeständnissen davonkommen ließ, der Arbeiterbewegung anschließend zufügen konnte.²⁰ Bei der nächsten Gelegenheit mehr zu verlangen, weitergehende sozialpolitische Forderungen zu stellen, ist die einzige Maxime sozialistischer Politik, die sich aus dieser These ableiten läßt — wobei implizit die Größe des materiellen Verlustes, den die Bourgeoisie erleidet, zum Maß des sozialpolitischen Fortschritts für die Arbeiterbewegung erhoben wird. Je höher die »Soziallasten« für die Kapitalisten, desto besser für die Arbeiterklasse. Am besten wäre demnach ein Sozialstaat, dessen Kosten allein die Kapitalisten tragen, und dessen Nutzen allein die Arbeiter haben. Das ergibt immerhin ein normatives Kriterium für sozialistische Politik — wenn auch ein extrem oberflächliches und einseitiges. Oberflächlich, weil auf die Dimension von Geldströmen reduziert, die schon für die Beurteilung der reinen Lastenverteilung unzureichend ist, und einseitig, weil auf ein Verteilungsverhältnis reduziert, das für die Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Sozialstaat keineswegs ausschlaggebend ist.

Unabhängig davon, ob man die für den Übergang zum Sozial- und Wohlfahrtsstaat konstitutiven sozialpolitischen Innovationen für eine Anhäufung von historisch jeweils unvermeidlichen Konzessionen an eine zeitweilig nicht anders zu befriedende Arbeiterbewegung erklären will oder nicht, sind sich die meisten Marxisten darin einig, daß sich diese verstaatlichte Sozialpolitik — von der Sozialversicherung bis zu den staatlichen Sozialdiensten — auf die Dauer als funktional notwendig für das kapitalistische System erwiesen habe. Sie unterscheiden sich danach, welche notwendigen Funktionen im Hinblick auf welche Elemente des kapitalistischen Systems sie der staatlichen Sozialpolitik zuschreiben. Sie stimmen darin überein, daß sie staatliche Sozialpolitik für notwendig halten, um auf Dauer die menschliche Arbeitskraft als Ware und die Lohnarbeit als Existenzform der wichtigsten »arbeitenden Klasse« der bürgerlichen Gesellschaft zu erhalten. Jeder einigermaßen sozialwissenschaftlich informierte Marxist ist bemüht, den Fallen des Funktionalismus zu entgehen, indem er die Einführung und Durchsetzung sozialpolitischer Staatsinterventionen so wie auch die Auswahl und Ausgestaltung der sozialpolitischen Institutionen als Resultat konkreter historischer Klassenkämpfe zu erklären sucht.²¹ Dennoch entkommen die am weitesten ausgearbeiteten und die methodisch reflektiertesten Versuche dem Funktionalismus kaum: Auch wenn die Funktionen der Sozialpolitik im Ausgang von spezifischen Strukturproblemen der Lohnarbeit als Existenzform entwickelt werden, werden sie doch als Funktionen für den Kapitalismus als System betrachtet. Von der unbestrittenen Behauptung, daß eine dauerhafte und stabile Sozialintegration der Lohnarbeiter in die bürgerliche Gesellschaft notwendig ist für den Bestand der kapitalistischen Produktionsweise, wird auf die Behauptung kurzgeschlossen, daß die staatliche Sozialpolitik eben diese Funktion auch »zuverlässig und konfliktarm« erfüllt; die Möglichkeit eines Konflikts bzw. einer dysfunktionalen Sozialpolitik wird zwar noch eingeräumt, aber doch als »Strukturproblem« an die Adresse des Interventionsstaats in voller Aktion verwiesen. Dieser — d.h. seine sozialwissenschaftlich geschulten Spitzenbeamten — habe dafür Sorge zu tragen, daß die verschiedenen staatlichen Interventionsstrategien untereinander verträglich blieben.²² Funktionale Konflikte, dysfunktionale Sozialpolitiken und nichtverträgliche sozialpolitische Strategien sind in einem solchen Analyserahmen wohl vorgesehen und unterzubringen. Woher diese aber warum und durch wessen Handlungen kommen, bleibt darin unbeantwortet. Während funktionalistische Analysen der staatlichen Sozialpolitik den Sozialisten nur die Gewißheit vermitteln können, daß alles, was sie sozialpolitisch tun, vergebens bzw. für eine sozialistische Politik kontra-produktiv sei, da

jegliche sozialpolitische Aktivität doch nur den »funktionalen Erfordernissen« des Kapitalismus gehorche, lassen die methodisch reflektierteren funktionalen Analysen wenigstens Raum für mögliche Diskrepanzen, die sich zwischen den »Erfordernissen des Kapitals« und den »Forderungen der Arbeiterbewegung« auf tun können. Aber außer der allgemeinen und nicht sonderlich originellen Nutzenwendung, sich nicht von vornherein auf »funktionale« Maßregeln zu beschränken bzw. sich nicht auf den Kopf der Staatsbürokratie für die Lösung von deren Kompatibilitätsproblemen zu zerbrechen, bieten auch solche Analysen keine Orientierungen für eine sozialistische Sozialpolitik. Es bleibt dann noch stets zu klären, welche Sozialpolitiken denn dysfunktional für den Kapitalismus und unvereinbar mit den bestehenden Institutionen des Sozialstaats sein können! Ob solche allein darum schon von Sozialisten gutzuheißen sind, ist eine weitere offene Frage.

Vielversprechender scheint da jene traditionsreiche Variante marxistischen Denkens über die staatliche Sozialpolitik im Kapitalismus, worin der bürgerliche Sozial- und Wohlfahrtsstaat als ein widersprüchliches Gebilde, mit einem »Doppelcharakter« und internen, hausgemachten Konflikten und langfristig konflikträchtiger Entwicklung zu analysieren versucht wird. Eine solche »dialektische Auffassung« des Sozialstaats kommt in drei komplementären und allemal gut marxistischen Versionen vor: Einige sehen ihre kritische Aufgabe schon erfüllt, sobald sie den Sozialstaat als Schlachtfeld des Klassenkampfes, auf dem und um das fortwährend zwischen den großen gesellschaftlichen Klassen mit allen Mitteln gekämpft wird, charakterisiert haben. Andere sehen darüber hinaus den Sozial- und Wohlfahrtsstaat selbst wieder als den Urheber spezifischer Krisen und Konflikte an, mitunter selbst mit der Pointe, daß ihnen der kapitalistische Wohlfahrtsstaat mehr und gewichtigere soziale Probleme zu erzeugen scheint, als er selbst — und sei es vorübergehend — zu lösen oder zu entschärfen vermag. Viele haben und hatten weiter die Neigung, dem Wohlfahrtsstaat antikapitalistische Elemente und Eigenschaften zuzuschreiben, die nicht nur den Bestand des kapitalistischen Systems vielfältig und dauerhaft schwächten, sondern auch über dies System selbst hinauswiesen. Nach der Formulierung eines klassischen Vertreters dieser »dialektischen Auffassung« in Deutschland, Eduard Heimann, besteht das »konservativ-revolutionäre Doppelwesen« aller Sozialpolitik im Kapitalismus eben darin, daß sie »den Kapitalismus stückweise ab(baut) und ... dadurch seinen jeweils verbleibenden Rest (rettet)«. ²³

Die erste, die Schlachtfeld-Version, hat den Vorteil, daß die Sozialisten marxistischer Schule sich damit Verwicklungen in die Sozialpolitik nicht mehr entziehen können. Auch wenn zutrifft, was in der klassischen reformistischen Sozialstaatstheorie behauptet wird, daß die Sozialpolitik das Ziel und die Funktion habe, die Klassengegensätze in der bürgerlichen Gesellschaft abzuschwächen und zu entschärfen, müssen die Sozialisten daran mit tun, soweit nämlich proletarische Klasseninteressen davon betroffen sind und zusätzliche, neue, wenn auch gebändigte Konfrontationen dadurch entstehen. ²⁴ Wenn es richtig ist, daß der Klassenkampf in der Sozialpolitik weitergeht — nur mit anderen, dem veränderten, verstaatlichten, verrechtlichten Terrain angepaßten Mitteln — dann kann man getrost auch annehmen, daß es in diesem Kampf keine endgültigen, alle versöhnenden Lösungen, keine unumkehrbaren Entwicklungen und keine unangreifbaren Errungenschaften oder »Besitzstände« für eine der beiden kämpfenden Klassen geben kann; ebensowohl darf man annehmen, daß dieser Kampf ein totaler sein wird, in dem es um Herrschaft geht, der sich mithin auch um die Ideen, die moralischen Überzeugungen, die Alltagsethik und die »moralische Ökonomie« der Beteiligten drehen wird. ²⁵ Aber zu wissen, daß man dem sozialpolitischen Streit nicht ausweichen kann und darf, heißt noch nicht, beurteilen zu kön-

nen, was denn nun jeweils »proletarische Sozialpolitik« sei, inwiefern »sozialistische Sozialpolitik« auch die beste oder überhaupt eine sinnvolle proletarische Sozialpolitik abgeben kann, worin das kleinste gemeinsame sozialpolitische Interesse aller Lohnarbeiter, worin ihr sozialpolitisches »Allgemeininteresse« besteht und wo schließlich die »sozialpolitische Zukunft« der Arbeiterbewegung liegen kann.

Die zweite, die Krisenversion, macht die normative Schwäche der marxistischen Tradition erst recht fühlbar. Einmal unterstellt, einige der dem Sozialstaat zugeschriebenen kontraproduktiven und krisenerzeugenden Effekte wären analytisch zureichend erfaßt, dann stehen doch die Sozialisten vor dem alten Dilemma: Was tun mit den Krisen, die der Kapitalismus uns beschert? Der reformistische Vorschlag, sich wie ein guter Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu verhalten, galt den Sozialisten stets als bestenfalls naive Form der Klassenkollaboration, auch wenn die Beteiligung von Organisationen der Arbeiterbewegung an »wirtschaftsbelebenden« Maßnahmen mit dem Hinweis auf die faktisch vorhandene, massenhafte Not in der Arbeiterklasse gerechtfertigt werden konnte. Dies Unbehagen ist eher gewachsen, weil mittlerweile der Glaube an die heilsamen, desillusionierenden und radikalierenden Folgen von Massenelend gründlich enttäuscht worden ist.²⁶ Das Dilemma ist das gleiche, wenn es darum geht, den Sozialstaat, der im Kapitalismus nicht »krisenfest« zu machen ist, einigermaßen finanziell intakt durch eine größere konjunkturelle Krise zu bringen, weil er für einen beträchtlichen Teil der lohnabhängigen Bevölkerung einen wesentlichen Teil ihrer Existenzgrundlage darstellt, oder wenn es darum geht, hausgemachte Krisen des Sozialstaats, die sozialen Probleme und die wachsenden sozialen Kosten, die er selbst hervorruft, zu beherrschen bzw. wieder in den Griff zu bekommen. Stets geht es neben den möglichen Legitimationsverlusten für den bürgerlichen Staat und das kapitalistische System auch um — zumeist proletarische — Krisenopfer. Zu wissen, daß Krisen, auch solche des Sozialstaats im Kapitalismus unvermeidlich sind, heißt noch nicht, beurteilen zu können, ob und wie weit man sich solcher Krisen bedienen darf bzw. soll. Ebenso wenig wie aus dem Wissen, daß bestimmte Krisen des Sozialstaats auch im Kapitalismus vermeidbar sind, schon ein Urteil darüber folgt, ob und wie weit man an einer entsprechenden Perfektionierung des Sozialstaats auch mitarbeiten darf bzw. soll. So richtig es ist, daß der bestehende Sozialstaat nicht nur einzelne »Sozialfälle«, sondern ein ganzes »Delinquentenmilieu« miterzeugt und reproduziert — auch wenn sein Anteil daran schwerlich genau zu bestimmen ist —, so ungeklärt ist, ob man als Sozialist die kontraproduktiven Strukturen des Wohlfahrtsstaats bekämpfen und damit die selbstdestruktiven Tendenzen des kapitalistischen Systems abschwächen darf bzw. soll; ebenso zweifelhaft ist es andererseits geworden, ob Sozialisten auf die Destruktivkräfte, die die bürgerliche Gesellschaft hervorbringt, setzen und versuchen dürfen bzw. sollen, die Selbstzerstörung dieser Gesellschaft zu »beschleunigen«, d.h. ihre Krisen zu befördern. Daß die sozialistische Position zwischen den Extremen einer reinen Katastrophenpolitik und eines besseren Krisenmanagements liegen muß, versteht sich ohne große Mühen; weniger leicht ist es, ihren Platz zwischen diesen Extremen auf eine Weise anzugeben, die zugleich plausibel und verbindlich ist.

Wie sozialistisch ist der Wohlfahrtsstaat? Das dürfte den meisten Sozialisten heute nicht mehr als eine rhetorische Frage sein. Jedoch galt vielen prominenten sozialwissenschaftlichen Betrachtern der Sozialstaat als eine brisante Mischung von Halbheiten, halbem Sozialismus und halbem Liberalismus. Das Legitimationsbedürfnis der Sozialdemokraten und das Denunziationsbemühen ihrer konservativen Gegner trafen sich darin, den Wohlfahrtsstaat als den Beginn einer sozialistischen Transformation des Kapitalismus zu etiket-

tieren.²⁷ Marxisten haben im Aufbau des Sozialstaats eine »Sozialisierung« des Lohnneinkommens, eine »Kollektivierung« notwendiger Lebensmittel für die Lohnarbeiter und eine Art »Solidarisierung« der bürgerlichen Gesellschaft sehen wollen. Staatssozialisten, die in der bloßen Staatsintervention bereits den Abbau des Kapitalismus sehen, wie ihre liberalen Gegner, waren stets in Versuchung, die staatliche Sozialgesetzgebung mit Marx als »Sieg eines Prinzips«, des Prinzips der »Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht«, das »die politische Ökonomie der Arbeiterklasse« auszeichne, zu interpretieren.²⁸ Auch solche Sozialisten in der marxistischen Tradition, die nicht geneigt waren, staatlichen Interventionen mehr als einen vorübergehenden, instrumentellen Wert für eine sozialistische Politik zuzugestehen, sahen im Aufbau des Wohlfahrtsstaates doch eine Strukturveränderung des kapitalistischen Systems, die auf die Dauer die herrschenden Normen der bürgerlichen Gesellschaft untergraben und so einen fruchtbareren Boden für sozialistische Ideen bereiten müsse. In diesem Punkt sind sich liberale Kritiker und sozialistische Befürworter des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates einig.²⁹ Aber mehr als die Verbreitung der negativen Einsicht, daß das menschliche Leben — oder normativ: das individuelle Glück — nicht als Privatsache zu organisieren sei, konnten sie vom Leben im Wohlfahrtsstaat nicht erwarten. Wenn er auch kein »antikapitalistisches« Bewußtsein der Massen hervortreibt, kann der Wohlfahrtsstaat doch die Legitimation des kapitalistischen Systems schwächen. Immerhin bedeutet er soviel wie ein institutionalisiertes Mißtrauen in die Selbstregulierungs- und Selbstheilungskräfte von Kerninstitutionen der bürgerlichen Gesellschaft wie des Marktes, der Familie, des Privatindividuums usw. Immerhin bedeutet die staatliche Sozialgesetzgebung eine Beschränkung der Despotie des einzelnen Kapitals gegenüber dem einzelnen Lohnarbeiter. Immerhin setzt der Sozialstaat allgemeine Normen für die Lohnarbeiterexistenz, die die freie oder organisierte Konkurrenz der Kapitale und der Lohnarbeiter untereinander nicht etablieren kann. Wo die Sozialversicherungen und die Sozialdienste zu einem tendenziell umfassenden System ausgebaut werden, beschränkt der Sozialstaat — und mehr noch der offiziell um das Wohlbefinden seiner Bürger in der Gesellschaft bemühte Wohlfahrtsstaat — nicht nur klassische bürgerliche Handlungsfreiheiten, sondern er macht zugleich auch unübersehbar deutlich, daß auf den rationalen Eigennutz des sein privates Glück auf eigene Faust suchenden Individuums kein Verlaß ist, soweit das materielle Wohlergehen der großen Bevölkerungsmehrheit in Frage steht. Der bürgerliche Staat mengt sich als Sozialstaat in der Tat massiv in die individuelle Daseinsvorsorge seiner freien Bürger ein, er bevormundet sie, beschränkt sie in ihrer privaten Dispositionsfreiheit, während er sie gleichzeitig stets wieder auf einen freien Markt läßt, dessen Freiheit er großenteils definiert und garantiert; er behandelt den Großteil seiner Bürger, den er in die Sozialversicherungspflicht nimmt, als potentielle Versager, die er vor den unbeabsichtigten Folgen ihrer formell freien Handlungen in Schutz nehmen muß. Sozialstaatliche Interventionen heben den Umstand, daß für viele, gerade durch den Staat offiziell als notwendig anerkannte Lebensmittel, Heil- und Hilfsmittel für die unteren Klassen der bürgerlichen Gesellschaft kein Markt besteht, ins Alltagsbewußtsein. Der bürgerliche Staat springt ein, um der Masse der Bevölkerung Lebens- und Überlebenschancen zu sichern oder überhaupt erst zu verschaffen, von denen sie nach dem Kriterium »zahlungsfähiger Nachfrage« ausgeschlossen werden. Und er macht deutlich, daß die private Kleinfamilie, die er mit Geld, guten Worten und öffentlichen Dienstleistungen schützt und stützt, für die Masse der Bevölkerung eine stets mehr vom Staat bestimmte Form des Zusammenlebens wird, die sowohl als Erziehungs- als auch als Versorgungsanstalt durch komplementäre öffentliche Institutionen umringt wird. Da der bürgerliche Sozialstaat den

Glauben an die Lebensfähigkeit der Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft, die er schützt, untergräbt und ihren Wert zumindest dem öffentlichen Zweifel aussetzt, bleibt er stets ein ideologisch umstrittenes Terrain. Aus seiner Verstrickung in den ideologischen Streit um »die Marktwirtschaft«, »die Familie«, »die Freiheit des Individuums« kann sich der bürgerliche Staat als Sozialstaat nicht mehr lösen; seine Legitimation wird ebenfalls schwieriger zu beschaffen und zu bewahren, denn dazu genügt es nicht mehr, im Einklang mit den Gesetzen zu handeln oder die eigenen Handlungen der Konkurrenzfreiheit der Privatleute unterzuordnen — dazu gehört, daß der Staat seinen Bürgern »gutes Leben« garantiert. Er hat dabei den Vorteil, an der Normierung der Standards für »gutes Leben« für jedermann in der bürgerlichen Gesellschaft unmittelbar beteiligt zu sein.³⁰ Immerhin bekommen die Sozialisten so gegenüber dem bürgerlichen Wohlfahrtsstaat, der die Blößen des Kapitalismus und die Sorge für seine Opfer zur Angelegenheit der öffentlichen Moral erhebt, die Chance, die moralische Ökonomie der unteren Volksklassen zu beeinflussen und zur Geltung zu bringen. Vorausgesetzt, sie kennen sie und wissen ihre Widersprüche für die Verbreitung 'proletarischer' Werte zu nutzen.

Anmerkungen

- 1 Einigermäßen überschwänglich war in der Weimarer Sozialdemokratie die Rede von Bejahung und Liebe, die die Arbeiterklasse dem demokratischen Staat, »ihrem« Staat, entgegenzubringen habe. Vgl. Richard Seidel: Staatsverneinung — Staatsbejahung. In: *Die Arbeit*, Okt. 1926; und die Dissertation Kurt Schumachers von 1920: *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie*. Stuttgart u.a. 1973
- 2 Vgl. Walter Korpi: *The Working Class In Welfare Capitalism*. London 1980, S.320f.
- 3 Vgl. zwei englische Beispiele für diese Diskussion: Mick Carpenter: *Left Orthodoxy and the Politics of Health*. In: *Capital and Class*, No.11, Summer 1980, S.73-98; Bob Deacon: *Social Administration. Social Policy and Socialism*. In: *Critical Social Policy Vol.1., No.1*, Summer 1981, S.43-66
- 4 Vgl. dazu Klaus von Beyme: *Sozialismus oder Wohlfahrtsstaat*. München 1977; George V. Rimlinger: *Welfare Policy and Industrialization in Europe, America and Russia*. New York 1971; und jüngst Vic George/Norbert Manning: *Socialism, Social Welfare and the Soviet Union*. London 1980
- 5 Vgl. Egon Matzner: *Notizen zur Gesellschaftsreform. Aufruf zu einem zeitgemäßen Humanismus*. Wien 1976; und ders.: *Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise. Österreichs Sozialisten suchen einen Ausweg*. Reinbek b. Hamburg 1978, S.147ff.
- 6 So erregte sich der deutschnationale Professor Horneffer: »Sie [die Sozialversicherung, M.K.] ist ihrem tiefsten Gehalte nach sozialistisch oder, noch schroffer und klarer ausgedrückt, kommunistisch. ... Diese Sozialgesetzgebung ist offener Kommunismus, aber mit den furchtbaren und verwüstenden Folgen, die sie zeigt, zugleich die endgültige Widerlegung des Kommunismus.« Ernst Horneffer: *Frevel am Volk. Gedanken zur deutschen Sozialpolitik*. Leipzig 1930, S.11
- 7 Vgl. Roy Hay: *The Development of the British Welfare State 1880-1975*, London 1978, S.17f. und Roy Lubove: *The Struggle für Social Security 1900-1935*. Cambridge, Mass. 1968, S.15ff.
- 8 Vgl. August Bebel: *Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag. Tätigkeitsberichte und Wahlauftrufe aus den Jahren 1871-1893*. Berlin 1909, S.388
- 9 Vgl. dazu Heinrich Herkner: *Die Arbeiterfrage*. Berlin 1916, Bd.1, S.396ff.; Florian Tennstedt: *Sozialgeschichte der Sozialversicherung*. In: M. Blohmke u.a. (Hrsg.): *Handbuch der Sozialmedizin*, Bd.3, Stuttgart 1976; Marianne Rodenstein: *Arbeitserbsthilfe, Arbeiterselbstverwaltung und staatliche Krankenversicherungspolitik in Deutschland*. In: Tim Guldemann u.a.: *Sozialpolitik als soziale Kontrolle*, Frankfurt a.M. 1978, S.113-180
- 10 Siehe Herkner, a.a.O., S.405; Kurt Schumacher, a.a.O., S.66. Rodenstein geht so weit, die Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen als »Gegenmacht im monarchischen Staat« und selbst als »sozialistische(n) Institution im bürgerlichen Staat« zu bezeichnen, ohne je zu erläutern, inwiefern eine organisierte soziale Selbstkontrolle denn schon »sozialistisch« sein kann. Vgl. Roden, a.a.O., S.149, 157 u.ö.
- 11 Für Agnes Heller bildet der »Paternalismus« des Sozialstaats seinen schwersten Mangel. Vgl. Agnes Heller: *Trotzdem: Sozialistische Zielsetzung?* In: *Wiener Tagebuch*, 2/1982, S.19-22
- 12 Siehe Heinrich Braun: *Das Problem der Arbeiterversicherung und die Auffassung Lujo Brentanos*. In: *Die Neue Zeit*, 1.Jg., 1883, S.9-20

- 13 Vgl. die kurze Zusammenfassung der in der »Neuen Zeit« geführten Diskussion bei Gaston V. Rimlinger, a.a.O., S.213ff.
- 14 Das gilt in dem Maße wie sich die Geldform für Lohnzahlungen allgemein durchsetzt und die Lohnzahlung vollständig individualisiert wird, d.h. wie die Abhängigkeit der Lohnarbeiter vom Cottage-, Truck- und Gangsystem aufgehoben wird — in der Regel erst mit Hilfe staatlicher Verbote und nach langwierigen Auseinandersetzungen um die damit zum erstenmal garantierten Rechte des Lohnarbeiters auf individuelles Geldeinkommen.
- 15 Zit. nach: Autorenkollektiv: Das Sozialistengesetz 1878-1890. Berlin (DDR) 1980, S.148
- 16 Vgl. zum Beispiel die einflußreiche Schrift des sozialdemokratischen Arztes Ignaz Zadek: Die Arbeiterversicherung. Eine sozial-hygienische Kritik. Jena 1895, S.58 u.ö.
- 17 Die einzige, ausdrücklich in marxistischer Tradition geschriebene Arbeit von Paul Peschke: Geschichte der deutschen Sozialversicherung. Der Kampf der unterdrückten Klassen um soziale Sicherung, Berlin (DDR) 1962, die im FDGB Verlag Tribüne erschien, ist ihrer Anlage nach eine »andere« Geschichte der parlamentarischen Sozialgesetzgebung. Die Klassenkämpfe, die darin geschildert werden, spielen sich im Parlament, in Zeitungsartikeln in Broschüren ab. Als Gesetzgebungsgeschichte, Geschichte der parlamentarischen Sozialpolitik ist sie allerdings unentbehrlich.
- 18 Paul Peschke, a.a.O., gibt ein gutes Beispiel für das Denken in »Errungenschaften«. Auch in der politischen Alltagssprache der deutschen Sozialdemokratie spielt das »Erreichte« diese mythische, legitimierende Rolle.
- 19 Siehe Klaus von Beyme, a.a.O., S.,38; Vic George/Paul Wilding: Ideology and Social Welfare. London-Boston 1976, S.99f.
- 20 Vgl. Ralph Miliband: Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft. Frankfurt a.M. 1972, S.148; und den klassischen Beitrag von John Saville: The Welfare State: An Historical Approach. In: New Reasoner, No.3, Winter 1957/58, S.5f.
- 21 Vgl. Dorothy Wedderburn,: Facts and Theories of the Welfare State. In: The Socialist Register 1965, S.137f.; Monika Fuhrke: Staatliche Sozialpolitik. Eine Untersuchung zur Entwicklung des Systems der Sozialen Sicherheit im Kapitalismus. Offenbach 1976, S.18; Claus Offe/Gero Lenhardt: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-Soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik. In: Christian v. Ferber/Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.): Soziologie und Sozialpolitik, Sonderheft 19 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1977, S.98-127
- 22 Siehe Claus Offe/Gero Lenhardt, a.a.O., S. 111 und 116
- 23 Siehe Eduard Heimann: Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Frankfurt a.M. 1980, S.172
- 24 Siehe Ernst Nöling: Grundlegung und Geschichte der Sozialpolitik. Berlin 1927, S.3, 7f.
- 25 Vgl. Dorothy Wedderburn, a.a.O., S.143, 144
- 26 Vgl. Claus Koch/Wolf-Dieter Narr: Krise — oder das falsche Prinzip Hoffnung. In: Leviathan, 3/1976, S.291-327
- 27 Vgl. William A. Robson: Welfare State and Welfare Society. London 1976, S.12ff. Der als Ökonometriker und Theoretiker der Wirtschaftspolitik international berühmte Sozialist Jan Tinbergen beschreibt seine reformistische Auffassung noch heute so: »Der reine Kapitalismus herrschte in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in der Zeit als Marx lebte und schrieb. Seit der Zeit wurden Schritt für Schritt sozialistische Elemente eingebracht. ... Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen.« Jan Tinbergen: Het loondebat in de jaaren dertig. In: Tijdschrift voor sociale Geschiedenis, Nr.21, Mart 1981, S.45f. (Übers.d. Verf.)
- 28 Das Zitat stammt aus der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation von 1864, vgl. MEW 16, S.11
- 29 Vgl. Nathan Glazer: Die Grenzen der Sozialpolitik. In: Narr/Offe (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität. Köln 1975; und Michael Harrington: The Twilight of Capitalism. New York 1976, Kapitel 12
- 30 Jürgen Habermas hat klargestellt, daß Legitimationsprobleme und selbst eine Häufung von stets schwerwiegenden Legitimationsproblemen nicht dasselbe sind wie Legitimationskrisen. Siehe Jürgen Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a.M. 1973, S.103

Thorsten Beck

NATO-Expansionsstrategie im Mittelmeerraum — das Beispiel Comiso

Die bundesdeutsche Friedensbewegung und damit auch die Jungsozialisten werden sich gerade angesichts des über die Stationierungsfrage entscheidenden Jahres 1983 verstärkt über den internationalen Charakter des Kampfes gegen die neuen Mittelstreckenraketen klar werden müssen. Die Erfolgsaussichten der Aktivitäten nationaler Friedensbewegungen sind schießlich in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß abhängig vom Stand des Friedenskampfes in anderen Ländern. Daneben gilt es, die Erfahrungen und Erkenntnisse, die ausländische Friedensbewegungen gewonnen haben, für die eigene Argumentation und Strategie nutzbar zu machen.

Auf Sizilien soll der Anfang gemacht werden

Die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Italien soll an einem zentralen Ort erfolgen: in der Nähe der Stadt Comiso auf dem Gelände eines ehemaligen Wehrmachtflughafens. Comiso, eine Kleinstadt mit 27.000 Einwohnern, liegt im Südosten Siziliens in der Provinz Ragusa. Hier sollen nach der NATO-Planung 112 Cruise Missiles stationiert werden. Damit würde Comiso zur größten Abschubrampe für Atomwaffen dieses Typs in Europa. Die Stationierungsvorbereitungen sind bereits in vollem Gange.

Am 7. August 1981 erhielten der Gemeinderat von Comiso und der sizilianische Regierungspräsident von der italienischen Regierung die offizielle Mitteilung über das Stationierungsvorhaben auf dem Gelände des Flughafens Magliocco bei Comiso. Daß diese Nachricht genau einen Tag nach dem Jahrestag des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima eintraf, unterstreicht die Bedenkenlosigkeit, mit der die italienische Regierung insgesamt vorgegangen ist und hat die italienische Friedensbewegung dazu veranlaßt, die Losung »Comiso darf nicht das Hiroshima von morgen werden« zur Überschrift ihrer politischen und kulturellen Aktivitäten zu erklären. Der Beschluß aus Rom ignorierte sowohl den Pariser Friedensvertrag von 1947, der u.a. die Benutzung Siziliens für militärische Zwecke ausschließt, als auch den autonomen Sonderstatus der Region Sizilien, der eine vorherige Konsultation des Regierungspräsidenten bei derartigen Fragen vorschreibt. Der Gemeinderat von Comiso hatte sich bereits im Frühjahr 1981 gegen die Stationierung ausgesprochen. Das italienische Kabinett hat damit als erste europäische Regierung den NATO-Rüstungsbeschluß vom Dezember 1979 hinsichtlich der regionalen Basen konkretisiert.

Die Bauarbeiten für die Basis in Comiso haben am 6. April 1982 begonnen. Wenn es der italienischen Friedensbewegung nicht gelingt, das Projekt wesentlich zu behindern oder ganz zu stoppen, werden die ersten neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa auf Sizilien in Stellung gebracht. Damit würden Fakten geschaffen, und der Druck auf die übrigen europäischen NATO-Staaten, dem italienischen Beispiel zu folgen, würde zunehmen. Es ist daher kein Zufall, daß das Stationierungskalkül der NATO-Planer folgende zeitliche Reihenfolge vorsieht: Italien — Großbritannien — Bundesrepublik — Belgien und die Niederlande. Zuerst sollen in denjenigen Staaten Tatsachen geschaffen werden, in denen man eher geringen Widerstand in der Bevölkerung erwartet, um schließlich auch in den Staaten mit starker Friedensbewegung, wie z.B. der BRD, die Stationierung durchzusetzen.

Expansion statt »Nachrüstung«

Auch unter einem zweiten Gesichtspunkt verdient das italienische Beispiel unser besonderes Interesse. Die unter dem Deckmantel der »Nachrüstung« operierende Aufrüstungspolitik der NATO hatte immer wieder behauptet, atomare Mittelstreckenraketen in Europa stellen ein dringend benötigtes Gegengewicht gegen die sowjetischen SS-20 dar. Folgt man dieser Logik, hätte aber nur ein Gebiet im Norden Italiens als Abschußbramme in Betracht kommen können, da von dort aus ein ungleich größerer Bereich des Territoriums der UdSSR und Osteuropas mit Cruise Missiles erreicht werden könnte. Comiso befindet sich aber im äußersten Süden Italiens. Schlägt man nun einen Kreis mit dem Radius der Reichweite der Mittelstreckenwaffen (2.500 km) um die sizilianische Basis, zeigen sich die eigentlichen Adressaten der Bedrohung: Algerien, Libyen, weite Teile Nordafrikas, der ganze Nahe Osten und der Mittlere Osten bis zum Iran. Außerdem werden ganz Südeuropa, Teile der Sowjetunion und Mitteleuropa von den sizilianischen Mittelstreckenwaffen erfaßt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Kriegsgefahr durch die Stationierung in Comiso erhöhen würde. Scheinbar legitimiert durch die Nachrüstungsargumentation betreiben die USA eine atomare Aufrüstungspolitik, die mit »Verteidigung« nichts mehr zu tun hat. Der Reagan-Administration mißliebige Regierungen, wie z.B. die Libyens und Irans, sollen offenbar durch die Einbeziehung ihrer Territorien in den Bereich atomarer Erstschlagwaffen zu politischem Wohlverhalten angehalten werden. Die ohnehin schon bestehenden Spannungen in diesen Gebieten würden dadurch beträchtlich gesteigert. Ein Atomkrieg in der Region des Persischen Golfs und des Mittelmeeres hätte automatisch unmittelbare Auswirkungen auf Süd- und Mitteleuropa. Auch die eine Herauslösung ihres Landes aus der NATO anstrebende PASOK und die sozialistische Regierung Griechenlands haben die strategischen Implikationen der sizilianischen Marschflugkörper erkannt. Inzwischen werden auch Versuche unternommen, diejenigen politischen Kräfte des Mittelmeerraumes, die die Brisanz der Raketen erkannt haben, zu einer Konferenz und zu gemeinsamem Handeln gegen die Stationierung in Comiso zusammenzufassen.

Die Expansionspolitik der NATO im Mittelmeerraum wird seit langem vorbereitet. Betrachtet man allein Italien, so lassen sich aus jüngster Zeit etliche flankierende Maßnahmen nachweisen. Neben dem ohnehin schon weitgehend von militärischen Anlagen überzogenen Sardinien sind zunehmend auch die kleinen italienischen Mittelmeerinseln betroffen. Auf Pantelleria wird die örtliche Militärbasis ausgebaut, auf Lampedusa und Linosa finden derzeit Enteignungen zugunsten von US-Basen statt, und auf den Liparischen Inseln werden moderne Radarsysteme und Horchanlagen installiert. Auf Sizilien werden außerdem die Flughäfen von Catania und Trapani ausgebaut, sowie bei Noto im äußersten Südosten der Insel eine neue militärische Radarstation errichtet.

Aktionsformen der italienischen Friedensbewegung

Welche Aktivitäten hat nun die italienische Friedensbewegung gegen die Basis in Comiso entwickelt und welche Erfolge hat der Widerstand der Bevölkerung schon erbracht?

Bereits unmittelbar nach der Entscheidung der italienischen Regierung vom 7.8.1981 entstand in Italien eine breite und auch Mitglieder fast aller Parteien erfassende Bewegung gegen die Atomwaffen und für die Erhaltung des Friedens. Im Herbst 1981 gingen in verschiedenen italienischen Städten insgesamt 1,5 Millionen Menschen für diese Forderungen auf die Straße. Am 11. Oktober 1981 fand eine erste Demonstration am Stationierungsort Comiso statt, an der fast 40.000 Menschen teilnahmen. Eine solche Zahl darf allerdings

aus bundesrepublikanischer Sicht nicht zu Fehlschlüssen verleiten, sondern muß vielmehr als außerordentlicher Erfolg für eine derart an der Peripherie gelegene und infrastrukturell unterversorgte Region wie Sizilien angesehen werden. Bei der zweiten Großdemonstration in Comiso am 4. April 1982 konnte die Teilnehmerzahl verdoppelt werden. Mit mindestens 80.000 Menschen wurde sie zur größten Protestdemonstration in der Geschichte Siziliens. Der Widerstand wurde fortgesetzt durch einen neuntägigen Hungerstreik bekannter Bürger von Comiso, an dem sich auch Mitglieder der internationalen Friedensbewegung beteiligten. Der Hungerstreik führte zumindest dazu, daß sich die von der Democrazia Cristiana (DC) geführte sizilianische Regionalregierung und die nationale Regierung Spadolini aufgrund der hergestellten Öffentlichkeit gezwungen sahen, Delegationen der Friedensbewegung anzuhören. Im Mai 1982 wurde eine Unterschriftensammlung für einen sofortigen Baustopp in Comiso gestartet. Bereits nach kurzer Zeit hatten über eine Million sizilianischer Bürger — damit über die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung — die Petition unterzeichnet, darunter allein 11.000 Bewohner von Comiso. Im Sommer fanden verschiedene Friedensfeste statt. Eines, das von der auf Sizilien recht starken ACLI-Jugend, einem Verband, in dem vor allem katholische Arbeiter und Bauern organisiert sind, in Palermo veranstaltet wurde, war außerordentlich gut besucht und hatte große Resonanz. Das Friedensfest in Comiso anläßlich des ersten Jahrestages des Stationierungsbeschlusses des italienischen Kabinetts verlief allerdings aufgrund diverser organisatorischer Schwierigkeiten weniger erfolgreich.

Das internationale Friedenslager

Im Moment wird versucht, ausreichend Geld zu beschaffen, um ein Grundstück in unmittelbarer Nähe des Flughafens Magliocco zu kaufen, auf dem in Zukunft das internationale Friedenslager, das in diesem Sommer westlich von Comiso bei der Stadt Vitoria aufgeschlagen war, campieren kann. An diesem Lager nahmen verschiedene Mitglieder der internationalen Friedensbewegung teil, aus der BRD überwiegend Vertreter der Grünen und der Initiative gegen die Startbahn West. Das Verhältnis der Sizilianer zu dem Friedenscamp ist allerdings nicht ganz unbelastet. Dies liegt einerseits an einer Kampagne in der bürgerlichen Presse Italiens, die nach der Reise einiger auch an dem internationalen Camp beteiligter Mitglieder der Grünen nach Lybien die Bewegung gegen die Basis in Comiso als von Gaddhafi finanziert und gesteuert diffamierte. Lybien nimmt in Italien aufgrund der geographischen Nähe und historischer Auseinandersetzungen — während der italienischen Kolonialherrschaft über das Land sind zahllose Lybier umgekommen — den Platz des vermeintlich aggressionslüsternen Nachbarn ein, den die entspannungsfeindlichen Kräfte in der Bundesrepublik der UdSSR zugewiesen haben. Andererseits ist das internationale Friedenslager auch selbst Urheber der Probleme gewesen, da von hier mehrfach Aktionen ausgingen, die nicht mit der Bevölkerung abgestimmt waren und daher der Bewegung eher geschadet haben. Ein Beispiel für die bei vielen Teilnehmern des Camps offensichtlich bestehende Unklarheit über die konkrete Stoßrichtung von Aktionen zur Verhinderung der Basis in Comiso ist etwa die demonstrative Verbrennung einer in eine US-Fahne und eine Fahne der Sowjetunion eingewickelten Strohuppe durch Bewohner des Friedenslagers.

Komitees und Parteien gegen die Stationierung

Die zentrale organisatorische Einheit für den Kampf der sizilianischen Bevölkerung gegen die Marschflugkörper bildet das in Comiso ansässige Einheitskomitee für Abrüstung und

Frieden CUDIP (Comitato unitario per il disarmo e la pace). Seine Gründung erfolgte kurz nach dem Stationierungsbeschluß vom 7.8.1981. In dem Komitee haben sich ähnlich den Friedensforen in vielen Städten der Bundesrepublik die verschiedensten demokratischen Kräfte, Parteien und Einzelpersonen zusammengeschlossen. Im zehnköpfigen CUDIP-Vorstand sind u.a. Mitglieder der PCI, PSI und PdUP vertreten. Sprecher des Komitees ist der ehemalige Bürgermeister von Comiso, der Kommunist Giacomo Cagnes. Während die PCI die einzige Massenpartei ist, die geschlossen gegen die Basis Stellung bezogen hat, sind die Gegner des Aufrüstungskurses in der PSI klar in der Minderheit. Die PSI, die derzeit den italienischen Verteidigungsminister stellt, hat bisher den Ausbau der Basis massiv forciert. Auch der seit 1978 amtierende sozialistische Bürgermeister von Comiso macht dabei keine Ausnahme und beteiligte sich sogar aktiv an der Pressekampagne gegen die Atomwaffengegner. Dennoch gibt es zahlreiche Kräfte in der PSI, wie z.B. der Präsident des sizilianischen Regionalparlaments, die sich dem Kurs der Parteiführung widersetzen. Auch wenn die Opposition in der Partei noch zahlenmäßig geringer ist als derzeit in der SPD, scheint in der PSI langsam etwas in Bewegung zu kommen. Inzwischen beginnt sich insbesondere in der sizilianischen DC der Widerstand gegen die Cruise Missiles zu verstärken. Als Außenstelle für das stark durch die Arbeiterverbände geprägte CUDIP hat sich in Palermo das UCID (Ufficio di collegamento informazione documentazione sui problemi del disarmo e della pace) gebildet. Das UCID fungiert als Kontaktstelle für die internationale Friedensbewegung und betreibt eine sehr nützliche und wirksame Öffentlichkeitsarbeit.

Kritisch ist allerdings anzumerken, daß weite Teile der Friedensbewegung auf Sizilien aus der Analyse der NATO-Expansionsstrategie im Mittelmeerraum noch nicht die konsequente Schlußfolgerung hinsichtlich der Stoßrichtung ihrer Aktionen gezogen haben. Erkennt man schließlich, daß ein Bedingungs Zusammenhang zwischen SS-20 und sizilianischen Marschflugkörpern nicht ernsthaft konstruiert werden kann, ist es inkonsequent, wenn in ideologischer Orientierung an der innerhalb der italienischen Friedensbewegung leider verbreiteten Supermachtstheorie bisher stets vor den Botschaften der USA und der UdSSR demonstriert wurde.

Die Basis und die strukturellen Probleme Siziliens

Da es sich bekanntlich bei den Marschflugkörpern um mobile Atomwaffen handelt, die auch von Lastwagen aus abgefeuert werden können, ist nicht nur Comiso, sondern ganz Sizilien betroffen. Die Sizilianer rechnen mit Kolonnen von Militärfahrzeugen, die die Cruise Missiles über die ganze Insel transportieren sollen. Mit Comiso wird im übrigen eine Region mit im Vergleich zum übrigen Sizilien relativ entwickelter Wirtschaftsstruktur getroffen. Da es sich um eine dichtbesiedelte Gegend mit geringer Arbeitslosigkeit handelt, findet auch die Argumentation der Stationierungsbefürworter, die einsetzende Bautätigkeit und die zu erwartenden 5.000 US-Soldaten würden einen regionalen Boom auslösen, kaum Widerhall in der Bevölkerung. Stattdessen rechnet man in Comiso eher mit Folgen wie sprunghaftem Anstieg der Kriminalität, Drogenproblemen, Schwarzmarkt und Prostitution. Die Einrichtung einer festen Abschlußrampe auf sizilianischem Boden wird von vielen schon deshalb für in höchstem Maße fahrlässig gehalten, weil die Insel latent erdbebengefährdet ist. Auch der traditionelle italienische Nord-Süd-Konflikt aktualisiert sich in der Stationierungsfrage. Nachdem Süditalien schon seit längerem als Abfallhalde für die umweltschädlichen Industrien Italiens fungiert, soll es nun auch noch exponiertes Angriffsziel für feindliche Raketen werden.

Daß eine besonders wirkungsvolle Rolle in der Bewegung gegen die Mittelstreckenraketen auf Sizilien sogar das Leben kosten kann, ist am 30. April 1982 erschreckend deutlich geworden. Pio La Torre, Regionalsekretär der PCI, und sein Fahrer wurden auf offener Straße in Palermo mit Maschinenpistolen erschossen. Der Mafia, die den größten Teil der sizilianischen Bauindustrie beherrscht und daher an den lukrativen Großaufträgen im Zusammenhang mit dem Bau der Basis in Comiso interessiert ist, war La Torre nicht nur als ständiger Befürworter schärferer Anti-Mafia-Gesetze, sondern auch als Exponent der Stationierungsgegner ein Dorn im Auge. Zwei Tage vor dem Mord in Palermo war bereits die von der Frau des ehemaligen kommunistischen Bürgermeisters und CUDIP-Vorsitzenden Cagnes geleitete Vorschule von Comiso einem Brandanschlag zum Opfer gefallen. Eine Parallelität der Interessen von US-Regierung und Mafia ist im übrigen nicht neu für Sizilien: um die Landung ihrer Truppen auf der Insel im zweiten Weltkrieg vorzubereiten, öffneten die US-Behörden die heimischen Gefängnistore für zahlreiche Mafia-Bosse und brachten sie auf Sizilien an Land, damit sie in ihren Heimatdörfern alte Kontakte wieder aufnehmen konnten, um eine weitgehend reibungslose Übergabe ganzer Landstriche an die US-Army zu gewährleisten. Diese Rückkehr der Mafiosi war auch eine der Ursachen für das Wiedererstarken des organisierten Verbrechens in Süditalien nach dem Kriege, das über einen langen Zeitraum hinweg schon überwunden schien.

Möglichkeiten zur Unterstützung und Zusammenarbeit

Bei meinen Gesprächen auf Sizilien stellte ich fest, daß die Vertreter der Friedensbewegung vor allem in zweierlei Hinsicht Gefahren für die kontinuierliche Verbreiterung des Widerstandes gegen die Basis sahen: erstens in einem u.a. durch strukturelle Mängel wie fehlende finanzielle Mittel, Koordinationsschwierigkeiten, organisatorische Probleme innerhalb der Einheitsbewegung etc. begründeten Rückfall der Bevölkerung in politische Apathie und zweitens in der befürchteten durch die geopolitische Randlage bedingten Isolierung von der internationalen Friedensbewegung. Von daher bekommen die internationale Solidarität und der Erfahrungsaustausch über Aktionsformen und -erfolge besondere Bedeutung für die Sizilianer. Eine Kontaktaufnahme über die regionalen Friedensinitiativen und Juso-Gliederungen kann leicht hergestellt werden. Dabei sollte insbesondere beachtet werden, daß die materielle Lage der italienischen Friedensbewegung ungleich schwieriger ist als die der bundesdeutschen. Finanzielle Unterstützung ist deshalb ungeheuer wichtig. Auch eine Fotoausstellung über den Kampf gegen die Basis kann über das UCID vermittelt werden. Comiso darf nicht das Hiroshima von morgen werden. Dies zu verhindern, hängt auch von uns ab!

Kontakt: UCID (Denise Jacobs/Rean Mazzone), Via Maqueda 217, Palermo — CUDIP — c/o C.A.R.C., Via Padre Scilla 33, 97013 Comiso (RG). — Sammeladresse für Briefe aus dem Ausland: UCID — c/o Centro nef, Via Isidoro La Lumia 5/7, 90139 Palermo.

Marx: Karl Heinrich, Revolutionär und Theoretiker, geb. 5.5.1818 Trier, gest. 14.3.1883 London; Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus.



AKTUALISIERUNG MARX'

Gemeinschaftsprojekt der Zeitschriften ARGUMENT, PROKLA und SPW

Beiträge von Albers, Altvater, Volker Braun, Deppe, Frigga Haug, W.F. Haug, Hirsch, Holzkamp, Jäger, Mandel, Kolkenbrock-Netz, Klönne, Sölle, Spohn, Süß, Tjaden, F.O. Wolf

Kritische Neu-Lektüre von Marx vom Standpunkt der heutigen Probleme:
Erneuerungs-Beiträge aus den unterschiedlichen Richtungen
des deutschen Marxismus. Wir denken, Marx an seinem 100. Todestag dadurch
am meisten ehren zu können, daß wir uns um einen Marx von morgen bemühen.

Argument-Sonderband 100 — erscheint Anfang 1983

Norbert Konegen und Uwe Roßbach

Theorie und Praxis — ein schwieriges Verhältnis?

Seit nunmehr zehn Jahren geistert diese Einschätzung durch die Öffentlichkeit. Kurz und knapp wird argumentiert: Jungsozialisten beschäftigen sich lieber mit nutzlosen Theorie-Debatten als mit der praktisch-politischen Arbeit.

Im Frühjahr 1971 fand die kommunalpolitische Arbeitskonferenz der Jungsozialisten statt, deren positive Außenwirkung gerade darauf zurückzuführen war, daß sie sich inhaltlich kaum von den Diskussionen innerhalb der Mutterpartei unterschied und »gleichzeitig darauf verzichtete, die vielen Einzelforderungen deutlich in den Kontext einer systemüberwindenden antikapitalistischen Reformstrategie einzuordnen«.¹

Noch waren die Jusos in der Öffentlichkeit gelitten als Planer von Abenteuerspielplätzen und Jugendzentren. Dies änderte sich spätestens in den folgenden Jahren, beginnend mit dem Hannoveraner Bundeskongreß. Von da an war die Herausbildung von »Fraktionen« für die Theoriedebatte bei den Jungsozialisten bestimmend. Auf einem für die damalige Sozialdemokratie relativ hohen Niveau wurden Thesenpapiere zu Fragen einer sozialistischen Strategie verfaßt und diskutiert.² Es zeichnete sich jedoch immer deutlicher ab, daß die Theoriediskussion zum Anlaß genommen wurde, die Position der Genossinnen und Genossen des Hannoveraner Kreises aus dem Organisationszusammenhang der Jungsozialisten hinauszudrängen.³

Nun hat sich in der letzten Zeit die Auseinandersetzung um die strategische Orientierung der Jusos stark gewandelt. Mit der Formulierung und Verabschiedung des wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzprogramms auf dem Lahnsteiner Bundeskongreß 1981 war es dem Hannoveraner und dem Göttinger Kreis erstmals gelungen, in grundsätzlichen theoretischen Aussagen eine Mehrheit im Bundesverband zu erlangen. Spätestens seit diesem Bundeskongreß wird zum Teil von Seiten der Reformsozialisten ein Argumentationsmuster gebraucht, das dem am Anfang genannten sehr nahe kommt.⁴ So wird zum Beispiel argumentiert, daß Theoriediskussion Ausdruck bornierter Fraktionsinteressen sei und an der Basis nicht nachvollzogen werde, daß in den Bezirken, in denen theoretische Papiere erarbeitet würden, eine jungsozialistische Praxis nicht vorhanden sei, oder daß theoretische Positionen keinerlei Einfluß auf die praktische Arbeit hätten. Diese Argumentationsmuster wollen wir im folgenden am Beispiel eines Textes des stellvertretenden hessischen Jungsozialisten-Vorsitzenden Richard Meng (Theorie, Praxis und Identität, in: *spw* 15, 1982, S.190ff.) auf ihre Stichhaltigkeit überprüfen.

Das augenblickliche Dilemma jungsozialistischer Theorie- und Schulungsarbeit

Neben dem Vorwurf des repressiven Charakters von Theorie als Instrument bornierter Fraktionsinteressen zur Disziplinierung der eigenen Basis geistert durch Mengs Argumentation die These der relativen Beliebigkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung. Zunächst sei ein Auseinanderfallen von theoretischer Erarbeitung fundierter Grundsatzpositionen und alltäglichem Engagement zu konstatieren. Daß es ein Auseinanderklaffen »grundsätzlicher theoretischer Überlegungen und praktischer Politik« (Meng, 190) gibt, darin ist Meng sicherlich zuzustimmen. Denkt man beispielsweise an die Stellungnahmen des ehemaligen Bundesvorsitzenden Willi Piecyk zu den Etatberatungen '82, muß zwangsläufig der Eindruck entstehen, daß das, was in »Juso-Köpfen an Theorie gedacht wird, weit weg ist von dem, was an Tagespolitik ansteht« (190). Es ist geradezu grotesk, wenn zu dem

Zeitpunkt als der Juso-Verband ein wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm beschloß, das eine deutliche Absage an jede Sparideologie im Bereich der Staatsfinanzen beinhaltet, der Juso-Bundesvorsitzende in seinen Stellungnahmen zur Operation '82 auf eine offensive Auseinandersetzung mit einer sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf die kapitalistische Krise und ihre Auswirkungen mit dem Muster konservativer Austeritätspolitik reagiert, verzichtet. Statt der Behauptung des Zwanges zum Abbau der Staatsverschuldung argumentativ und energisch zu begegnen, beschränkte sich Pieczyk auf eine Bewertung des »Sparprogramms« nach den Kriterien einer sozialen Verträglichkeit.

Daß das Auseinanderfallen von Theorie und Praxis nicht in einer falschen Herangehensweise an Theorie und Schulung begründet ist, sondern anders gelagerte Ursachen hat, wird deutlich, wenn man überprüft, von welcher Seite der Vorwurf der abgehobenen Theoriearbeit stammt. Nachdem ein jahrelanger Niedergang der Diskussion strategischer Fragen der Überwindung des Kapitalismus zu verzeichnen war, liegen zwei umfangreiche Konzepte vor, die Herforder Thesen (1980) und die Göttinger Thesen II. Ihr gemeinsamer Anspruch besteht darin, auf Grundlage der marxistischen Theorie ein Konzept eines demokratisch-revolutionären Weges zum Sozialismus zu entwickeln.⁵ Die reformistischen Jungsozialisten der Bundesvorstandsmehrheit verfügen angesichts des Scheiterns der »antikapitalistischen Strukturreform« über kein politisches Konzept. Ihre Fraktionsherrschaft sicherten sie bislang durch innerverbandliche Konflikte. Der erhobene Zeigefinger an die »Theorie-Huber« war weniger Reaktion auf die mangelnde Verständlichkeit der Theorieprodukte der marxistischen Strömungen, sondern Folge der Unfähigkeit der Reformisten, die eigene programmatische Arbeit über moralische Appelle und unreflektierte Orientierungen auf wechselnde Protestformen (Ökologie, Jugendprotest etc.) hinaus theoretisch begründen zu können. Vor diesem Hintergrund klingt es wie bittere (Selbst)Ironie, wenn Meng schreibt: »Genau das ist das Theorie-Praxis-Problem. Daß nämlich die schönen Kongreßbeschlüsse real nahezu keinerlei Orientierungswert für diejenigen haben, die nicht an der ihnen vorausgegangenen Diskussion beteiligt waren. Auch das wirtschafts- und sozialpolitische Grundsatzprogramm ... bildet da keine Ausnahme.« (192)

Die marxistische Theorie als zentraler Punkt der Schulungs- und Theoriearbeit

Inhalte der Theorie- und Schulungsarbeit sind für Meng zweitrangig, denn die Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke »stellen in aller Regel den Bezug zur Theorie naturwüchsig her: über die Interessen der Beteiligten, die nur dann motiviert teilnehmen werden, wenn Form und Inhalt mit ihren Problemen etwas zu tun haben, und auch über die zugrunde gelegten Materialien, die erfahrungsgemäß meist sehr eng damit in Zusammenhang stehen, welche Meinungsträger der Gruppe gerade welche Texte empfehlen. Diesen Zustand sollte man akzeptieren; auch der Inhalt von Schulbüchern ist für die Entwicklung des Kindes nicht so wichtig, wie es Intellektuelle annehmen.« (194) Hier ist der Höhepunkt der Legitimierung der eigenen Konzeptlosigkeit erreicht. Vertraten doch bislang Juso-Schülergruppen und Hochschulgruppen (zumindest in Kongreßbeschlüssen) die Position, daß gerade die Kritik an Lehrinhalten den wichtigsten Ansatzpunkt zur Politisierung von Schülern und Studenten bietet. Schulungs- und Theoriearbeit kann keineswegs auf die Aufarbeitung der konkreten Erfahrungen der Schulungsteilnehmer beschränkt werden, da diese immer nur einen begrenzten Ausschnitt der gesellschaftlichen Wirklichkeit widerspiegeln und den oberflächlich zu beobachtenden Erscheinungen verhaftet bleiben. Politisierung ist gerade die Überwindung eines auf begrenzte, erfahrbare Bereiche bezogenen

Engagements und die Einsicht in die Grundzusammenhänge des Kapitalismus. — Sowohl die gesellschaftliche Reformbewegung zu Beginn der 70er Jahre, die die Jungsozialisten zum Konzept der Doppelstrategie verdichteten, als auch die Ökologiebewegung ließen immer wieder die Illusion zu Tage treten, daß entscheidende Konflikte und politische Impulse nicht aus ökonomischen Prozessen resultieren, sondern eher hierarchisch gegliederten Gesellschaften entspringen, in denen es naiv um »oben« und »unten« geht. Das politische Ziel des Sozialismus ergibt sich aus einer solchen Perspektive nicht aus der notwendigen, der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise geschuldeten Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Antagonismen, sondern aus dem Einklagen ethisch motivierter Zielvorstellungen. Der Bankrott sozialdemokratischer Regierungspolitik sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik mit dem NATO-Doppelbeschluß als auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik schon lange vor Lambsdorff-Papier und FDP-»Verrat« wird nicht mit dem Rüstzeug der marxistischen Theorie aus den veränderten sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen erklärt, sondern weitgehend voluntaristisch als Aufgeben der sozialdemokratischen Moral interpretiert. Exemplarisch dafür war die Kritik von Karl-Heinz Hansen an der angeblich »parteilichen Politik« der Bundesregierung hinsichtlich der »Nach«rüstung und den Waffenexporten, die »ein Minimum an politischer Moral, deren sich Sozialdemokraten in der Vergangenheit so gerne rühmten«, vermissen lassen. Weil keinerlei Klarheit über die Ursachen besteht, bleibt nur das Beschwören verlorengegangener Werte und Normen.⁶

Nicht das Zuviel an Theorie — die »Kopflastigkeit« wie Meng es bezeichnet — sind die Gründe dafür, »daß sich die Aktivisten reihenweise absetzten, als es mit der Veränderung der Gesellschaft so schnell nicht klappen wollte« (192), sondern daß es diesen Genossinnen und Genossen am theoretischen Rüstzeug mangelt, eine grundlegende programmatische Alternative zu entwickeln. Eine Veränderung dieser Gesellschaft ist ohne Kenntnis ihrer Bewegungsgesetze nicht möglich. Die Analyse der ökonomischen bzw. sozialen Grundstrukturen und deren Auswirkungen auf das Bewußtsein der Lohnabhängigen ist daher die *Vorbedingung* für eine längerfristig angelegte Strategie und der praktischen Aufgabenbestimmung in der alltäglichen Auseinandersetzung vor Ort. Die Ökologiebewegung hat nach Meng über Jahre hin als gesichert geltende Grundsätze mit neuen Fragen konfrontiert. Was immer damit gemeint sei (aus dem Artikel werden jedenfalls keine neuen Grundsatzpositionen deutlich), eine fundierte Aufarbeitung der Marxschen Theorie und eine hierauf fußende Diskussion um die Strategie zur Überwindung des Kapitalismus können diese neuen Fragestellungen nicht ersetzen: Zum einen können die Ursachen der ökologischen Probleme erst angemessen im Zusammenhang mit der kapitalistischen Profitlogik erkannt werden, ist die Protestbewegung der »neuen Jugendbewegung« nicht erklärbar und begreiflich ohne den Einbezug der im Krisenverlauf verstärkten Arbeits- und Wohnraummisere, zum anderen werden die im Arbeits- und Nichtarbeitsbereich gemachten Erfahrungen im individuellen Bewußtsein nicht notwendig die objektiven Zusammenhänge widerspiegeln.

Sozialstruktur und Funktion der Jungsozialisten und die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Schulung

Die selbstgewählte Doppelfunktion der Jungsozialisten, einerseits als sozialistische Richtungsorganisation in der SPD mit der Orientierung auf die Interessen der Lohnabhängigen, insbesondere der Arbeiterklasse, andererseits Jugendorganisation der Sozialdemo-

kratie zu sein, muß im Zusammenhang mit der Sozialstruktur der Mitglieder und den daraus resultierenden Bewußtseinsformen untersucht werden, um zu erörtern, wo innerverbandliche Schulung anzusetzen hat. Wir können feststellen, daß die Mitglieder bei den Jungsozialisten zum größten Teil noch nicht im Arbeitsleben stehen (Schüler und Studenten) oder aber im öffentlichen Dienst beschäftigt sind (vor allem im Bildungssektor).⁷ Auswirkungen auf die Entwicklung des Bewußtsein hat dies insofern, als jene die kapitalistisch bestimmte Produktion und die Krisenhaftigkeit des Akkumulationsprozesses nur vermittelt erfahren. Somit können Jungsozialisten in ihrer Mehrheit nicht aus den Erfahrungen der Arbeitswelt lernen, sondern müssen zunächst versuchen, sich auf der Grundlage der Aneignung marxistischer Theorie Wissen über ökonomische Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu verschaffen. Die strategische Konzeption der Transformation der ökonomischen und politischen Verhältnisse des Kapitalismus, in Verbindung mit einem Programm alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik, macht es notwendig, daß eine theoretische Analyse des Kapitalismus geleistet wird, um daraus die Konsequenzen für Programm und Politik entwickeln zu können. So grenzte sich schon Karl Marx positiv von den utopischen Sozialisten ab, indem er erklärt, »sie [die Arbeiterklasse; d. Verf.] hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.«⁸ Marxens Zitat folgend, kommt unseres Erachtens somit der Theoriebildung und Schulung die Aufgabe zu, die Struktur des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und ihrer Wirkungen auf die Überbauten, auf die bürgerliche Gesellschaft und den Staat als Basis der gesellschaftsverändernden Theorie und Praxis zu untersuchen.

»Wer heute zu den Jungsozialisten stößt, orientiert sich weitaus stärker an Tageskonflikten, an eher pragmatischen ('kleineres Übel') als grundsätzlich-strategischen Entscheidungen und kommt zu einem geringeren Anteil als früher aus dem Bereich der Universitäten ('neue Juso-Generation'). Mit der mehr pragmatischen Orientierung treten Grundsatzfragen in den Hintergrund.« (192)

Man/frau muß diese Sätze schon mehrmals lesen, um sie verstehen zu können. Es mag ja stimmen, daß sich die Sozialstruktur der Jusos wandelt und daß Grundsatzfragen dann zurücktreten, wenn man/frau am Primat des Praktischen orientiert ist, aber kennzeichnet das nicht eine Situation, die über zehn Jahre zurückliegt, als Studenten, Schüler, aber auch Auszubildende und junge Lohnabhängige zu den Jusos kamen, weil sie Illusionen über die sozialdemokratische Reformpolitik hatten, weil sie sich einfach gesellschaftlich engagieren wollten, weil Jusos als zum Teil recht erfolgreiche »Bürgerinitiativen« galten, und weil sie nicht zuletzt in erfolgreich erkämpften Jugendzentren und Abenteuerspielplätzen ein »Stück Sozialismus« sahen. Heute ist von diesen Genossen kaum noch einer aktiv bei den Jusos, viele sind — wohl auch aus Gründen der mangelnden Theoriediskussion — glänzend, vor allem auch programmatisch, in die Partei hineingewachsen, andere sind sogenannte »Karteileichen« und einige wiederum traten frustriert aus.

Aufgrund dieser Erfahrungen halten wir es für unabdingbar notwendig, nicht fortwährend »aktionistisch rumzuwurschteln«, sondern praktische Arbeit immer unter dem Aspekt der Einordnung in strategische Zusammenhänge zu betreiben.

Bemerkungen zur Schulungs- und Theoriearbeit der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

Wir unterscheiden in der Hochschulgruppe zwischen Neumitgliederschulung (Einführungskreis) und Theoriearbeit. Dies aus dem Grund, weil es sich dabei um zwei verschie-

dene regelmäßige Veranstaltungsformen mit unterschiedlichen Inhalten und Teilnehmern handelt. Wie Richard Meng richtig bemerkt (193) mußte man /frau früher einen halbjährigen Schulungskurs mitmachen, um Mitglied der Juso HSG zu werden. Heute stellt sich das etwas anders dar.

Am Semesteranfang stellt sich die Hochschulgruppe in einer öffentlichen Veranstaltung in der Uni vor (unter dem Aspekt: Was wollen die Jusos). An diese schließt sich der sogenannte Einführungskreis an, an dem jeder, der Interesse an Juso-Arbeit hat, teilnehmen kann. Pro Semester treffen sich in diesem Einführungskreis meist 10 bis 15 Interessierte (hauptsächlich Erst- und Zweitsemester) einmal in der Woche, um mit zwei Teamern die Theorie und Praxis der Juso-Arbeit zu diskutieren. Nach einem Semester werden diese »Sympathisanten« gefragt, ob sie in der Hochschulgruppe mitarbeiten wollen (Prüfung ist abgeschafft). Der Einführungskreis hat vor allem die wichtige psychologische Funktion, politisch Interessierte mit annähernd gleichen Voraussetzungen unter Anleitung der beiden Teamer Juso-Positionen diskutieren zu lassen, um damit die Hemmschwelle des Eintritts in die Hochschulgruppe zu verringern. Außerdem sollen sie mit den theoretischen Positionen der Juso-HSG vertraut gemacht und an die Form der theoretischen Arbeit gewöhnt werden. Themen des Einführungskreises sind: Gewerkschaftliche Ausrichtung⁹, Krise der Sozialdemokratie¹⁰, Klassenanalyse der BRD¹¹ sowie »der dritte Weg zum Sozialismus«.¹² Zu dieser kontinuierlichen Einführungsarbeit bieten wir pro Jahr noch zwei Seminare des Bezirks Hannover an.¹³

Neben diesem Einführungskreis beschränkt sich die Hochschulgruppe nicht darauf, Texte, die von außen kommen, zu diskutieren, sondern betreibt auch noch eigene Theorieproduktion. Die Theoriearbeit nimmt etwa zwei Drittel der Zeit der dreistündigen, wöchentlichen Mitgliederversammlung in Anspruch. Während dieses kollektiven Diskussionsprozesses entwickelt die HSG ihre theoretischen Positionen. In der letzten Zeit waren es die Themen: Gewerkschaftliche Ausrichtung, Krise der Sozialdemokratie, neue soziale Bewegungen, Kulturtheorie, Polen, alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik (auf zwei Wochenendseminaren) und Emanzipation. Zu einigen Bereichen liegen eigene Positionspapiere vor, oder es wurden von außen kommende nach intensiver Diskussion übernommen (z.B. Polen). Längerfristige theoretische Arbeit an umfangreicheren Texten (»Das Kapital«, Göttinger Thesen) findet je nach Interesse in einem Arbeitskreis während der Semesterferien statt. Inhaltlich orientiert sich die Hochschulgruppe sowohl an den Positionen, die im Göttinger Kreis entwickelt werden, als auch an den Diskussionen vor allem in den Zeitschriften Sozialist, spw, Sozialismus, Prokla und Argument.

Geringe Mitgliederfluktuation, Attraktivität des Einführungskreises und Stärke innerhalb der politischen Auseinandersetzung an der Hochschule sind für uns Anlaß, diese Arbeitsweise beizubehalten. Von einer Identitätskrise der Juso-Hochschulgruppe Göttingen kann nicht die Rede sein.

Anmerkungen

- 1 Dieter Stephan: Jungsozialisten 1939-1979. Bonn 1979, S.32
- 2 Vgl. Freimut Duve (Hrsg.): Thesenstreit um Stamokap. Reinbek 1973, S.15-100
- 3 Vgl. Johano Strasser: Zur Theorie und Praxis der Stamokap-Gruppe bei den Jusos. In: Freimut Duve, a.a.O., S.161ff.; Gatzmaga u.a.: Hier stehe ich, ich kann auch anders. In: Sozialistische Praxis Nr.8 (1978); sowie Kunik u.a.: Wider das Rechthabenwollen eines marxistischen Pfaffentums. In: FR vom 17.2.1979
- 4 Vgl. die Artikel im »Vorwärts«, Dez. und Jan. 1981/82, zur Bundesfachtagung der Juso-Schülergruppen, sowie Joachim Schaller, in: Sozialist 3/82

- 5 Zur Gemeinsamkeit von Herforder und Göttinger Thesen vgl. Uwe Kremer: Das Konzept des dritten Weges zum Sozialismus am Beispiel der Göttinger Thesen, in *spw 11*, 1981, S.79ff.
- 6 Zum Problem der Blockade von Klassenbewußtsein durch moralisierende Argumentation, vgl. Drexler/Hindinger: Für eine politische Erneuerung der Linken. In: Klönne u.a. (Hrsg.): *Zukunft SPD*. Hamburg 19881, S.98ff.
- 7 Vgl. Stephan, a.a.O., S.107-112 und 153
- 8 MEW, Bd.17, S.343
- 9 Als Material dient das Kapitel »Hochschule« in: *Unser Weg — Ansatzpunkte einer gewerkschaftlich ausgerichteten Juso-Praxis*, hrsg. vom Göttinger Kreis marxistischer Sozialdemokraten. Göttingen 1982, S.126-140
- 10 Vgl. z.B. Drexler/Hindinger, a.a.O., S.98ff.; Thomas Oppermann: *SPD und Krise*. In: *Arbeitshefte 6/82*, Nr.43
- 11 Vgl. *Göttinger Thesen II*, Göttingen 1980, S.56ff.
- 12 Vgl. ebd., S.95-157
- 13 Vgl. *Grundlagen sozialistischer Politik I (Politische Ökonomie) und Grundlagen sozialistischer Politik II (Gewerkschaftlich ausgerichtete Juso-Arbeit)*

BÜCHER ZUM THEMA MARXISMUS UND SOZIALDEMOKRATIE

FRIEDENSBEWEGUNG UND ARBEITERBEWEGUNG

WOLFGANG ABENDROTH IM GESPRÄCH

136 Seiten, DM 14,80 ISBN 3-921630-28-2

Erich Ott

DIE WIRTSCHAFTSKONZEPTION DER SPD NACH 1945

298 Seiten, DM 18,00 ISBN 3-921630-11-8

Reinhold Hünlich

KARL KAUTSKY UND DER MARXISMUS DER II. INTERNATIONALE

351 Seiten, DM 28,00 ISBN 3-921630-21-5

Joachim Blau

*SOZIALDEMOKRATISCHE STAATSLHRE IN DER
WEIMARER REPUBLIK*

512 Seiten, DM 38,00 ISBN 3-921630-20-7

Bitte bestellen Sie direkt beim Verlag oder
fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

**Verlag Arbeiterbewegung und
Gesellschaftswissenschaft GmbH**

Postfach 510
Rosenstraße 12
3550 Marburg/Lahn

Günter Beling und Kurt Wand

Zum Scheitern der Gespräche SPD-GAL in Hamburg

Die Bundesrepublik ist in Bewegung geraten. Hunderttausende gehen gegen Atombewaffnung auf die Straße — die Friedensbewegung ist zu einem bedeutenden politischen Faktor geworden. Hunderttausende gehen jetzt aber auch gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit auf die Straße — die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften beginnen, dem Klassenkampf »von oben« zu antworten. Die SPD ist nicht mehr Regierungspartei; eine Rechtskoalition aus CDU/CSU und FDP verfügt über parlamentarische Mehrheiten. Gleichzeitig konsolidieren sich die »Grünen« und haben gute Aussichten, bundesweit die 5%-Hürde zu nehmen. Die Chance zur Bildung einer »Mehrheit links von der CDU« (Willy Brandt) kann in Bonn bald da sein. In Hamburg gibt es diese Chance schon seit dem 6. Juni 1982. Sie wurde im ersten Anlauf vertan. Wie konnte es dazu kommen, und welche Lehren ergeben sich aus dem Hamburger Beispiel?

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Das kapitalistische Wirtschaftssystem der Bundesrepublik befindet sich in seiner tiefsten Krise nach 1945. Millionenarbeitslosigkeit und Reallohnsenkungen gehören seit Jahren zur ökonomischen Wirklichkeit unseres Landes. Die verstärkte Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer und sozial Schwache — eingeleitet durch die sozialliberale Bundesregierung, erheblich verschärft durch die neue Rechtsregierung — ist auf den Widerstand der Gewerkschaften gestoßen. Die Sorge um den Arbeitsplatz und die materiellen Lebensgrundlagen führt zu erhöhter Kampfbereitschaft in Teilen der Arbeiterklasse.

Die elementare Lebensbedrohung durch die atomare Aufrüstung und das aggressive Überlegenheitsstreben der USA hat — ausgelöst durch die NATO-Aufrüstung — eine breite Friedensbewegung in der Bundesrepublik hervorgerufen. Richtete sich die Friedensbewegung bisher auch gegen sozialdemokratisch verantwortete Aufrüstungspolitik, so wird die US-hörige Politik der neuen Bundesregierung jetzt im Zentrum des Kampfes der Friedensbewegung stehen. Auch in anderen gesellschaftlichen Sektoren verstärkt sich außerparlamentarischer Widerstand, ob Umweltschutz-, Frauen- oder Jugendbewegung, der gestiegene Bereitschaft zum politischen Kampf gegen eine weitere Rechtentwicklung signalisiert. Die SPD insgesamt hat die Chance, an diesen Oppositionsbewegungen aktiv mitzuwirken. Eine rechte Formierung aller Lebensbereiche ist daher keineswegs eine automatische Folge der veränderten parlamentarischen Verhältnisse in Bonn. Es hängt vielmehr von der Stärke und Intensität des Kampfes gesellschaftlicher Widerstandsbewegungen, vor allem aber der Arbeiterbewegung mit SPD und DGB im Zentrum ab, ob die rechte »Wende« vollzogen werden kann oder neue Mehrheiten für eine neue Politik zustandekommen. Entscheidend für den Ausgang der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen ist der politische Weg der Sozialdemokratischen Partei. Ihre inhaltlichen Aussagen zu den zentralen Problemfeldern Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, NATO-Aufrüstung, Kernenergie und Umweltzerstörung werden von politisch orientierender Kraft für weite Teile der Arbeiterklasse sein. Die SPD steht somit vor der Weichenstellung: Mobilisierung für eine Reformpolitik mit antikapitalistischer Stoßrichtung oder Kapitulation vor dem Klassenkampf »von oben«. Die Politik des prokapitalistischen Krisenmanagements von Helmut Schmidt hat in der Arbeiterklasse und der Jugend zu Enttäuschung und Demobilisierung geführt. Nur vor diesem Hintergrund sind die Wahlniederla-

gen der SPD und das Anwachsen der Grün-Alternativen Bewegung erklärbar. Die grüne Partei hat sich zu einem relativ stabilen Faktor entwickelt. Auch eine in der Opposition veränderte SPD-Politik wird nicht zu einem schnellen Ende der Grün-Alternativen führen. Auf mittlere Sicht können gesellschaftlich und parlamentarisch Mehrheiten für fortschrittliche Politik nur *mit* den Grün-Alternativen zustandekommen. Die Frage nach Bündnissen und Koalitionen zwischen SPD und Grünen — am konkretesten bisher in Hamburg gestellt — geht somit über kurzfristige Wahltaktik hinaus. Es ist letztlich die Frage nach dem zukünftigen politischen Kurs der SPD.

Das Hamburger Wahlergebnis vom 6. Juni 1982

Das Hamburger Bürgerschaftswahlergebnis vom 6. Juni 1982 brachte für die SPD erhebliche Stimmenverluste. Die CDU konnte ihr bestes Nachkriegsergebnis verbuchen. Gleichzeitig veränderten sich die parlamentarischen Konstellationen nachhaltig: erstmals erlangte eine Grün-Alternative Liste eine mehrheitsbildende Schlüsselrolle im Parlament. Das SPD-Ergebnis hatte — neben den bundespolitischen Faktoren — auch Hamburger Ursachen. Die Errungenschaften der Klose-Ära waren fast vollständig zurückgenommen worden: unsoziale Sparpolitik, Wiedereinstieg in das AKW Brokdorf, halbherzige Maßnahmen im Umweltschutz und eine veränderte Einstellungspraxis mit einem neuen Berufsverbote-Fall signalisierten das Ende der Reform- und Integrationspolitik Hans-Ulrich Kloses. Zwar gab es nach dem 6. Juni durchaus Stimmen in der SPD, eine Große Koalition mit der CDU einzugehen; die überwiegende Mehrheit in der Partei lehnte einen solchen Weg jedoch eindeutig ab. So kam es in der Folge des Wahlergebnisses recht bald zu Gesprächen zwischen SPD und GAL, wobei die einzelnen Gruppen in der SPD allerdings sehr unterschiedliche Motive hatten. Nach außen einigte sich die SPD auf die Formel, mit der GAL Sondierungsgespräche darüber zu führen, ob sie zur Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitenregierung bereit wäre. Auch wenn erhebliche Teile der SPD diese Gespräche mit eindeutigen taktischen Absichten angingen, konnte die Linke insgesamt in diesen Diskussionsprozeß große Hoffnungen setzen, bot sich doch hier die Chance — nach einem Aufbrechen des überkommenen Parteiensystems in der BRD — einer inhaltlichen Umorientierung der Hamburger Regierungspolitik. Die Hamburger Gespräche zwischen SPD und GAL bekamen somit auch Modellcharakter für die weitere politische Entwicklung in der BRD.

Zur Einschätzung der GAL

Die GAL ist — wie andere Gruppierungen dieser Art — aus einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Gruppen hervorgegangen: Bürgerinitiativen, Grüne, Reste des KB, ehemalige SPD- und FDP-Mitglieder bilden den Kern der GAL. Diese Zusammensetzung führte natürlich zu inhaltlichen Dissonanzen und unterschiedlichen politischen Aussagen im Detail. Dennoch hat die GAL sehr schnell zu einem fortschrittlichen Profil gefunden. Von zentraler Bedeutung ist dabei, daß sich die GAL nicht nur auf die traditionellen Felder grüner Politik eingerichtet hat, sondern ein umfassenderes Programm entwickelte, das auch die Fragen der Beschäftigungspolitik und des Sozialabbaus umfaßte. Bemerkenswert ist weiter, daß die GAL sich relativ weitsichtig auf die Situation nach der Bürgerschaftswahl eingestellt hatte und auf der Basis eines Forderungskataloges zu einem Tolerierungsabkommen gegenüber einer SPD-Minderheitsregierung bereit war.

Die konkreten Forderungen der GAL

Die GAL knüpfte an zentralen Reformforderungen der Gewerkschaften und der fortschrittlichen Teile der SPD an und erweiterte diese Forderungen um die spezifischen Anliegen ihrer Basisbewegungen. Insofern kann man die Forderungen der GAL auch als Forderung nach einer Linkswende der Hamburger SPD und der Regierungspolitik verstehen. Auch wenn die Forderungen wohl bereits weitgehend bekannt sind, sind sie hier zu wiederholen, weil sie tatsächlich die zentralen Punkte der politischen Auseinandersetzung in Hamburg und darüber hinaus betreffen:

- Schaffung eines Sofortprogramms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Berufsausbildung
- Beendigung der Sparpolitik im Bildungs- und Sozialbereich
- Ausstieg aus der Kernenergie
- Sanierung der Elbe
- Stop der Hafenerweiterung
- Aufstockung des Sozialen Wohnungsbaus
- Erhalt der demokratischen Rechte
- Friedenspolitik: Hamburg soll sich gegen Nachrüstung aussprechen
- Förderung von Fraueninitiativen und -projekten

Es ist offensichtlich, daß die meisten dieser Forderungen in der Zielsetzung voll mit sozialdemokratischen Positionen übereinstimmen oder zumindest mit ihnen weitgehend vereinbar sind. Von daher hatte die anschließende Diskussion in den Gesprächsrunden SPD-GAL und auch in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit verdient und erhalten. Dennoch soll man natürlich nicht glauben, daß die GAL nun eine neue und konsequenterere linkssozialdemokratische Gruppierung wäre. Die strategischen Zielvorstellungen der führenden GAL-Leute gehen sicher weit darüber hinaus, »lediglich« linkssozialdemokratisches Gedankengut umzusetzen; es wird im Gegenteil der Aufbau einer völlig unabhängigen Oppositionspartei zu Lasten der SPD und auch der SPD-Linken angestrebt. Die GAL fand daher sowohl zur sozialdemokratischen Linken als auch zu den Gewerkschaften bislang zu selten ein solidarisches Verhältnis. Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die scharfen Angriffe der GAL gerade auf die SPD-Linke. Sie ist es, die auf der Basis fortschrittlicher Inhalte und sozialistischer Perspektiven die Organisationsfrage zugunsten der SPD beantwortet — und damit dem Ziel des Aufbaus einer Konkurrenzpartei argumentativ und faktisch im Wege steht.

Die Haltung der SPD

Die Parteilinke, die ca. 40% der Hamburger SPD ausmacht, setzte sich von Anfang an für konstruktive Verhandlungen mit der GAL ein. Während des Verlaufs der Gespräche erwies es sich allerdings als Schwäche der Parteilinken, keine eigene aktive Rolle in den Verhandlungen zu spielen und stattdessen lediglich den Kurs des Bürgermeisters nach innen und außen zu stützen. Die Parteirechte war deutlich uneinheitlich:

- Die »Kaufmanns-Sozialisten« tendierten zur Großen Koalition, ohne dies offen in der Partei zu bekennen. Aufgrund der fehlenden Durchsetzbarkeit akzeptierte sie die GAL-Gespräche, allerdings nur mit der taktischen Absicht, möglichst bald Neuwahlen zu erzwingen.
- Gewerkschaftsflügel und Afa (mit Ausnahme der Linken) waren zunächst strikt gegen GAL-Gespräche. Als Ursachen müssen der Scheinkonflikt »Arbeitsplätze kontra

Umweltschutz« und die innergewerkschaftlichen Konflikte mit »alternativen« Vertrauensleuten/Betriebsräten angesehen werden. Nachdem für den Gewerkschaftsflügel deutlicher wurde, daß Forderungen für Beschäftigung und gegen Sozialabbau in den Gesprächen auf erhebliche Resonanz stießen, entkrampfte sich sein Verhältnis zu den SPD-GAL-Gesprächen sichtbar.

- Eine »Parteilinje« bildete sich um den Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und den Landesvorsitzenden Jörg König erstmals real heraus und gewann zunehmend politisches Profil. Mit Fortschreiten der Gespräche erfolgte eine konstruktive und sachliche Politik, die Lernfähigkeit in den Gesprächen auch nach außen sichtbar werden ließ und einer Großen Koalition eine klare Absage erteilte.

Im Fortgang der Gespräche erfolgte eine bemerkenswerte materielle Fortentwicklung der Hamburger Politik, die als letztes Verhandlungsangebot an die GAL in einem Papier des Bürgermeisters zusammengefaßt wurde. Als positive Substanz der SPD-Vorschläge sind letztlich folgende Punkte festzuhalten:

- zusätzliche beschäftigungspolitische Initiativen auf der Basis von ABM-Maßnahmen;
- verstärkte Kreditaufnahme, um ein staatliches Investitionsprogramm in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen zu finanzieren;
- Initiativen für mehr Ausbildungsplätze mit staatlicher Ausbildungsplatzgarantie durch zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsstätten;
- Ausweitung des Wohnungsbaus auf 6.000 Wohnungen jährlich;
- Aussetzen der Sparpolitik im Bereich Stelleneinsparungen für 1983;
- keine zusätzlichen Sparmaßnahmen, stattdessen Bereitschaft zur Umstrukturierung des Haushalts;
- staatliche Einnahmeerhöhung bei der Grund- und Gewerbesteuer;
- Beschleunigung der Maßnahmen zur Sanierung der Elbe.

Als unzureichend und damit negativ zu bewerten sind die Vorschläge der SPD in den Fragen einer antizyklischen Wirtschaftspolitik, der Hafenerweiterung (kein Verzicht auf zusätzliche Flächen), Kernenergie (kein sofortiger Ausstieg aus Brokdorf), demokratischen Rechte (Übernahme des Peter-Urteils, Räumung bei Hausbesetzung) und Friedenspolitik (keine Absage an den NATO-Beschluß).

Scheitern der Gespräche

Eine eindeutige Schuldzuweisung für das Scheitern der Gespräche SPD-GAL ist nicht vorzunehmen. Die SPD-Verantwortung ergibt sich aus ihrer inhaltlichen Unbeweglichkeit gegenüber den GAL-Forderungen in den genannten Bereichen. Andererseits hat die GAL die Substanz der Veränderungen in der SPD nicht erkannt und in der Frage der Zustimmung zum Haushalt vorschnell die Tür zugeschlagen. Mit der Summierung von vielen Einzelforderungen (der Basisinitiativen), die *alle* gleichzeitig (im Rahmen der Hamburger Haushaltsmöglichkeiten) nicht finanzierbar waren, und z.T. gegenüber dem Verhandlungspartner überzogenen Forderungen, wie nach sofortigem Ausstieg aus allen Atomkraftwerken, konnte ein Erfolg der Gespräche nur schwer erreicht werden. Der Versuch, die Schlüsselrolle im Parlament auszunutzen, wo das Bewußtsein der Arbeiterschaft und die gesellschaftlichen Bewegungen noch nicht so weit sind, mußte an mangelndem gesellschaftlichem Druck für die inhaltlichen Forderungen scheitern. Schließlich ist die GAL immer noch Gefangene einer strategischen Fehlorientierung gegen den »Hauptfeind SPD«. Damit einher geht eine Unterschätzung der Rechtsgefahr, eine Unterschätzung der realen Auswirkungen der Politik der CDU. Diese Haltung muß überwunden werden.

Wie geht es weiter?

Die Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft werden mit großer Wahrscheinlichkeit keine erheblichen Veränderungen der parlamentarischen Konstellation bringen. Gleichwohl könnten Stimmverluste für die CDU und -gewinne für die SPD das politische Klima in der Stadt verändern. Der Gefahr einer Wiederbelebung der Gedanken über eine Große Koalition muß begegnet werden. Das Lernziel aus der Neuwahl heißt: gesteigerte Kompromißbereitschaft und Wille zur Einigung bei SPD und GAL. Die Einigungsperspektiven bleiben — trotz erhöhten Erfolgsdrucks — gleichwohl schwierig. Die Erfahrungen mit der Alternative zu einer Einigung zwischen SPD und GAL — der Politik der Rechtskoalition in Bonn — können dabei hilfreich sein. Der Druck außerparlamentarischer Bewegungen, der Gewerkschaften, Friedens-, Umwelt- und Jugendbewegung auch für parlamentarisch handlungsfähige Mehrheiten links von der CDU muß hinzukommen. Letztlich werden die Diskussionen und Kraftverhältnisse in der SPD darüber entscheiden, ob es zu der neuen Politik durch eine neue Mehrheit kommt oder nicht. Damit erweist sich — wieder einmal — die Organisationsperspektive von Marxisten in der SPD als richtige Antwort auf die Frage nach gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Selbst wenn es — unter den besonders günstigen Bedingungen einer SPD-Hochburg — in Hamburg zu einer absoluten SPD-Mehrheit kommen sollte: ein Zurück zu den alten Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Probleme wird es nicht geben können. Die SPD muß sich wieder zum Träger einer fortschrittlichen Reformpolitik entwickeln. Mehrheiten für Reformen gibt es bundesweit gegenwärtig nur mit den Grün-Alternativen. Ein Scheitern dieser Mehrheitsbildung links von der CDU würde rechte Politik besiegeln und Gefahren für Demokratie und Frieden heraufbeschwören.

Agnes Heller
Ferenc Fehér

UNGARN '56



Geschichte einer
antistalinistischen
Revolution

VSA

206 Seiten
DM 29,80

Joachim Bischoff u.a.

Jenseits der Klassen?

Gesellschaft und Staat
im Spätkapitalismus

VSA

238 Seiten
DM 18,-

Sozialistische Suchengruppen (SSG)

Stagnation und Krise

Langfristige Tendenzen
der kapitalistischen Ökonomie

VSA

116 Seiten
DM 18,-

Postfach 50 15 71

VSA

2000 Hamburg 5

Dokumentation

Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten
Antrag zur 3. ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz

Eine neue Mehrheit erfordert eine neue Politik!

Wie kann die sozialistische Linke eine Alternative zur Rechtsregierung herstellen?

I. Was ist die Ausgangslage?

1. Die aufgrund des langsamen Zerfalls der sozialliberalen Koalition längst erwartete Übernahme der Bonner Regierungsmacht durch die Rechtskräfte hat (zunächst) nicht die sichere parlamentarische Mehrheit von CDU/CSU und FDP mit sich gebracht. Die FDP ist vollends diskreditiert und muß nach den verheerenden Ergebnissen von Hessen und Bayern nun mit dem politischen Ende auf Bundesebene rechnen. Der seit Jahren anhaltende Aufwärtstrend der Unionsparteien wurde abrupt gestoppt, in einzelnen Kommunen wie z.B. in Freiburg und München konnte die SPD erstmals wieder Positionen zurückgewinnen. Zusammengenommen gefährden der Existenzkampf der FDP und das Stagnieren der Unionsparteien die dauerhafte Etablierung einer Rechtsregierung, erhält die Linke zugleich die Chance, den neuen Rechtsblock vor seiner Stabilisierung wieder aus der Bahn zu werfen.

2. Eine parlamentarische Konstellation, wie sie gegenwärtig in Hamburg und in Hessen existiert, ist auch bei kommenden Bundestagswahlen nicht mehr auszuschließen. Die Ergebnisse in Hessen, aber auch in Bayern haben bewiesen, daß die Grünen über ein weitgehend stabiles Wählerpotential verfügen, das auch durch den jetzigen Aufschwung der SPD nicht gefährdet wird. Eine arithmetische grünrote Mehrheit auf Bundesebene, die sich nicht auch zu einer irgendwie gearteten inhaltlich-politischen Mehrheit weiterentwickelt, würde auf längere Sicht jegliche Grundlagen für eine weitere Zusammenarbeit zerstören. Eine Zerstrittenheit auf Bundesebene hätte sehr schnell entweder die Stabilisierung der Rechtsregierung oder aber eine Neuaufgabe der Großen Koalition zur Folge.

3. Die berechtigte Empörung über den schrittweise erfolgten Absetzungsprozeß der FDP von ihren Parolen und Inhalten, mit denen sie noch im Bundestagswahlkampf erfolgreich angetreten war, verdeckt gegenwärtig noch die Tatsache, daß das Scheitern der sozialliberalen Koalition in erster Linie Resultat nicht mehr zu vereinbarenden politischer Konzepte war. Die von der FDP forcierte Krisenlösung durch Umverteilung von unten nach oben hätte von der SPD nur bei Selbstaufgabe ihrer Identität weiter mitgetragen werden können. Ein weiteres Befolgen der von der FDP angeordneten Wirtschafts- und Sozialpolitik hätte zudem eine Fortsetzung der bereits katastrophalen Wahlergebnisse mit sich gebracht und damit eine absolute Mehrheit der Unionsparteien auch auf Bundesebene wahrscheinlich werden lassen.

Die »Verratstheorien« verdecken das mit dem Ende der sozialliberalen Koalition eingetretene endgültige Scheitern des reformistischen Wegs zu einem demokratischen Sozialismus der SPD nach Godesberg. In der Phase einer tiefgehenden Krise des Kapitalismus konnte weder das Bündnis mit bürgerlichen Kräften zur Sicherung eines Einflusses auf den Staatsapparat erhalten werden, noch konnten die aktuellen Forderungen der gewerkschaftsorientierten Arbeitnehmer erfüllt werden, es zerbrach die auf korporativen Kompromiß angelegte Arbeitsteilung mit den Gewerkschaften. In dem Maße wie die Sozialdemokratie nicht mehr Erfolge bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen vorweisen

konnte, schwand auch die Bereitschaft auf Seiten der Gewerkschaften, sich an diese staatlich ausgehandelten Kompromisse zu halten. Den Wandel, der sich hier vollzogen hat, illustrieren sowohl die »Konzertierte Aktion« von Kapital und Arbeit am Beginn der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung 1966 und die Protestaktionen gegen die von der sozialliberalen Koalition geplanten Einschnitte in die soziale Sicherung am Ende der Koalition 1982.

4. Die gegenwärtige Situation der Sozialdemokratie ist aber nicht durch eine kritische Diskussion und Aufarbeitung des gescheiterten reformistischen Wegs gekennzeichnet, sondern im Gegenteil durch eine Stabilisierung des rechten Mehrheitsflügels der Partei. Die taktische Meisterleistung von Helmut Schmidt anlässlich des Auseinanderbrechens der sozialliberalen Koalition und die überraschende Stabilisierung in Hessen und in Bayern genügten, um die innerparteilichen Kräfte, die den Niedergang der SPD in den letzten Jahren in erster Linie zu verantworten hatten, wieder selbstbewußt auftrumpfen zu lassen.

5. Der zu beobachtenden Rekonstruktion der innerparteilichen Macht durch die Parteirechte wird von der SPD-Linken kaum etwas entgegengesetzt. Schon während des Niedergangs der sozialliberalen Koalition hat sie sich immer wieder den Durchhalte- und Einigungsparolen gebeugt und es versäumt, eigenständige politische und personelle Alternativen zu entwickeln. Ihr Widerstand organisierte sich nur an Einzelfragen (Nachrüstung, Atomprogramm) und war stets darauf bedacht, die Regierungsfähigkeit nicht ernsthaft zu gefährden. Eine umfassende Kritik der reformistischen Strategie wurde von ihr nicht geleistet. Das erfolgreiche Auftreten von Grünen und Alternativen wird von großen Teilen der Parteilinken nicht als eine Chance begriffen, um mit der Unterstützung dieser neuen Gruppierungen für traditionelle sozialdemokratische Ziele zu kämpfen. In der schwierigen Lage, die Gespräche der SPD mit Grünen und Alternativen nicht durch innerparteiliche Forderungen und Kritik gefährden zu dürfen, übt die SPD-Linke einen nur sehr geringen Druck auf eine Veränderung der Partei aus.

6. *Das Scheitern der Gewerkschaftsstrategien:* Wenn in einer Phase der Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Krise in der Bundesrepublik eine von den Gewerkschaften lange getragene und gestützte Regierung stürzt, stellt sich die Frage, welche Bedingungen durch gewerkschaftliche Politik selbst für diese Niederlage gesetzt wurden.

Die seit Ende der 60er Jahre im Rahmen der OECD prognostizierten sinkenden Wachstumsraten für die 70er Jahre veranlaßten auch die Gewerkschaften, eine Wirtschaftsentwicklung und -politik zu unterstützen, die auf den Erhalt und Ausbau der Konkurrenzfähigkeit wachstumsintensiver Exportindustrien auf dem Weltmarkt als Motor der Volkswirtschaft setzte. Ausgehend von dieser Position, die von den im allgemeinen positiven Erfahrungen der Gewerkschaften mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel der 50er und 60er Jahre bestimmt war, unterstützten die Gewerkschaften mit dem Einbruch der Krise 74/75 die Politik der »Modernisierung der Volkswirtschaft«, die auf die Förderung wachstumsintensiver Exportindustrien zielte. Kern dieser Politik war Erhalt und Ausbau der Weltmarktstellung bundesrepublikanischen Kapitals durch Technologieentwicklung sowohl für neue Produkte wie Produktionsverfahren, d.h. letztendlich Rationalisierung der Produktionstechnik zur Kostensenkung. Die damit auf der betrieblichen Ebene einhergehende Tendenz zur Automation der Produktion und damit der »Freisetzung« von Arbeitskräften sollte für den Arbeitsmarkt durch eine »aktive Strukturpolitik« seitens des Staates kompensiert werden, d.h. Arbeitslosigkeit sollte über öffentliche Investitionsprogramme im Infrastrukturbereich verhindert werden. Ohne Berücksichtigung der Widersprüchlichkeit von Technologieentwicklung im Kapitalismus wurde außerdem von der so-

zialliberalen Regierung die »Humanisierung der Arbeit« zum Programm erhoben, um die Akzeptanz von Technologieentwicklung innerhalb der abhängig Beschäftigten zu erhöhen. Gegenüber dieser wirtschaftspolitischen Konzeption sahen die Gewerkschaften ihre vorrangige Praxis darin, negative Auswirkungen des »sozialen Wandels« durch Betriebs- und Tarifpolitik zu verhindern.

Wie wenig die Gewerkschaften aber in der Lage waren, die negativen Folgen der Wirtschaftskrise im Rahmen dieser Konzeption abzufangen, zeigte im weiteren Verlauf der ökonomischen Entwicklung der beständige Anstieg der Arbeitslosigkeit. Damit kamen die Gewerkschaften auch auf ihrem ureigensten Feld der betrieblichen Interessenvertretung und Tarifpolitik in die Defensive. Eine Bilanz der Krisenentwicklung zeigt daher heute auch Niederlagen gewerkschaftlicher Politik in so zentralen Bereichen wie Reallohnsicherung, der Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung von sozialen Leistungen — ganz zu schweigen von einem Abbau der Arbeitslosigkeit.

Eine chronologische Betrachtung gewerkschaftlicher Politik der letzten 8 Jahre zeigt, daß mit zunehmender Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse immer stärker von den Gewerkschaften an die Instanz appelliert wurde, die immer weniger zum Abbau der Krise unter den gegebenen Machtverhältnissen beitragen konnte: Staat und Regierung. Damit war gewerkschaftliche Politik von einem Bruch zwischen Tagespraxis gegen unmittelbare Krisenfolgen und einer umfassenden gesellschaftlichen Kampfpraxis gegen die Krise gekennzeichnet. Aufgrund des Fehlens einer solchen organischen Antikrisenpolitik, die betriebliche und gesellschaftliche Kampfpraxis verband, waren die von Arbeitsplatzvernichtung bedrohten Belegschaften und ihre Betriebsräte immer stärker auf staatliche Unterstützung verwiesen. Da der Staat mit der Zuspitzung der Krise aber immer weniger zur Sicherung von Arbeitsplätzen bzw. zur Schaffung von neuen in der Lage war, scheitert diese Politik in der Regel. Die Konsequenz ist Desillusionierung und Demobilisierung der Betroffenen, Glaubwürdigkeitsverlust der Gewerkschaften und politische Desorientierung bei vielen Lohnabhängigen.

Wenn daher gefragt wurde, welche gewerkschaftliche Politik Bedingungen konstituiert hat, die ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten einschränkt und auch indirekt auf die Ausgrenzung der SPD aus der Regierungsverantwortung gewirkt hat, so ist dies eine Politik, die auf ein unkritisches Verhältnis zum bürgerlichen Staat aufbaut und daher auf eine autonome gewerkschaftliche Antikrisenpolitik im gesellschaftlichen Zusammenhang verzichtet.

II. Die Mehrheit »links von der CDU«

Der Satz von einer existierenden »Mehrheit links von der CDU« ist für sich genommen erst einmal eine Beschreibung der wahlarithmetischen Realität der Ergebnisse von Hessen und Hamburg. Zugleich ist aber mit diesem einen Satz der gesamte weitere Weg der Sozialdemokratie angesprochen.

Vorausgesetzt, man geht davon aus, daß die Möglichkeiten sozialdemokratischer Alleinregierungen auch in nächster Zukunft auf einige Kommunen und wenige Bundesländer begrenzt bleiben, die FDP als Koalitionspartner nicht mehr zur Verfügung steht und die Grünen in den Parlamenten keine vorübergehende Erscheinung sind, bleiben der deutschen Sozialdemokratie zwei Wege, um wieder an der staatlichen Macht teilhaben zu können: Die Verwirklichung einer politisch tragfähigen neuen Mehrheit oder die »Große Koalition« mit den Unionsparteien. Für letztere Perspektive wurde mit den Löwenthal-Thesen und mit der darin enthaltenen Unterscheidung zwischen Industriefeinden und Industrie-

freunden bereits die programmatische Grundlage gelegt. Die Entscheidung über die einzu-schlagende Richtung stellt nicht alleine eine Entscheidung über die sozialdemokratische Bündnispolitik dar, sondern bestimmt weitreichend den Inhalt künftiger sozialdemokratischer Politik. Egal wie die neue Mehrheit politisch realisierbar ist, ob sie durch den erneuten Versuch einer Reintegration der Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung realisiert werden soll oder gar in der Form einer Tolerierung bzw. der Koalition ersteht, sie beinhaltet immer eine grundlegende Veränderung gegenwärtiger sozialdemokratischer Politik. Eine gemeinsame Politik mit diesen Kräften — ob innerhalb oder außerhalb der Partei — ist nur denkbar bei einem klaren Nein zur sogenannten »Nach«rüstung, bei einer Aufgabe des Atomprogramms und bei einer aktiven Politik der Sicherung der demokratischen Rechte. Dies bedeutet, daß bislang unterlegene Positionen der Parteilinken Mehrheitspositionen in der SPD werden müssen: Das Gewicht der SPD-Linken bei politischen Entscheidungen der Partei entscheidet darüber, welches Gewicht die SPD in einer »Mehrheit links von der CDU« haben wird. Der Kampf um die inhaltliche Neuorientierung ist untrennbar verbunden mit dem Eintreten für die politische Realisierung einer handlungsfähigen Mehrheit »links von der CDU«. Ohne eine positive Entscheidung in der Frage der Öffnung nach links in den Kommunen, Ländern und auf Bundesebene werden die Bemühungen um inhaltliche Veränderungen in der Partei ohne Aussicht auf Erfolg bleiben.

1. Eine neue Mehrheit erfordert neue Inhalte

1.1 Für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik

Arbeitslosigkeit, wachsende wirtschaftliche Not und zunehmende soziale Unsicherheit bestimmen den Alltag von immer mehr Menschen in der Bundesrepublik. Insbesondere sind es die Arbeitnehmer und ihre Familien, Jugendliche, Frauen und Rentner, die die Risiken und Gefährdungen der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer gegenwärtigen weltweiten Erschütterung heute in einer lange nicht mehr dagewesenen Härte erfahren. Arbeitsplatzverlust, materielle Verarmung und gesellschaftliche Existenzvernichtung sind für einige Millionen bittere Realität, für viele Millionen düstere Zukunftsperspektive.

Es ist nicht allein die Abwälzung der Krisenlasten durch das Kapital, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen rapide verschlechtert. Die Aushöhlung des Rechts auf Arbeit und der sozialen Sicherheit vollzieht sich nicht zuletzt im Rahmen einer staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nur vermeintlich im Namen einer Konsolidierung des Staatshaushaltes erfolgt, tatsächlich aber gesellschaftlichen Reichtum zu Lasten der Arbeitnehmer umverteilt. Durch immer neue Ausgabenkürzungen und die fortschreitende Einschränkung der Massenkaukraft werden heute in wachsendem Umfang Arbeitsplätze gefährdet und vernichtet. Durch Stellenstreichungen und Einstellungsverzögerungen im öffentlichen Dienst produzierten die staatlichen Instanzen selbst Arbeitslosigkeit. Wachsende finanzielle Lasten für Verbrauchssteuern, öffentliche Gebühren und Sozialversicherungsbeiträge greifen die durch Inflation und niedrige Tarifabschlüsse ohnehin sinkenden Realeinkommen mehr und mehr an. Verringerte staatliche Zuschüsse für das Wohnen, die Kindererziehung und die Ausbildung belasten zusätzlich die Arbeitnehmerhaushalte. Es wird Hand angelegt an das von den Arbeitnehmern erkämpfte System der sozialen Sicherung gerade zu einer Zeit, in der seine Funktionsfähigkeit in besonderem Maße gefordert ist. Durch eine Vielzahl von Änderungen bei den Leistungen und Leistungsvoraussetzungen der Arbeitslosenversicherung sinkt der soziale Schutz des einzelnen bei Arbeitslosigkeit. Alte und kranke Menschen werden durch neue Regelungen in der

Renten- und Krankenversicherung finanziell schlechter gestellt. Und die gegenwärtige Wohnungspolitik setzt einkommensschwache Bevölkerungsschichten immer schutzloser einem grassierenden Wohnungsmangel und unzumutbar steigenden Mieten aus. Die Sparpolitik richtet sich nicht gegen die eigentliche Ursache der Staatsverschuldung, die kapitalistische Wirtschaftskrise, sondern gegen die von ihr Betroffenen. Sie leistet keinen Beitrag zum Abbau der öffentlichen Verschuldung, sondern verschärft die Krise und programmiert neue Haushaltsdefizite und neue Sparpolitik vor. Sie mobilisiert keine »Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft«, sondern privatisiert die sozialen Risiken. Demgegenüber bedarf es heute einer energischen Offensive für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung und den Ausbau des Systems der sozialen Sicherung.

- Notwendig ist eine kompromißlose Indienstnahme der staatlichen Finanzpolitik für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch ein kurzfristig wirksames Beschäftigungsprogramm und eine grundsätzliche Neuorientierung der Haushaltspolitik, die arbeitsplatzschaffenden und sozial ausgerichteten Zukunftsinvestitionen den Vorrang einräumt gegenüber Kapitalsubventionen, sozial ungerechten Steuervergünstigungen und Rüstungsanstrengungen.
- Notwendig ist eine entschlossene politische und gesellschaftliche Anstrengung, um die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche voranzubringen und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- Notwendig ist eine grundlegende Erneuerung in der Arbeitsmarktpolitik, die die perspektivlose Verwaltung des Millionenheers der Arbeitslosen überwindet zugunsten einer aktiven Stärkung der Beschäftigungschancen der Betroffenen und der Beschäftigungssicherheit aller Arbeitnehmer.
- Notwendig ist eine Neubesinnung auf eine Politik der sozialen Reformen, die den erreichten Stand der sozialen Sicherung in vollem Umfang wiederherstellt, die noch bestehenden Lücken schließt und eine vorbeugende Bekämpfung der Ursachen sozialer Risiken einleitet.
- Notwendig ist ein Aufbruch in der Gesellschaftspolitik mit dem Ziel einer Demokratisierung der Wirtschaft und aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, der ausgehend von der Sicherung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie allen arbeitenden Menschen das Recht auf eine umfassende Teilhabe an den wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen eröffnet.

1.2 Für eine neue Umweltpolitik

Die notwendige Erneuerung sozialdemokratischer Politik erfordert von der SPD, sich stärker als bisher dem Problem zuzuwenden, daß immer mehr Rohstoffe und Energieträger vergeudet und daß die Umweltmedien (Luft, Wasser, Boden) immer stärker mit Abwärme und chemischen Schadstoffen belastet werden. Glaubwürdige und realistische Antworten auf diese »ökologische Herausforderung« zu geben, ist wesentliche Voraussetzung für die Offenhaltung des Wegs zu einer menschenwürdigen Gesellschaft; ist aber auch schon kurzfristig Voraussetzung für die Möglichkeit der Konstituierung einer politischen Mehrheit »diesseits« des bürgerlichen Blocks.

Aufgabe der sozialdemokratischen Linken ist es — auch unter bündnisstrategischen Gesichtspunkten, die gemeinsamen Ursachen von Arbeitsplatzvernichtung, Kaufkraftschwund und Sozialabbau auf der einen Seite sowie Rohstoffverschwendung und Umweltzerstörung auf der anderen deutlich zu machen. Auf dieser Grundlage ist dann eine gemeinsame, eine anti-kapitalistische Strategie zu entwickeln und durchzusetzen.

Die »Ökologischen Orientierungen« der zuständigen Kommission beim SPD-Parteivorstand gehen unzutreffend von der Behauptung aus, daß für die meisten Menschen in den Industrieländern die Probleme der Existenzsicherung befriedigend gelöst seien. In Wirklichkeit befinden sich alle entwickelten kapitalistischen Länder in einer Krise, die durch zyklische Überproduktion und Arbeitslosigkeit genauso gekennzeichnet ist wie durch eine längerfristige strukturelle Nichtbeschäftigung eines Großteils der Arbeitskräfte und durch Vernachlässigung wesentlicher sozialer Bedürfnisse. Ursache hierfür ist die Profitorientierung, die die Anwendung der — gerade in letzter Zeit stürmisch weiter entwickelten — Produktivkräfte bestimmt.

Die Profitorientierung der Produktion führt aber nicht nur zur mangelnden »Verwertung« von Arbeitskraft und damit zu erheblichen Einbußen an Kaufkraft bei einer Vielzahl von Arbeitern und Angestellten. Immer drängender werden auch die von ihr verursachten Probleme einer Produktion, die in immer geringerem Maße die menschlichen Bedürfnisse befriedigt; Probleme gesundheitsschädlicher Arbeitsplätze, menschenunwürdiger Wohnquartiere, zubetonierter Städte, vergifteten Grundwassers, regelmäßigem Smog-Alarms bei gleichzeitiger Rohstoff- und Energieverschwendung. Die Unterordnung der Gebrauchswertseite der Produktion unter die Zwecke der Kapitalverwertung und die damit einhergehende Abstrahierung vom Menschen als einem Naturwesen sind die Grundlage der sich zuspitzenden ökologischen wie auch der ökonomischen Probleme des Kapitalismus.

Die Lösung der ökologischen Probleme kann nicht auf dem Weg zurück in vorindustrielle Verhältnisse erfolgen: Nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Naturbeherrschung ist notwendig, damit die materielle Produktion als wesentliche Zielsetzungen die Gesundheitserhaltung der menschlichen Arbeitskraft, den Schutz der natürlichen Umweltmedien und eine sparsame — möglichst regenerative — Nutzung der Naturquellen einschließen kann. Die volle Einbeziehung dieser Ziele ist aber auf der Grundlage von kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht möglich. Die planende Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen und der natürlichen Bedingungen und Folgen der Produktion ist nur auf der Grundlage der Vergesellschaftung der wesentlichen Produktionsmittel möglich. Die Aufhebung der Ausbeutung von Menschen durch Menschen wie die Bewahrung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens sind Ziele, die in einer Strategie sozialistischer Gesellschaftsveränderung verknüpft werden können und verknüpft werden müssen. Bereits unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen ist nicht nur der Kampf um die wertmäßige Verteilung der Ergebnisse der Produktion möglich und notwendig. Gegen den Widerstand von Kapitalinteressen können und müssen auch Maßnahmen zum Schutz der Arbeitskraft, zur Verhinderung weiterer Belastungen der Umweltmedien und zur besseren Energie- und Rohstoffnutzung durchgesetzt werden. Dies kann auf unterschiedlichen Wegen geschehen: Tarif-Auseinandersetzungen, außerparlamentarische Protestbewegungen, aber auch gesetzliche Reformen können Verbesserungen bewirken oder doch in einzelnen Fällen jedenfalls Verschlechterungen verhindern.

1.3 Für eine sozialdemokratische Friedens- und Entspannungspolitik

Die SPD muß den Kampf um die Gewinnung der sicherheitspolitischen Souveränität staatlicher Verteidigungsplanung der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen. Die besonderen Sicherheits- und Verteidigungsinteressen dürfen nicht länger durch die USA und die NATO bestimmt werden. Gerade die Rüstungs-, Außen- und Außenhandelspolitik der USA zielt auf eine Destabilisierung der osteuropäischen Länder und stellt eine Verkehrung

des sozialdemokratischen Konzepts der Sicherheitspartnerschaft dar. Eine klare Opposition gegenüber der Übergangsregierung Kohl, die das NATO-Bündnis zum »Kernpunkt deutscher Staatsräson« erklärt hat, ist erforderlich.

Angesagt ist für die Sozialdemokratie, gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Friedensbewegung den Kernbestand der Entspannungspolitik gegen das von den USA über die NATO geförderte Konzept einer hochrüstungintensiven Politik der Stärke um jeden Preis zu retten. Auch um den Preis eines Abzugs der US-Truppen. Hierzu gehört jetzt und in erster Linie eine Rücknahme der Zustimmung zum NATO-Doppelbeschuß. »Eine Chance gibt es, die SPD vor noch schwereren Erschütterungen und Verwerfungen zu bewahren: ein vernünftig begründetes Nein zur Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik.« (Günter Gaus)

Im Interesse weltweiten Friedens gibt es auch heute keine Alternative zur Entspannungspolitik, die einen Prozeß wechselseitiger kultureller, wissenschaftlicher und vor allem ökonomischer Verflechtung zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eingeleitet hat. Diesen Prozeß zu forcieren, liegt in der besonderen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Anerkennung der Staatsbürgerschaft und die Hoheit über das Staatsgebiet der DDR durch die Bundesrepublik sowie eine Aufwertung der Ständigen Vertretungen zu Botschaften könnten einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Entspannungspolitik leisten. Zum Kernbestand sozialdemokratischer Sicherheits- und Entspannungspolitik sollten die Belebung der SALT-Politik sowie Initiativen für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem gehören. Die SPD hat sich für einen Abbau des in der BRD bereits gelagerten atomaren Vernichtungspotentials sowie für ein Verbot der Entwicklung von ABC-Waffen überhaupt einzusetzen.

Die SPD darf nicht zulassen, daß Frauen in die Bundeswehr eingezogen werden. Eine Beteiligung kommunaler Mandatsträger der SPD an Initiativen, Gemeinden und Städte zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären, wäre ein zusätzlicher Beitrag, die Militarisation der Gesellschaft abzubauen. Die verschiedensten Parteigliederungen sollten sich darum bemühen, Kontakte zu osteuropäischen Partnerorganisationen zu knüpfen.

Jede weitere Unterwerfung sozialdemokratischer Militärpolitik unter die Hegemonialinteressen der konservativ-reaktionären US-Administration führt nicht nur zur Aufgabe eigenständiger Spannungsinteressen, sondern zu fatalen innenpolitischen Auseinandersetzungen (Butter statt Kanonen). Damit Sozialdemontage beendet und die Dauer- und Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden kann, ist eine jährliche Senkung der Verteidigungsausgaben für Waffenbeschaffung um real 10 Prozent notwendig. Das setzt eine Abkoppelung vom NATO-Langzeitprogramm und eine staatliche Politik der Rüstungskonversion voraus. Dazu ist die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ein notwendiger Schritt.

2. Eine neue Mehrheit erfordert andere Formen der Politik

Die alleinige Orientierung auf staatliches Handeln ist in der SPD tief verwurzelt. Die Arbeit der Partei galt lange Zeit nur insoweit als sinnvoll, als sie das Regieren erleichterte und die Koalitionspolitik nach unten hin verständlich machte. Um so offener mußte die Partei als Transmissionsriemen dafür herhalten. Je deutlicher die Agonie der sozialliberalen Koalition zutage trat, um so offener mußte die Partei auf diese Arbeitsteilung eingeschworen werden. Das für sozialistische Parteien so unentbehrliche Prinzip des Formulierens eigenständiger Positionen, die gegenwärtig (noch) nicht Regierungspolitik sind, wurde dabei mißachtet. Die traditionelle Fixierung allein auf das Handeln der staatlichen Macht hat die SPD zu einer rein parlamentarischen Partei degenerieren lassen. Bewegung fand und fin-

det im parlamentarischen Raum statt, alles andere ist bestenfalls Begleitmusik. Die Aktivitäten in der Öffentlichkeit sind dementsprechend gering entwickelt und meist auf wenige Grundeinheiten beschränkt. Die Partei vermag es gegenwärtig nicht, mit ihren Zielen und Forderungen so in die Öffentlichkeit zu wirken, daß sie Orientierungen für größere Teile der Bevölkerung darstellen.

Es muß insgesamt ein sehr viel stärkeres Gewicht auf die Öffentlichkeitsarbeit der Partei gelegt werden. Das gilt nicht nur für Gewerkschaften und Vereine, sondern auch für Bürgerinitiativen. Mehr Sozialdemokraten müssen in ihrem örtlichen Bereich oder aufgrund ihrer jeweils besonderen Betroffenheit in Bürgerinitiativen mitarbeiten oder mitarbeiten können, ohne daß es zu innerparteilichen Schwierigkeiten führt. Hier helfen Berührungängste überhaupt nichts, sondern führen zur Isolierung von Sozialdemokraten. Wesentlich ist dabei aber, daß die Untergliederungen der SPD, insbesondere die Abteilungen, sich für ihren Bereich als zuständige Bürgerinitiative zur Aufdeckung sozialer Mißstände begreifen.

Die von der Parteiführung jetzt entdeckten neuen sozialen Bewegungen existieren nicht als festgefügte politische Gruppierungen, mit denen sich Bündnisse oder gar Koalitionen schmieden lassen. Die Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegungen rekrutieren sich nur zu einem geringen Teil aus Mitgliedern politischer Gruppierungen, linke Sozialdemokraten und Jungsozialisten arbeiten in diesem Rahmen seit Jahren aktiv in den Bewegungen mit. Nur durch ein verstärktes Engagement aller Teile der Sozialdemokratie kann — neben der inhaltlichen Umorientierung — eine Annäherung zwischen der Partei und diesen neuen sozialen Bewegungen erreicht werden.

III. Hindernisse auf dem Weg zur neuen Mehrheit

1. Die Einheit der Partei muß gewahrt bleiben!

Die Wahlen in Berlin, Hamburg und Hessen, aber auch in Bayern, haben deutlich gemacht, daß eine neue Mehrheit gegenüber der neokonservativen und unsozialen Wende möglich ist, daß diese aber kaum gegen diejenigen zustande kommen kann, die sich selbst ökologischen Zielen besonders verpflichtet fühlen. Die Herausbildung einer solchen neuen Mehrheit ist aber auch dann ausgeschlossen, wenn es den bürgerlichen Kräften in Anlehnung an die »Löwenthal-Thesen« gelingt, unter der Losung »Arbeitsplätze statt Umweltschutz« erhebliche Teile der Anhänger- und Mitgliedschaft der SPD abzuspalten und in ein »Bündnis aller industriellen Kräfte« zu überführen. In der Geschichte der Arbeiterbewegung ist es nichts Neues, daß bisweilen zwischen mehreren berechtigten Forderungen Prioritäten gesetzt werden müssen: sichere Arbeitsplätze, mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitssicherheit, wirksamere Mitbestimmung oder längerer Urlaub — für alle diese Ziele sind erhebliche Fortschritte erzielt worden. Notwendig war es aber, stets zu verhindern, daß Auseinandersetzungen um zeitliche Prioritäten nicht zu Spaltungstendenzen führten. Das muß auch im Verhältnis zu heute noch stärker in den Vordergrund rücken: der ökologischer Forderungen gelten.

2. Grüne und Alternative müssen ihre Positionen weiter entwickeln

Zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Grünen/Alternativen und einzelnen Parteigliederungen ist es erst in wenigen Fällen gekommen. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Wahl des von der AL aufgestellten Walter Orłowsky zum Baustadtrat in Kreuzberg durch die SPD. Daß eine solche Zusammenarbeit aber bislang vereinzelt geblieben ist,

liegt nicht zuletzt auch an den Grünen/Alternativen. Zu nennen ist hier vor allem ihre eingeschränkte Handlungsfähigkeit aufgrund der in ihnen organisierten vielfältigen Richtungen und Strömungen. Ihre Organisationsform behindert heute mehr und mehr ihre Weiterentwicklung. Grundlegende Kontroversen werden nicht entschieden, sondern durch konturenlose »sowohl-als-auch«-Beschlüsse zugedeckt. Die Positionen werden dabei nicht mehr erkennbar und etwaige Fehlentscheidungen sind demnach auch nicht mehr korrigierbar. Ein Beispiel für einen solchen verschleierte Entscheidungsprozeß stellte die Diskussion innerhalb der Berliner AL im Vorfeld der Reagan-Demonstration am 11. Juni auf dem Nollendorfplatz dar. Von der selbst immer wieder in Anspruch genommenen »demokratischen Transparenz« war dabei wenig zu spüren.

Von größerer Bedeutung ist aber die Reaktion auf die gegenwärtige Krise des Kapitalismus. Fraglich ist, ob die angesichts dieser Probleme zu entwickelnden Positionen wie Arbeitszeitverkürzung, Investitionslenkung und Vergesellschaftung in einem Bündnis mit den Grünen/Alternativen durchsetzbar sind. Die Verankerung dieser neuen Gruppierungen in der traditionellen Organisation der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaft, ist schwach. Ihre Wähler und Mitglieder bildeten in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre jenes Potential, das die SPD aus den neuen Mittelschichten für sich gewinnen konnte. Die bisher vorhandenen Vorstellungen über die zukünftige Wirtschaftsordnung sind oft rein gefühlsbetont und nicht selten in sich diffus. Sie reichen von rückwärtsgewandten romantischen Vorstellungen einer »Kreislaufwirtschaft« bis hin zu sozialistischen Konzeptionen. Nicht zuletzt von der Klärung in diesen Fragen wird es abhängen, ob Grüne/Alternative und eine wieder reformpolitisch orientierte Sozialdemokratie gemeinsam eine Öffnung nach links erreichen können. Ein formales Bündnis zu ungeklärten Zwecken, ohne gemeinsame Überzeugung als Grundlage, wird dagegen keinen Bestand haben.

Es gibt in der sozialistischen Bewegung viele verschiedene Positionen. Wer sie kennenlernen und sich ein Urteil bilden will, liest

positionen

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der POCH – Informiert über brennende Fragen des nationalen und internationalen Kampfes.

38/39 '82

Interview mit Volker Haupt und Manfred Rabatsch von der »Alternativen Liste« (Westberlin): Alternative, Grüne, Hausbesetzer, Friedensbewegung - bricht das Bonner Parteienkartell auf?

H. Hecht: Laßt uns doch in Frieden (Anmerkungen zur Friedensbewegung)

Dokumentation zur Polemik zwischen der »Prawda« und der KPI aus Anlaß der Ereignisse in Polen

Partei-Diskussion: Was heißt revolutionäre Politik in den 80er Jahren?

T. Heilmann: Blockfreiheit und revolutionäre Bewegung in der Schweiz

D. Vischer: Gedanken zu Fragen, die unsere Politik in der Schweiz betreffen

40/41 '82

W. Seitz: Exterminismustheorie — Anmerkungen zu einer Debatte in der Friedensbewegung

T. Heilmann: Ideologischer Klassenkampf: lediglich verbaler Schlagabtausch? (Zum Berliner Seminar über Probleme der Ideologieforschung)

Strategie-Diskussion

W.F. Haug: Für ein sozialistisches Projekt unter Bedingungen multizentrischer Politik

P. Mattmann: Eine neue Etappe des anti-kapitalistischen Kampfes

F. Witschi: Für ein aktives Kampfbündnis mit der 3. Welt

Rezension

T. Heilmann: Für einen sozialistischen Populismus (Anmerkungen zu Laclau)

36/37 '81

H. Hecht: Algerien: von der politischen zur wirtschaftlichen Befreiung (Bericht von einer Studienreise der POCH)

M. Schwahn: Randbemerkungen zum Gipfel von Cancun

A. Schwank: Rückschlag für die soziale Krankenversicherung

Interview mit G. Degen zur Pensionsalter-Initiative der POCH: »Diese Initiative hat uns gerade noch gefehlt!«

Partei-Diskussion

Was heißt revolutionäre Politik in den 80er Jahren?

T. Heilmann: Verschärfte Aggressivität des Imperialismus, neue Friedensbewegung, Blockfreiheit

D. Vischer: Gedanken zu Fragen, die unsere Politik in der Schweiz betreffen

6 Nummern/Jahr im Abo für Fr. 15.-
Einzelheft Fr. 3.-/Doppelheft Fr. 4.-
Bestellungen an: positionen,
Postfach 539, 8026 Zürich

Berichte

Wolfgang Zellner

Bundesdelegiertenversammlung des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB)

Unter Beteiligung von 450 Delegierten, Ersatzdelegierten und Gästen aus dem In- und Ausland fand vom 22. bis 24. Oktober in Hamburg die 23. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des SHB statt. Die Delegierten standen vor der Aufgabe, die Konsequenzen des drei Wochen vorher stattgefundenen Regierungsturzes einzuschätzen und die Kampfperspektive in den zentralen Feldern der gesellschaftlichen Auseinandersetzung unter Bedingungen einer Rechtsregierung zu beraten. Im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes heißt es dazu: »Die Bildung einer Rechtsregierung am 1. Oktober ist ein tiefer Einschnitt in der politischen Entwicklung der BRD. Sie zeigt, wie ernst es dem Monopolkapital mit der angestrebten Wende nach Rechts ist. Mit dieser Regierung ist eine neue Kräftekonstellation angetreten, die vollstrecken soll, was sozialliberale Koalitionen an verhängnisvollen Entwicklungen angelegt haben.« Der Sturz der sozialdemokratisch geführten Regierung wurde zurückgeführt auf die Tatsache, daß die Regierungs-SPD angesichts wachsender Aktionsbereitschaft ihrer eigenen Basis Schranken ihrer Integrationsfähigkeit erreicht hatte, daß andererseits die demokratische Bewegung noch zu schwach war, die Regierung zu einer anderen Politik zu zwingen. »Es geht für das Monopolkapital darum, zwei untrennbar miteinander verbundene Schlüsselentscheidungen für die BRD durchzusetzen, die zusammengenommen den Kern jener vielbesprochenen Wende ausmachen: Die Raketenstationierung und die umfassende Absicherung des Krisenabwälzungsprogramms zu Lasten der lohnabhängig Beschäftigten.« Es wurde hervorgehoben, daß es angesichts dieser zugespitzten Situation darauf ankommt, »Unterschiedlichkeiten und Gegensätze in die zweite Reihe zu verweisen und als allererstes den gemeinsamen Kampf zu führen: Geschlossen gegen Rechts!«

Der verabschiedete Antrag 1, »Den Frieden sichern — die Raketenstationierung verhindern!«, schätzt diese Aufgabe als prinzipiell lösbar ein: »Die Gefahr der Stationierung ist mit der Rechtsregierung zwar gewachsen, aber zugleich sind auch die Bündnismöglichkeiten gestiegen. Diese zu erschließen, setzt als erstes voraus, daß die Einheit der Friedensbewegung gewahrt wird, daß sich die Bewegung in ihrem Handeln auf die Hauptfrage konzentriert. Die Bündnismöglichkeiten ausschöpfen, das heißt, entschieden darum kämpfen, alle Kräfte, die nicht zum Hauptfeind — dem militärisch-industriellen Komplex der Monopole — gehören, zusammenzuschließen ... Dabei hängt die Kraft der Bewegung entscheidend vom Einfluß und der Kraft der Arbeiterklasse ab, hängt auch davon ab, inwieweit es gelingt, die Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu entwickeln, zu festigen und zu erweitern. Dieser Kampf ist ein Kampf um die Mehrheit der Bevölkerung, die schon heute vorhanden ist, aber noch nicht in ausreichendem Maße zur Geltung kommt ... Deshalb sagen wir, die Stationierung ist noch nicht 'beschlossene Sache' — wir können sie verhindern!« Betont wurde des Weiteren, daß der Kampf der Friedensbewegung in Westeuropa immer im Zusammenhang mit der freeze-Kampagne in den USA, dem antiimperialistischen Kampf in den Entwicklungsländern und der konstruktiven Friedens- und Entspannungspolitik der sozialistischen Länder zu sehen ist, die zusam-

mengenommen Bedingungen und Erfolgsmöglichkeit der Auseinandersetzung in der BRD wesentlich beeinflussen.

Der SHB will dazu beitragen, die Unterschriftensammlung für den Krefelder Appell zu verstärken, um bis zum Antikriegstag 1983 5 Millionen Unterschriften zu erreichen, den Krefelder Appell zur Volksabstimmung zu machen. Verbunden werden soll damit die Aktion »Macht unser Land atomwaffenfrei — Straße für Straße, Stadt für Stadt«. Mit Aktionen anlässlich der NATO-Ratstagung, dem 30. Januar 1983; mit Ostermärschen, dem 8. März; mit Friedenskonzerten, neuen Großdemonstrationen soll der Widerstand verstärkt werden. Hohe Bedeutung wurde dem Kampf der Frauen gegen ihre Einbeziehung in die Bundeswehr zugemessen. Eine positive Haltung nimmt der Antrag ein zu Aktionen »in den vorgesehenen Stationierungsgebieten, die die dort lebenden Menschen für die Friedensbewegung gewinnen, nicht stellvertretend handeln.« Insgesamt wurde herausgestellt, daß es darauf ankommt, einzelne Aktionsformen nicht gegeneinanderzustellen, sondern sie in ihrer Ergänzung zu sehen auf dem Hintergrund der Perspektive der politischen Verhinderung der Raketenstationierung.

Rotstift und Raketen sind — das wird in allen Beschlüssen hervorgehoben — zwei untrennbare Seiten derselben Krisenlösungsstrategie der Monopole. Der verabschiedete Antrag 6 enthält Thesen zur alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Beschlossen wurde ein umfangreicheres Programm zur Vertiefung der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion im SHB. Der SHB will sich aktiv an den Kongressen der VDS und der *spw* zu alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik beteiligen. Es wurde herausgearbeitet, daß der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Sozial- und Bildungsabbau auch der Hauptzugang der Arbeiterklasse zur Friedensfrage ist und daß es auch in den Studentenschaften keine gut verankerte Friedensarbeit ohne materielle Interessensvertretung gegeben kann.

Der spezifische Beitrag der Studentenbewegung zu einer anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik stand im Mittelpunkt des Antrags 2 zur Hochschulpolitik. Die Bafög-Pläne der Rechtsregierung wurden eingeschätzt als ein zentraler Hebel, den Einfluß der Monopole auf die Hochschulen drastisch zu erhöhen und eine weitreichende Umstrukturierung der Hochschulausbildung durchzusetzen. In der einstimmig angenommenen Resolution zu einer bundesweiten Bafög-Demonstration heißt es: »Bildung soll wieder das Privileg der Reichen werden. Die beabsichtigte Streichung des Schüler-Bafög und die Umstellung der studentischen Ausbildungsförderung auf Volldarlehen, würde insbesondere Kindern aus Arbeiterfamilien und Frauen den Zugang zu den Hochschulen weitestgehend versperren. Soziale Auslese würde die Voraussetzung zur Einführung des Elitenstudiums schaffen. Chancengleichheit, d.h. die Abkoppelung der Ausbildungsmöglichkeiten von der Brieftasche der Eltern, wie sie unter sozialliberaler Ägide ansatzweise verwirklicht worden ist, würde aus der bildungs- und gesellschaftspolitischen Landschaft der BRD verschwinden.« Mit großem Beifall wurde das Grußwort von Gerd Köhler, Mitglied im Hauptvorstand der GEW aufgenommen, der forderte, alles für eine »bärenstarke Bafög-Demo« zu tun; desgleichen ein Telegramm der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundstagsfraktion, in dem es heißt: »Erneuern wir das Bündnis für Chancengleichheit und Demokratisierung in Bildung und Ausbildung. In diesem Sinne bieten wir unsere volle Unterstützung an.« Weiter orientiert der hochschulpolitische Antrag auf die Aufstellung regionaler und örtlicher Hochschulförderungsprogramme und im Zusammenhang damit auf die Schaffung möglichst breiter Bildungsbündnisse aller Betroffenen.

Im Mittelpunkt des Antrags 5 »Praxisfeld Sozialdemokratie — unser aktiver Beitrag zur Stärkung der fortschrittlichen Sozialdemokratie« stand die Frage nach veränderten

Kampfbedingungen bei einer Oppositionsrolle der SPD. Dort heißt es: »Die anzustrebende Polarisierung innerhalb der Sozialdemokratie, speziell innerhalb ihrer Partei, wird in der Zeit, in der die SPD nicht Regierungspartei ist, allerdings nicht leichter sein, weil einerseits von Seiten des integrationistischen Flügels verbale Zugeständnisse an die Forderungen der demokratischen Bewegung zu erwarten sind und andererseits der gemeinsame — auch von Teilen der Parteiführung angestrebte — Kampf gegen Rechts durchaus vergessen machen kann, daß dieser notwendigerweise auch in der Partei stattfinden muß, da der integrationistische Flügel sowohl objektiv wie subjektiv ein Bestandteil des herrschenden Systems ist ... In diesen Auseinandersetzungen wollen und brauchen Marxisten in der SPD die Zusammenarbeit mit den Reformisten ... Ein linker Flügel in der SPD, der in der Lage ist, den politisch organisierten Teil der Massenbasis des integrationistischen Flügels für die eigenen Interessen zu mobilisieren, hat deshalb eine entscheidende Bedeutung für die Stärkung der demokratischen Bewegung insgesamt. Marxisten müssen hierbei das ideologisch und praktisch treibende Element sein.« Kriterium von Zusammenarbeit sollten die inhaltlichen Hauptfragen sein. Die notwendige Kraft muß hauptsächlich aus Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung kommen. Wir wollen die Einheit aller Linken, die in der außerparlamentarischen Bewegung gemeinsame Forderungen vertreten — und wir wollen, daß sie diese Positionen auch in den Parlamenten vertreten. Wir fordern alle Sozialdemokraten auf, vor allem diejenigen, die sich demnächst wählen lassen wollen, sich öffentlich zu den Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung und zur Zusammenarbeit mit allen linken Kräften in den Parlamenten zu bekennen. Und wir fordern alle demokratischen Kräfte auf, auch nach Wahlen bei dann geführten Gesprächen zwischen Parteien und Wählervereinigungen nicht still auf die Verhandlungen zu blicken, sondern in gemeinsamen Aktionen von linken Sozialdemokraten, Kommunisten, linken Liberalen, Grünen, Alternativen und anderen deutlich zu machen, was das Ziel solcher Verhandlungen sein muß: Die Zusammenarbeit auch in den Parlamenten gegen Rechts!«

Ausführlich beschäftigte sich der SHB mit der eigenen Verbandsarbeit und Verbandsgeschichte. »Seit 10 Jahren haben wir ein marxistisches Programm und das ist um so bedeutender, als es das einzige gültige Programm im Bereich der Sozialdemokratie der BRD. 10 Jahre marxistisches Grundsatzprogramm, das heißt: Als eigenständiger Verband in der Sozialdemokratie haben wir Fakten geschaffen und ein Fundament gelegt, haben wir marxistische Prinzipien und Strategien verankert, die heute unwiderruflich Bestandteil sind der Politik des SHB.« (Rechenschaftsbericht) Auf einer eigenen Veranstaltung im Rahmen der Bundesdelegiertenversammlung wurden die Entstehung des Grundsatzprogramms, seine ungebrochene Gültigkeit und seine Funktion als Basis der Entwicklung von aktuellen Positionen diskutiert. »Es ist erschütternd, mit welcher Präzision unser Programm zu einem Zeitpunkt der Prosperität die Verschärfung der kapitalistischen Krise in der BRD prognostiziert hat«, so Heinz Gerd Hofschens. Was Marxismus als Wissenschaft und praktisch-politische Leitschnur heute — gerade auch für Sozialdemokraten — bedeuten kann, soll auf einer Veranstaltung anläßlich des 100. Todestages von Karl Marx weiter diskutiert werden, die der SHB 1983 zusammen mit anderen marxistischen Sozialdemokraten abhalten will. In den Diskussionen wurde betont, daß die einheitliche programmatische und politische Grundlage des Verbandes die Voraussetzung ist, um organisatorisch geschlossen und wirkungsvoll zu arbeiten. Der Antrag 3 »Stärkt den SHB«, der ein Jahr lang diskutiert worden war und sowohl allgemeine Prinzipien der Organisationsarbeit marxistischer Sozialdemokraten wie konkrete Aufgabenstellungen enthält, wurde einstimmig verabschiedet.

Besondere Aufmerksamkeit wandte die o. BDV der Frauenarbeit zu. Im Antrag 4 »Für eine aktive Frauenpolitik des SHB« heißt es dazu: »Mit der Mitgliedschaft in einer marxistischen Organisation wie dem SHB ist der erste Schritt getan, um die Trennung von Produktion und Reproduktion, von Öffentlichkeit und Privatheit zu überwinden.« Gleichzeitig wird aber festgestellt: »Diese Diskussion wird fast ausschließlich von Frauen in den Verband eingebracht ... Das größte Problem im Bereich der Frauenpolitik besteht in der Regel darin, daß von Genossinnen und Genossen nicht erkannt wird, wie weitreichend die Diskriminierung von Frauen wirklich ist.« Gefordert wurde eine eigenständige Frauenarbeit, die »integraler Bestandteil der Verbandsarbeit sein muß.« Zu diesem Ziel wurde eine Reihe konkreter Maßnahmen verabschiedet.

In den Bundesvorstand wurden Uwe Bitzel (Dortmund), Christel Mutter (Hohenheim), Michael Weber (Marburg), Dietmar Zöller (Siegen), zu stellvertretenden Vorsitzenden Rolf Kleeberg (Bremen) und Angela Kroll (Hamburg) sowie zum Bundesvorsitzenden Wolfgang Zellner (Bonn) gewählt. Die Materialien der 23. o. BDV können gegen einen Kostenbeitrag bestellt werden beim SHB-Bundesvorstand, Meckenheimer Allee 152 in 5300 Bonn.

Jürgen Wasem

Kongreß »Zukunft der Arbeit«

Vom 8. bis 10 Oktober 1982 fand in den Räumen der Universität Bielefeld der Kongreß »Zukunft der Arbeit — Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung« statt. Veranstaltet wurde der Kongreß von einem Trägerkreis aus Grünen, GAL Hamburg, AL Berlin, Jungsozialisten, Falken, Jungdemokraten und der Initiative Demokratische Sozialisten; unterstützt von einem breiten Spektrum von Gruppierungen aus Bürgerinitiativen, verschiedenen Uni-ASTen, VDS, SHB bis zur SDAJ und DKP. Der Kongreß fand statt, eine Woche nachdem in Bonn die Konservativen und Reaktionäre dieses Landes an die Regierung gelangt sind. Gerade auch vor diesem Hintergrund war es wichtig und richtig, daß sich in Bielefeld Personen aus den unterschiedlichsten ideologischen und organisatorischen Lagern getroffen und miteinander diskutiert haben. Es war der Beginn eines Dialogs, der weitergeführt werden muß. In dieser Situation gilt es, gegenseitige Berührungspunkte und Vorurteile abzubauen und Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen. Solche Gemeinsamkeiten gab es auf diesem Kongreß, trotz aller unterschiedlichen Positionen und Ansätze: die Forderung nach einem Beschäftigungs-/Investitionsprogramm, Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, gemeinsame Gegenwehr gegen den Sozialabbau und eine Veränderung der Arbeitsbedingungen, ausgerichtet an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung. Ausdrücklich unterstützt wurden auch die gewerkschaftlichen Aktionen und Demonstrationen Ende Oktober/Anfang November.

Der Kongreß begann mit einer Podiumsdiskussion am Freitagabend. Bemerkenswert war, daß sich die Positionen der Referenten auf dem Podium (Gabi Potthast/Gewerkschafterin, Frauenbewegung; Irma Herman/Vertrauensfrau, ÖTV; Rudolf Hickel/Memorandum-Gruppe; Heinz Bollweg/TAZ;; Jo Leinen/BBU und Rainer Trampert/Betriebsrat) in wesentlichen Punkten annäherten: in der Analyse der gesellschaftlichen Situa-

tion vor dem Hintergrund der Regierungsübernahme durch die reaktionären Kräfte des Kapitals und in den wesentlichen Feldern der politischen Gegenwehr. Aber bereits im Anschluß an die Ausführungen der Referenten und noch stärker in der abschließenden Plenumsdiskussion am Sonntag wurde eine realitätsfremde gewerkschaftsfeindliche Haltung bei Teilen des grün/alternativen Spektrums deutlich, die davon ausgehen, eine Lösung der Probleme Massenarbeitslosigkeit und Umwelterstörung sei ohne oder gar gegen die Gewerkschaften möglich. Ein solches Vorgehen spielt — wenn auch subjektiv nicht gewollt — direkt den Rechtskräften in die Hände, die einzig und allein ein Interesse daran haben können, die Herausbildung von Gemeinsamkeiten zwischen der traditionellen Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen zu verhindern.

Es gab auf diesem Kongreß keine offizielle Beteiligung von Seiten des DGB. Man signalisierte wohl aus Düsseldorf ein Interesse an den Fragestellungen, die auf dem Kongreß diskutiert wurden, befürchtete jedoch, daß die Positionen des DGB nicht ausreichend eingebracht werden könnten. Gleichwohl waren auf dem Kongreß eine ganze Reihe von Gewerkschaftern — als Einzelpersonen; nicht in offizieller Funktion — anwesend.

Am zweiten Kongreßtag wurde in nahezu 30 Arbeitsgruppen über branchen-, sektor- und regionalspezifische Themenbereiche diskutiert. Das Hauptinteresse konzentrierte sich dabei auf die Arbeitsgruppen zu alternativen Zukunftsinvestitionsprogrammen/Beschäftigungsprogrammen, Formen der Arbeitszeitverkürzung und Sozialpolitik. Rechtzeitig zum Bielefelder Kongreß hatte eine Landesarbeitsgruppe Wirtschaft der Grünen NRW ein »Konzept gegen Arbeitslosigkeit« vorgelegt. Neben Forderungen zu Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich, auf die weiter unten noch näher einzugehen sein wird, steht im Mittelpunkt dieses Konzepts die Forderung nach einem »ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramm«, wie es auch in Bielefeld von den Grünen vertreten wurde. Die Investitionsbereiche (Energieeinsparung und alternative Energiegewinnung, öffentlicher Personennahverkehr, Wohnungsbau) decken sich nahezu vollständig mit den Vorstellungen der Jungsozialisten. Vernachlässigt wird bei den Grünen jedoch die entscheidende Gelenkstelle einer wirksamen Transformationsstrategie hin zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung: effektive Instrumentarien zur Steuerung der Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen. Ein weiterer Schwachpunkt ergibt sich bei der Finanzierung des von den Grünen konzipierten ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramms: ausdrücklich nicht berücksichtigt wird eine Umschichtung staatlicher Ausgaben vom Verteidigungshaushalt hin zu beschäftigungswirksamen und sozialpolitisch sinnvollen Ausgaben. Mit ihrem »ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramm« befinden sich die Grünen damit in verdächtiger Nähe zu dem sozialdemokratischen Orientierungsrahmen '85. Die Gemeinsamkeit beider besteht darin, daß sie keine realistische Transformationsstrategie zur Überwindung der kapitalistischen Profitlogik anbieten: man begnügt sich mit der Korrektur von »Auswüchsen« des Kapitalismus.

Zum Thema Arbeitszeitverkürzung wurde in Bielefeld von den Grünen die Forderung nach sofortiger Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich lediglich für untere und mittlere Einkommensbezieher erhoben. Der Lohnausgleich soll bei dieser Personengruppe über eine Entlastung von Steuern und Sozialabgaben und eine Höherbelastung der besser Verdienenden in Form eines »Solidaritätsbeitrages« finanziert werden. Dies läuft darauf hinaus, daß lediglich eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit und der vorhandenen Lohn- und Gehaltssummen zwischen den abhängig Beschäftigten vorgenommen wird. Diese »Defensivstrategie« verkennt die tatsächlichen Klassenaussetzungen zwischen Arbeit und Kapital und bedeutet eine — sicherlich nicht gewollte —

Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaften. — Einigkeit herrschte auf dem Kongreß darüber, daß ein gemeinsamer Widerstand aller Betroffenen, von Frauen und Männern, Arbeitenden und Arbeitslosen, Deutschen und Ausländern gegen den von staatlicher Seite betriebenen Sozialabbau notwendig ist. Wenn nun allerdings von Teilen des grün/alternativen Spektrums die Ansicht vertreten wird, Sozialleistungen sollten dezentral in Eigenhilfe organisiert werden, so ist dem entgegenzuhalten, daß es in der gegenwärtigen Situation nur um einen vorbehaltlosen Kampf um die vorhandenen Formen staatlich organisierter Sozialleistungen gehen kann. Mittel- bis langfristig ist jedoch durchaus eine stärkere »Eigeninitiative« anzustreben, in Form einer Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Arbeit und der Aufgabengebiete sozialpolitischer Institutionen und Organisationen durch die Betroffenen.

Als Fazit des Bielefelder Kongresses bleibt festzuhalten, daß die Grünen, aber auch andere alternative Wahlgruppierungen, schon seit einiger Zeit keine »Einpunktbewegungen« mehr sind. Dies zeigt sich auch daran, daß auf der nächsten Bundesversammlung der Grünen im November in Hagen als zentrales Thema Wirtschafts- und Sozialpolitik behandelt werden soll. Mit der Öffnung der Grünen hin zu neuen Politikbereichen werden natürlich auch die Möglichkeiten von Gemeinsamkeiten zwischen traditioneller Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen größer. Trotz der notwendigen Kritik an einer ganzen Reihe von Positionen und Vorstellungen der Grünen und der alternativen Wahlbewegungen gilt es, vor dem Hintergrund der Regierungsübernahme des Rechtskartells in Bonn, Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen, über das Trennende offen und solidarisch zu diskutieren. Nur in einem gemeinsamen Vorgehen, in gemeinsamen Aktionen von traditioneller Arbeiterbewegung, fortschrittlichen Liberalen und den neuen sozialen Bewegungen kann es gelingen, den Angriff des Rechtskartells in allen gesellschaftlichen Bereichen abzuwehren.

Petra Schonhey

Probleme des technischen Fortschritts in BRD und DDR

Bericht vom 2. spw-Leserseminar vom 25. bis 27.6.82 in Dümmlohausen

Intentionen dieses Seminars waren zum einen die Vertiefung und Erweiterung der theoretischen Positionen, die bereits im vorangegangenen Seminar erarbeitet wurden (vgl. Bericht von Wolfgang Killig und Petra Müller, in: *spw* 15, 1982, S.212ff.), sowie die Weiterführung der Debatte über die Positionen der DGB-Gewerkschaften zur Technologieentwicklung anhand der entsprechenden Anträge zum DGB-Bundeskongreß und der Einstieg in die Diskussion über wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der DDR. Die beiden letztgenannten Themen sind gerade in der Auseinandersetzung mit nicht-marxistischen Kräften von Bedeutung, weil diese ihre technologiefeindlichen Positionen der »Technologiegläubigkeit« des DGB und der sozialistischen Länder gegenüberstellen und aus der Kritik am wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Kapitalismus und von den scheinbar genauso schädlichen Wirkungen neuer Technologien im Sozialismus ihre Forderungen nach einer neuen »sanften« Technik ableiten. Da Gegenargumente und Gegenstrategien nur auf der Grundlage von Wissen entwickelt werden können, versuchen wir hier Positionen und Ist-Zustände kurz aufzuzeigen.

Forschung im Kapitalinteresse wird mit der Profitmaximierung betrieben, d.h. sie ist primär *nicht* bedürfnis- und arbeitnehmerorientiert. Diesen Zusammenhang ignoriert der DGB; er erkennt im Profitprinzip zwar die Ursache für die gegenwärtigen Krisenerscheinungen, zieht daraus aber keine Schlußfolgerungen, im Gegenteil: Neue Technologien und damit verbundene Rationalisierungsmaßnahmen werden als gegeben hingenommen (was die Auffassung von einer wertfreien Technik einschließt), allein die negativen Folgen sollen abgewehrt werden. Gerade in dieser Abwehr-Strategie entzieht sich der DGB seiner sozialen Verantwortung für die Arbeiterklasse, indem er nur Forderungen formuliert, die sich fast ausschließlich an den »Gesetzgeber« und die Regierung richten. Die Frage der Kampfbereitschaft der Gewerkschaften wird ausgeklammert, das Selbstverständnis des DGB läuft darauf hinaus, nur auf betrieblicher und kaum auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einzugreifen. Vereinzelt Unterstützungsaktionen von Arbeitsloseninitiativen und die Massendemonstrationen der letzten Wochen lassen schließen, daß die Gewerkschaften von ihrer selbstauferlegten Beschränkung unter dem Druck ihrer Basis abkommen. Insgesamt drücken die von uns diskutierten Anträge eine Krisenbewältigungsstrategie aus. Wir wollen ferner darauf hinweisen, daß entgegen der offiziellen DGB-Linie bestimmte Einzelgewerkschaften (z.B. IG Druck & Papier) durchaus fortschrittliche Positionen einnehmen, an die wir anknüpfen können.

Um den Folgen einer kapitalorientierten Technologieentwicklung *wirksam* begegnen zu können, muß wesentlich früher angesetzt werden:

1. Der Verinnerlichungsprozeß einer 'naturgewollten', anarchistischen Technologieentwicklung wird in den Schulen eingeleitet; Unternehmervertreter, Bundeswehrbeauftragte u.a. halten regelmäßig sogenannte Informationsstunden ab, die Gewerkschaften sind kaum anzutreffen.

2. Arbeitnehmerorientierte Hochschulen wurden vom DGB sträflich vernachlässigt. Studenten, die an der Forschung beteiligt sind, müssen zukünftig wieder stärker in die gewerkschaftliche Arbeit eingebunden werden, um wissenschaftliche Alternativen zu entwickeln.

Auch hier muß also eine Umorientierung zu gesamtgesellschaftlichen Prozessen stattfinden.

Grundlage für unsere Diskussion über wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der DDR waren Auszüge aus R. Deppe/D. Hoß: *Sozialistische Rationalisierung — Leistungs-politik und Arbeitsgestaltung in der DDR* sowie H. Nick: *Rationalisierung in neuer Dimension*. Anhand dieser Texte erarbeiteten wir die unterschiedlichen Problemlagen und Zielsetzungen von Rationalisierung und Technologieentwicklung im Kapitalismus und im Sozialismus. Nicht alle unsere Fragen zur sozialistischen Rationalisierung konnten wir klären, da uns keine Informationen über den aktuellen Stand der praktischen Umsetzung der Planungen zur Verfügung standen. Der folgende Teil stellt Situation und Ziele der Technologieentwicklung in der DDR dar und enthält unsere Kritik an Innovationen, mit denen wir im Rahmen der kapitalistischen Rationalisierung negative Erfahrungen gesammelt haben. Diese Kritik stellt nicht die Errungenschaften des sozialistischen Gesellschaftssystems (z.B. im Qualifikations- und Mitwirkungsbereich) in Frage, wenn man etwa im krassen Gegensatz hierzu die Folgen von Rationalisierung und Technologieentwicklung im Kapitalismus vor Augen hat. Radikaler Sozialabbau, eine fortschreitende Intensivierung der Ausbeutung und eine gigantische Verschwendung von Produktivkräften sind nur einige dieser Auswirkungen (vgl. *spw* 2 und 10).

Auch in der DDR lautet die ökonomische Strategie für die 80er Jahre Rationalisierung.

Hierfür gibt es drei gleichwertige Zielvorgaben: Produktivitätssteigerung; Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen; Umweltschutz. Nick grenzt den Rationalisierungsbegriff ein, indem er ihn nicht auf die Ausdehnung der Produktionsfelder bezieht, sondern in erster Linie auf Intensivierung des Vorhandenen, also: Vervollkommnung und Modernisierung bestehender Betriebe, bessere Nutzung des Anlagevermögens (Schichtarbeit?!), Einsparung von Energie und Material, was die Freisetzung von Arbeitskräften in der materialherstellenden Industrie nach sich zieht. Er spricht von Effektivitätssteigerung der vergegenständlichten und der lebendigen Arbeit (ohne das zu konkretisieren). Intensivierung ist zwangsläufig ökonomisches Primat angesichts des herrschenden Arbeitskräftemangels; pro neu geschaffenen Arbeitsplatz muß mindestens einer eingespart werden, um die Produktion zu sichern.

Körperlich-schwere und geistig-monotone Arbeiten sollen durch Industrieroboter, Mikroelektronik und Rechentechnik reduziert werden, ein Ziel, das bisher nur ansatzweise erreicht wurde. Die offiziellen Stellungnahmen dazu sind äußerst unbefriedigend: Die hohe Kapitalintensität und die stark gestiegenen Fixkosten neuer Technologien würden immerhin ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein des einzelnen erfordern. — In unseren Augen wird die Arbeit eines Maschinenbedieners nicht dadurch weniger stupide, daß die Maschine teurer ist. Im Gegenteil: Sowohl die Polarisierung zwischen Expertengruppen und den mit Routinearbeiten Beschäftigten als auch die Schematisierung und Systematisierung der Arbeitsvollzüge im Instandhaltungsbereich bedingen keinesfalls die notwendige Arbeits- und Leistungsmotivation. Ein großer Teil Unzufriedenheit entsteht auch aus der zwar erworbenen, aber nur sporadisch abgerufenen Qualifikation, die in 20% der Arbeitszeit notwendig ist. Der daraus resultierende 'Schlendrian' mit all seinen Negativauswirkungen für den Produktionsprozeß wird als Problem erkannt, was sich u.a. darin widerspiegelt, daß Nick die »Anreicherung der Arbeit mit geistig-schöpferischen Elementen« für erforderlich hält. Leider erläutert er das nicht näher.

Ein weiteres Argument für ein hohes Qualifikationsniveau lautet, daß Bildung nicht nur im Produktionsbereich umgesetzt werden soll, sondern im Privatbereich. Das Konzept der »produktiven Freizeit« wirft die Frage auf, ob in absehbarer Zeit Arbeitszeitverkürzung in Sicht ist. Selbst wenn das der Fall sein sollte, darf dies aber nicht dazu führen, daß berufliche Unterforderung im Freizeitbereich kompensiert werden soll. — Beide Texte geben keine Auskunft über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen: Wurden die neu entstandenen Arbeitsplätze auf ihre physischen und psychischen Auswirkungen auf die Beschäftigten — z.B. bei Bildschirmarbeitsplätzen — hin untersucht? Da die Freisetzung von Arbeitskräften notwendig und möglich ist (1/3 der Arbeitsplätze in der Industrie können durch Roboter ersetzt werden), stellt sich die Frage, wie die betroffenen Arbeitnehmer in andere Produktionsbereiche umgesetzt werden. Nehmen sie ihrer Qualifikation entsprechende Arbeitsplätze ein, werden sie umfangreich fortgebildet bzw. umgeschult etc.? Nick erwähnt das Petrochemische Kombinat Schwedt, das mit dem Programm »Weniger produzieren mehr!« Arbeitsplätze in großen Dimensionen eingespart hat, weniger durch neue Investitionen als durch »Erweiterung der Bedienzonen«. Nick wertet das positiv als »Bereicherung des Arbeitsinhalts«, wir sehen darin eine zusätzliche Belastung des einzelnen. Ähnlich funktioniert das »Komplexprogramm zur effektiveren Gestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens« im VEB Kombinat Robotron, Dresden: Durch wirksamere Anwendung des Leistungsprinzips werden Arbeitskräfte umgesetzt. Langfristiges Ziel ist die Verbesserung der Arbeitsinhalte, die die vorhandene Bildung ausschöpfen. Jeder neu geschaffene Arbeitsplatz soll grundsätzlich der Facharbeiterqualifikation entsprechen.

Drittes Ziel der sozialistischen Rationalisierung ist der Umweltschutz, die Verbindung zwischen umweltschonender und effektiverer Produktion ist der Idealfall. Erste Erfolge sind sichtbar: So wurde im Kombinat Leuna »Walter Ulbricht« eine Produktivitätssteigerung bei absoluter Senkung des Energiebedarfs erzielt. Wird aber eine umweltschonende Produktionsweise auch dann durchgeführt, wenn die Effektivitätssteigerung niedriger ausfällt?

Laut Deppe/Hoß herrscht in der DDR ein neutrales, systemunabhängiges Technologieverständnis vor, die wissenschaftlich-technische Entwicklung folgt ihrer eigenen Logik. Diese Auffassung teilen wir nicht. Sie begründet die technologische Parallelentwicklung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Es geht also nicht um die Entwicklung von Alternativtechnologien. Langfristig soll die vollautomatisierte Produktion erreicht werden, um die unterschiedlichen Rationalisierungsgrade auszugleichen, also verstärkte Maßnahmen im Hilfs- und Montageprozeß. Die Aufwendungen für Wissenschaft und Technik sind von 2,15% (1965) auf 4,3% des Nationaleinkommens (1981) gestiegen. Erst die vollautomatisierte Produktion wird den Bedürfnissen der sozialistischen Persönlichkeit gerecht: »Der Mensch ist nicht mehr ein in den technologischen Ablauf integriertes Element. Er tritt, wie Marx sagt, aus dem Produktionsprozeß heraus, wird sein Regulator und Wächter, statt sein Agent zu sein.« (Deppe/Hoß) Den Maßnahmen im Hilfs- und Montagebereich sind ökonomische Grenzen gesetzt; es stellt sich die Frage, ob körperlich-schwere Arbeiten auch dann wegrationalisiert werden, wenn dies mit Effektivitätssteigerung nicht zu vereinbaren ist.

Sozialistische Rationalisierung wird »vom bewußten Schöpferum der Werktätigen« getragen. Nick meint damit die Gemeinschaftsarbeit zwischen Forschern, Arbeitern und Ingenieuren, ohne sie allerdings praxisbezogen zu erläutern. Jeder Werktätige kann seine Ideen und Vorschläge in die Forschung einbringen, wissenschaftliche-technische Aufgaben werden aus den Erfordernissen der Produktion abgeleitet: Die Technik ist in den Produktionsprozeß integriert. Rationalisierungsmittel werden unter Beteiligung der Werktätigen entwickelt und gebaut mit dem Ziel der quantitativen Erweiterung und der qualitativen Verbesserung der Werkzeuge. Beispielhafte Leistungen wurden von dem schon erwähnten VEB Kombinat Robotron, Dresden, erbracht: Die Arbeitskräftestruktur wurde derart verändert, daß man jetzt erhebliche Erfolge im Rationalisierungsmittelbau verzeichnen kann. Derartige Maßnahmen erfordern die Qualifikation der Beschäftigten und fördern Arbeits- und Leistungsmotivation. Territoriale Rationalisierung ermöglicht die optimale Nutzung der bestehenden Betriebe und Dienstleistungseinrichtungen durch zielgerichtetes Zusammenwirken der örtlichen Staatsorgane mit Einrichtungen und Betrieben der verschiedenen Zweige. Vorrangig geht es um die Verbesserung der Lebensbedingungen (erhöhte Konsumchancen, umfassende Bildungs- und Erholungsmöglichkeiten etc.). So wird in der Stadt Brandenburg die Abwärme des Stahlwerks zum Beheizen von Wohnungen und Betrieben verwendet. Schwerpunktmäßig wird auch hier Rationalisierungsmittelbau betrieben. So bauten in Mühlhausen 1974 acht Betriebe Rationalisierungsmittel in einem Wertumfang von 1 Mio. Mark, 1978 waren es schon 21 Betriebe (von 43) mit einem Wertumfang von 5,8 Mio. Mark. Territoriale Rationalisierung bedeutet effektivere Nutzung der bestehenden Kapazitäten, erhöhte Produktion von Rationalisierungsmitteln, wissenschaftlich-technische Hilfe für Klein- und Mittelbetriebe.

Jürgen Blume und Dieter Scholz

Arbeitstagung: »Frieden ist machbar«

vom 30.-31. Oktober in Westberlin

Auf Einladung der Berliner Jungsozialisten und der Zeitschrift *spw* trafen sich Ende Oktober 1982 in Westberlin Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen aus der Friedensbewegung, Gewerkschafter und linke Sozialdemokraten, um über die zukünftigen Perspektiven der Friedenspolitik zu beraten. An der Tagung beteiligten sich ca. 300 Personen.

Nach kurzen Begrüßungsbeiträgen durch Heinz Albrecht (*spw*-Mitherausgeber), Monika Buttgerit (Landesvorsitzende der Berliner Jusos) und Norbert Meisner (stellv. Landesvorsitzender der Berliner SPD) beschäftigte sich Klaus-Peter Wolf (Mitherausgeber der *spw* sowie Mitglied in den Landesvorständen der Berliner SPD und Jusos) in seinem Einführungsreferat mit Grundfragen von Krieg und Frieden aus Sicht marxistischer Sozialdemokraten und mit den neuen Bedingungen für eine Friedenspolitik nach dem Bonner Regierungswechsel. Grundsätzlich ist für Wolf der Frieden heute angesichts vielfacher Overkill-Kapazitäten keine »Klassenfrage im engeren Sinne« mehr. Der Friedenskampf erlaube — so auch die *Herforder Thesen* — ein Bündnis mit prokapitalistischen Kräften. So habe man von der berechtigten Existenz verschiedener Positionen in der Friedensbewegung auszugehen. Unter der neuen Rechtskoalition drohe der Vollzug der NATO-Beschlüsse sowie die Gefahr einer zunehmenden Kriminalisierung der Friedensbewegung. Andererseits biete sich für Gewerkschafter und Sozialdemokraten die neue Chance, ohne Rücksicht auf »Regierungszwänge« an ihre antimilitaristische Tradition anzuknüpfen. Wolf plädierte für eine Wiederbelebung der Entspannungspolitik, die u.a. das Ziel haben muß, amerikanischen Versuchen einer Destabilisierung der SU entgegenzuwirken: »Eine destabilisierte SU wird kaum in der Lage sein, eine friedensfördernde Außenpolitik zu betreiben. In einer als extrem bedrohlich angesehenen Situation wird die UdSSR womöglich eine aggressive Politik betreiben, die sie selbst als defensiv begreift, die in der Auswirkung zweifelsohne bedrohlich für den Weltfrieden sein kann.« Das Eingreifen der SU in Afghanistan sei als Vorläufer solchen Verhaltens zu verstehen. Um derartige Entwicklungen zu verhindern, müssen insbesondere auch von der Friedensbewegung neue Impulse für die Entspannungspolitik gegeben werden. Außerdem muß die Frage von Krieg und Frieden grundsätzlich mit der »sozialen Frage« verknüpft werden. In die beiden genannten Richtungen ist eine Weiterentwicklung des Grundkonsens in der Friedensbewegung notwendig, ohne ihre Autonomie zu gefährden. »Die Friedensbewegung darf von niemandem vereinnahmt werden!«

Das erste Plenum beschäftigte sich mit der Frage: »Muß die Friedensbewegung über den bisherigen Grundkonsens hinausgehen?« Strässer (Jungdemokraten) betonte, daß der Kampf gegen neue Atomraketen im Vordergrund stehen müsse. Darüber hinausgehende Fragen, wie »atomwaffenfreie Zonen« und »alternative Sicherheitspolitik« dürften aber trotzdem nicht aus der Diskussion ausgeblendet werden. Wichtig sei für die Friedensbewegung der Zusammenhang mit anderen sozialen Bewegungen. Die FDP sei im Moment der gefährlichste Gegner der Friedensbewegung in der BRD. Diese versuche sich rechts von der CDU zu profilieren und orientiere auf eine dauerhafte Rechtskoalition, die die Aufrüstung rigide vorantreibe. Hoplitschek (Bundesvorstand Die Grünen) polemisierte gegen ei-

ne Einengung der Friedensbewegung auf den Krefelder Appell, der auf Verhandlungen der Supermächte setze und damit in der Logik der Herrschenden bleibe. Die von der traditionellen Friedensbewegung verfolgte Strategie des Unterschriftensammelns könne die politischen Eliten nicht beeinflussen und übersehe, daß es militärisch-industrielle Komplexe in beiden Blöcken gebe. Sein Schluß: Der Krefelder Appell sei »in seiner Substanz politisch überholt«. Dagegen trete er für eine neue Friedensbewegung ein, die nicht-staatlich, internationalistisch, antimilitaristisch und mit keiner Supermacht loyal sei. Veerkamp (ESG) warf Hoplitschek vor, daß er die in der Friedensbewegung existierenden Realitäten (Pluralismus) nicht zur Kenntnis nehme. Meng (Jusos Hessen) betonte gegen Hoplitschek die Bedeutung der Verhinderung der Mittelstreckenraketenstationierung, hielt aber auch den Minimalkonsens für zu dürftig. Friedensfähigkeit müsse auch heißen, daß man diskutiert, ohne sich unbedingt auf »Formelkompromisse« zu einigen. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft, Bodo Schümann, forderte die »Aushebelung« des NATO-Doppelbeschlusses und hob die Wichtigkeit der Entspannungspolitik hervor, da Kalter Krieg die Kriegsgefahr unermeßlich steigern würde. Auf das Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensbewegung ging Horst Meyer (HBV-Vorsitzender Hamburg) ein. Innerhalb der Gewerkschaften erhält die Frage von Abrüstung und Friedenssicherung immer größere Bedeutung. Aufgrund dieser innergewerkschaftlichen Diskussion haben die Spannungen gegenüber der Friedensbewegung deutlich abgenommen.

Arbeitsgruppe 1: Das Thema war der Zusammenhang von staatlicher Aufrüstungspolitik und Sozialabbau sowie Fragen möglicher Gegenwehr durch Gewerkschaften und Friedensbewegung. Als Kristallisationspunkt dieser Debatte entwickelte sich die Frage nach der Bedeutung von Rüstungskonversion, d.h. die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion als Element demokratischer Wirtschaftspolitik. Die Bedeutung von Rüstungsproduktion hat u.a. auch aus ökonomischen Gründen in den letzten Jahren wieder zugenommen, da konservative Regierungen versuchen, über staatliche Rüstungspolitik ihre nationalen Volkswirtschaften zu stabilisieren. (Huffschmid, Universität Bremen) Die Widersprüche dieser Politik in friedenspolitischer, ökologischer und auch ökonomischer Hinsicht, führen aber immer stärker zu der Forderung, die Rüstungsproduktion auf Friedensproduktion umzustellen. In den Gewerkschaften wird diese Diskussion insbesondere auch aufgrund zunehmender Arbeitsplatzvernichtung in der Rüstungsindustrie geführt. Diese Tendenz wird sich ab 1984/85 noch erheblich verstärken, da die Wirtschaftskrise aufgrund auslaufender Beschaffungsprogramme, Finanzkrisen des Staates und zunehmender Weltmarktkonkurrenz bei Rüstungsgütern auf die Rüstungsindustrie unmittelbar übergreifen wird (Rodejohann, Sprecher der BIFIAS). Seitens der anwesenden Betriebsratskollegen aus Rüstungskonzernen (Ehmcke, Bremen; Wenzel, Berlin; Scheerer, Ulm) wurde auf die Schwierigkeit der Umsetzung von Konversionskonzepten verwiesen, die immer auf den Widerstand der Firmenleitungen treffen. Gegenüber den betroffenen Kollegen, die oftmals Berührungängste mit der Friedensbewegung haben, sind Konversionsvorschläge nur zu vertreten, wenn sie folgende Gesichtspunkte berücksichtigen: 1. Die alternativen Produkte müssen Absatzchancen haben. 2. Der bestehende Maschinenpark muß unverändert benutzbar sein. 3. Das Produktionsniveau muß dem bisherigen Stand entsprechen, um Dequalifikation der Kollegen zu verhindern. 4. Es dürfen keine Arbeitsplätze in anderen Bereichen und Regionen vernichtet werden (Wenzel). Umstritten war die Frage, welche Bedeutung der Rüstungskonversion für eine demokratische Wirtschaftspolitik zukommt, da sie allein Arbeitsplatzabbau nicht verhindern kann. Wurde die

Konversion daher teilweise nur als ein Element neben vielen anderen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen gesehen, betonte Huffschmid abschließend, daß Rüstungskonversion eine besondere Bedeutung habe, da sie unter dem Druck von hoher Arbeitslosigkeit die Kollegen davor schützen soll, sich für Rüstungsproduktion mißbrauchen zu lassen. An der Plenums-Diskussion beteiligten sich außerdem der SPD-Bundestagsabgeordnete Egert, Lange (ÖTV Berlin) und Krusewitz (Öko-Institut Freiburg, *spw*-Redaktion).

In der *Arbeitsgruppe 2*, »Grundzüge einer alternativen Sicherheitspolitik«, hob Dieter Lutz (Institut für Friedensforschung Hamburg) die Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Sicherheitssystems heraus und entwickelte »systemimmanente Alternativen«. Sein Konzept fordert u.a. einen Verzicht der Großmächte auf Destabilisierung der jeweils anderen Seite und die frühzeitige politische Lösung von Konflikten in der III. Welt. Gegen die Konzepte der »Raumverteilung« und »sozialen Verteidigung«, die er für unzureichend hält, favorisiert Lutz kollektive Sicherheitssysteme mit dem Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung, die Partei für die III. Welt nimmt und eine demokratische und ökologische Lebensweise verwirklicht. Offen blieb die Frage, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen solche Alternativkonzepte durchsetzbar wären. Die Diskussion kreiste im folgenden um das Problem, in welchem Verhältnis die Debatte um die langfristigen Alternativen zum Nahziel der Raketenstationierung stehen solle. Pausch-Gruber (stellvertretende AsF-Bundesvorsitzende) referierte die Position der sozialdemokratischen Frauen, die sich primär gegen den Doppelbeschluß richtet, darüber hinaus aber »atomwaffenfreie Zonen« und die Umstellung auf Defensivwaffen anstrebe. Flankierend hält sie es für wichtig, den Widerstand gegen »Zivilschutzmaßnahmen« zu organisieren. Kindsmüller (Bundvorsitzender SJD Die Falken) kritisierte Kohls Äußerung: »Kernpunkt deutscher Staatsräson ist die NATO« und forderte dazu auf, die Frage der Selbständigkeit bundesrepublikanischer Politik innerhalb der NATO zum Ansatzpunkt der Auseinandersetzung mit der neuen Rechtsregierung zu machen. Weiterhin beteiligten sich an der Podiumsdiskussion Ingrid Kurz (Hamburger Forum) und Anton Guha (Journalist).

In der *Arbeitsgruppe 3*, »Aufgaben der Friedensbewegung ein Jahr vor der Raketenstationierung«, wurde zunächst über die künftige Zusammensetzung der Friedensbewegung diskutiert. Eva Quistorp (BBU) warnte eindringlich davor, daß die SPD die Friedensbewegung für ihre Ziele vereinnahmt. Mechthild Jansen (»Frauen in die Bundeswehr — Nein«, KoFAZ) betonte die Notwendigkeit, Gewerkschaften und SPD für den Kampf gegen die Raketenstationierung zu gewinnen, da ohne diese Organisationen die Lösung des »Schlüsselproblems der Friedenspolitik« nicht möglich ist. Fritz Teppich (Friedenskoordination Berlin West) mahnte, daß eine Spaltung der Friedensbewegung verhindert werden muß. Im weiteren ging es um mögliche Widerstandsformen. Pfälzische Genossen berichteten von Aktionen, die sie durchführten: So wiesen sie mit Osterspaziergängen in der Nähe der Baustellen auf die Gefahr alliierten Rechts (Schußwaffengebrauch) hin oder setzten ihre Kommune mit der Forderung nach »atomwaffenfreien« Partnerstädten (z.B. in England) unter Begründungszwang. Allgemein wurde in dieser Debatte betont, daß die Widerstandsformen der Notwendigkeit der Verbreiterung der Friedensbewegung gerecht werden müssen und die Friedensbewegung sich keiner Kriminalisierung aussetzen darf. Als Aktionsform ist eine Integration von weiteren Unterschriftensammlungen unter den Krefelder Appell, Aktionen für atomwaffenfreie Zonen, Ostermärschen bis hin zu konkreten Widerstandsformen vor (Stationierungs-)Ort sinnvoll. Der Jurist Küchenhoff rief dazu auf, die juristische Problematik der Stationierung stärker zu beachten. So bleibt zu

prüfen, ob die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der BRD nicht die grundgesetzlich verankerte »Unversehrtheit der Person« verletze. Am Beispiel von Bauplatzbesetzungen könne geklärt werden, ob ein »Widerstandsrecht« wirklich vorhanden sei.

Die Diskussion in der *Arbeitsgruppe 4*, »Blockübergreifende Friedensbewegung oder unterschiedliche nationale Bedingungen für den Friedenskampf«, gliederte sich in zwei Diskussionsabschnitte. Im ersten Teil über »nationale Bedingungen« benannte Zellner (Bundesvorsitzender SHB) die Gründe für die Stärke der Friedensbewegung in der Bundesrepublik. Diese Gründe sind neben bestimmten ideologischen Bedingungen und der Konzentration auf die Gegnerschaft zum NATO-Doppelbeschluß insbesondere die Ende der 70er Jahre begonnene Zusammenarbeit zwischen Ökologie- und Friedensbewegung, die durch das Aufgreifen des Themas Atomrüstung durch die Ökologiebewegung möglich wurde. Zum Problem »blockübergreifender Interessen« der Friedensbewegung sagte Gerd Weisskirchen (SPD/MdB), daß diese zwar durch die gemeinsame Bedrohung durch den Atomtod bestünden, lehnte aber Neutralismusvorschläge als illusionär ab. Statz (AL) warnte davor, den »blockübergreifenden« Charakter zur Bedingung für den Friedenskampf in der Bundesrepublik zu machen. Vielmehr müsse einseitig in Westeuropa angefangen werden. Nur dann, wenn wir hier einseitige Abrüstungsschritte erreicht hätten, könnten wir moralisch gerechtfertigte Schritte von der Sowjetunion fordern. Sie ist dann auch real an ihrem Verhalten zu überprüfen. Damit ist trotz unterschiedlicher Positionen zur Sowjetunion ein gemeinsames Handeln möglich. Mayr (AL) vertrat die These, daß die DDR-Friedensbewegung dieselben Probleme hätte, wie die Friedensbewegung hier. Es gäbe gemeinsame Ziele, die nicht mit den Interessen einer der beiden Blöcke übereinstimmen. Kurt Neumann (SPD/MdB Berlin) hingegen lehnte die Bezeichnung »Friedensbewegung« in diesem Zusammenhang ab. Es gehe vielmehr um eine Art »Bürgerrechtsbewegung«, die sich gegen die mangelnde Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie in der DDR wende.

In der *abschließenden Podiumsdiskussion*, »Perspektiven der Friedensbewegung und die Rolle der SPD«, kritisierte Schily (AL-Berlin) linke Sozialdemokraten, die fortschrittliche Positionen zur Friedenspolitik verträten, im Bundestag aber anders abstimmten. NATO- und Warschauer Vertragsländern warf er vor, beiderseits dem Gleichgewichtsdenken verhaftet zu sein. Er schlug vor, die Abschreckungsdoktrin zu verabschieden und an ihre Stelle eine »Politik der Anfreundung« zu setzen. Olaf Scholz (Juso Bundesvorstand) teilte Schilys Analyse nicht und wies darauf hin, daß man angesichts der geplanten Mittelstreckenraketenstationierung (Erstschlagskapazität) nicht mehr von »Gleichgewichtsdenken« und »Abschreckungsdoktrin« sprechen könne. Hier ginge es um einseitiges Vormachtstreben der NATO. Voigt (SPD/MdB) warnte die SPD davor, die Friedensbewegung zu integrieren. Punktuelle Zusammenarbeit wäre im Bereich »Entspannungspolitik« und »chemische Waffen« möglich. Durch seine folgende Ausführung: die SPD dürfe ihre Position zum NATO-Doppelbeschluß nicht irgendwelchem Oppositionsopportunisten opfern, wurde der »Ködercharakter« seiner vorherigen Ausführungen aber deutlich. »Politische Mehrheiten sind für die Sozialdemokratie nur im Angehen von ökonomischen und sozialen Problemen erreichbar«. In seinem Schlußwort hob Wolf (*spw*/Jusos) nochmals hervor, daß die SPD nur eine Chance hat, »Mehrheiten links von der CDU« zu bilden, wenn sie ihre Position zum NATO-Doppelbeschluß revidiert.

Fazit: Erstmals ist der Versuch gewagt worden, das gesamte linke Spektrum der Sozialdemokratie mit anderen Teilen der Friedensbewegung zusammenzuführen und thematisch die »Knackpunkte« der Friedensdiskussion gemeinsam aufzugreifen. Nach der Initiierung

des Bielefelder Appells war dies damit die zweite größere Initiative marxistischer Sozialdemokraten, die Kooperation zwischen Friedensbewegung und Sozialdemokratie zu fördern. Dieses Bemühen »von unten« kann kaum hoch genug eingeschätzt werden, da sich große Teile der SPD mehr aus taktischen Gründen gegenüber der Friedensbewegung öffnen und ihre Lernfähigkeit noch nicht unter Beweis gestellt haben. Unumstritten war daher auch die Auffassung, daß die Friedensbewegung gegenüber der SPD autonom bleiben muß. Verlangten Sozialdemokraten dies aber generell, ist sehr zweifelhaft, ob dies von allen Vertretern der Grünen für ihre Partei auch so gesehen wird. Mehrheitlich sprachen sich die Teilnehmer außerdem dafür aus, den Grundkonsens (Verhinderung der Stationierung) zu erhalten und ihn nur *einvernehmlich* weiterzuentwickeln.

Dennoch ist ein inhaltliches Resümee der Tagung schwierig. Dies ist durch den Diskussionsverlauf und teilweise wenig hilfreiche Diskussionshaltungen begründet. So wurde von allen Teilnehmern ungenügend auf die inhaltlichen Vorschläge der Veranstalter in Form des vorher verschickten *spw*-Extra: »Frieden ist machbar« und das Einleitungsreferat von K.P. Wolf eingegangen. Dabei ging es nicht um eine erwartete »Würdigung«, sondern um die Einheitlichkeit eines Diskussionsprozesses, der ohne gemeinsamen Bezugspunkt in unvermittelte Teilaspekte zerfiel. Dazu kam teilweise eine Diskussionshaltung, die dem pluralistischen Charakter der Tagung nicht entsprach, da sie mehr die Form politischer Bekenntnisse hatte, als sich differenziert mit Gegenpositionen auseinanderzusetzen, um ein Jahr vor der drohenden Stationierung ggf. Ansatzpunkte für gemeinsames Handeln stärker herauszuarbeiten. Diese Kritik gilt gerade auch für marxistische Sozialdemokraten, die in diesem Sinn zu wenig »hegemoniale Politik« praktizieren. Probleme gemeinsamen Zuhörens und Redens zeigen nur, daß nicht genügend Veranstaltungen dieser Art stattfinden.

Briefe an Redaktion und Autoren

Betr.: Traditionalistische Fehlschlüsse in der Einschätzung der Grün-Alternativen durch Beling/Scholz/Schulze in spw 16

Welchen Beitrag können sich selbst als Marxisten verstehende Sozialdemokraten zur Herstellung eines stabilen gesellschaftlichen Bündnisses zwischen grün-alternativer Bewegung und der Sozialdemokratie leisten? Meine Hoffnung, auf diese Frage in dem Aufsatz »Die Hamburg-Wahl und die Grün-Alternativen — ein Signal für die Sozialdemokratie« der Hamburger Jungsozialisten Beling, Scholz und Schulze (spw 16, S.289-294) eine Antwort zu bekommen, blieb nicht nur unerfüllt, sondern schlug zudem in Enttäuschung über jene jungen Sozialdemokraten um, denen ihr dogmatisches Festhalten an Juso-Positionspapieren der 70er Jahre noch immer die Möglichkeit versperrt, zur theoretischen Fundierung und praktischen Realisierung eines »rot-grünen« Bündnisses beizutragen.

Die Autoren hätten die Chance gehabt, exemplarisch anhand der politischen Situation in Hamburg einerseits die inhaltlichen Differenzen zwischen SPD und GAL (bei den Problemen Hafenerweiterung, Elbsanierung, Brokdorf und Hausbesetzungen) und andererseits die Interessen der verschiedenen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie nachzuzeichnen und auf ihre Verallgemeinerbarkeit hin zu überprüfen, um daraus strategische Vorschläge für das weitere innerparteiliche Vorgehen zu entwickeln. Aus Hamburg erfährt man jedoch nur, daß die GAL ca. 600 Mitglieder hat, daß sie von über den »Klose-Sturz« und die »SPD-Politik in Bonn« (290) enttäuschten Bürgern gewählt wurde, und daß es »in Teilbereichen inhaltliche Übereinstimmungen zwischen SPD und GAL« (294) gäbe; der wesentlich ausführlichere Teil des Aufsatzes besteht jedoch aus einer willkürlichen Aneinanderreihung verschiedener, meist unbewiesener Vorwürfe gegen die »Grünen« als bundesweite Organisation — und leider auch gegen ihre Wähler und Anhänger.

An dieser Stelle seien die wichtigsten Gründe für die Wahlerfolge der GAL in Hamburg und der »Grünen« in anderen Bundesländern noch einmal kurz zusammengefaßt:

- Der Legitimationsverlust der »Volksparteien«, die gerade in der ökonomischen Krise nicht mehr in der Lage sind, die sozialen Folgen kapitalistischer Modernisierung zu kontrollieren.
- Die negativen Erfahrungen vieler aktiv in der Bürgerinitiativbewegung engagierter Menschen mit der »Sachzwang« — und Stellvertreterpolitik von SPD, CDU und F.D.P., speziell beim Kampf gegen AKWs und andere umweltzerstörende Großprojekte (z.B. Startbahn-West).
- Zunehmende Zweifel in allen Bevölkerungsschichten an der von den etablierten Parteien propagierten Abschreckungslogik als Mittel der Friedenssicherung.
- Der allgemeine (zunächst unbestimmte) Protest gegen die abgehoben von der Bevölkerung operierenden Politiker aller drei »staatstragenden« Parteien, deren praktisches Wirken bestenfalls noch als »Verhalten ohne Zukunftsperspektive« empfungen wird.
- Die Veränderung des in der BRD traditionell staats- und parlamentsfixierten Politikverständnisses durch die »neuen sozialen Bewegungen« hin zu mehr Selbstverwaltung und Selbstbestimmung.
- Die Ablösung der Wohlstandsideologie der 50er und 60er Jahre durch eine mehr auf Lebensqualität, Emanzipation und menschliche Kommunikation ausgerichtete »Seins«-Philosophie (nicht »Gürtel-enger-schnallen-Ideologie«) bei großen Teilen des Bildungsbürgertums und der Jugend.

Beling/Scholz/Schulze nun führen all diese komplexen Motive und Gründe darauf zurück, »daß zunehmend auch die sozialen Zwischenschichten von den Auswirkungen der kapitalistischen Krise und ihren Folgen für Frieden und Umwelt betroffen werden« (290). Die Wähler der Grünen werden getreu der »marxistischen« Methode des Klassenreduktionsismus pauschal als »kleinbürgerliche Kräfte« bezeichnet und zudem beschuldigt, »vor Jahren von nicht gerade fortschrittlichen Positionen her konservative oder rechtssozialdemokratische Positionen unterstützt« (290) zu haben — als ob eine Veränderung aus sozialistischer Sicht etwas negatives wäre! Die Enttäuschung über die eigene politische Erfolglosigkeit (oder besser: Hegemonieunfähigkeit) wird nicht zugegeben oder gar aufgearbeitet, sondern soll durch das Abarbeiten am nächsten Ziel überwunden werden: Um zu verhindern, daß die grünen Wähler »in das Lager der Rechtskräfte abdriften«(!), müsse versucht werden, sie »für sozialistische Positionen zu gewinnen« (290). Alle Sozialisten in der grün-alternativen Bewegung werden den Hamburger Juso-Genossen für diesen strategischen Hinweis dankbar sein!

Doch nun zum Haupt-Kritikpunkt, den die Autoren an die Adresse der »Grünen« richten: Bei ihrer Argumentation gegen die grün-alternative Unterbewertung der »arbeitenden Bevölkerung in einer kapitalistischen Gesellschaft« als »dasjenige Subjekt ..., ohne das der Kapitalismus nicht beseitigt und Reformen nicht erkämpft werden können« (291), unterliegen sie unbewußt der rechtssozialdemokratischen Trennung von Ökonomie und Ökologie, wenn sie den »Grünen« vorwerfen, sie gäben mehrheitlich »der Kritik an 'Wachstum' und 'Industrialismus' den Vorrang vor der Kritik an den Produktionsverhältnissen« (290), während sie selbst die Prioritäten in fataler Analogie zum Löwenthal-Papier genau andersherum setzen. Meiner Ansicht nach stehen Sozialisten heute vor der sicherlich schwierigen Aufgabe, die Kritik am ungezügelter, nicht-gebrauchswert-orientierten Wachstum der Produktivkräfte und dem fortschrittsgläubigen kapitalistischen Industrialismus mit einer Kritik an den Produktionsverhältnissen zu verbinden. Mit dieser Perspektive vor Augen halte ich auch die Behauptung für falsch, daß »die Grün-Alternativen auf die Arbeiterklasse nicht mehr setzen wollen« (291); vielmehr konnten sie *noch nicht* auf die Arbeiterklasse setzen, weil sie als Teil und Produkt der Ökologiebewegung bei der rechtssozialdemokratisch dominierten organisierten Arbeiterbewegung bisher auf wenig Gegenliebe und Interesse gestoßen sind. In dem Maße, in dem sich fortschrittliche Gewerkschafter und junge Arbeiter aus dieser rechtssozialdemokratischen Hegemonie lösen können (die Vielzahl der oppositionellen Listen bei den Betriebsratswahlen der letzten Jahre, der gewerkschaftliche »Aktionskreis Leben« und die Wahlaufufe von Gewerkschaftern für die Grünen/Alternativen in Berlin 1981 und Hamburg 1982 sind Beispiele dafür), um so schwerer wird es den »Grünen« fallen, »Abschied vom Proletariat« (Gorz) zu nehmen — und einen um so höheren Stellenwert wird die Diskussion über ökonomische Probleme bei den »Grünen« bekommen. Mit dem Bielefelder »Kongreß der Arbeit« und dem am 12. November von der Bundesdelegiertenversammlung zu verabschiedenden Wirtschaftsprogramm sind die »Grünen« inzwischen im Begriff, das »Stadium einer Ein-Punkt-Partei« (290) zu verlassen.

Daß momentan »die ökonomische Struktur der BRD-Gesellschaft nicht im Mittelpunkt grün-alternativer Strategien« (290) steht, ist einer der Lehren, die die »Grünen« aus dem Scheitern der APO, der K-Gruppen und der Erfolglosigkeit der DKP- und Juso-Politik in den 70er Jahren gezogen haben. Denn eine Partei braucht nicht nur Endziele, sondern auch realistische Ansatzpunkte, um eine Politisierung voranzutreiben. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß zwischen den ersten lokalen Arbeiterzusammen-

schließen in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts und dem Gothaer Programm der SPD von 1875 fast 40 Jahre lagen.

»Es ist Aufgabe der Parteilinken, die inhaltliche Plattform für eine solche (grün-sozialdemokratische, M.H.) Zusammenarbeit und für eine grundlegende Veränderung der SPD zu liefern« (294), schreiben die Autoren am Schluß ihres Aufsatzes. Ich hoffe, in einer der nächsten *spw*'s eine Einschätzung von Beling, Scholz und Schulze über die Möglichkeiten eines Eingehens der SPD auf die Hauptforderungen der Grün-Alternativen zu lesen, als da wären: Ausstieg aus der Atomenergie und der NATO-Vorrüstung und (speziell auf Hamburg bezogen) Elbsanierung, Fallenlassen der Hafenerweiterungs-Pläne, Rücknahme der Sparbeschlüsse und Legalisierung von Hausbesetzungen.

Michael Hanke (Berlin/West), Mitglied im Delegiertenrat der Alternativen Liste (AL)

Betr.: Bild der Frau in der Matriarchatsforschung von Beate Wagner in *spw* 14

Der Leser des Artikels von Beate Wagner zum Bild der Frauen in der Matriarchatsforschung wird auch nach mehrmaligem Lesen und Durcharbeiten eher verwirrt als in den Sachverhalt eingeweiht sein. Neben groben Fehlern wie z.B. die im ersten Absatz dargelegte These, daß erst die reproduktive Arbeit die produktive ermögliche, bestehen weite Teile des Beitrags aus Andeutungen und Halbheiten.

In der »derzeitigen Konjunktur von Matriarchatsmythen« die ideologische Ergänzung zur Herausdrängung der Frau aus dem Erwerbsleben zu sehen — was z. Zt. von den Konservativen propagiert wird —, ist kurzgeschlossen. Matriarchatsforschung, also die Forschung über eine gesellschaftliche Vormachtstellung der Frauen, ist von Konservativen als völlig absurd erklärt worden. Sie, die Frauen am liebsten an Heim und Herd verbannen würden, bestreiten heftig, daß Frauen aufgrund ihrer biologischen und psychischen Organisation je in der Lage sein werden, gesellschaftliche Macht auszuüben.

Ethnologen, Historiker und Feministen, die im Bereich der Matriarchatsforschung arbeiten, stellen Geschlechterverhältnisse als veränderbar dar. Sie in einen Topf mit Konservativen zu werfen, ist in keiner Weise gerechtfertigt. Wenn Beate Wagner ihnen ein mehr oder weniger offengelegtes Verständnis von der Natur der Frau unterstellt (S. 82, Mitte), sollte sie zumindest verraten, welches; doch dies bleibt der Phantasie des Lesers überlassen, und der vermutet: ein schlimmes! Desweiteren wird sich der interessierte Leser fragen, welchen Zeitraum meint Beate Wagner mit der vorindustriellen Welt, in die Bachofen die Herrschaft der Frau verlegte, und welcher Zeitraum ist das »antike Griechenland«, in dem sich der Übergang vom Matriarchat zum Patriarchat vollzogen hat? Die Zeit, die ich als antikes Griechenland kenne, ist die patriarchalische Sklavenhaltergesellschaft. Sieht man von sämtlichen Halbheiten des Wagnerbeitrags ab, so bleibt immer noch die Verärgerung über die mehr oder weniger versteckten Abwertungen und Beleidigungen. Sie, die doch bedauert, daß gerade nüchterne und rationale Analysen kaum gelesen werden, kann nicht umhin, Lesern von Bornemans Patriarchat Orientierung auf den Mann vorzuwerfen. Das ist eine tendenzielle Entmündigung.

Wenn Beate Wagner Borneman vorwirft, seine Arbeit ziele nicht auf die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse, unter denen Frauen stehen, sondern auf die Entwicklung menschlicher Liebesverhältnisse, dann kann ich mich nur verwundert fragen, ob Frau Wagner glaubt, Sexualität und Liebe seien nicht gesellschaftlich? Welche zentrale Rolle sexuelle Entfremdung für die Persönlichkeitsbildung und Herrschaftsstabilisierung bildet, haben marxistische Wissenschaftler schlüssig nachgewiesen. Die Kritik an Borneman, daß er die

Beziehung eher als statische Abbildungstheorie, als als marxistische Dialektik sieht, halte ich für richtig. Ehe man jedoch Borneman vorwirft, sich wie ein hemdsärmeliger Sexualprophet auszunehmen, sollte man die Stichhaltigkeit der eigenen Argumentation überprüfen. Warum die Redaktion es für nötig befunden hat, im Vorspann des Interviews mit Borneman auf die Kritik von Wagner hinzuweisen, ist mir bei den Mängeln und Verdrehungen des Beitrags unverständlich. Vielleicht kann man der Redaktion zugute halten, daß die wenigsten über den Sachverhalt Bescheid wissen. Beate Wagners Beitrag gründlich zu kritisieren, würde den Rahmen eines Leserbriefes sprengen, da sich neben den Fehlern ein durchaus umstrittenes Emanzipationskonzept in ihrem Artikel verbirgt. Vielleicht ist diese Auseinandersetzung in den nächsten Heften weiterzuführen.

Katharina Gröning (Heidelberg)

Betr.: Konsumierung und Verdauung von *spw* 16

Nach vollständiger Konsumierung der *spw* 16 will ich Euch doch ein paar Eindrücke zu den verschiedenen Beiträgen dieses Heftes zukommen lassen. Diese Eindrücke können für sich nicht in Anspruch nehmen, sich mit jedem Artikel inhaltlich auseinander zu setzen, wollen dies auch gar nicht, sondern sollen vielmehr stichpunktartig, in der Form eines Streiflichtes Gutes und Schlechtes aufzeigen! Beginnen möchte ich mit dem Schwerpunkt. Aus dem angekündigten Schwerpunkt »Frankreich« ist wohl aus Enttäuschung (s. Artikel von Peter Jansen zur französischen Wirtschaftspolitik) ein europäischer Rundumschlag geworden, auch gut! Die teilweise doch ganz anständige Qualität der Artikel im Schwerpunkt (mehr dazu später) läßt auch von der Substanz nicht den Eindruck entstehen, daß es sich hier um einen Lückenbüßer handelt, daß Thema »Wirtschaftspolitik und Arbeiterbewegung in Westeuropa« ist ohne Zweifel über solche Spekulationen erhaben, denn es war von nöten. Zur Einzelkritik: Der Artikel von Peter Jansen »Gesellschaft mit beschränkter Handlungsfähigkeit« gibt einen sinnvollen Überblick über die bisherige französische Wirtschaftspolitik, er tut dies in der notwendigen Komprimiertheit, ohne sich allerdings in Form oder Gehalt auf Ebenen zu begeben, die dem allgemeinen Verständnis nicht mehr zuträglich wären, mit anderen Worten: gut. Aber der Artikel leistet keine Einordnung in den internationalen und nationalen politischen Rahmen, er kann dies von seiner Konzeption wahrscheinlich auch nicht (Fragment vom Frankreich-Schwerpunkt?). Es erscheint mir trotzdem aber nicht ausreichend, fast nur die harten wirtschaftspolitischen Tatsachen zu präsentieren, ohne den politischen Einflüssen genauere Beachtung zu widmen. Das gleiche Versäumnis kann man in Sachen Innenpolitik ankreiden: Welchen Diskussionsprozessen unterliegt die Wirtschaftspolitik in den Gewerkschaften, der KPF, den Linken innerhalb der Sozialistischen Partei, welche Einflußmöglichkeiten haben sie? Das alles sind Fragen, die offen bleiben, aber von politischer Bedeutung sind, einmal zur genaueren Analyse der Situation in Frankreich, möglicherweise aber auch im Hinblick auf unsere politische Arbeit. Nachholen!!!

»Kontrastprogramme gegen ...« von Thomas Schlüter leistet die theoretische Einordnung der Wirtschaftspolitik in Großbritannien, die tatsächliche Bezugnahme auf England stellt sich aber im Hinblick auf Fakten als sehr dünn da. Dies muß kein Fehler sein, denn Wiederholungen in Sachen Monetarismus können in der dargebotenen, relativ einfachen Form nie schaden, aber neue politische Ausblicke werden damit nicht eröffnet. Dies gilt auch für den zweiten Teil des Aufsatzes über die »Alternative Economic Strategy«. Man hätte gerne gewußt, von wem diese »Strategy« in der Labour Party diskutiert wird. Wenig

orientierend ist aber hier die unreflektierte einfache Wiedergabe der geplanten Politik. Es wird einfach eine Wirtschaftspolitik aufgerollt und mit verniedlichenden Kommentaren versehen, die aber überhaupt nicht an den globalen kapitalistischen Voraussetzungen ausgerichtet ist, oder gar auf solcher Grundlage eine marxistische Kritik vornimmt. Ein Aufsatz mit solch einem marxistischen Tiefgang fällt inhaltlich und von der Qualität aus dem Rahmen des diesmaligen Schwerpunktbereiches! »Italien: Wirtschaft ...« so sollten alle Artikel sein! Thomas Bieling schafft es, komprimiert und gut verständlich die wichtigen Grundlagen und Strukturen der italienischen Wirtschaft darzustellen, ohne aber ganz die politischen Hintergründe im gewerkschaftlichen und sozialistischen Lager zu vergessen. Zwar wäre auch hier eine Einordnung Italiens in die kapitalistische Welt sinnvoll und nützlich gewesen, aber sonst fällt mir zu diesem Beitrag, auch von seinen politischen Wertungen nur löbliches daran auf.

Eine theoretische Kriseneinordnung, kann bei vielen auch ... male nichts schaden, aber leider kommt die Einschätzung über den normalen Bereich des schon gebotenen nicht heraus. Wenn aber hinzukommt, daß die Interessen der Monopole an dieser Krise nicht klar benannt werden — nämlich Wettbewerbsverbesserungen durch Zerstörung von Produktionsmitteln im Bereich der Klein- und Mittelindustrie —, so kann diese Einschätzung von Jörg Goldberg keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Aus seiner »Analyse« hätte zumindest eine umfassende Kritik gerade an der sozialdemokratischen und sozialistischen Krisenbewältigungspolitik folgen müssen, um daraus dann analytisch scharf sozialistische Perspektiven und Forderungen für unsere Politik zu formulieren, die über eine einfache Krisenbewältigung hinaus gehen. Aber, ...!

Nun zu den übrigen Beiträgen, die außerhalb des Schwerpunktes liegen; beginnen möchte ich hier mit den Aufsätzen und Dokumenten zur Historie (warum sind die Artikel nicht hintereinander in der *spw* abgedruckt?). »Das Wirken von ...« ist vom Inhalt in doppelter Art und Weise interessant, weil er einmal weitere Informationen über die jungsozialistische Bewegung in der Zeit Weimar gibt, aber auch weil er die politische Praxis noch einmal verdeutlicht, mit der man gegen die Linken in der Endphase 1928-32 umgegangen ist. Die Vermittlung und Reflektierung von Geschichte — und besonders der eigenen — ist ein Zeichen höherer menschlicher Kultur. Wenn die Vermittlung dann noch in einer Form wie in diesem Fall erfolgt, dann mehr davon! Das gleiche gilt auch für den Artikel »Aus grauer Städte Mauern ...«, die Forderung nach einer regelmäßigen Aufarbeitung der jungsozialistischen Geschichte ist eigentlich schon Kommentar genug. Träume von einer »umnebelten« Arbeiterkultur reichen nicht, den Genossen muß vermittelt werden, wie so etwas aussehen kann, und eine Möglichkeit kann hier unsere eigene Geschichte sein! »Den Jungen« als Dokumentation aus dem Archiv zu verkaufen, ist vielleicht etwas dünn. Der Artikel von Franz Lepinski hätte und sollte auch Platz in einer umfassenden Analyse der Juso's in Weimar (Buch?) finden, aber an dieser Stelle in *spw* wäre das klare Aufrollen der Juso-Bewegung aus dem heutigen Erkenntnisstand sinnvoller gewesen, da informativer. Frank Heidenreichs »50 Jahre danach — ...« bringt keine originellen neuen Aspekte, die die Vergangenheit aufleuchten könnten, er zeigt aber in welcher Weise heute von Historikern der Sozialdemokratie Geschichte behandelt wird. Eine Aufbereitung von offizieller sozialdemokratischer Geschichtsschreibung ist sicher zur gänze in *spw* nicht leistbar, aber anhand von Einzelbeispielen kann dies doch immer wieder lehrreich für Genossen sein, die sich sonst nicht so mit Geschichte befassen; besondere aktuelle Anlässe wird es gerade im nächsten Jahr viele geben.

Den Kommentar zum Bundeskongreß zähle ich noch unter das Kapitel Historie. Ich

muß mich verbessern, der Kommentar ist keiner, sondern nur ein Bericht, und dazu ein schlapper! Antragsberatung und Vorstandswahlen sind ja ganz nett und interessant zu lesen, aber eine realistische und harte Einschätzung des Juso-Verbandes, wie sie an dieser Stelle nötig gewesen wäre, fehlt vollkommen, und was dann am Ende als politische Perspektive verkauft wird, ist mehr als arm! Was in diesem Artikel, zudem sogar von drei Leuten, verzapft wurde, weiß jeder mittelmäßige Funktionär, und das Wiederholen von Phrasen, die dann als Perspektiven verkauft werden, ist schon fast desorientierend! So hätte zu Beginn eine Einschätzung der Juso's mit nachfolgender Analyse und ein Aufzeigen von Gründen und Schuldigen sicher mehr zur Beleuchtung der momentanen Situation beigetragen als diese schwache Wiederholung von Anträgen und Wahlen.

Der Bereich »aktuelle Kommentare« wird nur sehr bedingt seinem Anspruch gerecht, aktuell zu sein, weil er leider weder absolut »up to date« ist, noch richtungswesend ein strittiges Thema aufgreift. Wenn K.P. Wolf den Völkermord im Libanon einordnet, so stellt dies wahrlich nichts Neues unter den Linken in der BRD dar, nicht einmal ein neuer origineller Gedanke ist zu finden. Dieser Aufsatz macht leider den Eindruck, daß man einfach noch was zu dem Konflikt im Libanon schreiben wollte, dies sollte in Zukunft nicht das inhaltliche Konzept von *spw* bestimmen!

Die differenzierte Akzentsetzung von Knut Krusewitz für die Argumentation von Sozialdemokraten in der Friedensbewegung sollte eigentlich Selbstverständlichkeit sein, ist es aber nicht, deshalb gut und hilfreich. Besser für die Genossen »vor Ort« wäre es zweifellos gewesen, wenn man zu der politischen Argumentation noch eine »technische« hinzugefügt hätte, das heißt einmal waffentechnisch-defensive Rüstung und technische Unterlegenheit —, aber auch eine Auflistung der Aktivitäten der SU in Sachen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Bei dem Rest des Artikels frage ich mich allerdings, ob man sich immer und immer wieder die gleichen Sachen und Ratschläge geben lassen muß; zudem stellt sich für mich die Frage, was an diesem Beitrag »aktuell« ist. Was für Teile des vorhergehenden Beitrag galt, trifft leider für den Aufsatz zur Operation '83 von Egon Lutz zur Gänze zu! Der Artikel hätte sich als sehr gutes Hilfsmittel für die praktische Arbeit herausstellen können, wenn er eine vollständige Liste der Haushaltsoperation'83 geboten hätte, hat er aber nicht, deshalb hilft er genau so wenig weiter wie alle vorhergehenden. Es gilt hier wie auch bei dem Beitrag zum Libanon, daß »aktuelle Kommentare« nicht unbedingt durch eine besondere Kürze und Oberflächlichkeit auffallen

Mit großem Interesse habe ich mich auf den Artikel von Beling/Scholz/Schulze über die Situation zwischen SPD und GAL in Hamburg gestürzt in der Hoffnung, nun mal was von Linken über die politischen Entwicklungen in der Hansestadt zu erfahren. Doch Pustekuchen! Nicht die spezifische Situation Hamburgs steht im Mittelpunkt sondern ein bundesrepublikanischer Rundschlag zum Verhältnis SPD-Grüne, zudem ein eher magerer und unzureichender! Von dem ersten Modellfall auf Landesebene, wo Sozialdemokraten gezwungen sind, mit Grünen zusammen zu reden, erfährt man dagegen nichts, was man nicht schon gewußt hätte. Schade, denn das ist es, was die Basis zur Argumentation braucht. Eine bundesrepublikanische Einordnung und Klärung des Verhältnisses zu den Grünen fehlt weiterhin, ist aber zumindest für die Realität dieses Jahrzehnts dringend nötig. — Den Beitrag von Christoph Butterwegge zur DS finde ich sehr erfreulich, nicht durch den Inhalt, sondern durch die Tatsache seiner Anwesenheit. Inhaltlich erscheint es mir nicht sehr sinnvoll auf den Artikel einzugehen. Aber warum, wenn ich diesen Beitrag als Belebung der Diskussion richtig verstanden habe, warum dann keine Erwiderung, warum dann die Diskussion nicht ganz offensiv aufnehmen?

Schade, daß man nicht den Artikel von Schöler/Zimmermann mit dem von Egon Lutz zur Operation '83 kombiniert hat, denn dann hätte man einen Argumentationszusammenhang hergestellt, der gerade die aktuelle Situation aufgegriffen hätte. Aber trotz dieser verpaßten Chancen, noch aktueller in die Diskussion einzugreifen, faßt dieser Beitrag vieles sinnvoll zusammen und macht daraus eine Perspektive für reformistische Politik in der BRD für die 80er Jahre. Daß dies in einer klaren und verständlichen Form geschieht, ist um so löblicher. Der einzige argumentative Fehler steckt in dem Verweis auf Frankreich im Hinblick auf die apostrophierten Ziele einer fortschrittlichen Politik, denn einmal vertritt die französische Linksunion nicht alle Positionen, die von einer linken Politik von Schöler/Zimmermann für die BRD gefordert werden, und zweitens wird nicht beachtet, daß parlamentarische Mehrheiten nicht auch gleich die Durchsetzung von systemgefährdenden Reformen ermöglicht.

Andreas Ruck hat sicher in Sachen chemische Kampfstoffe handwerklich ordentliches abgeliefert, aber nicht umsonst warnen wir schon seit geraumer Zeit vor einer globalen US-Strategie, mit der militärischen Zielsetzung wieder stärkste Macht auf dieser Welt zu werden. Doch wo bleibt das bei Andreas? Zudem erscheint mir dieser globale politische Aspekt wesentlich entscheidender für eine Zeitschrift wie *spw* als militärtechnische Fragen.

Zu ... Albers, Lienker und Westphal: Man weiß ja nicht erst seit gestern, daß die Einschätzung zu den Ereignissen in Polen gerade bei den marxistisch orientierten Jungsozialisten und SPD-Genossen zwischen Papst und Stalin und somit meist zwischen Glaubensbekenntnis und Platitüde bewegt. Hier bildet zumindest die Analyse eine (angenehme) Ausnahme von dem bisher produzierten, in der Weise, daß man zwar Faktoren und Kräfteverhältnisse aufzeigt, diese aber nicht vorschnell und »unwissenschaftlich« deutet. Die Aussagen über die ökonomische Zukunft Polens haben den Fehler, daß man das Modell Ungarn nahezu unkritisch als positiv einschätzt, ohne dabei in Frage zu stellen, ob mehr Kapitalismus in Polen wirklich die Probleme lösen wird, denn Ungarn strotzt ja nun wahrlich nicht vor ökonomischer Potenz. Die Frage nach der fehlenden Reflexion stellt sich für mich ebenfalls, wenn die Dezentralisierung begrüßt wird, denn dadurch werden noch keine Planungsfehler beseitigt. Zur ökonomischen Stabilisierung kann nur mehr Sozialismus in der Wirklichkeit und in den Köpfen der Menschen helfen, eine »Neue Ökonomische Politik« a la Lenin wird längerfristig in Polen dem Sozialismus mehr Boden entziehen als gewinnen. Es ist zu hoffen, daß die Polendiskussion begleitend zur weiteren polnischen Entwicklung fortgeführt wird.

Aus dem Ergebnis der einzelnen Betrachtungen der Artikel aus *spw* 16, jetzt noch zum Gesamteindruck. Die letzte Nummer ist von der Form (Länge und Stil der Artikel) einer der Besten, das gilt auch für die Auswahl der Themen und für einen Teil der Beiträge. Diese Anhäufung von Lob bedeutet aber nicht, das *spw* die Vollendung erreicht hat. Dazu wird es noch einiger Ausgaben bedürfen, aber der richtige Weg scheint mir eingeschlagen, wenn man in der Zukunft auf ein paar Dinge achtet, die *spw* nicht unbedingt zum Verkaufsschlager werden lassen: Artikelschreiben darf von der Länge und der Form nicht zu einer persönlichen Selbstbefriedigung ausarten; *spw* muß auch in Zukunft Informationen und Einschätzungen geben, die es anderswo nicht gibt; die Balance zwischen reiner Theoriediskussion und Beurteilung der Situation der Arbeiterbewegung und deren Kämpfe. Wenn man dies beherzigt, so sollte *spw* aus den nächsten Jahren gestärkt und mit einem größeren politischen Gewicht herausgehen. Ich werde auch in Zukunft Eure/Unsere Zeitung mit großem Interesse verfolgen und ... auch einmal wieder mit der schärfsten Waffe der Juso-Bewegung, dem Leserbrief, zuschlagen! Ulrich Lünstroth (Gütersloh)

Besprechungen

Jürgen Baumgarten (Hrsg.): Linksozialisten in Europa. Alternativen zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien, Junius-Verlag, Hamburg 1982 (250 S., br., 24,-DM)
Am 20. März dieses Jahres haben die Teilnehmer des »Recklinghauser Forums« mehrheitlich beschlossen, die Umwandlung der »Initiative Demokratische Sozialisten« in eine neue, sozialistische Partei in die Wege zu leiten. Dieser Parteigründungsprozeß sollte jeden an sozialistischer Politik in der Bundesrepublik Interessierten veranlassen, sich mit dem zur gleichen Zeit herausgekommenen Buch zu befassen. Da die alte Frage: »Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?«, das heißt keine große, einflußreiche sozialistische Arbeiterbewegung, wie sie nach dem marxistischen Katechismus dem Entwicklungsgrad des dortigen Kapitalismus »entspräche«, für die Bundesrepublik auf die Tagesordnung gesetzt ist, kann es nicht schaden, sich ein wenig in den europäischen Nachbarländern umzuschauen, in denen es auch in der Nachkriegszeit sozialistische Parteien neben Sozialdemokratie und organisiertem Kommunismus gegeben hat und gibt. Zur Klärung der Bedingungen und Chancen für eine neue sozialistische Partei in der Bundesrepublik beizutragen, ist die erklärte Absicht des Junius-Verlages.

In dem Band sind Originalbeiträge versammelt, die im Laufe des Jahres 1981 als Information für außenstehende, deutsche Leser geschrieben wurden, die mit der politischen Geschichte und politischen Kultur der behandelten Länder nicht vertraut sind. In den Beiträgen überwiegt daher die sachliche Information. Behandelt werden die »Il Manifesto«-Gruppe und die Partei der Proletarischen Einheit (PdUP) in Italien, die Vereinigte Sozialistische Partei (PSU) in Frankreich, die Sozialistische Volkspartei (SF) in Norwegen, die Sozialistische Volkspartei (SF) und die Linksozialisten (VS) in Dänemark, die Pazifistisch Sozialistische Partei (PSP) in den Niederlanden sowie die zahlreichen Organisationen der Linken zwischen Sozialistischer und Kommunistischer Partei in Portugal. Ein Beitrag über die Progressiven Organisationen (POCH) der Schweiz fehlt leider. Dazu kommt ein Beitrag von rein historischem Interesse über die internationalen Organisationen und Organisationsversuche der Linksozialisten in der Zwischenkriegszeit, ein kurzer historischer Versuch über die Frage, warum aus dem administrativ herbeigeführten Abbruch der eurokommunistischen Entwicklung in der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) 1969/70 keine neue linksozialistische Partei hervorging und ein Beitrag von Arno Klönne über die Mißerfolgsgeschichte des Linksozialismus in Westdeutschland von 1945 bis heute. Die Autoren sind dem deutschen Leser in der Regel unbekannt, die Verlagsmitteilungen über die Autoren zu spärlich, um dem abzuhelpen. Es sind in der Mehrheit politisch engagierte Journalisten, zwei professionelle Historiker und nur ein — allerdings eher antitypischer — deutscher Professor. Einige — leider nicht alle — Beiträge haben am Schluß spezielle Literaturhinweise für deutsche Leser. Adressen der behandelten Organisationen, über die weitere Informationen zur erhalten sind, werden leider nur bei zwei Beiträgen angegeben. Die Beiträge über Norwegen, Dänemark, die Niederlande und Frankreich enthalten Tabellen über Mitgliederzahlen und/oder Wahlergebnisse der betrachteten Organisationen — allerdings ohne Quellenangaben und ohne Vergleichszahlen etwa über Regional- und Gemeindewahlen, über den politischen und gewerkschaftlichen Organisationsgrad im betreffenden Land usw.

Bei aller Verschiedenartigkeit haben die behandelten sozialistischen Parteien einige Stärken und Schwächen gemeinsam, die vermutlich auch Stärken und Schwächen einer bundesdeutschen Neugründung sein werden. Sie sind Spaltungsprodukte der alten, etablierten

Arbeiterparteien bzw. eine nachträgliche Vereinigung solcher Spaltungsprodukte. Daher spielt das Verhältnis zur Sozialdemokratischen und/oder Kommunistischen Partei für sie eine überragende Rolle. Gleich, wie sie sich selbst sehen, ob als »Gewissen« und »Mahner«, der von außen eine Veränderung der alten Parteien herbeiführen will, ob als Kern einer neuen Einheit, ob als Beginn einer neuen politischen Bewegung, die sich von der »traditionellen« Arbeiterbewegung bewußt trennt, keine hat bislang die Hegemonie der alten Parteien über die Arbeiterbewegung bzw. die politische Linke gefährden können. Es ist ihnen wohl gelungen, Protestwähler aus den Reihen der Stammwähler dieser alten Parteien anzuziehen, aber auch das bislang nur in Hochkonjunkturperioden.

Sie sind in ihren Ländern anerkannte politische Faktoren innerhalb wie außerhalb der politischen Institutionen, aber es ist auffallend undeutlich, wen sie eigentlich repräsentieren. Avantgarden wollen sie nicht sein, Arbeiterparteien sind sie nicht, proletarische Gruppen finden sich in solchen Parteien sehr oft nur als oppositionelle Minderheit, und die gelegentliche Anziehungskraft solcher Parteien für Gruppen der industriellen Facharbeiter beruht augenscheinlich auf der persönlichen Popularität einzelner Führer in ihren Reihen. Studenten und akademisch Ausgebildete sind in der Mitgliedschaft dieser Parteien meist überrepräsentiert, darum sind es aber noch keineswegs »Studentenparteien«. In der Mitgliedschaft z.B. der französischen PSU dominierten Lehrer und höher qualifizierte Angestellte. Auch bei den anderen Parteien scheint es nach der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder eine Neigung zu den »höheren lohnabhängigen Mittelschichten« zu geben. Gewählt werden diese Parteien vor allem in Großstädten, von jüngeren Leuten, darunter vielen Erstwählern, und — wenn überhaupt von Arbeitern — dann von jüngeren Facharbeitern mit hoher Qualifikation.

Diese Parteien sind in der Regel bemüht, ein hohes Maß an innerparteilicher Demokratie zu realisieren. Mitunter haben sie ein statutenmäßiges Fraktions- oder Tendenzrecht, oft fungieren sie eher als Rahmen und Forum für verschiedene organisierte »Tendenzen«. Da sie keine offizielle Parteidoktrin kennen und wollen, fungieren sie als politische Heimat für Pazifisten, ethische Reformer, Natur- und Umweltschützer, Radikaldemokraten, linke Christen, Feministinnen, aber auch als politisches Dach über den Köpfen von trotzkistischen, maoistischen und ähnlichen Splittergruppen.

Sie versuchen, eine andere als bei den alten Arbeiterparteien übliche Verbindung zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit zu verwirklichen. Sie schwören in der Regel auf »Basisarbeit« und wollen das Parlament vielfach als »Tribüne« benutzen. Dennoch kommen sie kaum umhin, Parlamentsparteien zu werden. Das Gewicht der Parlamentsfraktionen und die Bedeutung der Wahlkampagnen scheinen auch für diese Parteien, die der praktischen »Basisarbeit« zu übertreffen. Taktisch befürworten diese Parteien in der Regel eine Art »linker Zusammenarbeit«, im Parlament tolerieren oder unterstützen sie meistens die Sozialdemokratie (resp. in Italien die PCI). Ihren Anspruch und Selbstverständnis nach sind bzw. wollen sie Sprachrohr für nichtproletarische Bewegungen werden. Bisher hat sich gezeigt, daß diese Parteien weder in den neuen sozialen Bewegungen noch in echten Massenbewegungen wie etwa im Pariser Mai '68 eine führende, Ideen und Impulse gebende, Rolle haben spielen können. Es scheint, daß durch die Feministinnen, Ökologen, »Ökopaxe« usw. eher die Vielfalt der in diesen Parteien nebeneinander existierenden Strömungen zunimmt, als daß die sozialistische Linke an Klarheit und Einfluß gewänne.

Michael Krätke (Amsterdam)

Josefs Hindels: Marxismus und Gegenwart, hrsg.: vom Wiener Bildungsausschuß der SPÖ, Wien 1982 (144 S., br., 8,50 DM)

»Die Gegner des Marxismus werfen ihm sein Alter vor: Er sei in der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstanden und daher nicht mehr zeitgemäß, sondern verstaubte Vergangenheit.«

Diesen am Anfang seiner Auseinandersetzung stehenden Satz zu widerlegen und die Bedeutung des Marxismus für die Gegenwart zu beweisen, ist das selbstgesteckte Ziel des Buches von Hindels.

Der Autor, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen innerhalb der SPÖ, lieferte damit einen nützlichen Beitrag zur Diskussion um die »Krise des Marxismus«, die von Seiten der »Neuen Linken« (vgl. etwa Bernhard Blanke, *Krise der Linken — Krise des Marxismus*, in: Blanke, Bernhard, u.a. [Hrsg.]: *Die Linke im Rechtsstaat*, Bd. 2, Berlin/West 1979) und der »Reformsocialisten« (vgl. Thomas Meyer, *Bernsteins konstruktiver Sozialismus*, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977; Horst Heimann, *Zum strategischen Konzept der Herforder Thesen*, in: *Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke* [spw-Sonderheft 3], Berlin/West 1981) geführt wird. Für die sozialistische Bildungsarbeit hat bisher eine Einführung in marxistische Denkmethode, bezogen auf die Auseinandersetzung über Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung und sozialistischer Politik heute, gefehlt.

In einem kurzen Problemauflauf setzt sich Hindels mit den »wildgewordenen Antimarxisten« (7) auseinander, deren Haß »Ausdruck eines handfesten Klasseninteresses« (9) ist. Keine entstellende Karikatur des Marxismus kann darüber hinwegtäuschen, daß »zu dessen Wesen gehören: Offenheit, ständiges Ringen um neue Erkenntnisse, Fähigkeit zur Selbstkritik, Bereitschaft zum Dialog« (11). Dazu gehört auch die Zusammenarbeit und das Gespräch mit Christen. Noch wesentlicher ist aber, daß die heutigen Probleme — Hindels nennt an erster Stelle atomare Gefahr und Massenhunger — mit Hilfe der marxistischen Methode am besten erklärt werden können (12). Die Verschwendung hoher Produktionskapazitäten in der Rüstungsindustrie, während gleichzeitig jährlich Millionen Menschen verhungern, erklärt er aus der Profitlogik des Spätkapitalismus.

Hindels gelingt es, in einer sehr klaren Sprache die Aktualität des marxistischen Menschenbildes, der materialistischen Geschichtsauffassung, der Klassentheorie und der Kapitalismuskritik am Beispiel des Hitlerfaschismus, ökologischer Probleme und der Diskussion um die Überwindung kapitalistischer Überproduktionskrisen (Keynes-Friedman) überzeugend deutlich zu machen. Er leitet daraus die Notwendigkeit einer sozialistischen, das heißt einer demokratischen, gesamtgesellschaftlich geplanten Organisation der Produktion mit Selbstverwaltung der Produzenten ab. Für den Übergang zu einer solchen Gesellschaft gibt es nach Hindels kein allgemeinverbindliches Modell; der Weg zum Sozialismus über systemüberwindende Reformen und »soziale Demokratie« (119) wird nicht ohne Auseinandersetzung mit den herrschenden Kräften verlaufen: »Friedlich bedeutet nicht kampfflos« (117). Entgegen einer abstrakten Gegenüberstellung von Reform und Revolution gehören parlamentarische und außerparlamentarische Strategien, »das Ringen um geistige Vorherrschaft« (132) und die Umsetzung von Vergesellschaftungskonzepten untrennbar zusammen.

Das Buch bietet über seine lobenswert klare Darstellungsweise und seinen Praxisbezug hinaus den Genoss(inn)en und dem interessierten Kommilitonen durch seine reichhaltigen Zitate viele Anregungen zum Weiterlesen in den Schriften von Marx und Engels und in Texten des Austromarxismus. Allerdings unterschätzt Hindels die Bedeutung einer Aus-

einandersetzung mit Lenin und Trotzki, während Gramsci und Otto Bauer ein eigenes Kapitel gewidmet ist (137ff.). Die Problemaufrisse und Operationalisierungsversuche der marxistischen Methode sind außerordentlich lebendig und anschaulich; jedoch hätte die Darstellung des Hitlerfaschismus (49ff.) nicht vorgezogen, sondern, als eine politische Herrschaftsform im Kapitalismus, in direktem Zusammenhang mit dem Imperialismus (90ff.) gesetzt werden sollen. So bleibt die außenpolitische Dimension des Faschismus un- deutlich.

Durch seine Kompaktheit, seine übersichtliche Gliederung und seine überschaubaren Literaturhinweise ist das Buch für die Schulungsarbeit — nicht nur in der Wiener SPÖ, wo es bereits verwendet wird — ausgezeichnet geeignet. Hier wird die »Krise des Marxismus« nicht breitgetreten, sondern dargestellt als »die Tatsache, daß wir für die neuen Aufgaben die Lösung nicht in alten Büchern suchen dürfen. Trotzdem brauchen wir Marx heute dringend« (Otto Bauer).

Patrik Baab (Mannheim)

Thompson Edward P.: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt/Berlin/Wien 1980 (378 S., br., 24,80 DM)

Der vorliegende Band versammelt Arbeiten des britischen marxistischen Sozial- und Kulturhistorikers Edward P. Thompson aus den Jahren 1967 bis 1978. Sie liegen mit zwei Ausnahmen erstmals in deutscher Sprache und in einer den stilistischen Gestus Thomsons sensibel aufnehmenden Übertragung vor. Daß diese Arbeiten erst jetzt einem deutschen Publikum zugänglich werden, dokumentiert, was der Herausgeber zu Recht anmerkt, daß Thompson ungeachtet des Rufs, den er sich mit vielen seiner bahnbrechenden Arbeiten international erworben hat, in der Bundesrepublik weitgehend unbekannt geblieben ist, bzw. eher als »Geheimtip« in Expertenzirkeln gehandelt wird. Möglicherweise gilt dies inzwischen für eine breitere Öffentlichkeit nicht mehr, seit Edward Thompson durch sein nachdrückliches Engagement in der britischen und europäischen Friedensbewegung auch hierzulande bekannter geworden ist (vgl. seine von Campaign for Nuclear Disarmament und der Bertrand Russell Peace Foundation herausgegebene Schrift »Protest and Survive« [1980]).

Was macht die Texte Thomsons so faszinierend? Zum einen sicher das zusammengetragene ungemein reichhaltige Material zur Lebensweise verschiedener Klassen, zu Traditionen des Verhaltens, zu alltäglichen Mustern des Denkens und Handelns, zur Geschichte von Gebrauchsgegenständen, aber auch Normen, Werten, Symbolen und Ritualen. Zum andern aber auch der Blickwinkel, der nachdrückliche Versuch einer Geschichtsschreibung von unten, einer neuen, antihegemonialen Deutung der historischen Prozesse, der ihn nicht nur mit der positivistischen Geschichts- und Sozialwissenschaft, sondern auch mit der herkömmlichen Volkskunde in Kontroversen verwickelt. Schließlich wendet er sich auch gegen ökonomistische Reduktionen in der marxistischen Tradition der Geschichtsschreibung, gegen Tendenzen, die Interdependenz von ökonomischen und kulturellen Dimensionen aufzukündigen zugunsten einer einseitigen ökonomischen Determinierung aller Bereiche des Überbaus durch die Basis und sei es auch nur »in letzter Instanz«.

Gleich der erste Aufsatz, »Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus« zeigt das Verfahren und dessen Konfliktträchtigkeit. Thompson, der die Verschiebung des Zeitempfindens vor und während der Industriellen Revolution in Bezug zur Veränderung der Arbeitsdisziplin setzt, weigert sich, nach dem Vorbild der amerikanischen positivistischen Soziologie den Vorgang der Industrialisierung als »angeblich neutralen, technologisch de-

terminierten Prozeß, die 'Industrialisierung', anzubieten ... Eine solche Definition öffnet Tor und Tür für endlose falsche Analogien zwischen Gesellschaftssystemen auf sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen ... Vor allem handelt es sich nicht um einen Übergang zum 'Industrialismus' schlechthin, sondern zum Industriekapitalismus ... Es geht zugleich um das Zeitempfinden in seiner technologischen Bedingtheit und die Zeitmessung als Mittel zur Ausbeutung der Arbeit.« (48-49) In »Die 'moralische Ökonomie' der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert«, einer Untersuchung der häufigen Lebensmittelunruhen der Volksmenge, die durch natürlich und künstlich erzeugte Lebensmittelknappheit ausgelöst wurden, wirft Thompson bestimmten Historikerkollegen einen oberflächlichen Umgang mit dem Begriff »Aufruhr« und eine Sichtweise der Ereignisse vor, die reduziert sei auf die ökonomische Dimension und dabei entscheidende soziale und kulturelle Kontexte außer Acht lasse, wie sie auch die »komplexen Zusammenhänge von Motiv, Verhalten und Funktion« auslöschten. Seinerseits entziffert Thompson in jenen Unruhen das Normensystem der 'moralischen Ökonomie' der plebeischen Schichten, das den Widerstand gegen die allmählich durchgesetzte 'politische Ökonomie' des Laissez-faire-Kapitalismus legitimierte. Zugleich zeigt er das Ineinander und Gegeneinander dieser 'moralischen Ökonomie' mit dem paternalistischen Herrschaftsmodell der Gentry.

In »Patrizistische Gesellschaft, plebeische Kultur« entfaltet er seine These, die Herrschaft der englischen Gentry im 18. Jahrhundert habe primär in einer kulturellen Hegemonie und erst sekundär »im Hervorkehren ökonomischer oder physischer (militärischer) Gewalt« gelegen. Dies bringt ihn dazu, die Untersuchung der »sinnfälligen Darstellungen von Macht und Autorität, (der) Mentalitäten der Unterordnung im Volk« zu fordern (176). Er skizziert die öffentlichen Auftritte von Gentry und Volksmenge als Theater und potentiell rebellisches Gegenteil von Drohung und Aufruhr. »So war der Preis, den Aristokratie und Gentry für eine beschränkte Monarchie und einen schwachen Staat zahlen, notwendigerweise die Zügellosigkeit der Menge. Dies ist der zentrale strukturelle Kontext der Reziprozität in den Beziehungen zwischen Herrschern und Beherrschten.« (198) In »Romantik, Moral und utopisches Denken: Der Fall William Morris« knüpft Thompson an seine eigene frühere monumentale Biographie von Morris an und unterzieht das Verhältnis einer kritisch-abrechnenden Betrachtung, das Engels zu dem utopischen Sozialisten und romantischen Träumer hatte. Es stehe außer Zweifel, daß Morris zur Aneignung marxistischer Positionen bereit gewesen sei, während umgekehrt von marxistischer Seite keine Bereitschaft vorhanden war, auch von Morris und der von ihm repräsentierten Tradition der Utopie und des romantischen Antikapitalismus zu lernen. Thompson nimmt den »Fall Morris« zum Anlaß, gegen deterministische und positivistische Tendenzen im damaligen und gegenwärtigen marxistischen Denken zu Felde zu ziehen. »So schließt der 'Fall Morris' in sich vielleicht das ganze Problem der Unterordnung der Fähigkeiten zu Phantasie und Utopie in der späteren marxistischen Tradition: ihren Mangel an moralischer Selbstbewußtheit und sogar an einem Vokabular des Verlangens, ihre Unfähigkeit, irgendwelche Bilder der Zukunft zu projizieren, oder sogar ihre Tendenz, sich stattdessen auf das irdische Paradies des Utilitaristen, die Maximierung wirtschaftlichen Wachstums, zurückzuziehen.« (225) Thompson plädiert für eine Selbstkritik des Marxismus und belegt damit zugleich die für ihn verbindliche Einheit von wissenschaftlicher und politischer Position, die sich auch in seinen anderen Arbeiten findet.

Durchgängig unternimmt er es, die Taten und das Denken seiner historischen Protagonisten aus deren eigener Logik, aus den zugrundeliegenden Normensystemen und den gewußten Motiven und Erfahrungen heraus zu begreifen, und er verteidigt sie gegen den Zu-

griff von abstrakten politischen und begrifflichen Konzeptionen, sei es der bürgerlichen Sozialwissenschaften, sei es des Marxismus, die er verdächtigt, das reale Leben, die wirklichen Leistungen, Ansprüche und Sehnsüchte der Bevölkerung, die eigentlichen Triebkräfte der Geschichte um der Bestätigung der jeweiligen Doktrinen willen zu vernachlässigen. In diesen Zusammenhang fällt auch seine Definition des Klassenbegriffs. »In den letzten Jahren ist ... klar geworden, daß sich auch in sehr einflußreichen Bereichen des marxistischen Denkens ein Verständnis von Klasse als statischer Kategorie breitgemacht hat, das, wenn es aus einer vulgär-ökonomistischen Perspektive betrachtet wird, einfach ein Zwilling der positivistischen soziologischen Theorie ist.« (265) Dagegen setzt er: »Klasse ergibt sich daraus, wie Männer und Frauen ihre Produktionsverhältnisse *leben*, wie sie ihre festgelegte Position innerhalb des Ensembles der sozialen Beziehungen mit ihrer ererbten Kultur und ihren ererbten Erwartungen erfahren, und wie sie diese Erfahrung kulturell verarbeiten ... Klasse definiert sich in der Tat so, wie sie in Erscheinung tritt.« (268) Wie hier in dem Aufsatz »Die englische Gesellschaft im 18. Jahrhundert: Klassenkampf ohne Klasse?« bewegt sich Thompson auch an anderen Stellen zwischen einer Reduktion objektiver, wenn auch historisch veränderbarer gesellschaftlicher Strukturen auf deren subjektive Erfahrung und Verarbeitung durch die betroffenen Menschen einerseits und der zögernden und mit Vorbehalten für jeden konkreten Fall versehenen Anerkennung, daß es im Denken und Handeln determinierende Strukturen, ja sogar Systemebenen gibt, die sich auch mit angemessenen theoretischen Konzeptionen erfassen lassen müßten. Geprägt von der eigenen Erfahrung, daß in der Geschichte des marxistischen Denkens und der kommunistischen Bewegung der Verweis auf die Gesetzmäßigkeit von Produktionsverhältnissen, historischer Entwicklung und Klassenbildung zu einem Schematismus gerinnen konnte, der sowohl konkrete Analyse wie auch das lebendige Selbstbewußtsein der Menschen ausgrenzte, verhält Thompson sich mißtrauisch gegenüber wissenschaftlichen und politischen Modellbildungen, Idealtypen, begrifflichen Verallgemeinerungen und Strukturannahmen, ohne ihnen jedoch entgehen zu können. In der Verteidigung des subjektiven Moments in der Geschichte gegen die Beschlagnahme und Unterordnung durch objektivistische Positionen scheint Thompson noch nicht zu einer theoretischen Vermittlung zwischen beiden Faktoren gelangt zu sein. Die Vermittlung gelingt ihm indessen in seinen Arbeiten als Historiker, in dem sensiblen und subtilen Eindringen in das Material, im Versuch, dessen eigene Logik von innen heraus zu rekonstruieren.

Rüdiger Hillgärtner (Oldenburg)

August Bebel, Schriften 1862-1913, Bd. I und II, hrsg. von Cora Stephan, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt a.M./Wien 1981 (467 und 401 S., Ln., zus. 58,- DM)

»Pflicht der Partei ist es ..., alle Mittel in Anwendung zu bringen, um sich zu verstärken, aus halben Feinden sich Freunde, aus Gegnern, die es nicht aus Klasseninteresse, sondern aus Unkenntnis sind, sich Anhänger zu verschaffen. Diese Aufgabe ist unter den Umständen, unter denen die Partei gegenwärtig in Deutschland lebt und kämpft, eine sehr verantwortliche und schwierige. Von Feinden umgeben, die uns vernichten wollen, denen eine reaktionäre Gesetzgebung Mittel in Hülle und Fülle an die Hand gibt, uns 'im Namen des Gesetzes' zu unterdrücken, kann, wir wiederholen es, nur Mut gepaart mit Klugheit uns Erfolge sichern.«

Das Zitat belegt die aktuelle Bedeutsamkeit von Klassikern; es stammt von August Bebel und ist einem von ihm verfaßten »Aufruf«, abgedruckt am 26. September 1880 im »Sozialdemokrat«, entnommen. Verfaßt wurde der Text zum ersten Kongreß der Sozial-

demokratischen Arbeiterpartei nach Erlaß des Sozialistengesetzes, der außerhalb Deutschlands in der Schweiz, im Schloß Wyden bei Ossingen an der Thur stattfinden mußte (20. bis 23 August 1880). 56 Delegierte gelangten auf häufig abenteuerlichen Wegen dorthin. Der deutschen Polizei war es nicht gelungen, Ort und Zeitpunkt des Kongresses rechtzeitig herauszufinden. Auf dem Kongreß wurde der Beschluß gefaßt, aus Absatz II des Gothaer Programms das Wort »gesetzlich« zu streichen; danach erstrebte die SDAP den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft »mit allen Mitteln«, statt, wie es zuvor hieß, »mit allen gesetzlichen Mitteln«. Als der damalige deutsche Innenminister Robert von Puttkamer daraufhin die Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie mit der Feststellung verteidigte, nun sei doch offen zutage getreten, daß die Sozialdemokratische Partei eine revolutionäre Partei sei, antwortete Bebel im Reichstag: »Sie haben uns aufgrund des Sozialistengesetzes geradezu aller staatsbürgerlichen Rechte für verlustig erklärt, und soweit wir nicht formell derselben verlustig gegangen sind, sind wir wenigstens in die Unmöglichkeit versetzt worden, sie so zu gebrauchen, wie Sie, die Sie nicht Sozialdemokraten sind, sie gebrauchen können, und wundern Sie sich, wenn wir das Wort 'gesetzlich' aus unserem Programm gestrichen haben?«

Diese »Episode« ist einer von Cora Stephan vorzüglich edierten »zweibändigen Sammlung von »Schriften« August Bebels entnommen. Die Ausgabe umfaßt 48 Reden und Briefe, programmatische Texte und politische Streitschriften — ein umfassender Versuch, das politisch-literarische Werk Bebels einer größeren Öffentlichkeit zu erschließen. Jeder Beitrag wird sachgerecht eingeleitet. »Die Kommentare, die den einzelnen Dokumenten vorangestellt sind, sollen mehrere Funktionen erfüllen: sie sollen insgesamt einen Überblick der Politik Bebels über fünfzig Jahre hinweg geben und im einzelnen auf die Entstehungsgeschichte der jeweiligen Äußerungen Bebels, auf ihren gesellschaftlichen, innerparteilichen und persönlichen Kontext, und schließlich (auch mit Hilfe von Querverweisen) auf die Wirkungsgeschichte der Texte verweisen.« Beigegeben ist der Ausgabe auch eine umfangreiche Lebenschronik.

Hermann Glaser (Nürnberg)



INHALT
EINE BESCHREIBUNG DER LINKEN
UND IHRER PARTeilAufbau-VERSUCHE
MIT DEMOKRATISCHEN SOZIALISTEN

GRÜN
Alternative
Die Grünen

DS
Demokratische Sozialisten

DIE GRÜNEN

ANALYSEN, DOKUMENTE, GESPRÄCHE

**"DIE EINFACHE SACHE,
DIE SO SCHWER
ZU MACHEN IST!"**

Debatte zur Zukunft der Linken
und zum Partei-Aufbau-Versuch der
Demokratischen Sozialisten.

Analysen – Dokumente Gespräche

In mehr als 50 Beiträgen wird Grundlagenmaterial zur Diskussion bereitgestellt. Um die Hintergründe, Probleme, Schwierigkeiten und leider auch Querelen beim Versuch der DS, eine Partei aufzubauen kennenzulernen und sich ein eigenes Urteil bilden zu können — dazu ist dies genau das Richtige. Hier soll keine "Linie" vertreten werden, sondern Voraussetzungen breiterer Urteilsbildung gelegt werden. Das Buch umfaßt 160 Seiten Großformat DinA 4. Preis 14 DM (plus 1 Mark Versand)

Debatte zur Zukunft der Linken
und zum Partei-Aufbau-Versuch der
Demokratischen Sozialisten.

bitte bestellen bei Margret Jäger
REVIER-Verlag, Siegstr. 15, 4100
Duisburg 1

Über die Autoren

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen im Fachbereich Arbeitslehre/Politik. Mitglied in SPD und GEW. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen des »Dritten Weges« und zu Italien.

Bauer, Otto, geb. 1881, gest. 1938 in Paris; Haupttheoretiker des Austromarxismus und führender politischer Repräsentant der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit. Mitbegründer des theoretischen Organs der SPÖ »Der Kampf«. Seit 1907 Redakteur der »Arbeiterzeitung« und Reichsratsabgeordneter. Verfasser des Linzer Parteiprogramms der SPÖ von 1926. 1934 Flucht in die Tschechoslowakei, 1938 nach Frankreich. Wichtigste Veröffentlichungen: *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie* (1907), *Die österreichische Revolution* (1923), *Sozialdemokratie, Religion und Kirche. Ein Beitrag zur Erläuterung des Linzer Programms* (1927), *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg, Bd. 1: Rationalisierung — Fehlrationalisierung* (1931), *Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Wirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus* (1936).

Beck, Thorsten, geb. 1956; Jurist, wiss. Mitarbeiter am FB Rechtswissenschaft der Universität Hamburg, Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger Jungsozialisten und des Juso-Bundesausschusses, SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Hamburg-Altona, Mitglied der GEW.

Beling, Günter, geb. 1957; Studium der Politischen Wissenschaften an der Universität Hamburg, Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger Jungsozialisten, der ÖTV, der Falken und der AWO.

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studium der Germanistik und Geschichte an der FU Berlin, Mitglied in SPD und HBV.

Brandt, Arno, geb. 1955; Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hannover, Mitglied der SPD, GEW und des Landesvorstandes der Jungsozialisten Niedersachsen.

Glaser, Hermann; Kulturreferent der Stadt Nürnberg. Veröffentlichungen u.a.: *Jenseits von Parkinson* (1972), zusammen mit K.H. Stahl: *Die Wiedergewinnung des Ästhetischen* (1974). Mitglied der SPD.

Hawreliuk, Heinz, geb. 1947; Sekretär beim Hauptvorstand der IG Metall, bis 1979 Bundesjugendsekretär des DGB, Mitglied der SPD.

Hillgärtner, Rüdiger, Prof. Dr. Phil., geb. 1941; Professor an der Universität Oldenburg. Wichtigste Veröffentlichung: *Bürgerlicher Individualismus und revolutionäre Moral. Percy Bysshe Shelley* (1974). Mitglied in GEW und BdWi.

Hindels, Josef, geb. 1916; kfm. Angestellter, Sekretär der Gewerkschaft der Privatgestellten, Mitglied der SPÖ und stellvertretender Vorsitzender des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Mitherausgeber der Zeitschrift *spw*. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen des Austromarxismus, zuletzt: *Marxismus und Gegenwart* (1982).

Konegen, Norbert, geb. 1958; Student der Sozialwissenschaft in Göttingen, Mitglied des Vorstandes der Juso-HSG Göttingen, des Asta der Universität Göttingen und der DFG-VK.

Krätke, Michael, geb. 1949; Dr. rer. pol., Universität Amsterdam. Veröffentlichungen: *Kapitalismus bei Marx* (mit Bader, I. Berg 1975), *Viktor Agartz — Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik* (mit V. Gransow, 1978), Mitglied der SPD.

Neumann, Kurt, geb. 1945; Rechtsanwalt, Mitglied der SPD und ÖTV, 1974-1976 Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, seit 1981 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Roßbach, Uwe, geb. 1961; Student der Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen, Mitglied des Bezirksvorstandes der Jungsozialisten Hessen-Nord und der Juso-HSG Göttingen.

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist, Assistent im Bundeshaus, Mitglied der SPD und ÖTV.

Scholz, Dieter, geb. 1947; Dipl.-Politologe, Doktorand an der Universität Dortmund, Mitglied in SPD, HBV, AWO, BdWi; 1978-1980 Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Scholz, Olaf, geb. 1958; Jurist, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied der ÖTV.

Schondey, Petra; Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität Köln, Mitglied in SPD, IG Druck und Papier und SHB.

Wand, Kurt, geb. 1944; wiss. Angestellter, Mitglied der BSE, SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Hamburg-Rotherbaum.

Wasem, Jürgen, geb. 1954; wiss. Angestellter an der Universität Bielefeld, Mitglied im Bundesvorstand der Jungsozialisten und der GEW.

Zellner, Wolfgang, geb. 1953; Diplom-Soziologe, Bundesvorsitzender des SHB, Mitglied in SPD und GEW.



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis
5. Jahrgang 1982
Nr. 14 bis 17

spw-Verlag Berlin/West 1982

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Konstanz), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Gerald Mackenthun, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Andreas Westphal.

Sekretariat: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 3429

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Leonhardtstr. 8/9, D-1000 Berlin (West) 19, Tel.: 030/3237461

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1982.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1982

Die spw erscheint 1982 in 4 Heften mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 5028300 (BLZ 100 101 11)
Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Editorials und Verlagsmitteilungen

Editorial.....	14/ 3
Verlagsmitteilungen.....	14/ 5
Verlagsmitteilungen.....	15/105
Editorial.....	15/106
Verlagsmitteilungen.....	16/233
Editorial.....	16/235
Editorial.....	17/361

Aufsätze

<i>Detlev Albers/Heinrich Lienker/Andreas Westphal</i> : Kriegsrecht in Polen. Ende der »Nationalen Verständigung«?.....	16/307
<i>Detlev Albers</i> : Bauer und Gramsci — Neun Thesen.....	17/401
<i>Ingmar Anderson</i> : Zur Diskussion um eine atomwaffenfreie Zone in Westeuropa.....	15/152
<i>Otto Bauer</i> : Marx als Mahnung — Zu Marxens vierzigstem Todestag.....	17/369
<i>Thorsten Beck</i> : NATO-Expansionsstrategie im Mittelmeerraum — Das Beispiel Comiso.....	17/423
<i>Günter Beling/Olaf Scholz/Hannes Schulze</i> : Die Hamburg-Wahl und die Grün-Alternativen — ein Signal für die Sozialdemokratie.....	16/289
<i>Günter Beling und Kurt Wand</i> : Zum Scheitern der Gespräche SPD-GAL in Hamburg.....	17/435
<i>Thomas Bieling</i> : Italien — Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in den 70er Jahren.....	16/273
<i>Wolfgang Biermann und Jürgen Egert</i> : Thesen zur gegenwärtigen Kriegsgefahr.....	14/ 49
<i>Christoph Butterwegge</i> : Demokratische Sozialisten — Partei ohne Perspektive?.....	16/295
<i>Tricia Davis und Catherine Hall</i> : Das vorwärtsweisende Gesicht des Feminismus.....	15/176
<i>Nikolaus H. Derkowsitch</i> : Das Dilemma der westlichen Polenpolitik.....	15/162
<i>Jürgen Egert</i> : s.u. <i>Wolfgang Biermann</i>	
<i>Rainer Frank und Wolfgang Storz</i> : Gewerkschaften und Kommunalpolitik.....	14/ 75
<i>Alfred Georg Frei</i> : Gramsci und der dritte Weg.....	15/182
<i>Jörg Goldberg</i> : Wirtschaftskrisen — Ursachen und aktuelle Perspektiven.....	16/281
<i>Catharine Hall</i> : s.u. <i>Tricia Davis</i>	
<i>Frank Heidenreich und Andreas Westphal</i> : Eine linke Alternative ohne die Gewerkschaften? Erhard Eplers Konzept des selektiven Wachstums.....	14/ 22
<i>Josef Hindels</i> : Austromarxismus und Sozialdemokratie heute.....	17/395
<i>Rudolf Hönnings und Hans-Gert Marian</i> : »Antikriegszustand« in Polen.....	15/169
<i>Werner Holtfort</i> : Der Fall Hansen.....	14/ 71
<i>Peter Jansen</i> : Gesellschaft mit beschränkter Handlungsfähigkeit. Französische Wirtschaftspolitik mit dem Rücken an der Wand.....	16/255
<i>Norbert Konegen und Uwe Roßbach</i> : Theorie und Praxis — ein schwieriges Verhältnis... ..	17/429
<i>Michael Krätke</i> : Dieser Sozialstaat ist der unsere nicht!? Einige Bemerkungen zum linken Unbehagen am Sozialstaat in der Krise (I).....	17/407
<i>Knut Krusewitz</i> : Lohnt der Kampf um die SPD noch?.....	14/ 13
<i>Heinrich Lienker</i> : s.u. <i>Detlev Albers</i>	
<i>Michael Lucas</i> : Die amerikanische Krise und der NATO-Doppelbeschuß.....	15/121
<i>Hans-Gert Marian</i> : s.u. <i>Rudolf Hönnings</i>	
<i>Richard Meng</i> : Theorie, Praxis und Identität.....	15/190
<i>Kurt Neumann und Dieter Scholz</i> : Richard Löwenthal und die Klassenfrage oder: Der Zauberlehrling.....	14/ 31
<i>Kurt Neumann</i> : Das Ende einer Ära — Sozialdemokratische Perspektiven jenseits des Sozial-Liberalismus.....	17/385
<i>Ernesto Richter</i> : El Salvador im internationalen Zusammenhang.....	15/143

<i>Christiane Rix-Mackenthun und Albert Statz</i> : Das kleinere Übel in der Klemme. SPD-Außenpolitik in ihrer Vermittlerrolle zwischen den USA und Westeuropa.....	15/132
<i>Uwe Roßbach</i> : s.u. <i>Norbert Konegen</i>	
<i>Andreas Ruck</i> : Neue Rüstungseskalation durch chemische Waffen.....	16/303
<i>Claus Schäfer</i> : Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung durch qualitatives Wachstum...	14/ 37
<i>Thomas Schlüter</i> : Kontrastprogramme gegen die Krise — Monetarismus und alternative Wirtschaftsstrategie in Großbritannien.....	16/262
<i>Wolfgang Schneider</i> : Am Beispiel Österreich — Friedensbewegung und Armee.....	15/156
<i>Ulrich Schöler und Burkhard Zimmermann</i> : Endlich Schluß damit — Für ein baldiges Ende dieser Koalition in Bonn.....	16/298
<i>Ulrich Schöler</i> : MEW — Gemischtwarenladen.....	15/196
<i>Ulrich Schöler</i> : Marxismus und Anti-Marxismus in der SPD.....	17/377
<i>Dieter Scholz</i> : s.u. <i>Kurt Neumann</i>	
<i>Olaf Scholz</i> : s.u. <i>Günter Beling</i>	
<i>Albert Statz</i> : s.u. <i>Christiane Rix-Mackenthun</i>	
<i>Wolfgang Storz</i> : s.u. <i>Rainer Frank</i>	
<i>Hannes Schulze</i> : s.u. <i>Günter Beling</i>	
<i>Klaus Thüsing</i> : Das Ende der »Strategie des Gleichgewichts«.....	14/ 45
<i>Beate Wagner</i> : Am Anfang war die Gebärmutter — Zum Bild der Frau in der Matriarchatsforschung.....	14/ 82
<i>Franz Walter</i> : Das Wirken von Walter Fabian in der jungsozialistischen Bewegung der Weimarer Republik.....	16/246
<i>Kurt Wand</i> : s.u. <i>Günter Beling</i>	
<i>Andreas Westphal</i> : s.u. <i>Detlev Albers</i>	
<i>Andreas Westphal</i> : s.u. <i>Frank Heidenreich</i>	
<i>Jochen Zimmer</i> : »Aus grauer Städte Mauern ...« — Zur Entstehung der sozialdemokratischen Jugendpflege aus der proletarischen Jugendbewegung.....	16/317
<i>Burkhard Zimmermann</i> : s.u. <i>Ulrich Schöler</i>	

Kommentare und Berichte

<i>Arno Brandt</i> : Keine Wende in der Wirtschaftspolitik.....	17./365
<i>Rainer Christ</i> : Marxistische Sozialdemokraten und Demokratische Sozialisten. Anmerkungen zum Forum Demokratischer Sozialisten in Recklinghausen.....	15/204
<i>Wolfgang Friedrich</i> : Bericht vom 12. DGB-Bundeskongreß.....	16/341
<i>Michael Häupl</i> : Die »Eurolinke« als neue Form des Internationalismus — III. Otto-Bauer-Seminar Wien.....	15/201
<i>Frank Heidenreich</i> : »50 Jahre danach — Der Preußenschlag vom 20. Juli 1932«. Veranstaltung der FES in Berlin/West.....	16/331
<i>Detlef Hensche</i> : Beschäftigungsprogramm oder Beschäftigungsfarce?.....	15/118
<i>Axel Horstmann</i> : Weimarer Verhältnisse am Arbeitsmarkt.....	14/ 6
<i>Axel Horstmann</i> : Punktsieg für die Linke.....	15/116
<i>Wolfgang Killig und Petra Müller</i> : Linke Positionen zum technischen Fortschritt — Bericht vom 1. spw-Leserseminar.....	15/212
<i>Knut Krusewitz</i> : Friedensbewegung nach Bonn: Vorwärts, aber nicht vergessen!.....	16/239
<i>Egon Lutz</i> : Operation '83 — Kein tragfähiger Kompromiß.....	16/243
<i>Petra Müller</i> : s.u. <i>Wolfgang Killig</i>	
<i>Peter Pelinka</i> : Acht Thesen zu Polen.....	14/ 8
<i>Olaf Scholz/Jürgen Wasem/Klaus-Peter Wolf</i> : Auf dem Weg zum parteifremden Jugendverband? — Juso-Bundeskongreß 1982.....	16/335
<i>Petra Schonhey</i> : Probleme des technischen Fortschritts in BRD und DDR.....	17/456

<i>Jörg Tuguntke</i> : Probleme gegenwärtiger materialistischer Ideologieforschung — Internationale Konferenz in Berlin/West.....	15/208
<i>Jürgen Wasem</i> : s.u. <i>Olaf Scholz</i>	
<i>Jürgen Wasem</i> : Kongreß »Zukunft der Arbeit« in Bielefeld, 8.-10.10.1982.....	17/454
<i>Gerhard Weiher</i> : Zur innenpolitischen Situation in der Türkei.....	15/113
<i>Klaus-Peter Wolf</i> : Manfred Coppik und die Organisationsfrage.....	14/ 10
<i>Klaus-Peter Wolf</i> : Völkermord im Libanon.....	16/237
<i>Klaus-Peter Wolf</i> : s.u. <i>Olaf Scholz</i>	
<i>Wolfgang Zellner</i> : Bundesdelegiertenversammlung des SHB in Hamburg, 22.-24.10.1982.....	17/451
<i>Burkhard Zimmermann</i> : 50 Jahre preußischer Staatsstreich.....	15/214

Interviews

Interview mit <i>Ernest Borneman</i> über Sexualität und Gesellschaft.....	14/ 67
Interview mit <i>Hans-Ulrich Klose</i> über sozialdemokratische Friedens-, Wirtschaftspolitik und die SPD-Linke vor dem Bundesparteitag.....	14/ 57
<i>Peter Weiss</i> im Gespräch mit Burkhardt Lindner.....	15/108

Archiv und Dokumentation

Diskussionsbeitrag des SHB zu den »Herforder Thesen« — Zur Arbeit von Marxisten in der SPD. Auszug aus dem Beschluß der 22. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Sozialistischen Hochschulbundes.....	14/ 91
<i>Franz Lepinski</i> : Den Jungen. Zur Geschichte der jungsozialistischen Bewegung (1926)... ..	16/327
Anträge zur Friedens- und Wirtschaftspolitik des 12. Bundeskongresses des DGB.....	16/344

Briefe an Redaktion und Autoren

<i>Michael Hanke</i>	17/465
<i>Katharina Gröning</i>	17/467
<i>Ulrich Lünstroth</i>	17/468

Besprechungen

<i>Albers, Detlev/Josef Cap/Pietro Ingrao/Didier Motchane (Hg.)</i> : Perspektiven der Eurlinien (<i>Michael Krätke</i>).....	16/353
<i>Basaglia, F. (Hg.)</i> : Befriedungsverbrechen: Über die Dienstbarkeit des Intellektuellen (<i>Erwin Seyfried</i>).....	15/216
<i>Baumgarten, Jürgen (Hg.)</i> : Linksozialisten in Europa (<i>Michael Krätke</i>).....	17/472
<i>Bebel, August</i> : Schriften, 2 Bde., hg. von Cora Stephan (<i>Hermann Glaser</i>).....	17/477
<i>Bischoff, Joachim/Karlheinz Maldaner (Hg.)</i> : Kulturindustrie und Ideologie, Teil I (<i>Paul Oehlke</i>).....	14/ 99
<i>Borneman, Ernest</i> : Patriarchat (<i>Beate Wagner</i>).....	14/ 82
<i>Eppler, Erhard</i> : Wege aus der Gefahr (<i>Frank Heidenreich und Andreas Westphal</i>).....	14/ 22
Frieden mit anderen Waffen, hg. vom Komitee für Grundrechte und Demokratie (<i>Gerald Mackenthun</i>).....	15/217
<i>Gorz, André</i> : Abschied vom Proletariat (<i>Wieland Elfferding</i>).....	15/219

<i>Gransow, Volker/Michael Krätke (Hg.):</i> Viktor Agartz. Wirtschaft, Lohn, Gewerkschaften. Ausgewählte Schriften (<i>Hans Willi Weizen</i>).....	16/351
<i>Hindels, Josef:</i> Marxismus und Gegenwart (<i>Patrik Baab</i>).....	17/474
Hochlarmarker Lesebuch. Kohle war nicht alles. 100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte (<i>Jochen Zimmer</i>).....	14/101
<i>Jung, Heinz/Josef Schleifstein:</i> Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland (<i>Christoph Butterwegge</i>).....	15/224
<i>Koolen, Bernhard:</i> Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz (<i>Volker Gransow</i>).....	14/100
<i>v. Räden, Peter (Hg.):</i> Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918 (<i>Hannes Schwenger</i>).....	15/221
<i>v. Räden, Peter/Kurt Koszyk (Hg.):</i> Dokumente und Materialien zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918 (<i>Hannes Schwenger</i>).....	15/221
<i>Schonauer, Karlheinz:</i> Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD — Die Geschichte der Jusos (<i>Herbert Grimberg</i>).....	15/223
<i>Thompson, Edward P.:</i> Plebeische Kultur und moralische Ökonomie (<i>Rüdiger Hillgärtner</i>).....	17/475
<i>Trentin, Bruno:</i> Die andere Gewerkschaft — Vom traditionellen Syndikalismus zur politischen Bewegung (<i>Karin Tondorf-Spieß</i>).....	16/349

frontal

Das sozialistische Studentenmagazin



Angebot für SPW-Leser

Wer jetzt abonniert, bekommt als Geschenk das Friedensliederbuch.



KOSTENLOS

möchte ich die neue frontal haben. Wenn mir die frontal nicht gefällt, teile ich das innerhalb von 14 Tagen mit, und bei der einmaligen Probelieferung bleibt's dann auch. Hört Ihr nach dieser Frist nichts von mir, bin ich neuer Abonnent und bekommt pro Jahr 6 Hefte zum Preis von 12 DM. Außerdem bekomme ich als Geschenk das neue Friedensliederbuch.

Name u. Adresse

.....

Dat. u. Unterschrift

frontal, Postf. 17 02 03, 5300 Bonn

... eine Scheibe von abschneiden.

*Abendroth, Albers, Bondoux,
Cap, Coates, Chevènement,
Haug, Hindels, Ingrao, Trentin,
Vikström u.a.*

Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken

*Fragen einer sozialistischen
Politik in Westeuropa*

Ressourcenverknappung, Ener-
giekrise, Rüstungswahnsinn —

die kapitalistische Krise ist auch eine Existenzfrage von Sozialisten und Sozialdemokraten. Wer die Krise überwinden will, kann sich nicht an beispielhaften Modellen orientieren, sondern muß neue Ufer ansteuern. Im März 1982 trafen sich Sozialisten aus ganz Westeuropa in Wien zum 3. Otto-Bauer-Symposium. Ihre Referate und Diskussionsbeiträge dokumentiert dieses Buch.

Es zeigt: Der Sozialismus ist noch immer reich an unerschlossenen Möglichkeiten und optimistischen Lebensentwürfen.

ISBN 3-922489-03-6 DM 21,50/ÖS 150,-

spw-Verlag

Libellenstr. 6a, 1000 Berlin 38

